II Gi 515

Die Kolonialpolitik
und der Zusammenbruch

Von

Parvus

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
- FZH - 2139/16
Wissenschaftliche Einrichtung an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83 • 20144 Hamburg
Tel.: 040 / 43 13 97 20 • Fax 040 / 48 13 97 40

Leipzig 1907
Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Vorwort.

Die deutschen Fürsten, die Kapitalistenklasse Deutschlands und mit ihnen die Regierungen und die herrschenden Klassen der ganzen Welt feiern die deutschen Reichstagswahlen von 1907 als einen großen Sieg über den Sozialismus. Ihr jetziger sinnverwirrender Jubel zeigt uns, in welch heilloser Angst sie sich vor den Wahlen befanden. Es stand mehr auf dem Spiele, als die deutsche Sozialdemokratie selbst sich einbildete.

Das werden sich die deutschen Arbeiter merken. In den Wahlen lernte das Proletariat, sich zu zählen, — aber erst an der Angst, die es den herrschenden Gewalten einflößt, lernt es die politische Macht kennen, die in ihm steckt.

Ist nun aber dadurch, daß es der deutschen Bourgeoisie diesmal gelang, die Arbeiter niederzustimmen, schon alles abgetan? Wie wird sich die politische Entwicklung des Reichs weiter gestalten? Das kann nur eine Untersuchung der treibenden Kräfte der deutschen Reichspolitik aufdecken. Einen Versuch dazu soll diese Schrift darstellen.

Ihr erster Teil ist noch während des Wahlkampfes unter dem Titel „Die Reichstagswahlen und die Arbeiterschaft" erschienen. Obwohl der Verfasser mit einem Wahlsieg und nicht mit einer Wahlniederlage der Sozialdemokratie rechnete — wenn er auch die Eventualität von Mandatverlusten seitens der Sozialdemokratie mit in Betracht gezogen hatte —, so sieht er sich doch in keiner Weise veranlaßt, seine Ausführungen über die Triebkräfte und die Entwicklung der Reichspolitik irgendwie abzuändern, findet diese vielmehr, wie der Leser sich leicht überzeugen wird, durch den Wahlkampf wie durch das Wahlergebnis in wesentlichen Punkten bestätigt. Wohl aber hielt er es für angebracht, den Wahlkampf kritisch zu beleuchten und die politischen Konsequenzen der Wahlen bezw. der neuen Zusammensetzung des Reichstags zu ziehen.

Vor allem aber erschien es notwendig, die kapitalistische Kolonialpolitik und die Zukunft der Kolonien einer eingehenderen Prüfung zu unterwerfen.

Unsre Untersuchung führt uns zur Erörterung der internationalen Zusammenhänge der kapitalistischen Entwicklung. Aber auch wo von Deutschland selbst die Rede ist, darf wohl die ökonomische Entwicklung Deutschlands als typisch gelten für alle kapitalistischen Industriestaaten des westeuropäischen Festlandes, während bei der politischen Entwicklung der Unterschied der Regierungsform als Korrektiv zu berücksichtigen wäre.

Die Kapitalistenklasse basiert ihre Zuversicht auf den parlamentarischen Sieg der deutschen Bourgeoisie über das Proletariat. Wohlan denn, wir halten ihr die Gesetze ihrer eigenen Produktionsentwicklung entgegen, die sich in einem fortwährenden steigenden Kampf mit der kapitalistischen Eigentumsform befindet, zu wirtschaftlichen Katastrophen, Kriegen und Revolutionen treibt.

Das Proletariat ist wohl der Totengräber der kapitalistischen Weltordnung, aber der Zerstörungsprozeß wird von der kapitalistischen Produktionsentwicklung selbst besorgt und läßt sich nicht durch eine Abstimmung und auch nicht durch ein Strafgesetz aus der Welt schaffen.

Inhalts-Verzeichnis.

Seite

Erster Teil. Vor den Reichstagswahlen 1907.

Das Zentrum als Regierungspartei und die Auflösung des Reichstags 1
Der kapitalistische Drang nach den Kolonien 11
Die Handelspolitik Deutschlands und die amerikanische Konkurrenz . . 17
Die auswärtige Politik des Reichs 25
Die Teuerung 30
Arbeiterpolitik und Klassenorganisation des deutschen Proletariats . . 37

Zweiter Teil. Der Wahlkampf und das Wahlergebnis.

Der Wahlkampf 47
Die kapitalistische Mobilmachung und die Angst vor dem Proletariat . 52
Der Neu-Liberalismus 57

Dritter Teil. Die Kolonien und der Kapitalismus im XX. Jahrhundert.

Die Kulturarbeit in Südafrika 63
Die Kolonien und die Entwicklung des Kapitalismus in Europa . . . 78
Die Kolonien und der entwickelte kapitalistische Weltmarkt 83
Die Beweggründe der modernen Kolonialpolitik 92
Der englische Imperialismus 98
Die Banken, die Kartelle und die Kolonialpolitik in Afrika 101
Kolonien, technische Entwicklung und Arbeitslöhne 119

Vierter Teil. Die Schwindelära der Reichspolitik.

Der neue Reichstag 133
Agrarische Widersprüche 135
Agrariertum und Industrie 141
Militarismus und Bureaukratie 147
Politisches Hasardspiel 152

Erster Teil.

Vor den Reichstagswahlen 1907.

Das Zentrum als Regierungspartei und die Auflösung des Reichstags.

Das Zentrum suchte stets Einfluß auf die Regierung zu gewinnen. Selbst zur Zeit seiner schärfsten Opposition vergaß es nie, der Regierung deutlich zu machen, was seine Freundschaft wert wäre. Darum sind diejenigen durchaus im Irrtum, die glauben, die Politik des Zentrums wäre jetzt anders gewesen, wenn seine alten Führer am Leben geblieben wären. Nur haben sich die Verhältnisse seitdem geändert. Was Windthorst sich zum Ziel gesetzt hatte, — durch Unterstützung der Opposition die Regierung zu zwingen, beim Zentrum Unterstützung zu suchen — das ist jetzt eingetreten. Ohne Zweifel würde Windthorst, wäre er noch am Leben, diese veränderte Sachlage ausgenutzt haben, — wie denn ja auch bekanntlich bereits Verhandlungen zwischen ihm und Bismarck angebahnt worden waren — wohl mit mehr Klugheit und Energie, aber sicher im gleichen Sinne wie die jetzigen Zentrumsführer. Berufen sich doch noch immer die Spahn, Schädler usw. bei jeder Abstimmung, ob ja oder nein, auf die alten Erklärungen von Windthorst und den anderen Zentrumsführern. Es ist alles darin enthalten, das Für und das Wider — je nachdem wie man es braucht, kann man es anwenden.

Daß das Zentrum sich von Bismarck nicht hat niederkämpfen lassen, ist das eine. Ein anderes ist das starke Vordringen der Sozialdemokratie. Beides genommen bildet die veränderte parlamentarische Konstellation, der das Zentrum seine vorherrschende Stellung im Reichstage zu verdanken hat. Die Zahl der Reichstagssitze des Zentrums zeigt nur geringe Schwankungen — das Maximum mit 106 Mandaten war 1890 — so daß, wenn es nur auf das Zentrum ankäme, so bliebe bis auf den heutigen Tag im Reichstage alles unverändert. Auch die Stimmenzahl des Zentrums hat nur ein Wachstum entsprechend der allgemeinen Steigerung der Wählerzahl aufzuweisen; ja, wenn man von dem Anschwellen der Zentrumsstimmen bei der letzten Wahl 1903 absieht, so trat eine starke Verminderung des Anteils des Zentrums an der Wählerschaft ein. Aber während dieser Zeit entwickelte sich in gigantischen Dimensionen die Sozialdemokratie. Dadurch allein wurde die konservativ-nationalliberale Mehrheit gebrochen. Infolgedessen blieb der Regierung gar nichts anderes übrig, als sich mit dem Zentrum in Geschäfte einzulassen. Nicht durch seine eigenen Siege, sondern

durch die Siege der Sozialdemokratie ist also das Zentrum zu seiner herrschenden Stellung im Reichstage gekommen. Andererseits ist es gerade dadurch aus seiner Oppositionsstellung gedrängt worden. In dem Maße, wie die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagssitze anwuchs und infolgedessen die Zentrumsstimmen bei den Abstimmungen ausschlaggebend wurden, verlor das Zentrum allen Spielraum für die Zickzacktaktik seiner Opposition. Gerade die letzte Abstimmung, die die Veranlassung abgab zur Auflösung des Reichstags, bewies das am klarsten.

In allen früheren Reichstagen durfte das Zentrum, wenn sich, wie diesmal, ein konservativ-liberal-freisinniger Block gebildet hätte, getrost gegen die Regierungsvorlage stimmen, es würde dadurch ihre Annahme nicht verhindert haben. Anders aber wurde es jetzt angesichts der neunundsiebzig sozialdemokratischen Stimmen! So lief jetzt das Zentrum bei jeder seiner Abstimmung Gefahr, durch ein oppositionelles Votum die Arbeit der Sozialdemokratie, die grundsätzlich Opposition treibt, zu besorgen.

Das wollen wir übrigens an dieser Stelle noch besonders festhalten: Die Kolonialvorlage der Regierung ist nicht durch das Zentrum, sondern durch die Sozialdemokratie zu Falle gebracht worden, der das Zentrum dabei höchst widerwillig Folge leistete.

Die deutsche Sozialdemokratie ist die Vertretung des deutschen Proletariats, dessen Klassenpolitik sie betreibt. Wenn wir nun die Dinge von einem allgemeineren Gesichtspunkte fassen, so stellt sich die Entwickelung folgendermaßen dar: Die deutschen Arbeiter haben durch ihr politisches Zusammenhalten die Reichstagsmehrheit gestürzt, auf die sich die Bismarcksche Reichstagspolitik stützte; sie zwangen dadurch die Regierung, die Repressalien gegenüber der katholischen Bevölkerung — wie auch das über sie selbst verhängte Sozialistengesetz — aufzuheben; sie nötigen zugleich durch ihr eigenes entschlossenes Vorgehen die bürgerlichen Parteien zu einer entschiedenen und klaren Stellungnahme; sie haben auf diese Weise mitgewirkt, daß das Zentrum seine oppositionelle Stellung, die es nur aus Nebenrücksichten einnahm, verlassen mußte.

Man streiche die Sozialdemokratie aus den Wählerlisten, — und die Macht des Zentrums ist gebrochen und das konservativ-nationalliberale Regime ist etabliert. Dadurch stellt die Sozialdemokratie das Zentrum vor die Alternative: entweder als Oppositionspartei zu bestehen, oder als Regierungspartei unterzugehen.

Solange es in Deutschland keine parlamentarische, also vom Reichstag gewählte Regierung gibt, kann es hier auch keine parlamentarische Regierungspartei geben, sondern jede Partei, welche mit der Regierung gemeinsam vorgehen will, muß sich auf ein Gebiet begeben, das außerhalb des Parlaments liegt und sich gegen dieses wenden. Ausgerüstet mit einer ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Machtfülle, unabhängig von dem Volke und unverantwortlich vor ihm, steht die deutsche Regierung da — ein starker Rest des alten Absolutismus. Sie treibt ihre eigene Politik. Diese Politik wird nicht im Reichstage, sondern in den Hofkreisen und in Privat-

konferenzen gemacht. Die veröffentlichte Korrespondenz zwischen Roeren und Bülow beweist, daß die leitenden Männer des Zentrums sich bereits ziemlich weit in diese Hintertreppenpolitik eingelassen haben. Sie trieben lange Jahre Vertuschungspolitik, besprachen sich mit der Regierung, wie man den Reichstag hintergeht, die Kolonialskandale seiner Kenntnis entzieht, kurz — sie konspirierten mit der Regierung gegen den Reichstag. Aber gerade hier stießen sie auf einen Gegner, einen mächtigen Konkurrenten, der sie zu Falle brachte.

Es kostete der Regierung von Anfang an Selbstüberwindung, um sich mit dem Zentrum in ein engeres Verhältnis einzulassen. Denn das widersprach den Traditionen der preußischen Regierung, die sich stets auf das ostelbische Junkertum stützte. Dieses selbst versteht keinen Spaß, wo es seine angestammten Beamtensitze und seine Geltung bei der Regierung zu verteidigen hat. Andererseits konnte das Zentrum bei weitem nicht so offen und brutal als Regierungspartei auftreten, wie es das Junkertum tut.

Man darf nicht vergessen, daß der Ultramontanismus doch nicht erst die Opposition geschaffen, sondern diese als fertige Volksströmung bereits vorgefunden hat. Die Großbourgeoisie der Rheinlande war, mit wenigen Ausnahmen, liberal und wurde bismärckisch-nationalliberal. Aber die übrige städtische Bevölkerung und das Bauerntum bildeten eine oppositionelle Masse, die sich ebensowenig mit dem preußischen Regime — zwischen Ostelbien und den Rheinlanden bestand immer ein sozialer Gegensatz —, wie mit der treibhausmäßigen Entwickelung des Kapitalismus, der alle sozialen Verhältnisse zersetzte, hat befreunden können. Die gleiche Wandlung in Bayern. Nun kam der Bismärckische Kulturkampf, der die katholischen Geistlichen zu Agitatoren machte. So wurde Organisation und Leitung in die gärende Masse gebracht. Nunmehr, nachdem der katholische Klerus seine Stellung im Staate befestigt hat und das Zentrum daran ist, Regierungspartei zu werden, kann es doch nicht sich vom sozialen Mutterboden loslösen, dem es entwachsen ist. Indessen machte selbstverständlich auch die katholische Bevölkerung die innere Entwickelung durch, die in den letzten Jahrzehnten das soziale Bild Deutschlands verändert hatte. Der Kleinhandel und das Handwerk, die während dieser Zeit vom Kapitalismus zerrieben wurden, schufen bekanntlich in den Gegenden mit konservativer und nationalliberaler Vertretung die antisemitische Revolte. In den krampfhaften Zuckungen seiner politischen Agonie wollte der städtische Mittelstand bald mit der Regierung gegen die Volksvertretung vorgehen, bald suchte er die Volksmassen gegen die Regierung zu erheben — er trieb auch beides zugleich. Es war ein Verzweiflungskampf. In den katholischen Gegenden ergoß er sich in den allgemeinen Strom der Zentrumsopposition. Mehr zu schaffen machte dem Zentrum die bayerische Bauernbewegung, weil hier ein recht scharfer Gegensatz zwischen Stadt und Land zum Ausdruck kam. Doch auch diese Bewegung ging an ihrer wirtschaftlichen Aussichtslosigkeit zugrunde. Das alles waren aber nur Symptome der sozialen Zersetzung. Ihr Endergebnis ist: die Ausscheidung einer großkapitalistischen Bourgeoisie einerseits, das Anwachsen des Proletariats andererseits. Der großbürgerliche Teil des Zentrums ist gouvernemental, schwärmt für Marine und Kolonialpolitik oder — kurz, er unterscheidet

sich in nichts von der nationalliberalen Bourgeoisie des Rheinlands und des übrigen Deutschlands. Die Arbeitermassen aber, die keine Anteilscheine der Kolonialgesellschaften besitzen und auch keine Anwartschaft auf Beamtenposten, sind ein höchst oppositionelles Element. Ueberdies, obwohl es dem Zentrum gelungen war, die Ausscheidung der katholischen Arbeiterschaft zu einer proletarischen Partei zu hintertreiben, so konnte es doch die Klassenkämpfe der katholischen Arbeiter nicht verhindern, durch die der politische Gegensatz innerhalb der Partei stark verschärft wurde. Was nun die katholischen Mittelschichten anbetrifft, so ist ihre politische Bedeutung zurückgegangen, aber ihre politische Verdrossenheit ist geblieben. Schließlich hat das Zentrum in den östlichen Provinzen mit den Polen zu tun und kann auch hier nur als Oppositionspartei bestehen. Dem allem muß das Zentrum Rechnung tragen, und das bedingt seine verschämte Regierungspolitik.

Darum kann die Regierung auch kein richtiges Vertrauen zum Zentrum fassen. Es ist kein Verlaß auf das Zentrum, denn es hat vielzuviel Rücksichten zu nehmen. Mag die Zentrumsfraktion noch so gouvernemental gesinnt sein, so weiß man doch nicht, ob sie nicht gelegentlich gegen ihre eigene Gesinnung stimmen würde, dem Druck von außen folgend — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb.

Währenddem man also in den Regierungskreisen das Zentrum noch immer mit scheelen Augen ansah, fühlte sich aber dieses bereits als Regierungspartei, und seine leitenden Männer machten dementsprechend ihre Ansprüche bei der Regierung geltend. Sie mengten sich in die Regierungsgeschäfte hinein. Sehr weit sind sie dabei allerdings nicht gekommen.

Die Hofkreise, in denen die großen Entscheidungen getroffen werden, blieben ihnen noch fast vollkommen verschlossen. Man ist zwar in den Kreisen der hohen Aristokratie hierzulande nicht mehr so exklusiv wie früher, aber Ausnahmen werden nur gemacht gegenüber den Vertretern des internationalen Großkapitals. Die Amerikaner und die Junker haben hier den meisten Einfluß, nicht aber Obergerichtsräte und katholische Priester.

Die Zentrumsleute besorgten ihre Geschäfte in den Beamtenkanzleien mit dem Reichskanzler v. Bülow an der Spitze. Aber auch hier wurden sie als Emporkömmlinge und Eindringlinge betrachtet und kaum noch geduldet. Die Konservativen, die überall bei der Regierung ihre angestammten Sitze und ihren angestammten Einfluß haben, machten energisch Front gegen den Wettbewerb des Zentrums.

Es nimmt sich recht seltsam aus, wenn die Konservativen jetzt Lärm schlagen und die Pressionspolitik des Zentrums denunzieren, weil dieses den frommen Jesuitenzögling Wistuba hat schützen wollen. Geschweige schon vom Kolonialdirektor Dr. Kayser, der der konservativen Kamarilla hat weichen müssen, kann sich doch in Deutschland kein Landwirtschaftsminister halten, wenn er den Junkern nicht genehm ist, und ist, mit etlichen nationalliberalen Ausnahmen, noch niemand im Reiche bezw. Preußen Minister geworden, der nicht der konservativen Partei und dem Adel angehörte. Aber das ist es eben: die Konservativen verteidigen ihre Machtstellung. Sie wissen — mit Wistuba beginnt's und bis auf die Ministerportefeuilles geht es!

In dieses Verhältnis zwischen dem Zentrum, der Regierung und der angestammten Regierungspartei der Konservativen spielten die Kolonialskandale hinein.

War schon durch den unglückseligen Hererokrieg gewaltiger Volksverdruß geschaffen worden, so kam es durch die Enthüllung der kolonialen Korruption zu einem wahren Aufruhr der öffentlichen Meinung. Das Zentrum trieb dabei sein zwiefältiges Spiel. Es konnte gar nicht anders. War doch die Regierung selbst, um der öffentlichen Meinung Genüge zu tun, genötigt, einen plötzlichen Beamtenwechsel vorzunehmen. Die Zentrumsfraktion aber vermochte nicht einmal die jüngeren Heißsporne in ihren eigenen Reihen im Zaume zu halten. Also mußte es öffentlich Opposition machen — das brauchte aber die Abmachungen im geheimen nicht zu stören. So konnte sich mit der Zeit noch alles finden.

Allein, die Beziehungen zwischen Zentrum und Regierung waren bereits gespannte, als es zu dem großen Durchbruch der Kolonialskandale in der Oeffentlichkeit kam. Darum war es zum Teil auch wohlüberlegte Taktik, als das Zentrum die kolonialen Mißstände aufrüttelte. Es wollte nach seiner alten Manier der Regierung wieder einmal vordemonstrieren, wie sehr es ihr gelegen sein muß, sich mit ihm gut zu stellen. So verquickte das Zentrum, wie immer, eine Taktik, die sich für diese Partei aus den Umständen ergab, mit seinen eigenen geheimen Absichten. Gedrängt vom Volke, griff das Zentrum die Regierung an; aber indem es die Regierung angriff, suchte es dadurch erst recht seine eigene Hintertreppenpolitik bei der Regierung zu fördern.

Die Spannung zwischen dem Zentrum und der Regierung hatte ihren Ursprung in dem Konflikt zwischen den Missionen und der Kolonialverwaltung.

Die Reibungen zwischen den Missionen und den Beamten in den Kolonien sind kein Zufall. Sie ergeben sich aus gewissen Eigenarten beider.

Die Beamten gehen nach den Kolonien, um dort den Staat zu etablieren, die Missionare, um die Kirche aufzurichten. Beides läuft zwar im letzten Grunde auf das eine Ziel hinaus, das Land der kapitalistischen Kultur zu erschließen, d. h. seine Naturschätze auszurauben und seine Bevölkerung in Haus- und Hofgesinde und Grubensklaven zu verwandeln; allein das Verfahren ist bei den einen wie bei den anderen verschieden. Die Beamten kommen mit Gewehr und Gummischlauch; sie tragen einen aufgedrehten Schnauzbart und sprechen eine rauhe Kommandostimme. Die Missionare kommen mit Bibel und Kreuz; sie haben ein mildes Lächeln, einen frommen Augenaufschlag und tragen glatt gescheiteltes Haar. Die einen gehen geradeaus auf das los, was sie brauchen, und zwingen die Eingeborenen mit Militärgewalt zum Gehorsam; die anderen suchen sich bei den Eingeborenen einzuschmeicheln, um auf dem Umweg der christlichen Demut sie zur Seligkeit der kapitalistischen Schinderei zu bringen. Die

Beamten sehen die Patres mit scheelen Augen an. Erstens, weil sie sie für überflüssig halten. Zweitens, weil sie sehr gut wissen, wohin jene mit ihrer christlichen Nächstenliebe hinaussteuern, und keine Konkurrenten brauchen. Drittens, weil sie überhaupt keine fremden Zeugen ihrer kolonialpolitischen Herrlichkeit haben möchten. Und da sie die Macht haben, so lassen sie es die anderen fühlen. Die Patres ihrerseits blicken mit Neid zu den Beamten hinüber, denn wo jene, gestützt auf die Autorität des Staates, Triumphzüge abhalten, müssen diese sich erst das Glück erbetteln und erschleichen. Andererseits suchen sie sich bei den Eingeborenen groß zu machen, indem sie gelegentlich den Beamten trotzen. Das sah man am besten an dem im Reichstage vorgebrachten Fall, da schwarze Mädchen zum Tanzen unter Strafandrohung befohlen wurden, die Missionare aber erklärten, die „christlichen Mädchen" sollen nicht hingehen, und setzten ihren Willen durch. Da war es nun ein augenscheinlicher Vorteil, Christin zu sein. Das war schon keine abstrakte Frage des Seelenheils, sondern eine recht materielle Frage der Peitschenhiebe. So kapern die Missionare Seelen. Ihre Arbeit für den Himmel gedeiht um so mehr, je eifriger die Beamten für die Hölle arbeiten. Allzu weit geht aber diese Fürsorge nicht, denn die Patres nehmen sich wohl in acht, die heiligen Interessen der Ausbeutung zu verletzen.

Es kommt noch hinzu, daß die militärischen Heroen und die kirchlichen Heiligen der Kolonialpolitik zum Teil mit einem verschiedenen sozialen Milieu zusammenhängen, noch mehr aber an verschiedene Instinkte des gleichen Milieus sich wenden. Die Kolonialhelden produzieren sich als Gewaltmenschen. Damit imponieren sie. Man glaube doch nicht im Ernst, daß man in jenen Kreisen, die Kolonialpolitik treiben, sich wirklich durch die Leiden der armen Neger rühren läßt und sich über die kolonialen Greuel entrüstet. Keine Spur. Im Reichstage muß man es ja zur Schau tragen, weil die misera contribuens pleps (das arme zahlende Volk) nun einmal so biedermännisch und sentimental sei, — aber es ist und bleibt Heuchelei. Im Salon, noch mehr beim Souper, bei Champagner und Austern werden diese Geschichten ganz anders vorgetragen. Da ergötzt man sich an ihnen, goutiert ihre Reize und bewundert den Tollkopf, der die Streiche ausgeführt hat. In diesen Kreisen finden Menschen wie Dr. Peters ihre aufrichtigen Bewunderer. Da will man sie gar nicht anders haben, als wie sie sind — rohe, brutale, blutige Draufgänger. Die Patres hinwiederum verkehren mit den Betschwestern. Sie müssen salbungsvoll auftreten. Und auch da, wo sie mit jenen zusammenkommen, die vielleicht erst am Abend zuvor über eine „tolle Sache" aus Afrika gegrölt haben, tritt man ihnen in einer anderen Stimmung entgegen. Sie können nicht mit Negerleichen operieren, sie müssen getaufte Negerkinder vorbringen, arme Waisen und ähnliches mehr. Sie müssen ein ganzes Krüppelhaus gestillter Leiden auftischen, sonst machen sie keinen Eindruck.

Aber allerdings müssen es Leiden sein, die mit dem Gelde der Patrone der Mission bereits gestillt sind oder gestillt werden können, nicht aber Leiden, die in der Kolonialpolitik selbst wurzeln und deshalb unausrottbar sind — denn „nutzlos" wollen die Patrone und Patroneffen ihr Geld auch nicht

ausgeben, und am allerwenigsten wollen sie damit Vorarbeit für die sozialdemokratische Agitation leisten. Wie die Afrikaner in Militär- oder Beamtenuniform mit dem Blute, so handeln die Afrikaner in der Soutane mit den Tränen der armen einheimischen Bevölkerung.

Die Streitereien zwischen den Missionen und den Beamten würden immerhin keine so großen Kreise nach sich gezogen haben, wenn nicht auch nach dem wilden Afrika der Kampf des Zentrums mit den Konservativen um die Ausnützung der Regierungsgewalt hinübergespielt hätte. Die Konservativen stellten die Beamtenschaft der Kolonien, das war ihr unbeschränktes Dominium. Das Zentrum dagegen begünstigte die Missionen. Aber in dem Maße, wie es zur Regierungspartei wurde, bekam es auch seine Anhänger unter der Beamtenschaft — freilich nicht der oberen, sondern der unteren. So splitterte ein Teil der Beamten ab und ging mit den Missionen. Das war der Fall Wistuba.

Nicht die kolonialen Greuel und nicht die koloniale Korruption, auch nicht der Hererokrieg, der dem Volke soviel Geld und Blut kostete, sondern der Fall Wistuba war es, der zum Krach zwischen der Regierung und dem Zentrum geführt hatte. Ueber die Kolonialskandale setzte sich der Reichstag bereits in aller Gemütsruhe hinweg. Nach den ersten Reden Bülows und Dernburgs zeigte sich bei allen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemakratie, eine weitgehende versöhnliche Stimmung. Da ging, nachdem Roeren gesprochen hatte, die Regierung selbst ganz unerwartet zum schärfsten Angriff über. Der Konflikt zwischen Roeren und der Regierung drehte sich aber um Wistuba.

Es liegt im Wesen jeder Bureaukratie, daß die Beamten, mit der Regierung an der Spitze, sich von der Nation abschließen. Was in ihrer Mitte geschieht, darf nicht an die Oeffentlichkeit. Sie bilden eine geheime Organisation, die den Staat regiert. Dieses bureaukratische Regime sucht auch die Reichsregierung mit aller Gewalt aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zweck wird von ihr jeder Beamte gegenüber der Oeffentlichkeit und gegenüber dem Reichstag bis zum äußersten gedeckt, andererseits jeder Beamte, der aus der Schule plaudert, unbarmherzig verfolgt. Darum machte die Regierung für sich aus dem Fall Wistuba eine Prinzipienfrage. Wistuba mußte gestraft werden, gerade weil er mit dem Zentrum sich einließ. Andererseits konnte das Zentrum ihn nicht preisgeben, ohne zugleich an Einfluß bei der Beamtenschaft einzubüßen. So entwickelte sich der Fall Wistuba zur Frage der „Nebenregierung". Das bedeutete aber mit anderen Worten: die Regierung kündigte dem Zentrum das Verhältnis.

Beim scharfen Ausfall der Regierung gegen das Zentrum mag auch der Wunsch mitgewirkt haben, das Odium des Volkes von sich auf dieses abzulenken. Die Regierung stand auf einmal als der gestrenge Cato da, und das Zentrum war blamiert. Die Affäre war sehr peinlich, in den Reihen des Zentrums trat starke Verwirrung ein. Erst versuchte man, Roeren preiszugeben und den ganzen Zwischenfall als eine höchst persönliche Angelegenheit hinzustellen. Allein, das war denn doch nicht gut möglich.

Mag sein, daß der Briefwechsel zwischen Roeren und Bülow vorher in der Zentrumsfraktion selbst unbekannt war. Aber solche politische Geschäfte werden doch überhaupt nur von den bedeutenden Männern, von den Parteiführern abgewickelt. Hintertreppenpolitik und Cliquenwirtschaft sind unzertrennlich voneinander. Es war aber jedermann klar, daß Herr Roeren doch nicht um seiner selbst willen, sondern nur als maßgebender Zentrumsführer dazu kam, den Friedensstifter zwischen den Missionen und der Regierung zu spielen, daß diese Rolle des „ehrlichen Maklers" wie überhaupt sein ganzer persönlicher Verkehr mit dem Reichskanzler nur durch den ausgesprochenen Gouvernementalismus des Zentrums ermöglicht und bedingt worden war. Der Fall Roeren offenbarte vor aller Welt, in welchem Geleise und nach welchem Ziele die Politik des Zentrums sich bewegt. Schließlich sah das Zentrum ein, daß es Herrn Roeren doch nicht von den Rockschößen abschütteln kann, vielmehr danach trachten muß, sich vor dem Volke zu rehabilitieren. Es mußte nunmehr seine Opposition verschärfen. Also, durch den Angriff der Regierung wurde das Zentrum in die Opposition hineingetrieben. Zugleich stieg in ihm der Aerger gegen die Regierung, durch die es sich — mit Recht — verraten fühlte. So kam es zu der Zentrumsabstimmung in der Budgetkommission.

Dieses Zentrumsvotum geschah nicht, um die Kolonialpolitik zu bekämpfen, es wurde nicht durch irgendwelche Rücksichtnahme auf die Volksinteressen, sondern nur durch die Fraktionsinteressen des Zentrums bedingt, das einerseits sich damit beim Volke wieder als Oppositionspartei zur Geltung bringen wollte, andererseits die Regierung in die Zwangslage versetzen wollte, es abermals um seine Unterstützung anzugehen. Die Regierung brauchte nur zu winken, und das Zentrum wäre umgefallen. Darauf kam es ihm gerade an: von der Regierung wieder angerufen zu werden. Die Germania erklärte wiederholt, bei der Abstimmung der Budgetkommission würde es nicht bleiben, sondern im Plenum ein Abkommen getroffen werden. Aber die Regierung wollte kein Abkommen mehr. Sie ging auf den offenen Bruch aus und schnitt dem Zentrum im Plenum von vornherein jeden Rückzug ab.

Die deutsche Regierung ist bereits durch ihre Vergangenheit genügend charakterisiert, um ihr weitausschauende Pläne nicht zuzutrauen. Nein, nur das nicht! Und auch nicht zähe Ausdauer in der Verfolgung ihrer Ziele. Impulsives Zugreifen und klägliches Zurückweichen, wenn man sich die Finger verbrannt hatte, — das wiederholte sich in dem nunmehr ja bereits stark gealterten „neuen Kurs" nicht bloß einmal. Ob aber die Regierung sich nach dieser oder jener Seite wirft, das ist symptomatisch, ist kennzeichnend für die Kräfte, die hinter ihrem Rücken wirken und sie nach einer bestimmten Richtung stoßen.

Daß die sozial und national bunt zusammengewürfelte katholische Partei zur Basis der Politik des Deutschen Reichs werden sollte, das war von vornherein eine Unzuträglichkeit, die, wie schon erwähnt, nur dadurch bedingt worden war, daß die Sozialdemokratie, wie ein breiter Keil, sich in den Reichstag hineingeschoben und das Kräfteverhältnis der bürgerlichen Par-

teien verändert hatte. Das Zentrum war doch zu schwankend, zu unsicher, wollte sich nicht gern öffentlich exponieren, machte bei jeder Sache Einwendungen und Redensarten, zierte sich und hatte dabei doch selbst nicht gerade die geringsten Ansprüche. Um diesem unleidlichen Zustand zu entgehen, gedrängt auch von den Konservativen, die, außer ihnen selbst, keine andere „Nebenregierung" haben dulden wollen, entschloß sich die Regierung, mit dem Zentrum zu brechen und die Bildung einer neuen Reichstagsmehrheit zu versuchen. Sie wurde dazu noch dadurch gedrängt, daß die gesamte politische Situation total verfahren ist. Für diesmal noch hat ja die Regierung die kolonialen Bewilligungen immerhin erhalten können, — aber wie sollte es weiter werden? Die Regierung trug Besorgnis für die nahe Zukunft, da sie ja jetzt erst recht mit aller Macht Kolonialpolitik treiben will. Die Erbitterung im Volke wuchs, in zwei Jahren bei den Neuwahlen würde sich das erst recht geltend machen. Also, lieber gleich auflösen und probieren, ob es nicht gelingt, eine geschlossene und entschlossene kapitalistische Reichstagsmehrheit zustande zu bringen.

Indem die Regierung die Kolonialpolitik zur Kampfparole machte, wollte sie die großbürgerlichen Elemente des Zentrums gegen die anderen ausspielen. Damit greift die Regierung gar nicht ungeschickt in die inneren Kämpfe des Zentrums ein. Die politische Tendenz geht zweifellos dahin, daß die Großbourgeoisie aller Parteien sich zu einem Regierungsblock vereinige. Wenn auch vorläufig bei den Wahlen das Zentrum noch zusammenhält, so werden doch im Reichstage die verschiedenen Interessengruppen in seiner Mitte schärfer denn je sich absondern. Das ist es, worauf die Regierung durch die Auflösung des Reichstags und soweit sie in den Wahlkampf eingreift, hinwirkt.

Die Liberalen aller Schattierungen möchten gern mit der Regierung gute Wahlen machen. Aber die Regierung wies mit stummer Handbewegung kühl und deutlich die ihr angebotene Rolle des Bannerträgers des Liberalismus zurück. Dieser, der die preußisch-deutsche Regierung, die den Reichstag nach Hause schickte, um das bureaukratische Regime zu schützen, eine Regierung, der selbst das Zentrum zu oppositionell und zu demokratisch erscheint, die Regierung des „persönlichen Regiments" auf einmal zur Vertreterin des kulturellen und politischen Fortschritts stempeln wollte, bringt sich dadurch selbst um seinen letzten Kredit im Volke.

Die Konservativen sind bereit, die Nationalliberalen zu unterstützen, um ihren Konkurrenten bei der Regierung, das Zentrum, zu schwächen. Aber, erstens haben sie ja vor allem für ihre eigenen Sitze zu sorgen, zweitens haben sie schon nach den ersten Tagen des Kampfes das Vertrauen zur Sache verloren. Darum suchen sie bereits einzuschwenken und bereiten sich vor, mit dem Zentrum halbpart zu machen.

Die Regierung, die das Ganze eingebrockt hat, weit davon entfernt, die Führung im Kampfe zu übernehmen, tritt bereits bescheiden beiseite und nimmt eine abwartende Stellung ein. Gelingt es, eine Mehrheit ohne das Zentrum zustande zu bringen, dann gut —, wenn aber nicht, dann geht es auch so, dann kann man noch immer in das alte Geleis einlenken. Ob

ohne das Zentrum, oder mit dem Zentrum, das bedeutet keine wesentliche Aenderung der Regierungspolitik, sondern nur eine Aenderung der parlamentarischen Kombination, auf die sie sich stützt.

Gelingt es, durch ein konservativ-liberales Kartell und Aufgebot der bürgerlichen Reserven — die bekannte „Partei der Indifferenten" — dem Zentrum und der Sozialdemokratie eine Anzahl Mandate abzugewinnen, so kommt eine kapitalistische Hurra-Mehrheit zustande, die eine schrankenlose Kolonial-, Marine- und Kriegspolitik betreiben wird. Sie wird der Regierung alles bewilligen, was diese verlangen wird und selbst den Ansporn zu neuen Regierungsforderungen abgeben. Das ist ja die bekannte Wechselwirkung: je mehr und leichter die Regierung bekommt, desto rascher und höher steigen ihre Forderungen.

Wenn aber, umgekehrt, das Zentrum gestärkt aus den Wahlen herauskommt, so bürgt doch die ganze Geschichte dieser Partei dafür, daß sie deshalb ihre Opposition im Reichstage nicht verschärfen, sondern mildern wird. So war doch bis jetzt die Entwickelung des Zentrums: je größer sein Einfluß im Reichstage wurde, desto konzilianter wurde es, bis es schließlich zur Regierungspartei geworden ist. Es wäre ja auch Regierungspartei geblieben, hätte ihm nicht die Regierung selbst den Stuhl vor die Tür gesetzt. Aber dieses Zerwürfnis wird sich leicht beseitigen lassen, da es an dem guten Willen dazu hüben wie drüben nicht fehlen wird. Eine prinzipielle Gegnerschaft gibt es ja zwischen dem Zentrum und der Regierung nicht: das Zentrum ist grundsätzlich für Kolonialpolitik, das Zentrum hat die gesamte Marine- und Weltpolitik der Regierung mitgemacht, das Zentrum betreibt grundsätzlich kapitalistische Politik. Das paßt zwar den katholischen Arbeitern nicht, wohl aber der katholischen Großbourgeoisie, die, nachdem der Mittelstand durch die wirtschaftliche Entwickelung und die soziale Zersetzung zurückgedrängt worden ist, jetzt die Führung im Zentrum hat. Je stärker die Zentrumsfraktion sein wird, desto offener wird sie für die Kolonial- und überhaupt die großkapitalistische Politik der Regierung eintreten. Um so eher werden die leitenden Männer des Zentrums von der Regierung wieder in Gnaden aufgenommen werden. Die Hintertreppenpolitik und die Cliquenwirtschaft werden dann erst recht emporblühen. Das Zentrum geht als Oppositionspartei in die Wahlen und wird als Regierungspartei in den Reichstag einziehen. Es wird zwar dadurch erst recht seine Arbeiterwählerschaft von sich stoßen, aber die Vorteile, die ihm von der anderen Seite winken, sind groß genug, um dieses zu riskieren, und schließlich — hier gibt es keinen Mittelweg: entweder Ausbeuterpolitik oder — Arbeiterpolitik! Die letztere ist aber nicht Sache des Zentrums.

Die Stärkung des Zentrums würde zu einem konservativ-ultramontanen Bündnis führen, bei dem die Liberalen die Kosten zu bezahlen haben würden.

Schließlich ist noch die dritte Möglichkeit in Betracht zu ziehen: daß die Wahlen nur zu einer Schwächung bezw. größerer Zersplitterung der bürgerlichen Parteien führen. Dann würde der Reichstag im Zeichen der

Sozialdemokratie stehen. Dann aber würde der Kampf gegen die Sozialdemokratie als einigendes Band für die bürgerlichen Parteien dienen und sie in die Arme der Regierung werfen.

Wir gelangen zum Schluß, daß auf alle Fälle der neue Reichstag eine schärfere Klassenscheidung und einen festeren Zusammenschluß der Kapitalistenklasse mit der Regierung aufzuweisen haben wird.

Hie Regierung und Kapitalismus — hie Sozialdemokratie und Opposition.

Die Regierung ist ebensowenig Schöpferin ihrer Politik, wie die bürgerlichen Parteien. Sie bedingen sich gegenseitig und werden selbst von der kapitalistischen Entwickelung bedingt. Fortgetragen vom Wirbelsturm dieser Entwickelung, verwickeln sie das Land in die schlimmsten wirtschaftlichen und politischen Widersprüche, können ihr aber nicht entrinnen — sie sind im letzten Grunde nur die Handlanger des Kapitals, seine blinden Werkzeuge. Um zu bestimmen, wohin diese Entwickelung geht, muß man ihre treibenden Kräfte untersuchen. Dieser Aufgabe wollen wir uns jetzt zuwenden. Wir verlassen das Marionettenspiel der parlamentarischen Kämpfe, um das innere Getriebe der deutschen Reichspolitik kennen zu lernen.

Der kapitalistische Drang nach den Kolonien.

Im Vordergrunde der deutschen Reichspolitik steht schon seit Jahren das Bestreben, die Seemacht und die Kolonien Deutschlands auszudehnen. Man geht darauf aus, ein deutsches Kolonialreich zu schaffen. Das gleiche Bestreben nach kolonialem Besitz zeigt sich aber auch bei den anderen kapitalistischen Industriestaaten. Folglich muß diese Erscheinung eine allgemeine Ursache haben. Diese ist denn auch vorhanden: sie liegt in der kapitalistischen Ueberproduktion und der kapitalistischen Konkurrenz.

Man hat sich in der Literatur lange um die Frage herumgestritten, ob es eine Ueberproduktion gibt. Man hat gesagt, es gebe keine Ueberproduktion, sondern eine Unterkonsumtion, da ja das Volk noch bei weitem nicht so viel verbraucht, als es nötig hat. Das war aber nur ein Wortstreit. Wenn man unter Ueberproduktion den Ueberschuß über den Volksbedarf verstehen wollte, dann gibt es keine Ueberproduktion, da ja den großen Volksmassen noch immer das Allernotwendigste zum Lebensbedarf fehlt. Aber das ist es nicht, was gemeint wird. Die kapitalistische Ueberproduktion ergibt sich aus dem Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben der besitzenden Klassen. Dieser Ueberschuß ist allerdings enorm groß. Und das ist eben der furchtbare Widerspruch: währenddem die Volksmassen darben, haben die wenigen Kapitalisten so viel, daß sie nicht wissen, wo sie ihren Reichtum hintun sollen.

Die Arbeiter haben den Bedarf, aber nicht das Geld, um die Waren zu kaufen; die Kapitalistenklasse hat das Geld, aber nicht den Bedarf. So bleibt ein Teil der Jahresproduktion übrig. Wohin damit?

In der ersten Zeit der kapitalistischen Entwickelung eines Landes, wenn die Kapitalanhäufung noch nicht so groß ist, zeigt sich dieser Widerspruch begreiflicherweise weniger scharf. Er kommt auch nicht so stark zur Geltung, solange die Industrie noch ein bedeutendes Handwerkertum vor sich hat, auf dessen Kosten sie sich ausdehnen kann. Der kapitalistische Ueberschuß wird zur Erweiterung der Produktion verwendet, die sich durch Verdrängung der kleinen selbständigen Produzenten einen Markt schafft. In noch größerem Maße schafft sich die kapitalistische Industrie in jener ersten Zeit Raum, indem sie die Naturalwirtschaft auf dem Lande zerstört und den Bauern zum Warenkäufer macht — dadurch, freilich, auch zum Warenverkäufer. Die Spinnstube muß der Baumwollspinnerei, der Handweber der Tuchfabrik weichen; und wie diese, so später der Schuhmacher und der Schneider — der Schuhfabrik und dem Konfektionshaus. Indessen wächst die kapitalistische Produktion und mit ihr der kapitalistische Ueberschuß, der nach neuen und neuen Verwendungen sucht.

Zugleich werden immer gewaltigere Produktionsmittel in Bewegung gesetzt. Die kolossalen einmaligen Kapitalanlagen, die sie erfordern, verschleiern für eine Zeitlang den der kapitalistischen Produktion innewohnenden Widerspruch der Ueberproduktion. Das hervorragendste Beispiel in dieser Beziehung ist der Eisenbahnbau. Solange das Eisenbahnnetz ausgebaut wird, findet der kapitalistische Ueberschuß reichlich darin Verwendung — ja, es wurde in jedem Lande zur Entwickelung des Eisenbahnnetzes Kapital von außen herangezogen. Im Anschluß an den Eisenbahnbau entwickelten sich ganze Industriezweige. Wie aber das Land mit Eisenbahnen gesättigt war, da stellte sich regelmäßig in jedem Lande eine Handelskrisis ein, weil der kapitalistische Ueberschuß keine Verwendung mehr fand.

Darum der Drang der Industrie nach fremden Absatzmärkten, der schon auf einer ziemlich frühen Stufe ihrer Entwickelung sich einstellt. Statt die einheimische Bevölkerung durch höhere Löhne in den Stand zu setzen, ihren Bedarf zu decken, sucht man mit aller Gewalt den Ueberschuß aus dem Lande zu schaffen.

In jedem neuen Lande, das die kapitalistische Industrie sich zum Markte wählt, wiederholt sich die gleiche Entwickelung, wie sie soeben gekennzeichnet wurde. So war es in England, Frankreich, Deutschland usw., in ganz Europa, in Rußland, in Nordamerika. Ueberall hat das Kapital enorme Produktivkräfte geweckt, überall ist das Ergebnis — steigende Ueberproduktion. Nun drängt sich das alles zusammen und sucht nach neuen Märkten.

Deutschland steht als gewaltiger Industriestaat da. Seine Kapitalanhäufung hat kolossale Dimensionen, dementsprechend kolossal ist auch sein kapitalistischer Ueberschuß.

Die Kapitalmagnaten Deutschlands haben sich Schlösser gebaut, die an Pracht und Reichtum die Fürstenhäuser überragen, denen gegenüber die alten

Ritterburgen als armselige Baracken erscheinen. Die Luxusindustrie erreichte Dimensionen, die alles in den Schatten stellen, was man sich je hat träumen lassen können. Vergnügungsorte in allen Weltteilen, ein besonderer Eisenbahn- und Dampferverkehr, eine ganze Bevölkerung von Lakaien, Kellnern und Hotelwirten steht der internationalen Geldaristokratie zu Diensten. Dennoch ist das, was die Kapitalistenklasse verbraucht, winzig gering im Vergleich zu den Ueberschüssen, die sie jährlich aus der Ausbeutung der Arbeiter zieht.

Ein Teil davon geht, soweit die Kapitalistenklasse Steuern bezahlt, an den Staat und die Gemeinden. Allein mehr noch müssen ja die Volksmassen durch Verbrauchssteuern aufbringen. Wenn man zusammenstellt, was im Reiche und den vier größten deutschen Bundesstaaten — Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg — jährlich an Staatseinnahmen zusammenkommt, so erhält man folgendes Bild:

Direkte Steuern	341	Mill. Mark
Indirekte Steuern	1205	„ „
Reineinnahme der Staatseisenbahn	627	„ „
Reinertrag der sonstigen staatlichen Unternehmungen	261	„ „

Der Gewinn des Staates aus den Eisenbahnen und seinen sonstigen Unternehmungen beruht zum größten Teil auf direkter Ausbeutung seiner Arbeiter und Angestellten, zum übrigen auf der Belastung des Volkes durch hohe Eisenbahntarife usw. Da auch die direkten Steuern keineswegs in ihrem vollen Betrage von der kapitalistischen Bourgeoisie gezahlt werden, so kann man ohne Uebertreibung sagen: währenddem die Kapitalistenklasse keine 300 Millionen Mark an Steuern zu entrichten hat, haben die Volksmassen über zweitausend Millionen Mark jährlich an den Staat zu bezahlen! Das bedeutet eine Kürzung ihres Einkommens, mindert in dem gleichen Maße ihre Kaufkraft und mehrt folglich — den unverkäuflichen Warenüberschuß, die Ueberproduktion!

Je schwieriger es der Kapitalistenklasse wird, ihren Kapitalüberschuß in der Produktion anzulegen, desto williger läßt sie sich in Kreditgeschäfte mit dem Staate ein. Das enorme Anwachsen der Staatsschulden ist insofern ein Beweis für die Steigerung der kapitalistischen Ueberproduktion. Die Staatsschulden des Reichs und der vier oben erwähnten Bundesstaaten betragen jetzt 13 556 Millionen Mark. Wenn auch ein Teil davon im Auslande untergebracht ist, so ist doch andererseits in einem unvergleichlich größeren Umfange deutsches Kapital in ausländischen Staatsanleihen angelegt. **Währenddem das deutsche Volk ein kümmerliches Dasein führt, ergießt sich aus Deutschland ein Goldstrom über die ganze Welt.**

Die Staatsschulden werden verzinst. Die von uns angeführten vier Bundesstaaten mit samt dem Reich bezahlen an Zinsen jährlich 464 Millionen Mark. Diese Zinsen fließen in die Tasche der Kapitalistenklasse. Also abermals Mehrung ihres überschüssigen Reichtums.

Andererseits wird allerdings durch die Steuern und Schulden der Warenbedarf des Staats gesteigert. Wenn nun der Staat sein Geld für

Zwecke der Volkswohlfahrt verausgaben würde, so wäre dagegen nichts einzuwenden. Allein das geschieht nur zum geringsten Teil. In der Hauptsache verbraucht der Staat sein Geld für Kriege, Kriegsrüstungen, Marinebauten und Kolonialpolitik. Wenn man zusammenstellt, was das Reich für diese Zwecke verbraucht, so erhält man nach dem Budget für 1906 folgende Beträge:

Ordentlicher Etat	938 Millionen Mk.
Außerordentlicher Etat . .	183 „ „
Zusammen	1121 Millionen Mk.

Also, **über eine Milliarde in einem einzigen Jahre.**

Nun bedenke man aber noch, wieviel menschliche Kraft durch die Verwendung in der Armee und der Marine für das Land unproduktiv verloren geht! Die Etatstärke des deutschen Heeres im Rechnungsjahr 1906 war 614 363 Mann, jene der Marine — 43 669. Das sind zusammen 658 032 Personen im besten Arbeitsalter, deren Arbeitskraft für das Land verloren geht, die vielmehr selbst vom Volke ernährt werden müssen!

Aber der Kapitalismus braucht diese ungeheure Vergeudung von Menschen und Gütern, er treibt den Staat mit Gewalt dazu an, er lockt ihn und reizt ihn durch billige Anleihen, das alles, weil der Kapitalismus der Produktivkräfte nicht mehr Herr werden kann, die er selbst ins Leben gerufen hat.

Währenddem die deutsche Kapitalistenklasse in tausend Sorgen ist, wo sie ihren riesenhaft anschwellenden Reichtumsüberschuß hintun soll, zeigt sich auf der anderen Seite ein konstanter Menschenüberschuß. In den letzten 20 Jahren sind wieder weit über eine Million Menschen ausgewandert, nämlich 1 063 000. Die einen wissen nicht, wo sie ihr Geld hintun, die anderen nicht, womit sie ihre Existenz bestreiten sollen.

Und immer steigt die Ueberproduktion! Um ihr einen Abfluß zu schaffen, dazu sollen eben auch die Kolonien herhalten.

Der Drang nach Kolonien, den die kapitalistische Ueberproduktion erzeugt, wird noch verschärft durch die kapitalistische Konkurrenz. Wenn die kapitalistische Industrie eines Landes, indem sie die Arbeiter ausbeutet, sich selbst den Markt abgräbt, so erscheint andererseits der einzelnen kapitalistischen Unternehmung die Absatzmöglichkeit grenzenlos, weil sie damit rechnet, die anderen vom Markte zu verdrängen, sich auf Kosten aller anderen einen Absatz zu verschaffen. Sie ist also bestrebt, sich immer weiter auszudehnen. Sie muß es auch tun, weil die Konkurrenz, deren Hauptwaffe der billige Preis ist, sie dazu zwingt. Eine Stabilität der Produktion kann es infolgedessen nicht geben, sondern — die Industrie entwickelt sich, oder sie bricht

in sich selbst zusammen! Fortgesetzte steigende Ausdehnung der Produktion oder — Handelskrisis! Die ganze Entwickelung auf dem kapitalistischen Warenmarkt gleicht einem Eistreiben, bei dem die einzelnen Schollen sich übereinander auftürmen, aneinander zerschellen, sich zu Eisbergen sammeln, währenddem immer größere Massen von hinten nachdrängen, und alles zusammen in einer rasenden Strömung fortgerissen wird.

Man geht also nach den Kolonien, nicht weil dort etwas zu holen ist — das kommt erst in zweiter Linie in Betracht — sondern weil die kapitalistische Entwickelung dazu drängt, den Kapitalüberschuß aus dem Lande zu schaffen. Das Kapital sucht nach Anlagegelegenheiten. Man sucht einen Punkt irgendwo weit im Ozean, den man als Abladeplatz für den Reichtum, den man den Arbeitern entzieht, gebrauchen kann. Die Kolonien sind nicht dazu da, um aus ihnen Geld zu ziehen, sondern um in ihnen Geld unterzubringen. Das ist der Kernpunkt der modernen kapitalistischen Kolonialpolitik. Man sehe sich doch die deutschen afrikanischen Kolonien an! Das sind Einöden, Wüsteneien — aber das tut nichts — um so mehr Kapital kann da hineingesteckt werden! Man wird Wege durch die Urwälder bahnen, man wird den steinigen Boden urbar machen, das deutsche Kapital wird Wunder in Afrika verrichten — um ja nur nicht den Reichtum, den die deutschen Arbeiter erzeugt haben, diesen selbst im eigenen Lande zugute kommen zu lassen.

In erster Linie muß selbstverständlich der Staat herhalten. Es beginnt damit, daß der Staat nach den Kolonien Beamte und Militär schickt. Das Volk muß es bezahlen. Es folgen die Dampferlinien mit Staatssubventionen. Nun dringt man weiter ins Land, und je weiter man da hineindringt, desto mehr macht man die einheimische Bevölkerung rebellisch. Denn es hat sich noch kein Naturvolk gutwillig der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen. Also kommt es zu Kolonialkriegen. Das war es aber gerade, was noch fehlte, das bringt die Kolonie gleich schon auf eine höhere Entwickelungsstufe. Denn jetzt steigen die Staatsausgaben ganz gewaltig, Geld kommt in Massen in die Kolonie. Das ist der Entwickelungspunkt, den die deutschen afrikanischen Kolonien gegenwärtig erreicht haben. Nunmehr aber, nachdem der Boden mit deutschem Blut gedüngt und mit dem Golde gepflastert worden ist, kann erst eine großzügige kapitalistische Kolonialpolitik inszeniert werden. Diese setzt ein mit den Eisenbahnen. Die Dernburgsche Denkschrift eröffnet in aller Form diese neue Aera. Sie gelangt zu folgenden Schlüssen: „Die Opfer, die wir bisher für unsere Schutzgebiete bringen mußten, lagen nur zum geringsten Teil auf wirtschaftlichem Gebiete, zum weitaus größten Teil auf militärischem Gebiete . . . . . Aber die Erfahrungen aller Kolonialvölker bestätigen, daß große koloniale Gebiete ohne Eisenbahnen ein unsicherer, wirtschaftlich nicht erschließbarer Besitz bleiben." Also ohne Eisenbahnen geht es nicht. Der Anfang ist ja auch bereits geschehen. Weitere Eisenbahnbauten werden verlangt, und ihre Bewilligung ist seitens der Mehrheitsparteien, einschließlich Zentrum, bereits zugesichert worden. Nun wird eine Eisenbahn auf die andere folgen. Das hat für absehbare Zeit gar kein Ende und wird Milliarden kosten.

Daß im Zusammenhang mit den Unsummen, die der Staat verausgabt, auch bis zu einem gewissen Grade Handel und Produktion sich entwickeln, liegt ja in der Natur der Dinge — nur ist die ganze Kolonialwirtschaft unvorteilhaft, weil sie dem Volke vielzuviel kostet. Man hat ja auch jetzt schon deutsche Farmen in Südafrika. Aber jedes Glas Milch, das auf einer solchen afrikanischen Farm erzeugt wird, kommt den deutschen Steuerzahlern teuerer zu stehen als eine Flasche Champagner. Das ist gerade der Kernpunkt der Frage: ob deutscher Fleiß und deutscher Reichtum dazu verbraucht werden sollen, nach Afrika mit aller Gewalt die kapitalistische Produktionsweise zu verpflanzen, auf daß der Reichtumsüberschuß der Kapitalistenklasse sich noch weiter mehre — oder ob sie nicht vielmehr im eigenen Lande der Volkswohlfahrt zugewandt werden sollten.

Daß die Kolonien niemals ihre Kosten decken werden, daß das Volk also immer wird daraufzahlen müssen, daß gibt die Reichsregierung selbst zu. Das Einzige, was sie — bestenfalls — in Aussicht stellt, ist, daß die Kolonien vielleicht mit der Zeit ihre eigenen Verwaltungskosten decken werden, nicht aber die Militär- und großen Anlagekosten. Was das bedeutet, das wollen wir an einem Beispiel zeigen, das die Regierung selbst als typisch bezeichnet, an dem Beispiel der französischen Kolonie Algier, die Herr Dernburg uns als Musterbild in seiner Denkschrift vorführt. Es betrugen in den Jahren 1830 bis 1900 die Ausgaben des französischen Staats für Algier:

Gesamtausgaben	6669	Millionen	Mark
Verwaltungsausgaben	1893	„	„
Militärausgaben	4070	„	„
Zinsgarantien usw. für Eisenbahnen . . .	706	„	„

Man sieht, wie gering die Verwaltungsausgaben sind gegenüber den Ausgaben für Militär und Eisenbahnen! Was brachte aber Algier während des gleichen Zeitraums an Einnahmen dem Mutterstaat? Genau 1897 Millionen Mark. Also wurden tatsächlich durch die Kolonie selbst nur die Verwaltungsausgaben gedeckt; 4785 Millionen Mark hat der Staat daraufzahlen müssen! Das ist das Ergebnis einer siebzigjährigen kolonialpolitischen Erfahrung — also etwas, worauf man doch einigermaßen bauen kann. Man glaube nun aber nicht, die Militärausgaben der Kolonie seien bloß in der ersten Zeit groß gewesen. „Als Eroberungszeit — erklärt uns die Regierungsdenkschrift — kann der Zeitraum von 1830—1857 angesehen werden." Aber — „die Steigerung der Militärausgaben ist außer während der Okkupationszeit besonders in den siebziger und achtziger Jahren sehr bedeutend". Auch hat sich seit 1900 das finanzielle Verhältnis Frankreichs zu Algier durchaus nicht gebessert, vielmehr hat das Stammland in den letzten sechs Jahren weitere anderthalb Milliarden daraufzahlen müssen.

Das sind die finanziellen Perspektiven der Kolonien, die uns die Regierungsdenkschrift selbst vorhält.

Es ist herausgerechnet worden, daß Deutschland für seine Kolonien bereits zirka eine Milliarde verausgabt hat, wobei die Flottenausgaben

noch nicht mitgerechnet sind. Diese Milliarde wird bald verschwinden gegenüber den vielen neuen Milliarden, welche die deutsche Kolonialpolitik erfordern wird. Dahin geht der Kurs!

Schließlich wird es noch als „Ehrensache" hingestellt, die Kolonialpolitik fortzuführen.

Wozu dient die Kolonialpolitik?

Erstens, um den Reichtum, den das Volk geschaffen hat und den es zur Deckung seines eigenen Bedarfs braucht, ihm zu entziehen, fortzuschaffen und zu vergeuden.

Zweitens, um das eigene Volk auszubeuten.

Drittens, um die fremde Bevölkerung auszubeuten.

Wenn da von nationaler Ehre die Rede sein kann, dann, unseres Erachtens, nur in dem Sinne, daß man die Hände weg läßt von diesem schändlichen Treiben!

Die Handelspolitik Deutschlands und die amerikanische Konkurrenz.

Außer den allgemeinen kapitalistischen Ursachen des Drangs nach den Kolonien gibt es noch besondere, die sich aus der Wirtschaftspolitik der Industriestaaten und ganz besonders Deutschlands ergeben. Da ist vor allem die Schutzzollpolitik zu nennen. Währenddem die kapitalistische Industrie mit Gewalt eine Ausdehnung des Marktes verlangt, wird durch die Schutzzölle, im Gegenteil, der Markt eingeengt. Die kapitalistischen Staaten schließen sich gegenseitig ab, und um dieser gegenseitigen Abschließung zu entgehen, flüchtet man nach den Kolonien — wo es noch keinen kapitalistischen Staat gibt. Zugleich aber entsteht das Bestreben, die Kolonien mit in das Schutzzollsystem aufzunehmen. Das ist der Imperialismus. Jeder Industriestaat will sein Kolonialreich haben, von dem er alle anderen Industriestaaten möglichst ausschließen oder zurückdrängen möchte.

Das deutsche Schutzzollsystem ist, wie man weiß, agrarischen Ursprungs. Die Industrie Deutschlands brauchte keinen Zoll, sie hat sich auch bis dahin unter sehr mäßigen Zöllen entwickelt. Aber die ostelbischen Junker haben, dank ihrem Einfluß auf die Regierung, diese für die Schutzzölle gewonnen. Nun wurden noch die Eisenindustriellen und einige andere Industriegewaltigen mit in den Pakt gezogen, die, gedeckt durch Schutzzölle, eine Preistreiberei im Inlande hervorrufen wollten. So entstanden die deutschen Schutzzölle und so haben sie sich entwickelt. Zunächst wurden 1885 und 1887 nur die Agrarzölle gesteigert, dann sah man sich doch veranlaßt, die Zölle abzuschwächen, und es kam zu den Handelsverträgen von 1892 und

1893. Statt aber in dieser Richtung fortzufahren, hat man — einerseits unter dem Druck der Agrarier, die während dieser Zeit eine große Organisation im ganzen Lande geschaffen haben, andererseits im Interesse der Industriekartelle, die sich Monopolpreise im Inlande sichern wollen, drittterseits um der Regierung Geldquellen zu eröffnen, den neuen Zolltarif geschaffen, der nicht nur die Brot- und Fleischzölle erhöht, sondern einen Hochschutzzoll auf der ganzen Linie, auch der industriellen Wareneinfuhr, etabliert.

Diese Handelspolitik zeitigt für Deutschlands wirtschaftliche Entwickelung Folgen, die ihr geradezu verhängnisvoll werden.

Der freie Handelsverkehr mit Amerika brachte Deutschland billiges Brot und billiges Fleisch. Das kam den Volksmassen zugute, besserte ihre Ernährung und steigerte ihre Leistungsfähigkeit. Die Entwickelung wurde durch die Schutzzölle zurückgehalten. Man ließ es nicht zu, daß der Arbeiter mehr Fleisch in die Suppe und mehr Brot auf den Tisch bekomme, — damit ja nur nicht die Renten der Grundherren geschmälert werden.

Indessen sammelte sich in Amerika, nicht zum geringsten durch deutsche Auswanderung, eine Arbeiterschaft, die, besser genährt, auch mehr leistet und bei höheren Löhnen ihre deutschen Konkurrenten aus dem Felde schlägt.

Der Handelsverkehr Deutschlands mit Amerika war aber doch nicht bloß die Getreideeinfuhr nach Deutschland, er war zugleich Ausfuhr industrieller Produkte nach Amerika. Die Dampfer, die Getreide aus Amerika brachten, gingen, mit Industriewaren und mit Menschen beladen, nach Amerika zurück ab. Ferner: wie erst die Dampferschiffahrt diesen großen Handelsverkehr über den Ozean ermöglichte, so förderte dieser seinerseits die Entwickelung der Ozeanschiffahrt. Im Zusammenhang damit entstanden in Deutschland die großen Reedereien. Nun konnte der Seehandel Deutschlands noch weiter ausgreifen. Es ergab sich demnach, von der breiten Basis der amerikanischen Getreideeinfuhr aus eine großartige Entwickelung des deutschen Handels und der deutschen Industrie.

Amerika lieferte nach Deutschland billige Nahrungsmittel und eröffnete ihm den Weltmarkt. Aber die sich daraus ergebende wirtschaftliche Entwickelung wurde durch die deutschen Schutzzölle eingeengt. Wohl weist der deutsche Handelsverkehr mit Amerika noch immer steigende Zahlen; aber das darf uns nicht täuschen. Man muß mit Verhältniszahlen rechnen. Daß der Handelsverkehr Deutschlands mit Amerika, trotz der Zölle, sich immer noch entwickelt hat, das beweist gerade erst recht, wie groß zwischen den beiden die Produktionszusammenhänge sind, und läßt darauf schließen, wie riesenhaft der Handelsverkehr der beiden Länder sich entwickelt hätte, wenn er nicht durch Schutzzölle eingedämmt worden wäre.

Die deutschen Schutzzölle förderten die schutzzöllnerische Bewegung in Amerika. Da Amerika an seiner Getreideausfuhr eminent interessiert war, so würde man seine Zollbestrebungen stark herunterseten können, wenn man ihm den landwirtschaftlichen Markt in Europa nicht versperrt hätte. Die deutschen Agrarzölle waren Wasser auf die Mühle der amerikanischen Industriezöllner. So wurde denn der Handelsverkehr der beiden Länder erst recht

getrennt. Man könnte auch jetzt noch von den Vereinigten Staaten einen günstigen Handelsvertrag, d. h. Zollherabsetzungen, erlangen, wenn man sich entschließen wollte, die deutschen Brotzölle zu vermindern. Aber das tut man nicht, und so kam es denn vorläufig überhaupt noch zu keinem Handelsvertrag mit der nordamerikanischen Union.

Es ist kennzeichnend, daß diejenigen, die jetzt Milliarden dafür ausgeben möchten, um einen Handelsverkehr mit den Hottentotten Afrikas zu entwickeln, es nicht einsehen wollen, wieviel Deutschland durch die schutzzöllnerische Unterbindung seines Handelsverkehrs mit Amerika, der doch erst überhaupt den deutschen Ozeanverkehr geschaffen hat, einbüßt!

Eine weitere Folge der deutschen resp. europäischen Agrarzölle war, daß die Amerikaner sich nunmehr erst recht alle Mühe gaben, die Getreideproduktion und den Getreidetransport zu verbilligen. Es trat also gerade das umgekehrte Verhältnis wie in Deutschland ein: hier bei künstlicher Höhe der Getreidepreise, die gerade deshalb keine Sicherheit gewährten, landwirtschaftliche Stagnation, verlangsamte Entwickelung des landwirtschaftlichen Betriebs, dort — rasche Entwickelung des Maschinenbetriebs in der Landwirtschaft und eine staunenerregende Entwickelung der Verkehrsmittel nebst eintretender Verbilligung der Fracht. Im Jahre 1880 noch kostete die Fracht für ein Bushel Weizen von Chicago über New-York nach England (Liverpool) 25 Cents, 1889 dagegen nur noch 15 Cents! Ein interessantes Gegenstück dazu bildet die Opposition, welche die Agrarier dem Bau des deutschen Mittellandkanals gemacht haben! In Amerika Verbilligung der Lebensmittel und Verbilligung des Verkehrs — in Deutschland, im Gegenteil, teuere Lebensmittel und teuere Frachten!

Die kolossale Entwickelung der Verkehrsmittel diente nun seinerseits der Entwickelung der Industrie in Amerika. Ein interessantes Beispiel nach dieser Richtung hin ist die Pacificbahn, die Eisenbahn, welche Nordamerika von Osten nach Westen durchquert und den Atlantischen mit dem Stillen Ozean verbindet. Sie wurde gebaut, um die Getreideproduktion des Landes nach den Häfen des Atlantischen Ozeans zu ziehen. Sehr schnell entstanden in den 80er Jahren eine Menge Neben- und Anschlußlinien zu diesem großen Eisenbahnstrang, so daß es jetzt in einem amerikanischen Bericht heißt: „Der amerikanische Kontinent ist jetzt durch und durch mit Schienen zum Pacific gespickt." Dieses Schienensystem behielt seine Bedeutung für den landwirtschaftlichen Export, dient aber jetzt auch noch dazu, die industriellen Erzeugnisse Amerikas nach dem Osten und über den Stillen Ozean zu schaffen.

Deutschland wollte nicht die billigen amerikanischen Nahrungsmittel ausnützen, so nützte dieses sie selbst aus, indem es sich eine Industrie schuf. Es kamen Amerika dabei auch die deutschen Arbeiter sehr gut zustatten, die man in ihrer Heimat, weil man die Produktionsentwickelung unterbunden hat, nicht hat verwenden können, bezw. die bei den teueren Lebensmittelpreisen und den geringen Löhnen hier nicht habea bestehen können. Nicht minder zog das deutsche Kapital nach Amerikn ab. Dieselben deutschen Fabrikanten, die hier nach Schutzzöllen schrien,

gründeten in Amerika Filialen, um von dort aus dem Vaterlande Konkurrenz zu machen. Noch mehr geschah durch die Banken, durch die Börse, die amerikanische Aktien kaufte, durch die mannigfaltigen Verbindungen der großen internationaleu Unternehmungen wurde Nordamerika zum Industriestaat.

Man wollte sich die landwirtschaftliche Konkurrenz Amerikas vom Halse schaffen und zog dadurch erst recht groß die amerikanische industrielle Konkurrenz.

Selbstverständlich würde sich die Industrie in Amerika auch ohne die deutschen Schutzzölle, — wie übrigens auch ohne die amerikanischen Schutzzölle — entwickelt haben, aber die deutschen Schutzzölle bewirkten, daß Deutschland von den landwirtschaftlichen und industriellen Kräften Nordamerikas, wie von ihrer Entwickelung bei weitem nicht jenen Nutzen gezogen hat, den es bei freiem Handelsverkehr hätte ziehen können. Darum wird es jetzt, da Amerika auf allen Märkten als sein industrieller Konkurrent auftritt, von diesem um so leichter überflügelt. Einige Zahlen mögen das illustrieren.

Es betrug die Kohlenproduktion (in 1000 Tonnen):

Im Jahre	Deutschland	Vereinigte Staaten von Amerika
1885	73 676	100 843
1890	89 291	143 127
1895	103 957	175 193
1900	149 788	244 653
1905	173 797	338 569

Es betrug die Roheisengewinnung (in 1000 Tonnen):

Im Jahre	Deutschland	Vereinigte Staaten von Amerika
1885	3 687	4 109
1890	4 658	9 350
1895	5 465	9 598
1900	8 521	14 011
1905	10 875	23 361

Kohle und Eisen bilden das Gerippe der modernen Industrie. Die Entwickelung ihrer Produktion gibt deshalb die Gesamtentwickelung der Industrie an. Die von uns vorgebrachten Zahlenreihen zeigen nun so drastische Unterschiede, daß sie keiner besonderen Erläuterung bedürfen. Man ersieht klar aus ihnen, daß die deutsche Industrie von der amerikanischen weit überflügelt wird.

Es besteht die Meinung, daß Schutzzölle nötig seien, um die aufkeimende Industrie eines Landes in die Höhe zu bringen, weil sie sonst von der überlegenen Industrie des entwickelteren Landes niedergekämpft wird. Daß dies für Deutschland mit seiner hochentwickelten Industrie auf keinen Fall zutrifft, liegt auf der Hand. Allein diese Meinung, die von vornherein auf einer sehr einseitigen Auffassung der kapitalistischen Produktionsentwickelung beruhte, mag eine gewisse Berechtigung besessen haben höchstens zu jener Zeit, da der kapitalistische Verkehr zwischen den Ländern noch sehr wenig entwickelt war. Gegenwärtig aber, da der Eisenbahn- und Dampfschiffverkehr die

einzelnen Staaten näher aneinandergebracht hat, als es früher die Provinzen des gleichen Staates waren, da ein immenser Menschenaustausch und ein gewaltiger materieller und ideeller Verkehr zwischen den Völkern stattfindet, da die internationale Wissenschaft die Technik allgemein zugänglich gemacht hat, da die internationalen Banken die Produktion in allen Weltteilen speisen, heutzutage gilt ein ganz anderer Grundsatz, den ich so fassen möchte:

Beim Freihandel kommen die wirtschaftlichen Kräfte des einen Landes allen anderen zugute, beim Schutzzoll ist jedes Land auf seine eigenen Produktivkräfte angewiesen. Selbstverständlich, je geringer der Schutzzoll, desto mehr wird seine Wirkung nach der Richtung des freien Handelsverkehrs durchbrochen.

Der Freihandel ist die Ausgleichung der Unterschiede und die Hineinbeziehung aller Länder in die Weltproduktion; der Schutzzoll ist die Auseinanderzerrung der Weltproduktion und der Kampf einzelner Länder gegeneinander.

Nun kommt es darauf an, welches Land dem anderen an Produktionskräften überlegen ist. Da die Vereinigten Staaten von Nordamerika an Naturschätzen, an Raum und an Bevölkerung jedes europäische Land, mit Ausnahme Rußlands, übertreffen, so beruht denn auch darauf die Ueberlegenheit ihrer industriellen Konkurrenz. Nicht nur Deutschland, sondern jeder europäische Industriestaat, Großbritannien, trotz seiner Kolonien, nicht ausgeschlossen, wird vor Amerika weichen müssen. Dank dem großen Spielraum, den die Industrie in jenem immensen wirtschaftlich und politisch einheitlichem Gebiet zu ihrer Entwickelung hat, setzte die nordamerikanische Union bereits konzentrierte Produktionsmassen in Bewegung, die nicht mehr ihresgleichen in den anderen Ländern finden. Das ist aber nur erst der Anfang der amerikanischen Industrie. Der Uebermacht dieser Konkurrenz wird sich kein europäischer Staat erwehren können. Man kann ihr auch nicht ausweichen, wie man der landwirtschaftlichen Konkurrenz ausgewichen war. Denn wenn man auch der amerikanischen Industrie, obwohl mit großem Schaden für sich selbst, den Zutritt zum einheimischen Markt versperren kann, so wird man ihr doch erst recht auf den fremden Märkten begegnen, die man aufsuchen muß.

Man kann der amerikanischen Konkurrenz nur entgehen, wenn man sich selbst vom Weltmarkt, vom Weltverkehr ausschließt. Das wäre offenbar ein Unding, eine Unmöglichkeit. Aber auf diese Unmöglichkeit läuft, im letzten Grunde, der kapitalistische Imperialismus hinaus: man will für sich selbst einen eigenen Weltmarkt schaffen, irgendwo weit über den Ozean, in Afrika! Man will sich vom Weltverkehr abschließen und doch den Weltmarkt behalten. Das ist die tollste Absurdität, zu der die kapitalistische Entwickelung gelangt ist.

Seit Jahrzehnten jammert man in Europa über die landwirtschaftliche Konkurrenz Amerikas, — das war aber nur ein Kinderspiel gegenüber der industriellen Konkurrenz Amerikas, der man jetzt zu begegnen hat.

Um Amerika gegenüber zu bestehen, gibt es für die europäischen Länder nur ein Mittel: das ist der wirtschaftliche Zusammenschluß Europas. Das Bild ändert sich sofort, wenn man der nordamerikanischen Union nicht einzelne Länder, sondern Gruppen europäischer Staaten gegenüberstellt. Nehmen wir z. B. die vier Hauptstaaten Westeuropas: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Oesterreich-Ungarn. Das Verhältnis zwischen ihnen und den Vereinigten Staaten ist wie folgt:

	Vereinigte Staaten von Nordamerika		4 europäische Staaten	
Bevölkerung	76	Millionen	195	Millionen
Erwerbstätige in Industrie und Bergbau	7	„	26	„
Kohlengewinnung	339	„ Tonnen	489	„ Tonnen
Eisengewinnung	23	„ „	25	„ „
Raumgehalt der Dampfschiffe	1,9	„ Registertonnen netto	12,2	„ Registertonnen netto

Man sieht, ein geeinigtes Europa würde noch immer seinen amerikanischen Konkurrenten weit an Produktivkräften übertreffen. Aber Europa ist eben nicht einig, sondern wirtschaftlich und politisch zerrissen.

Wenn die nordamerikanische Union in einzelne Staaten zerfiele, die sich gegenseitig durch Schutzzölle verbarrikadiert hätten, so würde sie noch bei weitem nicht die wirtschaftlichen Potenzen entwickeln können, wie jetzt, sondern schwach und hilflos daniederliegen.

Europa leidet unter Kleinstaaterei. Man kann in Mitteleuropa keine 24 Stunden Eisenbahnfahrt machen, ohne auf eine oder mehrere Staatsgrenzen zu stoßen nebst obligaten Zollschranken. Aber diese Kleinstaaterei ist das Produkt der politischen Entwickelung Europas.

Der Fluch Europas ist seine politische Vergangenheit. Seine politische Karte ist wie ein Bettlermantel — lauter Flickwerk. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie diese politische Gebilde entstanden sind, wird man über die Torheit lachen, die sich einbildet, wo ein Staat ist, da sei auch eine nationale, ja eine Welteinheit, die man von der übrigen Welt abschließen muß. Aber in jedem solchem politischen Fetzen, der sich Staat nennt, gibt es mächtige Interessengruppen und Cliquen, die einer Einigung Europas im Wege stehen. Vor allem die monarchischen Gewalten, die nur noch dadurch existieren, daß sie die Völker voneinander trennen.

Das ist wiederum ein großer wirtschaftlicher Vorteil Amerikas — seine Demokratie. Sie hat die politische und wirtschaftliche Einigung des Landes ermöglicht, sie allein gewährt genügenden Spielraum den Nationen, die nebeneinander wirken, ohne sich gegenseitig mit bewaffneter Macht zu befehden, sie hat es auch mit bedingt, daß die Arbeiter in Amerika eine höhere Lebensstellung einnehmen wie in Europa, was, unter anderem, auch der industriellen Entwickelung in bedeutendem Maße zugute kam.

Wie seinerzeit die Kleinstaaten Deutschlands seiner wirtschaftlichen Entwickelung im Wege standen, so hindert jetzt die politische Zerrissenheit Europas

seine Produktionsentwickelung und schwächt seine Konkurrenzfähigkeit. Aus dem gleichen Grunde deshalb, wie der deutsche Einheitsgedanke durch Revolutionen und Kriege sich Bahn legte, bis er verwirklicht wurde, wird auch die Idee der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas sich gegen alle Gewalten Bahn brechen.

Wohlgemerkt, es handelt sich nicht darum, Europa durch ein gemeinsames Zollsystem von der übrigen Welt abzusondern, sondern darum, die Zollschranken aufzuheben, um eine Einigung und Konzentration der Produktivkräfte Europas und den weitgehendsten Zusammenhang der Weltproduktion zu ermöglichen und zu erzielen.

Die Handelspolitik der deutschen Regierung läuft schnurstracks dieser Entwickelung entgegen — darum stößt sie auf immer größere Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten. Die kampfesfreudige Stimmung, mit der man den neuen Zolltarif schuf, ist längst geschwunden. Indem man die politische Zwangslage Rußlands ausgenützt hatte, diktierte man ihm einen Handelsvertrag; aber, statt Zollherabsetzungen für die deutsche Industrie zu erlangen, mußte man sich vielmehr auch russischerseits Zollerhöhungen gefallen lassen. Das gleiche Ergebnis beim Handelsvertrag mit Oesterreich; hier ist besonders die deutsche Farbenindustrie stark getroffen worden — der österreichische Zoll auf Anilinfarben ist von 3,6 Kronen auf 24 Kronen per 100 kg erhöht worden. Mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten gelang es auf Grund des neuen deutschen Zolltarifs überhaupt nicht mehr, Handelsverträge abzuschließen. Hier blieb eben alles unsicher und in der Schwebe: innerhalb eines einzigen Jahres kann sich das ganze Handelsverhältnis verändern — man kann gegen Deutschland Kampfzölle ergreifen, oder ihm die Meistbegünstigung verweigern. Der Zollkrieg, der seit 1903 zwischen Deutschland und Kanada besteht, wurde durch den neuen deutschen Zolltarif — da Kanada eine steigende Getreideausfuhr aufzuweisen hat — erst recht geschürt. Wie dieser Zollkrieg wirkte, zeigt sehr hübsch eine kleine Tabelle, die wir dem Sammelwerk „Die Weltwirtschaft", herausgegeben von E. v. Halle, entnehmen.

Die Zuckereinfuhr nach Kanada betrug in 1000 Dollars:

aus	Deutschland	Großbritannien	Westindien	Britisch-Guyana
1900/1	1412	92	169	20
1904/5	13	456	4000	2500

Währenddem die Zuckereinfuhr Kanadas ganz außerordentlich stieg, verlor dort Deutschland vollkommen seinen Zuckermarkt.

Nun ist aber Kanada ein Land, das sich in mächtigem Aufschwung befindet. Der auswärtige Handel Kanadas zeigte folgende Entwickelung:

	Wareneinfuhr	Warenausfuhr
1890:	473 Millionen Mark	368 Millionen Mark
1895:	442 „ „	450 „ „
1900:	759 „ „	746 „ „
1904:	1056 „ „	843 „ „

Das sind denn doch ganz andere Zahlen, als jene des Handels mit Kamerun und Südwestafrika! Hier ist eine große und steigende Absatzmöglichkeit, — aber um daran teilzunehmen, muß man sich auch die kanadische landwirtschaftliche Ausfuhr nach Deutschland gefallen lassen. Da dies den deutschen Agrariern nicht paßt, so wird der Handelsverkehr mit Kanada durch Zölle unterbunden. Andererseits wird man Milliarden ausgeben, um sich einen Markt im wilden Afrika erst künstlich zu erzeugen!

Es scheint bei der Reichsregierung, angesichts der Mißerfolge ihrer Handelspolitik, bereits eine recht katzenjämmerliche Stimmung zu herrschen. Vielleicht liegt darin der Grund, weshalb man eine Stärkung des Liberalismus im Reichstage nicht ungern sehen würde. Aber, um eine entschiedene handelspolitische Umkehr zu halten, dazu eignen sich, wie die Dinge stehen, weder die deutsche Regierung noch der deutsche Liberalismus. Die Regierung müßte zu diesem Zweck die traditionellen Bande zerreißen, die sie mit dem ostelbischen Junkertum verbinden, was aber eine Umwälzung des ganzen Regierungssystems bedeuten würde; die Liberalen hinwiederum werden an einem halbwegs energischen Vorgehen durch ihre Angst vor der Sozialdemokratie gehindert.

Die deutsche Arbeiterschaft hat der industriellen Bourgeoisie den Weg zur politischen Herrschaft verlegt. Ohne Sozialdemokratie kann sie nichts mehr erreichen. Will aber der Liberalismus die Hilfe der Sozialdemokratie gebrauchen, so muß er sich ihre Stärkung gefallen lassen, folglich auch, daß sie ihre Arbeiterforderungen durchsetzt.

Keine liberale Handelspolitik ohne Sozialpolitik.

Unsere Betrachtung der parlamentarischen Verhältnisse Deutschlands führte uns zum Schluß, daß der neue Reichstag eine schärfere Klassenscheidung und einen engeren Zusammenschluß der kapitalistischen Elemente mit der Regierung aufzuweisen haben wird. Unsere Untersuchung der handelspolitischen Entwickelung zeigt dann wiederum eine Spaltung innerhalb der Kapitalistenklasse selbst, die zwar nicht mehr ganz nach der Trennungslinie zwischen Industriekapital und Agrarkapital geht, aber ziemlich in dieser Richtung. Ein reines Agrarkapital gibt es, übrigens, überhaupt nicht mehr. Also sprechen wir einfach vom Gegensatz zwischen freihändlerischem und schutzzöllnerischem Kapital. Die Konservativen, die eine sehr feine Nase für alles, was ihre Klasseninteressen angeht, haben, wittern denn auch bereits Gefahr in der Stärkung des Liberalismus und begründen damit offen ihre Schwenkung auf die Seite des Zentrums. Das kann vorläufig nur zu einer Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen bei den Wahlen führen. Im Reichstag wird man dann den Versuch machen, durch Kolonialpolitik die handelspolitischen Gegensätze zu überbrücken. Man kann sich denken, wie das den kolonialen Rummel steigern wird!

Aber je schwächer die bürgerlichen Parteien aus den Wahlen herauskommen, desto stärker die Sozialdemokratie und desto größer die steigende Opposition der Volksmassen.

Will man Kolonialpolitik an Stelle Handelspolitik setzen, so ist das der Weg zum politischen Zusammenbruch.

Die auswärtige Politik des Reichs.

Wie die Handelspolitik der Reichsregierung Deutschland in eine Sackgasse gebracht hat, aus der es nicht heraus kann, ohne das ganze Regierungssystem zu ändern, so bewirkte die auswärtige Politik der Regierung — die politische Isolierung Deutschlands.

Die große Reichstagsdebatte über auswärtige Politik, die auch zugleich den großen Gegensatz zwischen der öffentlichen Meinung und der Regierung offenbarte, hinterließ darüber keinen Zweifel. Um die politische Lage klarzulegen, wollen wir uns die politische Kanzlerrede etwas näher ansehen.

Der deutsche Reichskanzler erklärte — und ließ es sich im voraus vom zukünftigen Geschichtsschreiber als große politische Voraussicht preisen —, er wußte, daß Japan gerüstet und entschlossen zum Kriege sei, er habe darauf die kaiserliche Regierung aufmerksam gemacht und er habe Japan zum Frieden geraten. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, inwiefern es für einen Politiker, der die Entwickelung der Dinge in Ostasien, wenn auch nur seit dem chinesisch-japanischen Kriege, verfolgt hatte, um die Zeit, da Graf von Bülow seine erwähnten Mitteilungen gemacht haben mochte, noch ein Geheimnis war, daß es drüben zum Kriege kommt. Uns interessiert hier nicht der zukünftige Geschichtsschreiber des Herrn von Bülow, sondern das Schlaglicht, welches die Worte des deutschen Reichskanzlers auf die Politik des Deutschen Reiches Japan und Rußland gegenüber werfen.

Die japanische Regierung bedauert es gegenwärtig doch wohl kaum, daß sie den Rat des deutschen Reichskanzlers nicht befolgt hatte, der ihr empfahl, von einem Kriege abzusehen, dem Japan seine gegenwärtige Machtstellung verdankt. Aber Japan hatte schon damals Grund genug, den deutschen Ratschlägen Mißtrauen entgegenzubringen. Man scheint, nicht nur bei der deutschen Regierung, sondern auch im deutschen Reichstag bereits vergessen zu haben, daß Deutschland nebst Rußland in erster Linie es waren, die Japan um die Erfolge seines chinesischen Krieges gebracht hatten, es zwangen, das den Chinesen abgewonnene Port Arthur abzugeben, um es dann wieder, unter viel schwierigeren Verhältnissen, von Rußland zurückzuerobern. Man vergaß im deutschen Reichstag, an die deutsche Okkupationspolitik in Ostasien zu denken, die der Reichskanzler in seiner Rede schamhaft mit seinem Zirkular vom 11. Juni 1900 verdeckte, worin er aussprach, daß Deutschland „keine Aufteilung des chinesischen Reiches" wünsche. Und doch war diese deutsche Okkupationspolitik in hervorragendem Maße mit daran schuld, daß in China Zustände geschaffen wurden, die Japan zwangen, sich als Militärmacht zu behaupten, um politisch und wirtschaftlich gleich den europäischen Kolonialmächten vordringen zu können. Japan rüstete lange Jahre. Und als es mit seinen Kriegsrüstungen fertig war, da empfahl ihm der deutsche Reichskanzler, vom Kriege abzusehen!

Japan führte den Krieg und siegte. Dadurch wurde eine Situation geschaffen, die der deutsche Reichskanzler nicht voraus-

sah und, wie es scheint, auch jetzt noch in ihrer vollen Tragweite nicht zu erfassen vermag.

Durch den russisch-japanischen Krieg veränderten sich die Dinge nicht nur in Ostasien, sondern auch in Europa.

Die Wirkung des Krieges war für Europa um so größer, als ihm in Rußland die Revolution nachfolgte. Zwar ist nur die Revolution allein imstande, die Staatsmacht Rußlands wiederherzustellen und zu entfalten, aber vorläufig und gerade deshalb hat die russische Regierung im Kampf gegen die Revolution selbst ihre Militärmacht vollkommen ruiniert. Rußland besitzt im kriegstechnischen Sinne keine Armee mehr. Das wird allgemein, auch in Militärkreisen, bedingungslos anerkannt. Infolgedessen hat Rußland aufgehört, ein militärischer Großstaat zu sein. Damit ist der Eckstein der ganzen Kräftekombination der europäischen Großmächte entfernt.

Um den russisch-japanischen Krieg hatten sich zwei Interessentengruppen von Staaten gebildet. Großbritannien und die Vereinigten Staaten gingen mit Japan. Sie sind denn jetzt auch, gleich diesem, im Vordringen. Das Bemerkenswerteste dabei ist, daß auch ihre Stellung gegenüber Rußland sich ungemein zu ihren Gunsten verändert hatte. Das ist schließlich auch begreiflich: wenn man schwach ist, so fürchtet man seine Gegner und gebraucht ihre Dienste, die, selbstverständlich, nicht umsonst geschehen. Die Vereinigten Staaten haben Rußland den Frieden diktiert und es sich dadurch noch verpflichtet. England diktiert ihm jetzt seinen Vertrag über Persien, Tibet, Zentralasien. Beide Staaten sichern sich durch Verträge, geheime Abmachungen und stillschweigende Duldung große kommerzielle Vorteile in Rußland. Schon ist die Rede davon, ihnen den Staat zu verpfänden. Wenn die zarische Regierung fortfährt, die Demokratie, die unerläßlich ist, um die Kräfte der Nation zu wecken, mit militärischer Gewalt zurückzudrängen, so wird jener Zustand der politischen Schwäche und wirtschaftlichen Ohnmacht des Staates andauern und sich noch verschlimmern. Dann werden jene Staaten über Rußland wie über ein Kolonialgebiet verfügen.

Die deutsche Regierung dagegen baute auf den Sieg Rußlands, der zugleich der französischen Bourgeoisie höchst notwendig war. Er war der letzteren notwendig, weil ihr Bündnis mit dem Zarentum in den Augen der Nation bereits in vollkommenen Mißkredit geraten war.

Dieses Bündnis entstand bekanntlich aus dem Revanchegedanken. Dann gab ihm die kapitalistische Bourgeoisie eine für sie vorteilhaftere und auch weniger gefährliche Wendung der kolonialen Gegnerschaft zu England. Aber auch diese Politik erlitt ein elendes Fiasko in Faschoda. Indessen kostete bereits die russische Freundschaft der kleineren und mittleren Bourgeoisie mehrere Milliarden. Nur ein glorreicher Krieg, der die Machtstellung Rußlands eminent in die Höhe bringen würde, konnte noch unter diesen Verhältnissen die Hoffnungen der Bourgeoisie auf den Zaren wieder aufleben lassen. Aber der Sieg blieb aus; es kamen die Niederlagen, und gerade weil Frankreich mit Rußland am engsten liiert war, trat für diesen Staat zuerst die Notwendigkeit auf, die Richtung seiner auswärtigen Politik zu ändern und sich nach neuen Verbündeten umzusehen. So kam es zum

französisch-englischen Bündnis, das als Nebenströmung schon geraume Zeit vorher sich Bahn zu brechen begann. Das bewirkte eine neue Verschiebung des Kräfteverhältnisses zuungunsten Deutschlands.

Deutschland wurde isoliert. Das kam in der Konferenz von Algeciras überraschend zum Ausdruck. Nicht Marokko war da die Hauptsache, sondern daß die Autorität des Deutschen Reiches nicht mehr der machtvolle politische Faktor war, wie bisher.

Mit der Vernichtung des zarischen Rußlands hat auch die Machtstellung des von Bismarck gegründeten Deutschen Reiches gelitten. Die Isolierung Deutschlands wurde aber nicht allein durch den Krieg geschaffen, sondern schon lange vorher durch Deutschlands ureigenste Politik vorbereitet.

Graf Bülow hatte vollkommen recht, als er der deutschen Bourgeoisie vorhielt, sie habe sich an die Bismarckschen Reiterstiefel so sehr gewöhnt, daß jedes andere Auftreten ihr als Bloßstellung des Deutschen Reiches erscheint, und sie habe vergessen, daß auch Bismarck selbst ihr seinerzeit als sehr unangenehmer Gegensatz zu der alten „Professorenpolitik" erschienen war. Aber in seiner feuilletonistischen Denkungsart konnte der deutsche Reichskanzler über den äußeren Effekt des Gegensatzes zwischen Kürassierstiefeln und Professorenperücke nicht hinaus und sah die sozialen Ursachen der politischen Wandlung nicht, die sich in der Stimmungsänderung des Bürgertums damals und jetzt offenbarte. Und vor allem begriff er nicht, daß er selbst zum Prügelknaben der Bismarckschen Politik geworden ist.

Nachdem durch den 71er Krieg die Machtstellung des Deutschen Reichs endgültig befestigt worden war, erreichte Bismarcks auswärtige Politik ihren Kulminationspunkt im Dreibund. Der Dreibund entstand nach dem Gesetz der politischen Gravität: die Schwächeren schließen sich den Stärkeren an. Zum Teil war sowohl für Oesterreich wie für Italien der Anschluß an das Deutsche Reich ein Vorteil, da Oesterreich sich dadurch gegen Rußland, Italien gegen Frankreich sicherte, zum anderen mußten sie sich Deutschland anschließen, weil sie dessen Gegnerschaft fürchteten. So war die politische Vorherrschaft Deutschlands in Europa etabliert. Aber zugleich begann auch bereits die rückläufige Entwickelung.

Das Deutsche Reich, wie es Bismarck fabriziert hatte, war nach seiner inneren Gestaltung nicht dazu angetan, das Mittel- und Bindeglied Westeuropas zu werden. Deutschland war dazu nicht genug einheitlich und nicht genug freiheitlich. Dieser Militärstaat konnte nicht die Nationen einigen, er konnte nur die Regierungen beherrschen.

Der Wert jedes Staatenbündnisses liegt in der gegenseitigen militärischen Entlastung — der Dreibund aber führte im Gegenteil zu einer gegenseitigen Steigerung der militärischen Rüstungen. Es war ein Rennen zu dritt, bei dem der Stärkere die Schwächeren mitzog, sie aber gerade dadurch zwang, ihren Lauf über ihre eigene Kraft zu forcieren. Der Dreibund wurde zu einer Kalamität für die Völker und brachte sie in heftige und steigende Opposition zu den Regierungen. Aber Bismarck, der durch Kriege das Reich einigte, kannte auch kein anderes

Mittel, den Frieden Europas aufrechtzuerhalten, als durch fortgesetzte Kriegsrüstungen.

Der neue deutsche Zolltarif, der die Handelsbeziehungen zu Oesterreich-Ungarn und Italien störte, gab dem Dreibund den Rest.

Hat nun auf diese Weise das deutsche Reich sich selbst um seine politische Vorherrschaft in Europa gebracht, so erfuhr seine Weltpolitik, der Traum, eine Herrschaft Deutschlands zur See aufzurichten, erst recht ein jähes Ende. Denn die neue Kombination der Großmächte, die nach Weglassung des Zarenreichs sich gebildet hat und schon in Europa selbst die politische Führung zu übernehmen scheint, sie besitzt in allen Teilen der Welt und ganz besonders in Asien eine Machtstellung, die nicht mehr bestritten werden kann. Ein Bündnis von England und Frankreich einerseits, England und Japan andererseits, mit Unterstützung Nordamerikas — das ist die Weltherrschaft zur See!

Von dieser Weltherrschaft bleibt Deutschland ausgeschlossen. Will man den Beweis dafür? Er ist vollkommen erbracht durch die Erklärung des deutschen Reichskanzlers, daß Deutschland in Persien und in Tibet keine Interessen habe.

Man ist ja auf einmal recht bescheiden geworden. Wie erstand doch plötzlich das „Interesse", als Deutschland nach Kiautschou ging! Zwischen Deutschland und jenem fernen Osten lag damals tatsächlich — wirtschaftlich wie politisch — eine ganze Welt. Und jetzt, nachdem Deutschland sich bereits eine Verbindung um das ganze asiatische Festland herum mit der weitesten Ostküste Asiens hergestellt und sich eine Kriegsflotte gebaut hat, nachdem es sich finanziell an der wirtschaftlichen Entwickelung Klein- bezw. Westasiens stark engagiert und jahrelang in den intimsten Details der asiatischen Politik der Türkei ein „Interesse" gefunden hat — jetzt erklärt der deutsche Reichskanzler, in Persien und Zentralasien sei für Deutschland nichts zu holen und nichts zu wollen. Entweder man treibt Kolonialpolitik, oder man treibt keine. Treibt man aber Kolonialpolitik, so muß man blind sein, um nicht zu sehen, daß gerade in diesen Gebieten, die der Reichskanzler ignoriert haben will, ganz eminente wirtschaftliche Interessen erstehen. Aber freilich, damals, in Ostasien konnte sich Deutschland als Herr der Situation aufspielen — jetzt dagegen fühlt es seine Ohnmacht gegenüber der neuen Kombination der Großmächte. Der Reichskanzler sprach von Persien wie der Fuchs von den Trauben.

Für diese Einbuße seiner Machtstellung zu Lande wie zur See will sich das Deutsche Reich an den Hereros schadlos halten! Der Sieg über die wilden Neger soll dazu dienen, das „Ansehen" Deutschlands als Großmacht aufrechtzuerhalten, und Südwestafrika soll Deutschland die Märkte des Stillen Ozeans ersetzen!

Es ist aber eine ganze Weltmarktsentwickelung, bei der Deutschland nunmehr ins Hintertreffen gerät.

Wie bekannt, konzentrierte sich seit der Entdeckung Amerikas der Weltverkehr hauptsächlich im Atlantischen Ozean, zwischen Europa und Nordamerika. Immer mehr kommt aber daneben die Ländergruppe des Stillen

Ozeans zur Geltung. Diese Entwickelung setzte besonders stark ein mit der Erbauung des Suezkanals. Darauf folgte der ausgedehnte Eisenbahnbau in Ostindien und Indochina, dann die Entwickelung des Dampferverkehrs im Indischen Ozean selbst sowie zwischen diesem und Ostasien, die wirtschaftliche Erschließung der ostasiatischen Küste. Schließlich sahen wir ja, wie in Japan ein asiatischer Industriestaat entstand. Das trieb die Industrialisierung von ganz Ost- und Südasien mächtig empor. Kommt noch hinzu die wirtschaftliche Entwickelung Australiens, der Schiffs- und Handelsverkehr zwischen diesem und den Ländern des Indischen Ozeans. Die industrielle Entwickelung Nordamerikas, das einen steigenden Handelsverkehr mit Ostasien und den übrigen Ländern des Stillen Ozeans unterhält und sich eigene Kolonien in Ostasien geschaffen hat. Der Panamakanal, der die Seeverbindung zwischen den industriellen Orten Amerikas und dem Stillen Ozean herstellen wird. Die russischen transkaspischen Eisenbahnen, die Zentralasien erschließen. Die wirtschaftliche Entwickelung und politische Modernisierung Persiens. Um es in eins zu fassen: es ist eine ungeheure kapitalistische Welt, gewaltige neue Reiche, die in jenen Gegenden entstehen.

Von der Entwickelung des Handels im Stillen Ozean geben folgende Zahlenreihen eine gewisse Vorstellung. Es betrug der Gesamtwert der Ein- und Ausfuhr des europäischen Handels (in Millionen Mark):

	1890	1904
Japan	425	1450
China	1151	1782
Britisch Ostindien . . .	2766	3744
Ceylon	163	281
Französisch Indien . . .	95	273

Deutschlands Industrie nimmt schon lange Anteil an dieser Handelsentwickelung. Das geschah zunächst auf friedlichem Wege, durch Handelsniederlassungen und Entwickelung des Schiffsverkehrs. Aber dann wollte man Kolonialpolitik und Seemachtspolitik treiben. Man besetzte Kiautschou, man ging mit Rußland darauf aus, Japans Machtentwickelung zurückzuhalten, Englands koloniale Herrschaft zu brechen — wurde nicht von der gesamten bürgerlichen Presse Deutschlands der Brittenhaß wie auf Bestellung geschürt und gezüchtet? Maß man nicht jeden Augenblick die Zahl der fertigen Panzerschiffe mit den englischen? Wo sind sie jetzt, die Eisenfresser, die Mordspatrioten der Zeitungen? Alles mäuschenstill! — man zwang England, sich mit aller Gewalt zum Schutze seiner Kolonien zu rüsten, man nötigte ihm den Burenkrieg auf, man intrigierte gegen England in der Türkei, man zwang Japan zum russischen Krieg — und man wurde schließlich aufs trockene gesetzt!

Auch hier ist gründliche Umkehr notwendig. Will man in Asien und überhaupt im Stillen Ozean etwas erreichen, so muß man sich an England und Japan anschließen. Aber auch dies ist nicht möglich ohne Wechsel des Regierungssystems.

Denn der deutsche Russenkurs wurde bedingt nicht nur durch die Vereinbarungen der auswärtigen, sondern zugleich durch die Rücksichten der inneren Politik. Je mehr die Reichsregierung in ihrer inneren Politik mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, desto mehr war sie besorgt, nach alter preußischer Tradition, sich die Freundschaft des Zarentums zu bewahren. Man betrachtete den Zarismus als den Schlußstein der monarchischen Gewalten in ganz Europa und Rußland als das stärkste Bollwerk gegen eine europäische Revolution. Noch jetzt ersehnt man den Sieg der zarischen Regierung über die Revolution. Auch diese Hoffnung der leitenden Kreise der deutschen Regierung wird elendiglich zuschanden werden. Die Macht des Selbstherrschertums in Rußland ist ein für allemal gebrochen. Rußland steht vor einer demokratischen Entwickelung, die — nicht minder als die Revolution selbst — zu einem Entsetzen für das monarchische Europa werden wird. Noch großartiger aber ist die Rußland bevorstehende wirtschaftliche Entwickelung. Die deutsche Regierung, die es mit dem Zarismus gegen das Volk hält, erwirbt sich dadurch keine Sympathien in Rußland. Sie verliert ihre Stütze in Rußland und gewinnt keine neue in England.

Auch in der auswärtigen Politik bringt die geschichtliche Entwickelung das Deutsche Reich zu den gleichen politischen Forderungen, wie in der Handelspolitik:

Demokratie, Einigung Europas, Freihandel!

Die Teuerung.

Wir sind seit Jahren in eine allgemeine Teuerung eingetreten. Der Londoner „Economist", der, um einen möglichst genauen Vergleich der allgemeinen Preisbewegung auf dem Weltmarkte zu ermöglichen, aus den Preisen der wichtigsten Weltmarktsartikel die sogenannte „Indexzahl" bildet, gibt uns für die letzten Jahre folgende Entwickelung an:

	Index
Ende Dezember 1901:	1948
„ „ 1902:	2003
„ „ 1903:	2197
„ „ 1904:	2136
„ „ 1905:	2342

Nur im Jahre 1901 standen also noch die Preise unter der Durchschnittsnorm, die gleich 2000 ist. In jenem Jahre der Handelskrisis wurde also auf dem Weltmarkt der tiefste Punkt der Preisbewegung erreicht. Seitdem steigen die Preise von Jahr zu Jahr, mit einer einzigen kleinen Abschwächung im Jahre 1904 und bleiben die ganze Zeit über dem Durchschnittsniveau. Das ist ein Beweis dafür, daß wir, wie der Schreiber dieser Zeilen schon vor Jahren nachgewiesen hat, in eine Sturm- und Drangperiode der kapitalistischen Entwickelung eingetreten sind.

Zu noch interessanteren Schlußfolgerungen gelangt man, wenn man die Preisbewegung der einzelnen großen Artikel für das letzte Jahrzehnt verfolgt. Da zeigt es sich, daß die Preise bei günstiger Konjunktur ungemein rasch anschwellen, bei ungünstiger aber nur sehr langsam zurückweichen. So ist der Preis für Dortmunder Förderkohle von 7,9 Mk. im Jahre 1896 während der Jahre des Aufschwungs auf 8,5—8,7—9—9,9 und schließlich 10 Mk. für die Tonne gestiegen. Als dann 1901 die Handelskrisis kam, ließ der Preis nur langsam nach, nämlich auf 9,3, dann 9 Mk. und blieb fest. Nun begann das Jahr 1906 mit einem Preis von 10 Mk. und schließt — Notierung vom 30. Dezember vorigen Jahres — mit 11 Mk. Der Kohlenpreis hat also während der Krisis nicht mehr seinen Ausgangspunkt erreicht, dagegen während des neuen Aufschwungs den höchsten Preis von früher, der zum Teil Ursache des geschäftlichen Zusammenbruchs war, bereits überstiegen. Der Preis für Gießerei-Eisen in Düsseldorf stieg von 1896 ab während der günstigen Konjunktur von 65,3 in einem fort bis auf 101,4 Mk. per Tonne; nach dieser exorbitanten Steigerung mußte er allerdings während der Krisis bedeutend nachlassen — 1901 war er 76,9, im folgenden Jahre 65,2; nun setzte wieder eine Steigerung ein und 1905 ist der Eisenpreis bereits 68,3 Mk.; das Jahr 1906 beginnt mit 73 und schließt mit 85 Mk. Die Erklärung dieser Erscheinung ist nicht schwer zu finden: die Kartelle, gedeckt durch Schutzzölle, haben sich Monopolpreise zu verschaffen gewußt. Sie sind allerdings nicht imstande, die Preisbewegung zu beherrschen, weil sie nicht über die Geschäftskonjunktur bestimmen, aber sie benützen den günstigen Geschäftsgang zu einer immer größeren Preistreiberei, hemmen andererseits die sinkende Preisbewegung, was ihnen allerdings in einem geringeren Maße gelingt.

Solange die oben erwähnte Periode der großen Entwickelung der Weltproduktion anhält, werden die Preise, der Wellenlinie der abwechselnden Geschäftskonjunktur folgend, auch immer auf ein höheres Niveau gebracht werden, wenn nicht inzwischen große technische Umwälzungen eintreten, die die Produktionskosten stark vermindern. Während der Dauer dieser Teuerung wird in den schutzzöllnerischen Ländern jeder Aufschwung von einer enormen Preistreiberei begleitet sein, die ihm immer rascher ein Ende setzen wird.

Demnach werden die Schutzzölle in absehbarer Zukunft drückender und verderblicher wirken, denn je.

Dieses im allgemeinen. Aber eine Umwälzung von noch viel größerer Tragweite vollzieht sich zu gleicher Zeit auf dem **Getreidemarkt.** Es läßt sich bereits feststellen, daß es mit der Zeit des sinkenden Getreidepreises vorbei ist, daß eine Stabilität des Getreidepreises und eine steigende Tendenz nicht mehr zu verkennen sind. Um uns davon zu überzeugen, wollen wir uns zunächst die Bewegung des Getreidepreises ansehen. Zu diesem Zweck stelle ich eine Uebersicht zusammen, für die ich die Zahlen den offiziellen Nachweisen der Reichsstatistik entnehme. Ich gruppiere die Zahlen nach dreijährigen Perioden und gebe für jede Periode den

Durchschnitt. Es sind Großhandelspreise per 1000 kg loco Berlin in Reichsmark.

	Weizenpreis
1879 Einführung des Getreidezolls	198
1880	218
1881	220
Durchschnitt	212
1882	204
1883	186
1884	162
Durchschnitt	184
1885 Erhöhung des Getreidezolls	161
1886	151
1887 Erhöhung des Getreidezolls	164
Durchschnitt	159
1888	172
1889	188
1890	195
Durchschnitt	185
1891 Russische Hungersnot	224
1892 " "	176
1893 Herabsetzung des Getreidezolls	152
Durchschnitt	184
1894	136
1895	143
1896	156
Durchschnitt	145
1897 Russische Hungersnot	178
1898 " "	180
1899	155
Durchschnitt	173
1900	152
1901	164
1902	163
Durchschnitt	160
1903	161
1904	174
1905	175
Durchschnitt	170

Man sieht, die sinkende Tendenz des Getreidepreises war zunächst so groß, daß sie nicht einmal durch die Zollerhöhungen auf die Dauer hat hintertrieben werden können. Erst mit dem 5-Mk.-Brotzoll, der 1887 beschlossen wurde und 1888 zur Geltung kam, setzte eine Preissteigerung

ein, die noch durch die russische Hungersnot verschärft wurde. 1893, mit den Caprivischen Handelsverträgen, fällt der Weizenpreis wieder und erreicht 1894 seinen tiefsten Punkt. Von nun an aber setzt eine anhaltende Aufwärtsbewegung ein, trotzdem die Schutzzölle unverändert bleiben. 1897 und 1898, während der großen russischen Mißernten, ziehen die Getreidepreise besonders scharf an, aber die steigende Tendenz des Weizenpreises ist auch ohne dies fest und unverkennbar.

Wenn der Brotpreis, wie die Statistik zeigt, auch sonst in die Höhe geht, so wird er offenbar durch den erhöhten Schutzzoll erst recht zu einer Brotteuerung emporgetrieben werden.

Es ist aber kein Zufall, daß der Getreidepreis wieder in die Höhe geht, sondern eine gesetzmäßige Entwickelung. Diese Erscheinung ist von eminenter Bedeutung für die gesamte wirtschaftliche und politische Entwickelung Europas. Ich will deshalb auf ihre Zusammenhänge etwas näher eingehen.

Bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts stiegen die Getreidepreise in allen kapitalistischen Ländern. Das war so allgemein, daß es als wissenschaftliches Gesetz aufgefaßt wurde. Allerdings war der Getreidepreis in jedem einzelnen Jahre noch stark von dem Ernteausfall abhängig, aber, wenn auch in einer Wellenlinie, mit Steigungen und Senkungen, so kam doch der Getreidepreis ganz enorm in die Höhe. Das hing — in rohen Zügen — so zusammen: Die Entwickelung der Industrie und der Großstädte erweiterte rasch die Marktfrage nach Getreide; infolgedessen stieg der Getreidepreis; mit dem Getreidepreis stieg die Grundrente, also der Pachtzins und der Bodenpreis, war aber erst der Bodenpreis gestiegen, so konnte der Getreidepreis nicht mehr zurück, weil es dem Grundbesitzer, der das Land teuer kaufte, oder eine höhere Hypothek darauf nahm, sowie dem Pächter, der einen höheren Pachtzins zahlte, nicht mehr vorteilhaft war, das Getreide billiger zu verkaufen. So schwollen in allen Ländern die Bodenpreise, die Hypothekenschulden, die Pachtsummen und die Getreidepreise an. Jedes neue Land aber, das in den kapitalistischen Verkehr mit hineingezogen wurde, hatte dementsprechend niedrigere Bodenpreise, eine geringere Grundrente und einen geringeren Getreidepreis. — Es drückte deshalb fürs erste die Preise auf dem Getreidemarkt des kapitalistischen Landes. Es zog aber zugleich Vorteile aus dem höheren Getreidepreis im fremden Lande und machte schließlich, zumal da sich indes auch in diesem neuen Lande ein kapitalistischer Warenverkehr und eine Industrie entwickelte, selbst die gleiche kapitalistische Entwickelung der Agrarverhältnisse durch: steigende Getreidepreise, steigende Grundrente und die Festlegung der Getreidepreise im Bodenpreis. Verhältnismäßig schnell stellte sich ein Ausgleich ein, und der Weltmarktpreis für Getreide kam wieder in die Höhe. So war z. B. die Entwickelung in Preußen, das, bei geringeren Preisen, jahrzehntelang eine starke Getreideausfuhr nach England aufzuweisen hatte, schließlich wurde der Getreidepreis nicht nur ausgeglichen, sondern er ist jetzt in Preußen höher, als in England. Auf dem gleichen Wege der Entwickelung befand sich auch Rußland, dessen

steigende Getreideausfuhr die Getreide- und die Bodenpreise im Inlande in die Höhe zog. Da kamen die großen Getreidemassen aus Nordamerika und warfen das ganze Spiel über den Haufen. Die Getreidepreise sanken, wie es schien, dauernd.

Im Grunde genommen, und das wird man bald allgemein einsehen, spielte sich in dem Getreideverkehr mit Nordamerika der gleiche Prozeß ab, wie schon früher in dem Handelsverkehr der Industriestaaten mit den Agrikulturstaaten. Nur gewann die Entwickelung diesmal viel größere Dimensionen und nahm deshalb mehr Zeit in Anspruch. Auch wurde die Entwickelung dadurch hintangehalten, daß man durch Schutzzölle den Preisunterschied zu stabilisieren suchte, ja verschärfte, statt im freien Verkehr die Wechselwirkung sich entfalten zu lassen, die allein einen Ausgleich schaffen konnte.

Worin bestand die landwirtschaftliche Uebermacht Amerikas? Man verweist immer auf seine extensive Kultur. Allerdings, der Boden gibt dort kleinere Erträge, erfordert aber auch viel weniger Arbeit. Doch die Hauptsache war, daß es freier Boden war, ein Boden, der noch keine Grundrente trug. Der Amerikaner hatte keinem Grundherrn zu bezahlen.

Aber so billig auch die amerikanische Getreideproduktion war, so war doch der Transport über den Ozean immer schwierig und kostspielig. Er war beim Segelschiffsverkehr nicht nur teuer, sondern vor allem langsam. Darum war eine weitere Bedingung der amerikanischen Getreidekonkurrenz auf den europäischen Märkten die Entwickelung der Dampfschiffahrt. Daher auf einmal die große amerikanische Getreideflut in den 60er und 70er Jahren. Allein die Ozeanschiffahrt hat nunmehr, wie auch der Eisenbahnverkehr auf dem Festland, bereits eine solche Entwickelungsstufe erreicht, daß man, wenn nicht irgendwelche große technische Umwälzungen eintreten, hier mit einer ziemlichen Stabilität der Verhältnisse rechnen kann. Seit den 80er Jahren ist keine Verbilligung der Ozeanfrachten zwischen Amerika und Europa mehr eingetreten. Auch sind die Frachtsätze bereits so gering, daß eine bedeutende Beeinflussung des Getreidepreises durch eine Bewegung nach unten nicht mehr erreicht werden kann.

Eine noch viel wichtigere Bedingung der amerikanischen Getreidekonkurrenz war die europäische Auswanderung. Ohne den Menschenstrom, der sich aus Europa nach Amerika ergoß, wären jene Gebiete gar nicht einmal in Anbau genommen worden. Und das ist das entscheidende Moment. Es waren der irische Pächter und der deutsche Bauer, die die amerikanische Getreidekonkurrenz geschaffen haben.

Es gibt noch sehr viel freies Land in der Welt, aber keines, das sich nach seinen klimatischen und Bodenverhältnissen für eine mitteleuropäische Auswanderung so eignet, wie die bereits in Anbau genommenen Gebiete Nordamerikas. Auf diese mitteleuropäische Auswanderung kommt es aber gerade an — denn die Südländer, z. B. die Italiener, die nach Amerika gehen, treiben keinen Getreidebau.

Die Amerikaner in den Vereinigten Staaten haben auch bereits den billigsten Konkurrenzpreis für Getreide herausgewirtschaftet. Es soll

zwar in Argentinien Gebiete geben, in denen die Produktionskosten des Getreides sich noch billiger stellen, als in den Vereinigten Staaten, aber dafür ist ja auch Argentinien weiter von Europa entfernt. Es ist überhaupt der New-Yorker Getreidepreis bestimmend für den Weltmarkt. Wie Argentinien so auch Kanada haben wohl schon wiederholt den Ausfall der amerikanischen oder russischen Getreidezufuhr auf dem Weltmarkte zu erreichen vermocht, aber sie waren nicht imstande, die nordamerikanische Union vom Weltmarkte zu verdrängen. Gerade das starke Anschwellen der Getreidezufuhr aus jenen Ländern zu Zeiten des steigenden Getreidepreises beweist, daß sie sonst mit ihrer Getreideausfuhr zurückhalten müssen, weil sie die Vereinigten Staaten nicht unterbieten können.

Es gibt nun allerdings auch noch im Westen der Vereinigten Staaten freies Land. Jedoch dieses Land ist wasserarm, liegt auch weit von dem europäischen Markt entfernt. Ein Anbau dort ist nur möglich bei steigendem Getreidepreis. Alles andere Land in den Vereinigten Staaten ist bereits in Privatbesitz genommen, nimmt deshalb teil an dem Prozesse der Bildung von Grundrente.

Kommt noch hinzu, daß Mitteleuropa nicht mehr soviel überschüssige Bevölkerung abzugeben hat wie früher, und daß die soziale Zersetzung, die unter der Entwickelung der Industrie hier stattgefunden hat, auch die Auswanderung beeinflußt, so daß aus Deutschland z. B. jetzt weitaus mehr Arbeiter, als Bauern auswandern. Eine starke bäuerliche Auswanderung kommt nur noch aus Oesterreichisch-Galizien. Da aber diese bäuerlichen Elemente, die außerdem noch auf einem tieferen kulturellen Niveau stehen, in den Vereinigten Staaten die Plätze bereits besetzt vorfinden, so kommen sie als Lohnarbeiter bei dem amerikanischen Farmertum an, dienen also zur Intensivizierung der Getreidekultur, finden zum Teil gerade deshalb Platz in Amerika, weil diese Intensivizierung des Getreidebaues, begleitet von steigendem Getreidepreis, bereits vor sich geht.

Die Entwickelung der Industrie in Amerika lenkt ebenfalls den Auswandererstrom von der Landwirtschaft ab. Noch mehr aber bewirkte sie eine Steigerung des Getreidepreises in Amerika selbst.

Wie sich die Weizenpreise im letzten Jahrzehnt in den Vereinigten Staaten entwickelt haben, zeigt folgende Uebersicht:

Weizenpreis in New-York per 1000 kg in Mark

1896	110	1901	121
1897	135	1902	123
1898	142	1903	129
1899	118	1904	159
1900	119	1905	153

Also, Nordamerika hat seine billigsten Getreidepreise gehabt!

Daß diese Steigerung des Getreidepreises in Amerika genau so wie in Europa mit einer Steigerung der Grundrente zusammenhängt — eigentlich von dieser bedingt wird — und im Bodenpreis festgehalten wird, so daß eine Rückkehr nicht mehr möglich ist, auch darüber liegen bereits

genug Nachweise vor. Um nicht zu weit auszugreifen, hier ein Zitat aus einem jüngsten Bericht über die Lage der amerikanischen Landwirtschaft: „Seit 1900 haben sich die Werte des landwirtschaftlichen Besitzes infolge der höheren Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der sehr starken Nachfrage nach Farmland enorm gesteigert . . . Aber die charakteristische Erscheinung in neueren Entwickelungsphasen ist die Wertzunahme des Bodens pro acre, die sich in einigen Landesteilen auf 47 Prozent in den letzten fünf Jahren bemißt."

Der nordamerikanische Preisdruck auf den Getreidemarkt hat aufgehört; folglich kann der Brotpreis nicht mehr dauernd sinken, sondern er steigt und wird noch mehr steigen. Die Brotteuerung wird permanent.

Man denke nicht etwa, daß dieser Entwickelung seitens Rußlands Abbruch getan werden könnte. Ganz im Gegenteil, Rußland bestimmte längst nicht mehr den Getreidepreis, sondern Amerika. Außerdem leidet Rußland selbst Nahrungsmangel — es braucht sein Getreide für den eigenen Bedarf. Es kommen für die landwirtschaftliche Entwickelung Rußlands eine Menge zum Teil sehr komplizierter Verhältnisse in Betracht. Vor allem aber — die Bodenpreise sind in Rußland, sieht man von den letzten Jahren der Krisis und der Revolution ab, ganz enorm in die Höhe gegangen, und die Getreidepreise zogen, besonders in der Nähe der Industriezentren, sehr bedeutend an. Mit dem wirtschaftlichen Aufblühen Rußlands, das sich mit Sicherheit nach der Stabilisierung der politischen Verhältnisse einstellen wird, und besonders auch noch, wenn es dem russischen Bauerntum gelingt, zur Geltung zu kommen, werden die Getreidepreise in Rußland erst recht steigen. Auf jeden Fall ist ein dauernder Preisdruck von dieser Seite nicht mehr zu befürchten.

Mit dem Getreidepreise steigen aber die Preise sämtlicher landwirtschaftlicher Produkte.

Die Brot- und Fleischpreise werden ebenso unaufhörlich in die Höhe gehen wie jetzt die Wohnungsmieten.

Aus dieser Entwickelung werden selbstverständlich die Agrarier fette Renten schöpfen. Doch denke man nur nicht, daß dies dem Bauerntum zu Nutzen kommen würde. Ganz im Gegenteil, unter der Wirkung der steigenden Getreide- und Bodenpreise werden die letzten Reste des Bauerntums in Deutschland aufgerieben werden.

Der Gutsherr duldet den Bauern neben sich nur solange das ihm Nutzen bringt oder wenigstens ihn nicht stört. Wie aber der Gutsherr findet, daß er aus dem Lande des Bauern Vorteile für sich ziehen kann, muß der Bauer weichen.

In erster Linie in Ostelbien, wo Millionen Taglöhner, Instleute, Kossäten usw. in ihrer ganzen kleinen Wirtschaft vom Gutsherrn abhängen, werden diese ihm ihren „Kartoffelacker" abtreten müssen. Nicht besser wird es den mittleren Bauern ergehen. Denn die Großgrundbesitzer werden ihre Hypotheken zusammenkaufen und sie vom Lande jagen. Das ist ja nichts neues — so war doch die Entwickelung in Preußen bis in 50er und

60er Jahre! Nur als ihm selbst durch die sinkenden Getreidepreise die Hände gebunden wurden, ließ der Gutsherr den Bauern gewähren.

In Baden, in Württemberg und zum Teil in Bayern, wo der Bauer sich nur noch durch industrielle Nebenbeschäftigung hält, wird er selbst unter der Teuerung am meisten leiden; schließlich wird er, da überdies in der neuen Sturm- und Drangperiode der industriellen Entwickelung die Betriebskonzentration rasch zunehmen wird, mit Weib und Kind in die Fabrik ziehen müssen.

Im ganzen Lande werden die Hypothekenbanken, angetrieben von der Grundstückspekulation im Zusammenhang mit einer fortschreitenden Intensivizierung des landwirtschaftlichen Betriebs, den Bauern von Haus und Hof jagen.

Wir gehen einer Bauernnot entgegen, hervorgerufen durch eine Teuerung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat.

Diese Teuerung wird in Deutschland, dank seinem neuen Zolltarif, besonders verderblich wirken.

Arbeiterpolitik und Klassenorganisation des deutschen Proletariats.

Deutschland geht einer Entwickelung entgegen, die dem Volk die schwersten Opfer auferlegen wird und doch nur mit einem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch schließen kann, wenn nicht auf der ganzen Linie der Reichspolitik — der Wirtschaftspolitik, der Handelspolitik, der auswärtigen Politik und der inneren Politik erst recht — eine energische Wandlung stattfindet. Es handelt sich um keine Zufälligkeiten und Einzelerscheinungen. Die Zerfahrenheit der wirtschaftlichen und politischen Situation ist das Ergebnis der kapitalistischen Entwickelung und der gesamten Entwickelung der Reichspolitik. Die Auflösung des Reichstages ist am allerwenigsten ein Bruch mit dieser Politik, sondern selbst nur der Ausdruck der allgemeinen Zerfahrenheit. Die Regierung weiß schließlich selbst nicht mehr, was sie will und worauf sie sich stützen soll. Die bürgerlichen Parteien sind alle schwach und unentschlossen — das letztere mit Ausnahme der Konservativen, deren Entschlossenheit sich aber auch nur dort zeigt, wo es gilt, die Staatsmacht gegen das Volk auszuspielen. Der Kampf der bürgerlichen Parteien untereinander und ihre Opposition zur Regierung, das ist der reinste Frosch-Mäuse-Krieg, der unter großem Gequake sich vollzieht, bei dem aber nichts herauskommt. Man wagt es am allerwenigsten, gegen die Regierung energisch Front zu machen, heftet sich aber gerade deshalb um so lieber an Aeußerlichkeiten und Kleinigkeiten. Damit wird bei der Regierung selbst nur Verdruß geschaffen, ohne daß man ihr irgendwie imponiert. Eine

entschlossene bürgerliche Opposition im Reichstage würde schließlich, wenn auch nicht ohne schwierige Kämpfe infolge der Macht, mit welcher die Monarchie in Deutschland ausgestattet ist, die Regierung ihrem Willen unterwerfen. Aber die bürgerliche Opposition im Reichstage ist zerbröckelt und zerfasert. Die sozialen Mittelschichten verschwinden und die schärfere Klassenscheidung kommt auch im Reichstage immer mehr zur Geltung. Zugleich jedoch zeigt sich eine Scheidung und Zersplitterung der Interessen innerhalb der Kapitalistenklasse selbst. Da, überdies, die Kapitalistenklasse, infolge ihrer geringen Zahl, solange das allgemeine und gleiche Wahlrecht besteht, vor dem Proletariat zurückweichen muß, so schließt sie sich der Regierung schon aus Angst vor der Sozialdemokratie an. Welches ist denn das liberale Werk, das die frisch „geeinigten" Liberalen jetzt verrichten? Die Unterstützung der Regierung! Der Liberalismus hofft nur noch, mit Hilfe der Regierung in die Höhe zu kommen. Und das Zentrum, das notgedrungen jetzt bei den Wahlen Opposition macht, beschwert sich ja bei alledem unausgesetzt darüber, daß ihm seitens der Regierung ein großes Unrecht geschah, da es gar nicht daran gedacht habe, ihre Kolonialpolitik ernstlich zu hindern, und überhaupt die Regierungspolitik unterstützt habe. Das Zentrum macht Opposition als verkannte Regierungspartei. Alles bewirbt sich um die Regierung, niemand weiß eine klare, bestimmte Richtung anzugeben, jeder sucht sein Heil bei der Regierung, zugleich wird die Regierung für alles verantwortlich gemacht, und die Regierung selbst, die die Politik zu leiten hat, wird zum Spielball der Verhältnisse und der sich gegenseitig widersprechenden Kräfte, die im Reiche wirken.

Die energische Wandlung der Politik, die alle Interessen der Entwickelung Deutschlands erfordern, ist nur noch möglich durch Anschluß der Volksopposition an die Sozialdemokratie. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Der aufmerksame Leser wird mir wohl zugeben, daß ich alles vermieden habe, um ihm etwa vorgefaßte Meinungen aufzubinden. Ich habe ihm keinen sozialistischen Zukunftsstaat geschildert, kein erträumtes soziales Ideal hingestellt, nach welchem ich die Welt umgebaut haben möchte, sondern ich habe die wirtschaftliche und politische Entwickelung untersucht, wie sie tatsächlich stattfand und stattfindet — mein sozialistischer Gegensatz zu den Gewalten, welche jetzt die Welt beherrschen, gab mir bloß die Möglichkeit, mir die Dinge mit offenen Augen anzusehen — ich operierte mit Tatsachen und Zahlen, die alle entweder aus amtlichen oder aus den besten wissenschaftlichen Quellen stammen, ich bemühte mich, für jede Frage den strikteſten Beweis zu führen und der Regierung wie den Parteien nicht mehr zuzumuten, als was sich einigermaßen mit Sicherheit feststellen läßt. Ich stellte weder den Reichskanzler noch die bürgerlichen Parteien, oder sonst jemand als politische Ungeheuer dar, ich suchte überhaupt nicht nach dem bösen Willen von diesem oder jenem, sondern nach den Verhältnissen, welche die Handlungen der Staatsmänner und Politiker bedingen. Diese Untersuchung führt mich nun zu dem Ergebnis, daß die Zukunft Deutschlands von einer Kräftigung der Sozialdemokratie abhängt. Das mag überraschen —

aber ist es denn, im Grunde genommen, wirklich so verwunderlich? Die Sozialdemokratie ist die Arbeiterpartei. Die Arbeiter bilden aber gegenwärtig die große Majorität des Volkes. So ist es denn so weit gekommen, daß man ohne die Arbeiter die Welt nicht mehr regieren kann. In den demokratischen Staaten hat man es bereits eingesehen und versucht deshalb, die Arbeiter mit Ministerportefeuilles abzuspeisen, um sie über ihre Macht zu betrügen. In Deutschland aber, mit seiner starken monarchischen Gewalt, sucht man, im Gegenteil, mit Zwang gegen den Willen der Arbeiter zu regieren. Aber aus den gleichen geschichtlichen Gründen führt alles, was auf einen Kampf gegen die Sozialdemokratie hinausläuft, zum wirtschaftlichen und politischen Ruin des Landes.

Der Reichtum der Kapitalistenklasse ist bereits so groß geworden, daß sie mit aller Gewalt nach Mitteln sucht, den übermäßigen Reichtum los zu werden. Deshalb der Drang nach den Kolonien. Allein je mehr sich die Ausbeutung ausdehnt, desto mehr steigt die Ueberproduktion. Das ist ein Zauberkreis, dem der Kapitalismus sich nicht entwinden kann. Eine Erleichterung kann nur geschaffen werden, indem man die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert. Der Arbeiter, der einen höheren Lohn bekommt, ist ein besserer Warenabnehmer, als der Neger Afrikas. Die Arbeiterforderungen sind bereits zu Forderungen der Produktionsentwickelung selbst geworden.

So verworren, widerspruchsvoll und ratlos die Politik der bürgerlichen Parteien ist, so klar und bestimmt ist das Programm der Arbeiterpolitik. Die politischen Aufgaben, die sich für die deutsche Arbeiterschaft aus der wirtschaftlichen und politischen Entwickelung des Reichs für die nächste Zeit ergeben, sind leicht zusammengestellt

Erstens, der achtstündige Normalarbeitstag. Nicht Kolonialpolitik, sondern Sozialpolitik. Statt die kapitalistische Ausbeutung den Wilden aufzuhalsen, lieber sie im eigenen Lande einschränken.

Der Achtstundentag bildet den natürlichen Abschluß der Arbeiterschutzgesetzgebung. Der Kampf gegen die Berufsunfälle und Berufskrankheiten, gegen die Kinder- und Frauenausbeutung wird eminent vereinfacht, erleichtert und ist überhaupt erst wirksam durchzuführen, wenn die Arbeitszeit auf ihr normales Maß zurückgeführt und allgemein geregelt wird.

Der Achtstundentag eröffnet eine neue Aera im Arbeiterdasein. Er gibt den Arbeitern Gesundheit, Kraft und Lebensenergie. Er gibt ihnen vor allem erst die Zeit, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen, um Bildung zu genießen, um ihre politischen Rechte auszuüben.

Der Achtstundentag wird die Arbeiterorganisationen fördern und schon aus diesem Grunde ihre materielle Lage verbessern.

Zweitens, Freihandel und als Uebergang zu ihm Handelsverträge auf Grund von Zollherabsetzungen. Weg mit der Teuerungspolitik — vor allem billige Nahrungsmittel!

Es gibt kein anderes Mittel, der Teuerung zu entgehen, die sich bereits eingestellt hat und, wie nachgewiesen worden ist, sich regelrecht steigern wird.

Die Handelsfreiheit wird den Handelsverkehr vermehren und es bewirken, daß die Länder in ihrer Produktionsentwickelung sich gegenseitig fördern werden, statt sich gegenseitig zu bekämpfen. Die Handelsfreiheit wird zu einer wirtschaftlichen Einigung Europas führen.

Die Verbilligung der Lebensmittel wird die Existenz des Arbeiters erleichtern. Die Steigerung der Produktion, die dem Freihandel folgt, wird die Arbeitslöhne in die Höhe bringen. Wir haben, übrigens, dafür, wie allgemein bekannt, ein klassisches Beispiel in der Entwickelung Englands nach Aufhebung der Getreidezölle.

Die kulturelle Hebung der Arbeiter dadurch, daß sie mehr Zeit und eine materielle Besserstellung gewinnen, wird auch ihre politische Macht steigern und dadurch die Demokratie stärken.

Der Freihandel wird neben dem materiellen auch den ideellen Verkehr der Völker eminent steigern. Er wird jede nationale Rückständigkeit und nationale Borniertheit beseitigen. Mit dem Wegfall des hauptsächlichen wirtschaftlichen Konfliktstoffs wird auch die politische Rivalität der Staaten nachlassen. Damit wird dem Militarismus der Boden abgegraben.

Drittens, die Republik und der Ausbau der Demokratie. Die Volksvertretung ist eine Null, solange die gesamte vollziehende Gewalt in den Händen einer monarchischen Regierung liegt. Auch sind Hintertreppenpolitik und Cliquenwirtschaft unzertrennlich von der monarchischen Gewalt.

Die Republik war stets eine Hauptforderung der Demokratie, aber mit der Entwickelung der finanziellen und wirtschaftlichen Machtmittel des Staats hat sie an Bedeutung ganz außerordentlich gewonnen. Das Reich und die Bundesstaaten haben jetzt über ein Budget von fast 6000 Millionen jährlich zu verfügen! Ueber eine Million Arbeiter und Angestellte sind in den deutschen Staatsbetrieben beschäftigt. Man bedenke doch, welche ungeheuere wirtschaftlichen Machtmittel es sind, die sich in den Händen von Regierungen befinden, die nicht vom Volke gewählt sind, sondern eine selbständige politische Gewalt bilden! Geschweige schon von der Armee und der Marine, von der Entscheidung über Krieg und Frieden usw.

Die Frage ist aktuell geworden, sie wird durch die Verhältnisse gebieterisch auf die Tagesordnung gebracht. Deutschland muß eine Republik werden — dann erst wird es zu einem einheitlichen demokratischen Staat sich entwickeln. Das ist seinerseits Vorbedingung zur politischen Einigung Europas.

Viertens, Volksmiliz. Sie ist das beste Mittel zur Verteidigung des Landes, die billigste Armee und dient zur Befestigung der Demokratie.

Fünftens, Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer mit starker Progression, aber hohem Existenzminimum — Wegfall der Verbrauchssteuern. Diese Forderung braucht keine besondere Erläuterung. Zu bemerken wäre nur noch, daß, solange das Volk sich der Regierungsgewalt noch nicht bemächtigt hat, jede Vermehrung der Finanzmittel des Staats eine Gefahr für das Volk in sich birgt, daß aber das Verhältnis sich ändert, wenn im Staate die Demokratie durchgeführt ist und

die Arbeiterschaft sich den maßgebenden Einfluß in der Volksvertretung gesichert hat.

Sechstens, die Verstaatlichung der Bergwerke und Hütten. Diese Maßnahme ist — unter Voraussetzung der Republik und der Befestigung einer Arbeiterdemokratie — notwendig, um die Arbeiter dem Druck des kartellierten Kapitals zu entziehen, wie auch im Interesse der Produktionsentwickelung, die schon wiederholt unter den Monopolpreisen und Kontingentierungen dieser Kapitalmagnaten stark zu leiden hatte.

Siebtens, die Verstaatlichung der Banken. Hat man es soweit gebracht, so hat man den Schlüssel zum gesamten kapitalistischen Besitz in den Händen.

Aber ist das nicht die soziale Revolution? Durchaus nicht, das ist nur ein Programm der Sozialreform, das sich gebieterisch aus der kapitalistischen Entwickelung selbst ergibt, dessen Verwirklichung aber allerdings den Weg zum Sozialismus ebnet. Was beweist das? Nun wohl, das beweist, daß der Sozialismus den naturnotwendigen Abschluß der kapitalistischen Produktionsentwickelung darstellt. Aber gerade deshalb wehren sich die herrschenden Gewalten im Interesse ihres Besitzes und im Interesse ihrer politischen Macht mit allen Mitteln dagegen. Sie sind deshalb gezwungen, Wege zu gehen, die der wirtschaftlichen Entwickelung entgegenlaufen, und verfallen auf die abenteuerlichsten Pläne, die sie, dank der großen wirtschaftlichen und politischen Macht, über die sie verfügen, denn auch ausführen — zum großen Schaden des Volkes.

Wie Demokratie und Sozialreform, so sind Kolonialpolitik und Reaktion unzertrennbar verbunden.

Wir sehen denn auch, daß, zugleich mit der Agitation für Kolonialpolitik, Pläne lebendig werden, die parlamentarischen Rechte des Volkes einzuschränken. Die Konservativen agitieren während der Wahlen selbst für eine Aenderung des allgemeinen gleichen usw. Wahlrechts. Der Reichskanzler schließt vor aller Welt eine entente cordiale, einen Herzensbund mit dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie!

Wir gehen schweren Zeiten, wir gehen großen Kämpfen entgegen. Man wird schließlich durch ein Blutbad **das Volk „zur Räson bringen"** wollen.

So entstehen Revolutionen! Durch den Widerstand, den die herrschenden Gewalten eines Landes seiner wirtschaftlichen und politischen Entwickelung entgegensetzen.

Wenn sich in Deutschland eine Regierung findet, die die Revolution will, so wird sie die Revolution haben.

Dann wird die gleiche wirtschaftliche und politische Entwickelung, die auch sonst sich einstellen müßte, gleichsam ineinandergepreßt, in eins gefaßt, die zurückgehaltenen Kräfte brechen sich auf einmal und an vielen Stellen Bahn, der Druck dieser gewaltigen Expansion erschüttert den Staat in seinen Grundlagen und die Entwickelung nimmt gigantische Formen an. Dann wird reiche und gründliche Arbeit gemacht. Dann wird man gleich mit dem Achtstundentag und mit den Verstaatlichungen anfangen, und

manches alte Wrack, das hoch oben steht, vergoldet und mit Purpur behangen, wird lachend hinuntergeworfen werden, daß das wurmstichige Holz in Staub zerstiebt!

Ob aber so, oder so — die Arbeiter Deutschlands in erster Linie müssen zum Kampfe rüsten. Darum müssen sie sich vor allem auf sich selbst besinnen. Im Interesse ihrer eigenen Wohlfahrt und im Interesse der Zukunft Deutschlands müssen die deutschen Arbeiter zusammenhalten.

Zusammenhalten bei den Wahlen, damit nicht feige Memmen, nicht Höflinge und Zuträger der Regierung, auch nicht jene Schlauberger, die sich in allerlei listige Kniffe vertüfteln und schließlich doch die Gefoppten bleiben, sondern sozialdemokratische Arbeitervertreter in den Reichstag kommen. Keine Winkelzüge mehr, kein Hin- und Herschwanken, kein Pendeln zwischen Oppositions- und Regierungspartei, — sondern in Wahrnehmung der Interessen des arbeitenden Volkes eine entschlossene, energische, klare, zielbewußte und — wenn es sein muß — auch gewagte Politik!

Zusammenhalten aber vor allem, um die Arbeiterpartei zu stärken. Auf die Persönlichkeiten der Abgeordneten kommt es weniger an, als auf den Zusammenschluß der Massen hinter ihnen. Das ist es in erster Linie, was die Sozialdemokratie von allen anderen Parteien unterscheidet. Darum genügt es nicht, bloß Arbeitervertreter zu wählen. Was nützen die Arbeitervertreter im Zentrum? Sie werden einfach von der bürgerlichen Fraktion erdrückt! Dagegen ist die Sozialdemokratie die politische Organisation der Arbeiterklasse. Das ist es, was die mutige und entschlossene Haltung der sozialdemokratischen Fraktion bestimmt. Wenn die Arbeiter sich zur Sozialdemokratie zusammenschließen, so können sie sicher sein, daß sie nicht betrogen werden, weil sie hier selbst, im letzten Grunde, alles bestimmen.

Gesetzt aber den Fall, daß die Hauptkämpfe nicht im Reichstage, sondern außerhalb des Reichstags ausgefochten werden, so müssen die Arbeiter sich erst recht zur Partei zusammenschließen.

Das genügt aber noch nicht! Die Anschläge der Reaktion sind nicht nur gegen die politische, sondern auch gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter gerichtet. Das sah man klar genug an der Gewerkschaftsvorlage. Darum aber ist ein politisches Hand-in-Hand-arbeiten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften notwendig.

Unter dem Sozialistengesetz haben die deutschen Arbeiter ihre große politische Partei, die Sozialdemokratie entwickelt. In der Periode, die dem Fall des Sozialistengesetzes folgte, haben sie die Gewerkschaften in die Höhe gebracht. Jetzt ist die Zeit gekommen, da die beiden Organisationsformen — wenn nicht materiell, so doch wenigstens ideell — sich zur Klassenorganisation des deutschen Proletariats zusammenfügen müssen.

Ist das geschehen, dann bilden die Millionen deutscher Arbeiter eine doppelt zusammengefügte, wohl gegliederte, geschlossene und disziplinierte

Armee, — dann mag kommen, was will: je stärker der Anprall, desto entschiedener die Niederlage unserer Feinde!

Arbeiter Deutschlands! Euch gilt der Kampf, der jetzt bei den Reichstagswahlen ausgefochten wird. Die Kapitalistenklasse mit der Regierung an der Spitze wird auf der ganzen Linie gegen Euch vorrücken. Seht Euch vor! Rüstet beizeiten! Haltet zusammen! Und dann, fest entschlossen und mutig — vorwärts!

Zagt Ihr noch? Dann seht Euch doch Euere russischen Kampfesbrüder an!

Und wenn Ihr auch verzagen wollt, so wird man Euch doch keine Ruhe geben. Kein Entrinnen, Ihr werdet kämpfen müssen. Dann laßt Euch durch nichts überrumpeln!

Eine Welt wendet sich gegen Euch und Ihr habt eine Welt zu erobern!

Zweiter Teil.

Der Wahlkampf und das Wahlergebnis.

Der Wahlkampf.

Der Aufmarsch der bürgerlichen Parteien im Wahlkampfe vollzog sich genau in dem Sinne, wie wir es in unserer Untersuchung der politischen Situation festgestellt haben.

Scheinbar gab es keine einheitliche Wahlparole, sondern ganze drei: 1. gegen die Sozialdemokratie, 2. gegen den Ultramontanismus, 3. für Kolonialpolitik. Allein durch alle drei ging ein gemeinsamer Zug: der Reichstag — kapitalistisch!

Der Reichstag kapitalistisch — folglich mußte das Proletariat, dieser Todfeind der kapitalistischen Weltordnung, politisch zurückgedrängt werden.

Der Reichstag kapitalistisch — also weg mit der Unentschlossenheit und den tausenderlei Rücksichten der ultramontanen Mittelstandspolitik.

Der Reichstag kapitalistisch — alle Mittel und Kräfte des Staats müssen zur Verfügung gestellt werden, um ein kapitalistisches Kolonialreich zu schaffen.

Unter diesem Banner sammelten sich die liberalen Parteien und traten an die Seite der Regierung. Allein zu diesem Zwecke mußten sie „Opfer" bringen. Wie alle politischen Großtaten des deutschen Liberalismus, waren es — Opfer der Ueberzeugung. Denn soeben erst, vor der Auflösung des Reichstags haben ja die Liberalen einen recht trotzigen Kampf gegen die Regierung und gegen das „persönliche Regiment" geführt. Um ihren eigenen Umfall halbwegs zu maskieren, flehten sie die Regierung an, ein entschiedenes Wort für den Liberalismus auszusprechen. Sie verlangten nicht viel, keine liberalen Taten, sondern nur liberale Worte, — allein auch das bekamen sie nicht.

Die Regierung wollte den Liberalismus für sich, nicht aber sich für den Liberalismus engagieren. In diesem Sinne behandelte der Reichskanzler die Liberalen in seinem Silvesterbrief. Er lobte nicht die Liberalen, sondern ihre Abtrünnigkeit vom Liberalismus, daß sie sich nicht mehr einer „Uebertreibung der Prinzipien", einem „negativen Doktrinarismus" ergeben. Dennoch nahm er sich sehr in acht, sich mit den Liberalen nicht zu weit einzulassen, sondern empfahl ihnen noch erst — „Maßhalten, richtiges Augenmaß und Blick in die Nähe, Sinn für historische Kontinuität und reale Bedürfnisse". Er erklärte auch offen, daß er nicht mit einer liberalen Reichstagsmajorität, sondern nur mit einer „Mehrheit von Fall zu Fall" rechne.

So schwächlich auch und direkt kompromittierend für den Liberalismus diese Art der Unterstützung der liberalen Parteien durch die Regierung war, so ging sie doch schon den Konservativen viel zu weit; die Regierungspartei fürchtete einen neuen Konkurrenten.

Die Kreuzzeitung schrieb schon am 30. Dezember: „Unsere Partei sieht sich je länger je mehr genötigt, die Pflicht der Selbsterhaltung gegenüber den anderen auf sie einstürmenden Parteien als ihre erste Aufgabe zu betrachten. Hieran trägt die Regierung die Hauptschuld. Als die Regierung zu erkennen gab, daß es ihr hauptsächlich um eine Stärkung des Liberalismus zu tun sei, obwohl ihr klar sein mußte, daß diese nur durch eine Schwächung des Konservatismus zu erreichen ist, sahen wir uns sofort wieder isoliert und müssen, wenn wir nicht eine größere Anzahl von Mandaten und damit unseren Einfluß auf die Reichsgesetzgebung verlieren wollen, uns in manchen Wahlkreisen mit dem Zentrum verbünden, in dem das konservative Prinzip trotz allem noch eine größere Anzahl von Vertretern hat."

Man vergleiche damit unsere Ausführungen auf Seite 9 dieser Broschüre: „Die Konservativen sind bereit, die Nationalliberalen zu unterstützen, um ihren Konkurrenten bei der Regierung, das Zentrum, zu schwächen. Aber, erstens haben sie ja vor allem um ihre eigenen Sitze zu sorgen, zweitens haben sie schon nach den ersten Tagen des Kampfes das Vertrauen zur Sache verloren. Darum suchen sie bereits einzuschwenken und bereiten sich vor, mit dem Zentrum halbpart zu machen."

Die konservativen Bundesgenossen der Liberalen im Kampf gegen den Ultramontanismus nahmen sich also die Ultramontanen selbst zu Bundesgenossen — damit war der Versuch der Liberalen, den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien ideologisch zu verbrämen, als elender Humbug aufgedeckt. Nicht um liberale Grundsätze handelte es sich, sondern um die Einigung der Bourgeoisie ohne Rücksicht auf die politischen Grundsätze und die Kulturansichten, die die bürgerlichen Parteien voneinander trennen.

In die schlimmsten Widersprüche mit sich selbst verwickelten sich unter diesen Umständen der Freisinn und die Demokratie. Die Nationalliberalen haben schon lange vorher ihr politisches Gepäck stark erleichtert, diese aber schleppten noch die alten Traditionen des Liberalismus und der Demokratie mit, sie waren es auch, die, unter den bürgerlichen Parteien, der Regierung am meisten Opposition gemacht hatten. Darum wurde denn hier auch der verlogenste und schamloseste Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt. Um den eigenen Prinzipienverrat und die Preisgabe der Gegenwartsinteressen des Volkes zu verdecken, wurde dem Spießer mit dem sozialdemokratischen „Zukunftsstaat", durch die bekannte Verballhornung der sozialistischen Ideen gruselig gemacht.

Mit Gewalt in die oppositionelle Stellung gedrängt, hat das Zentrum mit dem bekannten Raffinement die Gunst der Umstände auszunutzen gewußt.

Er verfehlte, selbstverständlich, nicht, die kulturkämpferische Spiegelfechterei der Liberalen für sich auszubeuten. Allein die Idee des Kulturkampfes ist längst zum Schemen geworden. Das zog am wenigsten. Es war zu offensichtlich, daß der Reichstag nicht deshalb aufgelöst wurde, weil er der Regierung nicht liberal genug war; auch war es doch längst nicht

mehr zu verkennen, daß die Bischöfe über die Köpfe der katholischen Bevölkerung hinweg ihren Frieden mit der Regierung geschlossen hatten. Nur noch die niedere katholische Geistlichkeit, die Kapläne, machten in der Opposition des Zentrums mit, die katholischen Kirchenfürsten dagegen sahen es gar nicht gern. In dem Moment, wo ich diese Zeilen niederschreibe, erlassen sogar einzelne Bischöfe Erklärungen gegen die Stichwahlparole des Zentrums.

Die Opposition des Zentrums bei den Wahlen war in der Hauptsache keine konfessionelle, sondern eine politische und wiederholte als solche die Leitmotive aller anderen Parteien.

Selbst an die Sozialdemokratie lehnte sich das Zentrum in seiner Opposition an, besonders dort, wo es Arbeiterkandidaturen aufgestellt hatte, allerdings nur in dem Sinne, daß es den Stillstand in der Sozialpolitik kritisierte und die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues der Arbeiterschutzgesetzgebung scharf betonte.

Sonst konnte man in den Zentrumsversammlungen die demokratische Kritik der Steuergesetzgebung ebensogut wie die liberale Kritik des persönlichen Regiments zu hören bekommen. Ein sehr angesehener Zentrumsagitator aus Köln gab sich in meiner Gegenwart in einer Zentrumsversammlung alle Mühe, den Nachweis zu führen, daß der wahre Vertreter des nationalliberalen Programms das Zentrum sei. Andererseits betonte das Zentrum unentwegt seinen agrarischen Charakter. Es schimpfte über die Lebensmittelteuerung und trat zugleich für die Lebensmittelzölle ein. Je nach der Gegend, nach der Zusammensetzung der Versammlung und nach der sozialen Stellung des Zentrumsredners wurde bald das eine, bald das andere in den Vordergrund gestellt.

Dabei spielte es sich nach rechts und links als die gekränkte Unschuld auf. Die Angriffe der Regierung und der Liberalen dienten ihm als Deckung gegen die sozialdemokratische Kritik und die sozialdemokratische Kritik diente ihm als Deckung gegen die Angriffe der Regierung. Immer aber hieß es, das Zentrum werde von allen Seiten befeindet, und das wirkte am meisten. Besonders in den Arbeitermassen wurde dadurch der Trotz geweckt; aus Trotz hielten sie zusammen und stützten das Zentrum.

Das Zentrum war auch schlau genug, der politischen Absonderung der katholischen Arbeiter, die mit dem Wachstum der christlichen Gewerkschaften eine sehr scharf ausgeprägte Form annahm, insofern Rechnung zu tragen, als es einige Gewerkschaftsführer als Reichstagskandidaten aufstellte. Es möge übrigens schon an dieser Stelle hervorgehoben werden, daß die katholische Gewerkschaftsbewegung uns diesmal im Wahlkampfe sehr gut zu Nutzen kam. Sie brachte die Klassenscheidung zum Bewußtsein der katholischen Arbeiter und lieferte uns in ihrer Literatur sowie durch die Lohnkämpfe, die sie auszufechten hatte, sehr wertvolles Agitationsmaterial.

Das Zentrum gebrauchte die stärksten Kraftworte, um die Beamtenmißwirtschaft in den Kolonien zu geißeln, nahm sich aber sehr in acht, die Kolonialpolitik als solche zu bekämpfen. Im Gegenteil, es betonte stets, daß es grundsätzlich für Kolonialpolitik sei, und strich ganz außerordentlich seinen nationalen Sinn, seinen Patriotismus heraus.

Bei allem demagogischen Aufputz spielte sich das Zentrum fortgesetzt als verkannte Regierungspartei auf. Es ließ auch im Verlaufe des Wahlkampfes immer mehr seine wahren Absichten merken und stellte schließlich in einem seiner letzten Wahlflugblätter in Westfalen klar und offen die Frage wie folgt:

„Wo sind die Minister, die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten, die Staatssekretäre, die Ministerialräte, die Oberbürgermeister, die Stadträte usw., welche dem Zentrum angehören?"

Man sieht, wir hatten recht, indem wir als den Hauptpunkt des Konflikts zwischen Zentrum und Regierung nicht die Kolonialpolitik der Regierung, sondern den Fall Wistuba bezeichneten, mit anderen Worten, den Kampf um Beamtenposten.

Die Kundgebungen der Regierung haben es über jeden Zweifel erhoben, daß sie, wie wir annahmen, den Schlußkonflikt mit dem Zentrum provoziert hatte, um den Versuch zu machen, einen gefügigeren Reichstag zusammenzubringen, den sie vor allem für ihre ebenso phantastischen wie kostspieligen kolonialpolitischen Pläne braucht. Das Zentrum hatte, wie wir wissen, bei seiner bunten sozialen Zusammensetzung viel zu viel Rücksichten zu nehmen, oder, um mit dem Reichskanzler zu sprechen: „Das Zentrum ist auch zur Zeit seiner ausschlaggebenden Stellung im Reichstage geblieben, was es immer war: eine unberechenbare Partei. Es vertritt aristokratische und demokratische, reaktionäre und liberale, ultramontane und nationale Forderungen" (Fürst Bülow in seiner Rede vom 19. Januar). Das Zentrum hat zwar allein für den Flottenbau bereits fünf Milliarden Mark bewilligt, jedoch für den großkapitalistischen Kurs, in den jetzt das Reichsschiff einlenkt, ist es der Regierung, wie man sieht, noch nicht kapitalistisch genug.

Wir schrieben auf Seite 9 unsrer Broschüre: „Indem die Regierung die Kolonialpolitik zur Kampfparole machte, wollte sie die großbürgerlichen Elemente des Zentrums gegen die andern ausspielen. Damit greift die Regierung gar nicht ungeschickt in die inneren Kämpfe des Zentrums ein." Diese Erwartung fand ihre Bestätigung in der Düsseldorfer Erklärung patriotischer Katholiken. Die Zentrumspresse suchte erst die Angelegenheit als eine Bagatelle hinzustellen. Allein die 39 Unterschriften, die diese Erklärung erst zählte, wurden bald zu mehr als achthundert — alle aus den Kreisen der höchsten katholischen Aristokratie und Plutokratie. Sie gab zweifellos die Stimmung in den kapitalistischen Kreisen des Zentrums sehr getreulich wieder.

Je mehr der Wahlkampf sich entwickelte, desto mehr wurde der Streit zwischen Liberalismus und Ultramontanismus zur reinen Klopffechterei und alles konzentrierte sich um die Sozialdemokratie. Gegen die Sozialdemokratie kämpften die Konservativen wie die Liberalen, gegen die Sozialdemokratie kämpften Freisinn und Demokratie, gegen die Sozialdemokratie kämpfte auch das Zentrum, und die letzte Parole der Regierung war erst recht und wieder — gegen die Sozialdemokratie. Die Bourgeoisie aus allen Parteien schloß sich zusammen gegen das Proletariat, und dieses kapitalistische Bündnis erhielt seine höchste Weihe durch die Börse.

Die Börse trat diesmal demonstrativ in den Wahlkampf, indem sie den Beschluß faßte, am Wahltag zu schließen. Am 25. Januar fand also diesmal offiziell keine Börsenspekulation statt. Die Börse konnte es sich leisten. Waren doch die Wahlen selbst diesmal ein einziges großes Börsengeschäft! Ein Geschäft, für das sich die Regierung mit allen Mitteln des Staats engagierte, ein Geschäft, für das der Reichskanzler die Reklametrommel rührte und der Kolonialdirektor den Marktschreier und Geschäftsreisenden abgab, ein Geschäft, dem der Staat Armeen und Millionen zur Verfügung stellen wollte! Die Börse begriff wohl, um was es sich handelte: mit fliegenden Fahnen zog sie in den Kampf — um dem Kolonialschwindel der Regierung ihren eigenen kolonialen Gründerschwindel anzuschließen!

Die Situation, wie sie sich im Wahlkampf herausdestillierte, schilderte ich am Vorabend der Wahl mit folgenden Worten, denen ich auch jetzt nichts mehr hinzuzufügen habe:

„Das Kapital sammelt seine Heerscharen. Und von allen Seiten folgen sie seinem Ruf. Selbst die Gelehrten, Dichter und Künstler sind mobil gemacht worden. Und sie kamen auch! Vom Herrn Universitätsprofessor G. Schmoller, der die Autorität der offiziellen akademischen Wissenschaft in die Wagschale legte, um die frischgebackene volkswirtschaftliche Weisheit des Herrn Dernburg, zusammengesetzt aus Narrheit, Unkenntnis und Schwindel, zu decken, und bis auf die Draufgänger des „Simplizissimus", die ihren sozialen Max- und Moritz-Standpunkt willig verließen, um als gewöhnliche Wahlzutreiber der Nationalliberalen Arbeit zu verrichten!

Gilt es Kolonialpolitik? Ja, das ist für diesmal das Aushängeschild der kapitalistischen Politik. Es gilt aber vor allem — den Zusammenschluß selbst.

Das Großbürgertum will Fühlung zueinander nehmen, es will zusammenhalten, denn es fühlt sich in seiner Machtstellung bedroht. Gewiß nicht vom Zentrum, das selbst bürgerliche Politik treibt! Die Bourgeoisie fürchtet das politische Vordringen der Arbeiter.

Die Regierung hat mit dem Zentrum zusammen gearbeitet und weiß, daß sie auch fernerhin mit dem Zentrum würde Geschäfte machen können — nur stört die beiden die sozialdemokratische „Volksverhetzung", d. h. die Agitation, welche die Sozialdemokratie in den Volksmassen betreibt, indem sie die politischen Machenschaften der bürgerlichen Parteien enthüllt, eine Agitation, auf die das Zentrum infolge seiner sozialen Zusammensetzung notgedrungen Rücksicht nehmen muß. Es sind aber nur noch die Arbeiter, die das Zentrum nach der Richtung der Opposition beeinflussen, der katholischen Bourgeoisie dagegen ist es noch nicht nachgiebig genug. Die Besitzenden in seiner Mitte revoltieren. Graf Hoensbroech erklärte denn auch unumwunden, um was es sich handelt: weniger um die Wahlen, als um die Beeinflussung der Fraktion im Reichstage, was denn auch, in Anbetracht der sozialen Machtstellung der Protestler, sicher seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Die Kapitalistenklasse mit der Regierung an der Spitze will eine klare Situation haben. Alle politischen Nuancen und Schattierungen sollen weggewischt werden. Der Reichstag soll rein kapitalistisch sein.

Nicht nur um eine kolonialpatriotische, sondern um eine entschlossene kapitalistische Mehrheit ist es der Regierung und der Bourgeoisie zu tun. Hat man erst die beisammen, so wird sich schon alles andere finden. Alle sind sie einig, alle treten sie in den Kampf — gegen euch, Arbeiter! Denn sie fürchten eure große Zahl!"

Die kapitalistische Mobilmachung und die Angst vor dem Proletariat.

Wie der hervorstechende Zug des Wahlkampfes der Zusammenschluß der Bourgeoisie auf der ganzen Linie, bis in die Reihen des Zentrums hinein, war, so jener des Wahlergebnisses — die Mobilmachung der indifferenten Masse. Die Reichstagswahlen von 1907 hatten mit 85,4 Prozent der Wahlberechtigten die höchste Wahlbeteiligung, die Deutschland jemals sah. Selbst die Kartell-, die Zweifrontenkriegs-Wahlen von 1887 wiesen eine Wahlbeteiligung von nur 77,5 Prozent auf. Bis dahin schwankte die Wahlbeteiligung zwischen 51 Prozent und 63 Prozent. Nach 1887 blieb die Wahlbeteiligung, offenbar als Folge des Wachstums der Sozialdemokratie, immer noch recht hoch — sie geht nicht unter 68 Prozent herunter und erreicht schon 1903 die Höhe von 75,8 Prozent. Im Vergleich zu 1903 haben also diesmal 10 Prozent der Wahlberechtigten mehr abgestimmt. Im allgemeinen wurden diesmal über $1^3/_4$ Millionen Stimmen mehr abgegeben als 1903, wovon $^1/_4$ Million der Sozialdemokratie, $1^1/_2$ Millionen den bürgerlichen Parteien zufielen. Auf diese Weise, durch die Partei der Nichtwähler verstärkt, gelang es den bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie niederzustimmen.

An und für sich würde unter diesen Umständen der Mandatverlust der Sozialdemokratie nicht viel zu bedeuten haben. Selbst wenn sie $^3/_4$ Millionen Stimmen zugenommen hätte — man rechnete in den gegnerischen wie den Parteikreisen mit einer halben Million Stimmenzunahme —, so könnte sie doch, wenn die Gegner noch eine halbe Million Wähler mobilisiert hätten, von ihnen niedergestimmt werden. Die Frage des Mandats ist eben bloß eine Frage der Stimmendifferenz. Daß die Sozialdemokratie noch lange nicht die Majorität der Wahlberechtigten hinter sich hat, das wußte man zur Genüge schon aus den früheren Wahlen. Auch diesmal hat die bürgerliche Presse im Wahlkampf wiederholt vorgerechnet, daß von sämtlichen sozialdemokratischen Mandaten höchstens ein halbes Dutzend absolut sicher ist, die anderen alle aber der Sozialdemokratie abzunehmen wären, wenn die bürgerlichen Elemente zusammenhalten wollten! Also, der Mandatverlust ist der springende Punkt der Frage nicht. Allein auch der

Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie erscheint diesmal im Verhältnis zu der Stimmenzunahme der bürgerlichen Parteien recht klein, und in Sachsen hatten wir sogar absoluten Stimmenverlust — das ist es, was zu bedenken gibt.

Da die Sozialdemokratie sich in einem prinzipiellen Gegensatz zu der gesamten Reichspolitik befindet, so erscheint es schon aus diesem Grunde zweckmäßig, die Reichstagswahlen erst in bezug auf die bürgerlichen Parteien sowie die durch sie geschaffene politische Lage, die Politik der Regierung und die Haltung der bürgerlichen Parteien zu erörtern, und dann — wie sich die Sozialdemokratie zu alledem stellt und wie es um sie selbst bestellt ist. Diese Disposition ergibt sich aber auch aus dem Charakter dieser Schrift, die in erster Linie eine sozialdemokratische Parteistreitschrift ist. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung sind für uns Gegenstand geschichtlicher Untersuchung, — was wir aber hier durch wissenschaftliche Analyse ermitteln, das wollen wir verwerten, um die politische Taktik der Sozialdemokratie zu bestimmen.

Es hat vieles dazu beigetragen, diesmal ganz besonders die Bourgeoisie wachzurütteln.

Zunächst sind wir wohl berechtigt, bei dieser Wahl mit den bürgerlichen Nachwehen der Reichstagswahl von 1903 zu rechnen. Jene Wahlen haben es der Bourgeoisie recht augenscheinlich gemacht, daß die Sozialdemokratie im Reichstage selbst zu einer Macht werden kann. Schon die achtzig Mann starke sozialdemokratische Fraktion war ein sehr bedeutendes Hindernis für das parlamentarische Spiel der bürgerlichen Parteien und der Regierung — wie sollte es aber erst werden, wenn die Sozialdemokratie 90 oder vielleicht gar 100 Mandate erhalten würde? Die Parteiverhältnisse verschoben sich sehr wesentlich durch das Dazwischentreten der Sozialdemokratie.

Ich habe schon an anderer Stelle darauf verwiesen, daß das Zentrum nicht durch eigene Kraft, sondern durch das Anwachsen der sozialdemokratischen Fraktion zu seiner dominierenden Stellung im Reichstage gelangte. Die Regierung begriff das vollkommen, weshalb denn auch der Reichskanzler die Losung proklamierte, den Reichstag vom Druck der Sozialdemokratie zu befreien, um das Zentrum aus seiner herrschenden Stellung zu bringen. Schon bei dem Kampfe um den Zolltarif zeigte es sich, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr bloß eine politische Gefahr der Zukunft, sondern ein parlamentarisches Hindernis der Gegenwartspolitik der herrschenden Cliquen sei, und bei den Wahlen von 1903 trat dies erst recht zutage. Seit 1903 lebte deshalb die Bourgeoisie in einer Angst vor den kommenden Reichstagswahlen. Begreiflich schon aus diesem Grunde, daß sie sich nunmehr, als es zu den Wahlen kam, mit aller Macht ins Zeug legte.

Es wird von allen Seiten auf den Dresdener Parteitag verwiesen, der bewirkt haben soll, daß uns die bürgerlichen Mitläufer verließen, um wieder in den Schoß der Ausbeuterklasse, der sie entstammen, zurückzukehren. Die Erscheinung wird aber so viel zu eng gefaßt. Der Dresdener Parteitag war selbst der Abschluß einer Entwicklung. So sehr auch die deutsche Sozialdemokratie von Anfang an den Revisionismus mit aller Entschiedenheit

bekämpft hatte, so bot er doch in der ersten Zeit seines Auftretens wenigstens einen gewissen Reiz der Opposition zu der hergebrachten Taktik. Aber um die Zeit des Dresdener Parteitags wurde es bereits klar, daß der Revisionismus nichts Festes und in sich Geschlossenes darstellt, keine bestimmte Richtung, sondern die Richtungslosigkeit, daß er, wie der Wanderer, der mit dem Ziele auch die Richtung seines Weges aus dem Auge verloren hatte, nur blindlings herumtappt, überall zweifelnd, unsicher und schwankend, und daß er höchstens nur einen gemeinsamen Zug hat, d. i. daß er in allen Dingen, nach rechts wie nach links, alle großen Gesichtspunkte, jedes energische Handeln zurückweist und schließlich in ein persönliches Intrigenspiel ausartet. Aber aus dem gleichen Grunde überzeugte sich um jene Zeit bereits auch die Bourgeoisie, daß ihre Hoffnungen auf den sozialdemokratischen Revisionismus vergebens waren. Sie sah, daß dieser weder im Reichstage noch in der Partei die Fähigkeit einer politischen Leitung zeigte. In dieser Stimmung trafen die Bourgeoisie die Reichstagswahlen von 1903, deren Wirkung auf die Gemüter wir bereits erwähnt haben. Und nun auch noch das klägliche Fiasko des Revisionismus auf dem Dresdener Parteitag!

Aber noch eins wirkte mit! Die größten Hoffnungen im Sinne der Zurückdrängung der revolutionären Sozialdemokratie setzten die bürgerlichen Sozialreformer auf die Entwicklung der Gewerkschaften. Allein, wenn auch die Reibungsflächen zwischen Gewerkschaften und Partei sich sichtbar erweiterten, so bekam doch die Bourgeoisie in dem Maße, wie die Gewerkschaften auch in Deutschland zu einer Macht wurden, nicht gelinde Zweifel, ob es denn für sie wirklich ein vorteilhafter Tausch wäre, wenn an Stelle der immerhin lose zusammenhängenden politischen Organisation der Arbeiterklasse die straffen Organisationen der Gewerkschaften treten würden. Daß die Gewerkschaften Klassenkampf führen, das bewiesen sogar die christlichen Gewerkschaften. Die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften brauchten, selbstverständlich, diesen Beweis nicht erst zu erbringen; von eminenter Bedeutung aber war, daß sie die Handelskrisis überstanden und dabei erst recht groß wurden. Wie sehr die Entwicklung der Gewerkschaften das Unternehmertum mit Besorgnis erfüllte, das sieht man ja am besten an der Entwicklung der Unternehmerorganisationen, die doch in erster Linie gegen die Gewerkschaften gerichtet sind. Inzwischen kamen auch die englischen Trade Unions, die den deutschen Sozialreformern als Vorlage für ihre professoralen Betrachtungen über die Umbildung der Sozialdemokratie durch die Gewerkschaften dienten, davon ab, im Schlepptau der bürgerlichen Parteien ihren Kurs zu halten, und schritten zur Bildung einer eigenen Partei, die denn auch, wie bekannt, die letzten englischen Wahlen mit gutem Erfolg bestanden hat.

Der sozialdemokratische Aufmarsch bei den Wahlen 1903, die für uns sehr erfreuliche, aber für das Unternehmertum ungemein beängstigende glänzende Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland, die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei auch in England, die den Hoffnungen auf eine politische Neutralisierung der Arbeiterschaft jeden realen Boden entzogen hat, — ich meine, wenn man derartige vollgewichtige Tatsachen des proletarischen Klassenkampfes

vor den Augen hat, so braucht man doch, wahrlich, nicht erst an die Beschlüsse und einzelne Redewendungen des Dresdener Parteitags zu denken, um zu erklären, warum die Bourgeoisie diesmal bei den Reichstagswahlen in Deutschland sich zusammentat und mit großer Energie gegen die Arbeiterschaft vorging. Wir hatten es bei den jetzigen Reichstagswahlen mit einer Massenbewegung der Bourgeoisie zu tun, die sie in allen ihren Tiefen aufwühlte. Wenn wir aber durch Resolutionen und Deklarationen wirklich imstande wären, eine derartige Gegenwirkung hervorzurufen, — wohlan denn, so hätten wir darin erst recht ein gewaltiges Mittel, das Proletariat aufzuwühlen. In Wirklichkeit sind das, nach der einen wie der anderen Richtung hin, nur Aeußerlichkeiten. Revolutionäre Beschlüsse haben nur eine politische Bedeutung, wenn sie der Ausdruck einer revolutionären Entwicklung sind. Und das waren sie allerdings diesmal. Aber je geringer die Einsicht in die innere sozialrevolutionäre Triebkraft der Arbeiterbewegung, je kleinlicher der Gesichtspunkt, von dem aus man sie betrachtet, desto mehr Gewicht legt man auf Aeußerlichkeiten. Die einen sehen in der Predigt der Revolution das einzige Mittel, den revolutionären Charakter der Partei zu wahren, die anderen glauben, wenn wir den Ton mäßigen, den revolutionären Ausdruck beseitigen, so würde es uns gelingen, die Bourgeoisie mit dem proletarischen Klassenkampfe zu versöhnen. Aber wenn es selbst den Schriftgelehrten der Kapitalistenklasse noch niemals gelang, sie durch sozialreformerische Redensarten über die Gefahr der steigenden Macht der Arbeiterorganisationen zu täuschen, um so weniger dürften wir darauf spekulieren. Ist denn das so schwer einzusehen? Das Schaf im Löwenfell hat noch niemand erschreckt; aber der Löwe bleibt gefährlich, selbst wenn er sich ein Lammfell überzieht. Nicht die Worte schrecken, sondern die Tatsachen, die dahinter stecken.

Und eine Tatsache von sehr großer Tragweite, die auch ihrerseits dazu beitrug, die Angst der Bourgoisie vor dem Proletariat zu steigern, das war die russische Revolution. Wie die Entwicklung der Gewerkschaften mit dem Märchen von einem friedlichen Ineinanderdufeln der proletarischen Organisationen und der Unternehmerverbände aufgeräumt hatte, so die russische Revolution mit der Illusion, daß das kleinkalibrige Gewehr eine politische Revolution zu einer Unmöglichkeit gemacht habe. Da war sie nun, die gewaltsame Revolution, wie sie im Buche stand! Allerdings spielte sie sich unter politischen Verhältnissen ab, wie sie den bürgerlichen Revolutionen eigen waren. Allein das Hauptargument gegen die Revolution war doch ein kriegstechnisches, kein politisches. Durch die Entwicklung des kleinkalibrigen Gewehrs und den modernen Städtebau sei ein Barrikadenkampf zur Unmöglichkeit geworden; damit — so folgerte man — sei auch die politische Revolution zur Unmöglichkeit geworden. Mit dieser Argumentation haben die russischen Ereignisse gründlich aufgeräumt. Sie bewiesen, daß man eine Revolution weder niederreiten noch niederkartätschen kann. Sie zeigten zugleich auch, daß die kapitalistische Entwicklung nicht nur die Mittel des Militärs, sondern auch die Mittel der Revolution vermehrt habe. Dieselbe industrielle Entwicklung, die der Armee eine verbesserte Waffen-

technik gab, verwandelte den Staat durch Verbindung mit Produktion und Verkehr in ein ungemein kompliziertes und empfindsames Gebilde und schuf damit erst die große politische Wirkung des Massenstreiks. War nun die russische Revolution bürgerlich, so war der Massenstreik ein proletarisches Kampfesmittel, und es war klar, daß seine Wirkung in einem Industriestaat noch unvergleichlich größer sein würde, als in Rußland. Und wenn schon das russische Proletariat in dieser bürgerlichen Revolution eine durchaus selbständige Politik betrieben hatte, so konnte es keinem Zweifel unterliegen, wie sich das deutsche Proletariat im Falle einer deutschen Revolution verhalten würde. Die russische Revolution hat das europäische Proletariat begeistert, aber in einem viel höheren Maße noch hat sie die Regierungen und die herrschenden Klassen Europas mit Angst und Sorge erfüllt. Denn auf dieser Seite bildet ja die Gewalt den Grundstein aller Regierungskunst. Dieselbe Bourgeoisie nun, die in Frankreich, wie auch in Deutschland, während der schlimmsten Wirrnisse der Revolution die russische Rente gestützt hatte, auf die Gefahr hin, das ganze Kapital zu verlieren, sie hat dann die „patriotische" Begeisterung der deutschen Reichstagswahlen von 1907 geschaffen.

Darum auch jetzt der große Seufzer der Erleichterung, als es sich gezeigt hatte, daß die staatserhaltenden Elemente noch sehr groß sind und sich einigen lassen. Darum werden die Wahlen vom 25. Januar als Rettung des Vaterlandes und der Monarchie, als Wiedervereinigung von Kaiser und Reich gefeiert.

Wenn aber auch die Furcht vor dem politischen Vordringen der Arbeiterklasse als machtvoller Faktor die Wahlen beeinflußte, so wäre es dennoch verfehlt, das Wahlergebnis bloß auf diese Ursache zurückzuführen. Ein bürgerliches Massenaufgebot von Millionen ist eine zu komplizierte Erscheinung, um nur als Gegenwirkung zur Sozialdemokratie aufgefaßt zu werden. Die Angst selbst vor dem Proletariat ist verschieden stark in den verschiedenen sozialen Schichten des Bürgertums. Auch ist die Bourgeoisie durch Interessengegensätze und Interessenunterschiede geteilt. Wenn diese Gegensätze sich jetzt weniger geltend gemacht haben, so sind sie entweder abgestumpft oder durch irgend etwas überbrückt worden. Die Bourgeoisie treibt eine selbständige Politik, es wäre sehr verkehrt, ihr Auftreten bloß als politisches Echo der Sozialdemokratie darstellen zu wollen. Nachdem wir die Abwehrtaktik der Bourgeoisie klargelegt haben, gilt es jetzt, die Tendenzen ihrer eigenen Politik zu bestimmen, wie sie bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck kamen. Zwei charakteristische Erscheinungen sind dabei allgemein aufgefallen: 1. die Neubelebung des Liberalismus; 2. die kolonialpolitische Begeisterung.

Der Neu-Liberalismus.

Weniger in den Wahlziffern, als in der Stimmung der Oeffentlichkeit kam diesmal bei den Reichstagswahlen ein neuer Aufschwung des Liberalismus zum Ausdruck. Das war um so mehr auffallend, als bisher der Niedergang des Liberalismus eine ebenso konstante Erscheinung der parlamentarischen Geschichte des Reichs war, wie der Aufschwung der Sozialdemokratie. Diese Neubelebung des Liberalismus ist eine sonderbare Mischung von Reaktion und Fortschritt, aber in allem ein echtes Produkt der kapitalistischen Kultur.

Eigentlich gingen die liberalen Parteien mit großer Sorge in die Wahlen. Denn, um die Regierung zu unterstützen, mußten sie sich über ihre eigene Kritik der Regierung hinwegsetzen. Wie würden die Wähler diesen offenen Widerspruch aufnehmen? Allein die liberalen Wähler zeigten sich noch mehr reaktionär als die liberalen Fraktionen. Prinzipielle Bedenken existierten für sie keine. Der Appell der Regierung an den Liberalismus, so nichtssagend er auch war, lockte sie in Scharen an die Wahlurne heran.

Wir haben es mit einem sozialen Neugebilde zu tun. Der alte Liberalismus entstand aus dem revolutionären Ringen der Bourgeoisie um ihre soziale Geltung und politische Machtstellung. Er war eine Weltanschauung und ein politisches System. Der neue Liberalismus ist keins von beiden. Er ist das Kind der modernen Großstadt. Nach seiner sozialen Zusammensetzung reicht er von den Spitzen der Industrie bis in die Reihen des Proletariats. In der Hauptsache aber ist es das Volk der Geschäftsreisenden, Techniker, Aerzte und Advokaten, Künstler und Literaten, mit einer Beimengung des modernisierten Beamtentums, kurz — die „Intelligenz"! Philosophische Ansichten — keine. Religion — überflüssig und lästig. Sie hören heute einen naturwissenschaftlichen Vortrag an und machen morgen eine spiritistische Sitzung mit. Sie sind weder monarchistisch, noch republikanisch. Sie haben nicht mehr das blinde Vertrauen zum Kapitalismus, aber auch nicht den Glauben an den Sozialismus. An Stelle der Schwärmerei für ein soziales Ideal ist bei ihnen die soziale Skepsis getreten. Sie verachten das Volk und fühlen sich gekränkt durch den Hochmut der Aristokratie und Plutokratie. Ihre Opposition ist die Opposition der Großstadtkultur gegen die sittliche und ideelle Einengung der Provinzlerei, der Kleinstadt. Deshalb auch der Kampf gegen Pfaffen und Polizei. Dieser Liberalismus ist ein Draufgänger. Im Gegensatz zu der alten Demokratie, deren ganze Staatsweisheit in der Sparsamkeit bestand, ist er stets bereit, den Staat in die kostspieligsten und gefährlichsten Abenteuer hineinzureiten. Vor dem Geldmachen nach amerikanischer Art hat er den größten Respekt. Er läßt sich leicht hinreißen, wird aber ebenso leicht abtrünnig und kann nur durch eins festgehalten werden — durch den Erfolg.

Es konnten schon seit langer Zeit Zeichen dieser kulturellen Umformung in Deutschland wahrgenommen werden. Sie zeigte sich auf den verschiedensten Gebieten. Erst verlacht und verspottet, zum Teil auch brutal zurückgewiesen, gewann sie schließlich doch das Oberwasser. Die Werke der alten Philosophen bedeckten sich mit Staub — „Simplicissimus" und „Jugend" beherrschen

die Geister. Die schöngeistige Literatur wurde durch das Zeitungsfeuilleton und den Kriminalroman ersetzt. Auf der Bühne, neben Oskar Wilde und Shaw — Sherlock Holmes! Eine Paarung des Hyperempfindlichen mit dem Läppischen und Gemeinen ist überhaupt kennzeichnend für den Geist der modernen Großstadt. Schließlich mußten noch der Cake Walk und die Matchiche ihren Einzug in Deutschland halten, der Rixdorfer und das Kasinolied erfunden werden, bis Fürst von Bülow die Reichstagswahlen von 1907 hat machen können. Der Cake Walk mit seinen Verrenkungen, aus denen Uebermut, Lust und Hohnlachen entgegengrinsen, ist das Sinnbild unserer Zeit. Man sehe sich doch die Malerei an, zeigt sie nicht die gleiche saloppe Haltung und das Gefallen am Absonderlichen, selbst wo es häßlich ist und nichtssagend? Oder die Architektur mit ihren Verzerrungen und Verschiebungen und Zerstörung jeder Symmetrie — ist das nicht ein Cake Walk in Stein und Gips? Nunmehr aber haben wir noch — den Cake Walk in der Politik!

Es wurden schon lange Versuche gemacht, diese Großstadtmenschen für die Politik einzufangen. Pfarrer Naumann baute darauf seine politische Rechnung. Aber, erstens paßte die Frömmelei nicht gut zu dem modernen Geist, zweitens ist diese soziale Schicht bis auf den heutigen Tag noch nicht stark genug, um eine selbständige Partei zu bilden. Daran scheiterten die Christlich-Sozialen. Aber die Großstadt, abgesehen von den proletarischen Massen, die treu zur Sozialdemokratie hielten, bildete ein Element der politischen Verdrossenheit. Nichts wollte diesen Leuten gefallen. Der Reichstag war ihnen nicht energisch genug, die Sozialdemokratie bald viel zu revolutionär, bald wieder nicht genug revolutionär, bei der Regierung vermißten sie den starken Mann. Bei jedem parlamentarischen Sensationsstück machten sie den meisten Radau. Sie lärmten auch ungemein mit bei den kolonialen Skandalen — was sie nicht gehindert hat, bei den Wahlen ebenso lärmend gegen die Sozialdemokratie aufzutreten.

Diese Elemente nun kamen jetzt zur Geltung. Die moderne Kunst erlangte die höchste Weihe durch Anstellung bei den königlichen Akademien, das dekadente Schauspiel erschloß sich die königlichen Theater, und ein simpler Zivilist, direkt von der Börse, ein Großstadtmensch, erschien an der Spitze des Kolonialamts. Derselbe Großstadtgeist, vermengt mit einer noch stärkeren Dosis Amerikanismus, drang nämlich indessen bis an die höchsten Spitzen des Staates. Und siehe da! Der Reichskanzler wandte sich persönlich an die Intelligenz, an die Künstler und Gelehrten!

Sie folgten seinem Rufe. Aber der politische Effekt war vorläufig noch immer recht schwach. Sie vermehrten die Stimmen der Liberalen, konnten ihnen aber nicht die nötige Mandatzahl verschaffen, um sie zu einer Macht zu gestalten. Aber es ist ein politisches Milieu, das sich ausdehnt und infolgedessen wohl in die politische Rechnung gestellt werden muß — dies aber nicht nur als Unterstützung der Regierungspolitik, sondern auch als Opposition.

Durch ein entschiedenes Vorgehen, durch weittragende Pläne sind sie zu gewinnen. Daß die Regierung den Reichstag aufgelöst hatte, betrachteten sie als eine mutige Tat, das imponierte ihnen und zog sie heran. Dernburg mit seinem Draufgängertum eines jungen Fohlens, das über Stock

und Stein springt, mit seiner ungenierten Art, sich über Hindernisse hinwegzusetzen, seinen phantastischen Plänen, seinem schnodderigen Wagemut, dem, im letzten Grunde, alles Wurst ist, das ist ihr Mann.

Einige Zahlen mögen das Wachstum dieser Großstadtschicht in Deutschland veranschaulichen. 1895 betrug die gesamte Bevölkerung der Großstädte (mit je über 100000 Einwohnern) in Deutschland $7^1/_4$ Millionen; 1900 bereits $9^1/_8$ Millionen und 1905, nach der letzten Volkszählung $11^1/_2$ Millionen! Im letzten Jahrzehnt hat sich demnach in Deutschland die großstädtische Bevölkerung fast um die Hälfte vermehrt.

Diese Großstadtmenschen sind nun an Stelle des Handwerkers und des Krämers getreten, der Einwohner der Klein- und Mittelstädte, des früheren städtischen Mittelstandes, der in hohem Maße die Haltung der parlamentarischen Fraktionen beeinflußt hatte. Mit der Mittelstandspolitik ist es vorbei — das ist das einzige abschließende Ergebnis der Reichstagswahlen von 1907.

Der Mittelstand bildete zwei entgegengesetzte politische Richtungen, eine radikale und eine reaktionäre: er nährte die demokratischen Fraktionen und nährte den Antisemitismus. Die radikale Richtung suchte die Großmachtsentwickelung des Staates hintanzuhalten, weil sie herausempfand, daß diese Entwickelung nicht dem „kleinen Mann", sondern dem Großkapital zugute komme. Die reaktionäre Richtung suchte mit Hilfe der Regierungsgewalt dem Mittelstand wirtschaftliche Privilegien zu verschaffen. Sie zerfiel übrigens selbst in gouvernementale und demagogische Koterien. Die ersteren suchten durch Bewilligungen und einen zur Schau getragenen Patriotismus die Regierung zu ködern, sich bei ihr einzuschmeicheln, die anderen wollten durch Aufhetzung der Volksmassen die Regierung einschüchtern: ob nun mit dem Hut oder mit der Pistole in der Hand, eine Bettelpolitik betrieben die einen wie die anderen.

Mit diesen Wahlen hat der Mittelstand in Deutschland seine Rolle ausgespielt. Die demokratischen Fraktionen haben sich nur noch dadurch behaupten können, daß sie alles, was sie von den Nationalliberalen trennte, über Bord warfen. Die Antisemiten verschwanden unter den Konservativen.

Nicht das Proletariat, sondern der Mittelstand ist besiegt worden. Er hat abgewirtschaftet; er gab seine politischen Kampfesstellungen auf und ließ sich zu einer kapitalistischen Armee anwerben und unter die Führung der Börse stellen.

Wenn nun die Großstadt das soziale Milieu abgab, um die Avantgarde der großen kapitalistischen Armee zu bilden, so diente die Kolonialpolitik als Bindemittel, um die deutsche Bourgeoisie zu vereinigen.

Man gibt sich in Deutschland sehr wenig Rechenschaft davon, was man in den Kolonien will und was sich in den deutschen Besitzungen erreichen läßt. Die Kolonien interessieren als großes soziales Problem, als eine große Aufgabe für einen großen Staat — Weltpolitik! Was wird es kosten? Was wird es einbringen? Diese Fragen schiebt man beiseite. Der Staat ist da, hat eine große Armee und ein Milliardenbudget — also, drauf los! Es ist der Drang, sich als kapitalistischer Staat auszuleben, wie er im ersten Abschnitt dieser Schrift geschildert wurde, der nach den Kolonien treibt. Daß der Großstadt-Liberalismus sich zu kolonialen Abenteuern hinreißen läßt, ist nach allem, was wir von ihm wissen, durchaus nicht ver-

wunderlich. Und da Deutschland nur erst eine sehr kurze Kolonialgeschichte hinter sich hat, so hat hier die Kolonialpolitik noch den großen Reiz der Neuheit. Sie wird auch hier noch mit einem romantischen Schleier umwoben. Deutschland — heißt es — habe in Afrika Kulturaufgaben zu erfüllen.

Wenn das politische Scharlatans sagen, um das Volk zu beschwatzen, so ist das in der Ordnung der Dinge. Leider finden sich aber in unseren eigenen Reihen Leute, die dieses Narrengeschwätz wiederholen und als neueste revisionistische Weisheit den Arbeitern vortragen. Ich werde in nachfolgendem den wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen den Kolonien und dem kapitalistischen Weltmarkt erörtern, vorerst aber will ich ein kurzes Streiflicht werfen auf die kapitalistische und besonders deutsche Kulturarbeit in Afrika.

Die Reichstagswahlen von 1907 gaben der Reichsregierung einen kolonialpolitischen Blankowechsel, den sie nach Belieben ausfüllen kann. Sie triumphiert. Jedoch — in keinem Lande der Welt gaben die Kolonien eine sichere Basis für die Regierungspolitik ab, sie wurden höchstens als ein unvermeidliches Uebel mit in den Kauf genommen und gaben stets den meisten Stoff zu parlamentarischen Konflikten ab. Darum steht auf alle Fälle das fest: mit der Kolonialpolitik hält das Staatsschiff seinen Kurs nicht nach einem stillen Hafen, sondern in die stürmische See. Mit Hilfe der Kolonialpolitik siegte jetzt die Reichsregierung — durch Kolonialpolitik wird sie noch wiederholt von der Sozialdemokratie geschlagen werden.

Dritter Teil.

Die Kolonien und der Kapitalismus im XX. Jahrhundert.

Die Kulturarbeit in Südafrika.

Die Assessoren sind die Prügelknaben der deutschen Kolonialpolitik. Durch die dummen und bösen Streiche, die sie begangen hatten, lenkten sie die Aufmerksamkeit von der wahrhaft satanischen Verwüstungsarbeit ab, die der deutsche Staat, den Gesetzen der kapitalistischen Ausbeutung folgend, in Afrika verrichtete. Erst mit dem Hererokrieg, bei dem ein ganzes Volk hingemordet wurde, kam auch im Reichstage ein tieferes Erfassen des großen sozialen Dramas, das sich in Südafrika abspielt, zum Ausdruck. Aber eine Erkenntnis, die sich selbst bürgerlichen Politikern aufgedrängt hatte, sie bleibt verschlossen den mit revisionistischem Mehltau belegten Gehirnen sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter.

Jahrhundertelang bildete die Wildausbeute die einzigen Schätze, die sich die europäischen Seefahrer aus Südafrika holten. Vor allem hatten sie es auf Elefantenzähne und Straußfedern abgesehen.

Dazu kam die Jagd auf Menschen, der Sklavenhandel, der mit der Entwicklung der Kaffeeplantagen in Brasilien, der Baumwollkultur in den Südstaaten Nordamerikas einen ungeheuren Umfang annahm. Das war seitdem der vorteilhafteste Geschäftszweig im Verkehr mit Afrika. Große Handels- und Schiffahrtsgesellschaften beschäftigten sich damit und erreichten ganz außerordentliche Erfolge. Sehr vorsichtige Forscher schätzen die Zahl der Negersklaven, die nach Amerika eingeführt wurden, auf neun Millionen! Man hat heutzutage die Scheußlichkeit des Sklavenhandels nicht erst nachzuweisen. Das Geschäftsinteresse an dem Sklavenexport ist verloren gegangen, infolgedessen fühlt die Bourgeoisie jetzt, nachdem sie sich das Portemonnaie gefüllt hat, nur noch sittliche Entrüstung über die Brutalitäten des Menschenhandels — was nicht ausschließt, daß sie in Afrika selbst Sklavenzustände etabliert. Nur eins wollen wir noch vermerken, nämlich daß, als das Geschäft noch in voller Blüte stand, die Dernburgs und Ed. Bernsteins jener Zeit nicht verfehlten, den Sklavenhandel als Kulturmission hinzustellen, ja, die Sklavenjäger und -Händler glaubten sogar ein frommes Werk zu verrichten, da sie doch die Neger taufen ließen und dadurch für das Seelenheil der armen Heiden sorgten!

Das war die erste kapitalistische Kulturarbeit in Afrika. Sie konzentrierte sich hauptsächlich auf die Tropengebiete, das weiter entfernte Südafrika war davon weniger berührt.

Die koloniale Geschichte Südafrikas hängt eng zusammen mit der Kolonialgeschichte Ostindiens. Im Jahre 1602 wurde die Holländisch-ostindische Kompagnie gegründet, die schon etliche Jahre später ihre Flagge an der Südspitze Afrikas hißte. Um die Mitte des Jahrhunderts kommen holländische Ansiedler, die Buren, nach dem Kapland. Aber gleich hinterher folgen die Engländer. Von nun an spielt die koloniale Rivalität zwischen Holland und England in wechselvollen Kämpfen nach Südafrika hinüber, wodurch in hohem Maße auch die Geschicke der Eingeborenen beeinflußt werden. Ob nun aber der Eingeborene den Buren, den Engländer oder den Deutschen vor sich hatte, stets wiederholte sich in seinen Grundzügen der gleiche Kampf zwischen kapitalistischer Kultur und der weniger fortgeschrittenen Wirtschaftsweise und Kulturart der Wilden bezw. Barbaren. Das Schema dieses Kampfes ist sehr einfach.

Die Wilden haben einen großen Nahrungs- und einen geringen Kulturbedarf. Die kapitalistischen Kulturträger suchen, das Verhältnis umzukehren: die Wilden auf den Hungeretat zu setzen und sie, statt dessen, mit den Erzeugnissen der von ihnen fabrizierten Kultur zu entschädigen. Welche sind das? In erster Linie Pulver und Schnaps, dann allerlei Kinkerlitzchen, Glasperlen, Stiefel und Stiefelwichse, bunte Tücher. Solange der Wilde noch reichliche Nahrungsvorräte hat, gilt er in den Augen der kapitalistischen Kulturträger als Faulenzer und Schlemmer, behält aber zugleich diesen gegenüber sein Unabhängigkeitsgefühl und seinen Stolz. Die Hauptaufgabe der kapitalistischen Kolonialkultur ist deshalb, die Nahrungsvorräte der Eingeborenen auszurauben und ihnen die Nahrungsquellen abzuschneiden, um jenen Zustand des konstanten Nahrungsmangels zu schaffen, der sie auf die gleiche Stufe bringt mit den Lohnsklaven Europas und sie zwingt, ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten zu verkaufen. Dieses Gesetz der kapitalistischen Ausbeutung wird von den christlichen Missionen als religiöses Gebot hingestellt, die sich zur Aufgabe machen, die Wilden „zur Arbeit zu erziehen".

Erzeugung von Nahrungsmangel und Schnapsbedarf, um die Wilden in Lohnarbeiter zu verwandeln, das ist die kapitalistische Kulturarbeit, die Ed. Bernstein, gewesenen Wortführer des Sozialismus, jetzt begeistert.

So groß auch bei der extensiven Wirtschaftsweise des Wilden seine Naturausbeute sein muß, so ist das doch gar nichts im Vergleich mit der kapitalistischen Raubwirtschaft, die kein Maß und keine Grenzen kennt, da sie überhaupt nicht für einen bestimmten Bedarf, sondern für den Handel, für den Weltmarkt, der alles schluckt und nie zu sättigen ist, die Schätze der Natur einheimst.

Erst geht es an den Wildreichtum der Kolonien. Die Feuerwaffen werden den Wilden in die Hand gegeben, damit sie ihre Jagdgründe um so schneller ausplündern.

Begreift man jetzt, warum der Waffenhandel einen unvermeidlichen und auch den wichtigsten Bestandteil im Handelsverkehr mit den Wilden

bildet? Die Europäer können doch nicht selbst das viele Wild abschießen, es kommt ihnen auch gar nicht darauf an, man arbeitet mit eingeborenen Negern, die auch allein nur die Jagdgebiete kennen, viel vorteilhafter!

Die Jagd ist es auch, was den Eingeborenen selbst die Feuerwaffen so wertvoll macht. Doch noch anderes kommt hinzu. Dieselbe Ueberlegenheit, die die Feuerwaffe dem Europäer über den Wilden gibt, gibt sie diesem über seinesgleichen. Wenn auch dahingestellt sein mag, ob mit der Einführung der Feuerwaffen die Kämpfe unter den Eingeborenen häufiger werden, so werden sie doch jedenfalls blutiger. Neue Herrschaftsverhältnisse werden errichtet, gestürzt, wieder aufgebaut. Der Kampf zwischen den Hirten- und Jägervölkern wird mit Hilfe der Feuerwaffen zu einem Vernichtungskampf der Wilden. Das ist eine unvermeidliche Folge der kapitalistischen Kulturarbeit in den Kolonien.

Sind die Jagdgründe ausgerottet, so geht es an die Viehherden. Die kapitalistische Kultur drängt nun zu Eingeborenen, die sich selbst bereits auf einer entwickelteren Wirtschaftsstufe befinden. Vorbedingung ist aber andererseits Anhäufung von Europäern im Lande selbst oder europäische Ansiedelungen in der Nähe. Denn Fleisch kann man nicht auf solche Entfernung, wie Elefantenzähne, exportieren. Darum die späte Erschließung der nördlichen Teile Südafrikas. Die große Umwälzung begann mit der Entdeckung der Diamanten in Kimberley und den Goldfunden in Transvaal. Die große europäische Einwanderung schuf einen großen Fleischbedarf.

Sind auch die Viehherden vernichtet, so sucht man sich in den Besitz des Landes zu setzen und die Eingeborenen selbst zum Arbeitsvieh zu machen. Damit ist der Zyklus der kapitalistischen Kulturarbeit unter den Wilden vollendet.

Daß diese kapitalistische Kulturtätigkeit auf einen verzweifelten Widerstand seitens der Völker, die damit gesegnet werden sollen, stoßen muß, ist für jedermann klar, der nicht, wie unsere Revisionisten, aus der Kritik des Kapitalismus eine Kritik des Sozialismus gemacht hatte. Allein, solange die Neger keine Feuerwaffen hatten, wurden ihre Revolten von wenigen Ansiedlern oder weißen Jägern leicht unterdrückt. Die Sachlage begann sich zu ändern in dem Maße, wie die Neger sich mit modernen Waffen versahen. Von da an wurde für sie die Frage der Erwerbung von Feuerwaffen zu einer Frage der nationalen Existenz. Zugleich wird die kapitalistische Kulturarbeit in Afrika immer mehr zu einem Problem der militärischen Okkupation und der Kolonialkriege.

Das sind Zusammenhänge und Wechselbeziehungen, die nicht erst von deutschen Assessoren geschaffen wurden, sondern aus den Gesetzen der Kapitalakkumulation und der kapitalistischen Mehrwertsbildung sich ergeben. Darum zeigt die Kolonialgeschichte, solange sie unter der Herrschaft des Kapitals steht, und das ist noch immer und überall der Fall, eine breite Spur von Blut und Tränen hinter sich. Die Engländer wie die Holländer, die Franzosen, die Italiener, die Belgier, die Deutschen — jede dieser Nationen hat bereits ihr eigenes Register kolonialer Mord- und Schandtaten. Es ist ein wahrer

Wettbewerb unter den Kulturstaaten, wer die größten Scheußlichkeiten in den Kolonien begangen hat und noch immer begeht!

Wenn ein Richard Calwer diese Zusammenhänge in ihrer großen Tragweite nicht begreift, so mag es noch hingehen. Seine literarische Laufbahn läßt nicht viel mehr erwarten. Er hat vor etwa einem Dutzend Jahren das kommunistische Manifest gelesen und darüber eine Broschüre veröffentlicht, die bewies, daß seine Marxauffassung in einem äußerst dürftigen Schematismus grenzte. Ueber diesen embryonalen Zustand kam sie aber nicht mehr hinaus, sondern er pfropfte darauf eine ausgedehnte Lektüre von Handelszeitungen und bildete sich aus ihnen eine Weltanschauung. Anders aber Ed. Bernstein. Wenn auch unter der sorgsamen geistigen Vormundschaft von Fr. Engels, so hat er doch immerhin einst die kapitalistischen Probleme in ihren großen Zusammenhängen zu behandeln gewußt! Jetzt, nachdem er den leitenden Gesichtspunkt verloren hat, bröckelt seine geistige Tätigkeit auseinander wie mürber Teig. Der Mann ist zu bedauern.

Derselbe Gegenwartsutopismus, mit dem unsere Revisionisten den Klassengegensatz zwischen Proletariat und Kapital übersehen, bringt sie dazu, eine kapitalistische Kolonialpolitik zu erdichten, bei der die Eingeborenen nicht zur Ausbeutung, sondern zur kulturellen Erziehung dienen.

Sehen wir uns nun aber die Entwicklung der Dinge in Deutsch-Südwestafrika etwas näher an.

Von der Südspitze Kaplands aus breiteten sich die Buren, unter Unterjochung und Zurückdrängung der Eingeborenen, immer mehr nach dem Norden aus. Das ergab sich in erster Linie aus ihrer extensiven Viehwirtschaft. War es doch noch im 18. Jahrhundert gesetzlich vorgeschrieben, daß „die Farmer ungefähr drei Meilen voneinander entfernt sein mußten, denn man brauchte ja in diesem regenarmen Lande ausgedehnte Weideflächen" (Supan, Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien). Es brauchten also nicht erst die Engländer die Buren zu vertreiben, damit diese die Neger verdrängen, der wirtschaftliche Prozeß vollzog sich auch ohnedies, aber die Konflikte mit den Engländern förderten in hohem Maße die Burentrecks. Während dieser Streitigkeiten unterstützten die Engländer wiederholt die Eingeborenen in ihren Kämpfen gegen die Buren und rüsteten sie mit Waffen aus, während andererseits die Buren die schadenfrohen Zuschauer spielten bei den Kämpfen der Engländer mit den Kaffern.

Die Buren als Farmer hatten ein sehr einfaches und unmittelbares Interesse daran, das Land der Eingeborenen in Besitz zu nehmen und diese selbst auszurotten bis auf einen Rest, den sie als Viehtreiber gebrauchten. Dieses Ziel suchten sie rücksichtslos und schonungslos mit den brutalsten Mitteln zu erreichen. Die Engländer aber, solange die Diamant- und Goldgruben noch nicht entdeckt wurden, waren in erster Linie an der Aufrechterhaltung des Handels mit den Eingeborenen interessiert, denen sie ihr Wild und ihr Vieh abkauften. Darum traten die Engländer hier als Humanitätsapostel auf. Sie bereiteten den Buren Schwierigkeiten bei ihrer skrupellosen Art, die Weideplätze der Eingeborenen für sich in Anspruch zu nehmen, und gingen sogar soweit, die Sklaverei zu verbieten. Das waren

die Ursachen der großen Burentrecks im vorigen Jahrhundert. Mit Feuer und Schwert vertrieben die Buren überall auf ihrem Wege die Kaffern, die sich nun neue Zufluchtsstätten suchen mußten.

„Infolge der immer zahlreicher einwandernden Europäer und der Eroberung immer neuer Landstriche im Norden und Osten der Südspitze Afrikas wurden die ursprünglichen Besitzer des Landes, die Eingeborenen, immer mehr und mehr zurückgejagt in entfernter liegende Gegenden. Mit aller ihnen möglichen Kraft widersetzten sie sich zwar, aber nach langen, blutigen Kämpfen mußten sie den überlegenen Kampfesmitteln der Europäer weichen. So sehen wir denn in der letzten Hälfte unseres Jahrhunderts — hinausgedrängt aus seinen ursprünglichen, südlichen Wohnsitzen — ein trotziges Krieger- und Jägervolk, die Naman (Hottentotten), durch das südliche Eingangstor am Orangeflusse in unser heutiges Schutzgebiet stürmen, während von Norden her, begleitet von ungeheueren Rinderherden, die Herero oder Damara, ein Hirtenvolk des Bantustammes, bereits nach Süden vorgerückt waren. In den blutigen, bis zum Jahre 1892 dauernden, ununterbrochenen Kriegen dieser in unserem Schutzgebiet aufeinanderprallenden Völker können wir wohl den letzten Akt der südafrikanischen Völkerwanderung erkennen" (Schwabe. Mit Pflug und Schwert in Deutsch-Südwestafrika).

So erscheint uns denn Deutsch-Südwestafrika von vornherein nicht als der Anfang, sondern als der Abschluß einer kapitalistischen Entwicklung.

„Mehr denn zwei Jahrhunderte haben die Holländer und Engländer gebraucht, um den Widerstand der Eingeborenen in ihren südafrikanischen Kolonien zu besiegen. Nun sitzt der unabhängige Rest der Eingeborenen, welche den Holländern und Engländern 250 Jahre das Leben sauer gemacht haben, in unserer jungen Kolonie. Aber nicht mehr Speer und Bogen führen diese Leute, sondern vorzügliche Hinterladergewehre, und nur der Macht sind sie geneigt, zu weichen" (Major von Francois 1894 in der Gesellschaft für Erdkunde in Berlin).

Deutsch-Südwestafrika ist zum Sammelbecken aller Unzuträglichkeiten und Widersprüche geworden, welche die kapitalistische Kulturarbeit in Südafrika erzeugt hatte.

Zunächst ist die eingeborene Bevölkerung selbst durchaus nicht gleichartig, sondern sie zeigt eine Auf- und Ineinanderschichtung der Stämme und Rassen.

Die Ureinwohner sind die Buschmänner, ein Jägervolk. Aber sie sind bereits fast ganz aufgerieben. Man findet sie nur noch tief im Lande, wo sie von den anderen Farbigen beherrscht werden.

Die Bergdamara. Auch sie gehören, neben den Buschmännern, zu den Ureinwohnern dieser Gebiete. Sie befinden sich auf einer etwas höheren wirtschaftlichen Entwicklungsstufe, als jene, doch kennen sie nur erst die Züchtung von Kleinvieh.

Die Hereros. Ein eingewandertes Hirtenvolk, das über zahlreiche Großviehherden verfügte. Sie bildeten — bis zu ihrem jüngsten Vernichtungskrieg — in dem bis jetzt okkupierten Teil der deutschen Kolonie die Masse der Bevölkerung. Sie unterwarfen sich die Ureinwohner und verwandelten die Bergdamara zu ihren Knechten.

Die Hottentotten. Ebenfalls neu eingewandert. Sie sind ein Jäger- und Hirtenvolk. Gegenüber den Hereros haben sie den Vorzug und den Nachteil, daß sie länger als jene in Berührung stehen mit den Europäern, sie besitzen einen besseren Viehschlag, aber keine Viehherden mehr.

Schließlich sind noch die Bastards zu erwähnen, die Mischlinge von Weißen und Farbigen. Soweit sich erkennen läßt, spielten sie in Deutsch-Südwestafrika keine bedeutende und jedenfalls keine selbständige Rolle.

„Die Naman (Hottentotten), die ehemals auch im Besitze großer Herden, ein reiches Hirtenvolk waren, hat ein Jahrhundert blutiger Kämpfe, untereinander und gegen die weißen Eindringlinge, dann ..... der Branntwein der Händler zu dem gemacht, was sie heute sind, zu einem verarmten Geschlechte. Daran konnten auch die oft enorm beutereichen Raubzüge nichts ändern, die sie jahrzehntelang gegen die Kaffern unternahmen. So rasch, wie es gekommen war, zerstob das erbeutete Vieh wieder nach allen Himmelsrichtungen in die Hände der gierigen Händler, die dafür Pferde, Pulver und Blei zum nächsten Zuge lieferten" (Schwabe, Mit Pflug und Schwert).

Wohlbemerkt, das schreibt kein Freund der Eingeborenen, sondern ein deutscher Offizier, der selbst den Vernichtungskrieg gegen sie geführt hat und der der Ueberzeugung lebt, Deutsch-Südwestafrika werde nicht pazifiziert sein — „bevor nicht der letzte Herero und Naman den letzten Hinterlader abgegeben hat"!

Wir haben nun den Zusammenhang klar vor den Augen. Nachdem das Kapital die Hottentotten um ihre Viehherden gebracht hatte, benutzte es sie dazu, die Viehherden der anderen Stämme auszurauben. Es rüstete sie mit Feuerwaffen aus, und nun dringen die Hottentotten als Pioniere der europäischen Kultur tiefer in die Wildnis. Sie stoßen aber auf den Widerstand der Hereros, die ebenfalls bereits im Besitze von Feuerwaffen sind. So kommt es denn zu unaufhörlichen blutigen Kriegen zwischen diesen Stämmen.

Indessen geht die Ausplünderung des Landes in erhöhtem Maße vor sich, wodurch die Streitigkeiten unter den Eingeborenen erst recht verschärft werden.

Lassen wir wieder den Kolonialleutnant, jetzt Hauptmann, Schwabe in seiner getragenen Weise uns die Dinge erzählen.

„Das waren für die Eingeborenen noch glückliche Zeiten, als der Wildreichtum des Landes Jäger aus aller Herren Ländern herbeilockte, als Elfenbein, Straußfedern, Felle, Gehörne noch in Massen exportiert wurden. Elefantenzähne, in langen Reihen am Meeresstrande aufgestapelt, der Verladung harrten.

Damals, es war in den Jahren um 1860, residierten einige der Jäger wie Fürsten und hatten nicht geringen Einfluß auf die politischen Ereignisse, so die beiden „großen" Jäger, wie sie noch heute im Volksmunde genannt werden, der Schwede Andersson und der Engländer Green, die im Jahre 1863 die seit 1842 von dem Nama-Häuptling Jonker Afrikaner unterjochte Hereronation in der Befreiungsschlacht gegen ihre Unterdrücker führten.

In jenen Zeiten wurde von den Eingeborenen, von denen oft Hunderte im Dienst eines Jägers standen, Geld leicht verdient, und umherziehende Händler sorgten dafür, daß dasselbe schnell für Waffen und Munition, Pferde, Branntwein und prächtige Kleider wieder ausgegeben wurde. Aber bald änderte sich die Sachlage! Durch die fortwährenden Jagdzüge, auf denen in wilder Habgier alles zusammengeschossen wurde, was vor den Lauf kam, wurde der Wildbestand des Landes an afrikanischem Großwild fast vernichtet und das, was übrig blieb, weit nach Norden und Osten verdrängt.

Auch der Handel mit Straußfedern wurde bald matter, und die Preise sanken bedeutend, als man in Südafrika mehr und mehr Straußenfarmen anlegte und die Federn so rationeller gewann, als durch die Jagd, welche stets die Vernichtung des einzelnen Tieres mit sich brachte."

Damit gelangte die koloniale Entwicklung von ganz Südafrika an einen toten Punkt, der überwunden wurde durch die Entdeckung der Diamantfelder in Kimberley und die Goldfunde in Transvaal. Dadurch bekommt die Wirtschaftsgeschichte Südafrikas eine neue Wendung.

Der Strom europäischer Einwanderer bildet schnell große städtische Zentren, von denen aus in immer weiterem Umkreise das ganze Land wirtschaftlich beeinflußt wird. Andererseits, wenn der Arbeiterbedarf der Buren so gering war, daß sie keinen Anstoß nahmen, die eingeborene Bevölkerung bis auf geringe Reste zu vernichten, so ist der Arbeiterbedarf der Minenindustrie, im Gegenteil, so groß, daß Arbeiter von auswärts importiert werden. Selbstverständlich scheute man kein Mittel, um die Eingeborenen zu dieser Arbeit anzuwerben. „Seit der Eröffnung der Diamantengruben in Kimberley hatte man massenhaft Schußwaffen und Pulver eingeführt, um mit diesem begehrtesten Artikel einheimische Arbeitskräfte anzulocken."

Wie auch die politische Einteilung Südafrikas sein mag, die wirtschaftliche Entwicklung aller seiner Teile ist direkt abhängig von der Entwicklung seiner Golddistrikte.

Nunmehr, mit dem enorm gestiegenen Fleischbedarf, ging es an die Viehherden der Eingeborenen, die sehr schnell ausgeplündert wurden. „Erhielt doch mancher Händler um diese Zeit 20, 30 und mehr Rinder für ein gutes Gewehr" (Schwabe).

„Aber auch dieser Verkehr, der ungeheuere Herden aus den weiten Steppenländern des Damaralandes hinunter in die Minengebiete Südafrikas führte, sollte nicht von langer Dauer sein. In den Ländern am Oranjeflusse wurde fieberhaft gearbeitet. Hier und dort wurden neue Gold- und Diamantfelder entdeckt, man begann mit dem Bau von Straßen- und Eisenbahnen, Ansiedler wurden in Massen herangezogen, die Eingeborenen immer weiter zurückgedrängt und für sie Reservationen geschaffen (wie neuerdings auch in Südwestafrika). So wurden große und viehreiche Landstriche erschlossen und in den Verkehr neu hereingezogen, die infolge größerer Nähe und besserer Verbindungen schneller und billiger zu liefern vermochten, als das zwar ebenfalls viehreiche, aber weit entfernte Damaraland."

So standen die Dinge, als Deutschland sich zum Herren des Landes proklamierte.

Wenn man jetzt die mehr als zwanzigjährige Geschichte des deutschen Kolonialregiments in Südwestafrika überblickt, so muß man anerkennen, daß Deutschland sich als ein durchaus gelehriger Schüler seiner Vorgänger in Südafrika, der Engländer und der Buren, erwiesen hat. Es griff dort ein, wo jene stehen geblieben waren, und führte im gleichen Sinne die kapitalistische Kulturarbeit fort, weshalb es denn auch zum Schluß den gesamten Haß der Eingeborenen auf sich geladen hatte. Im Deutschen sahen die Eingeborenen vor sich den Inbegriff und das letzte Ende aller Drangsalierungen, denen sie seit Jahrhunderten unterworfen waren.

Die erste deutsche Maßregel war ein Verbot der Waffeneinfuhr. Das war nicht neu, denn ein solches Verbot bestand in der Kapkolonie schon in den 70er Jahren. Es blieb ebenso wirkungslos, wie jenes, aber es erbitterte in hohem Maße die einheimische Bevölkerung.

Wie sich aus der vorangehenden wirtschaftlichen Entwicklung ergibt, bestand um diese Zeit die Ausbeute der Kolonie hauptsächlich in der Viehlieferung nach den Golddistrikten. Das konnte nun entweder in der Weise geschehen, daß man sich in den Besitz der Viehherden der Eingeborenen setzte, oder daß man selbst Viehzucht trieb, zu welchem Zweck man aber den Grund und Boden dem Besitz der Eingeborenen entziehen mußte. In der einen wie in der anderen Beziehung fanden aber die Deutschen bereits Konkurrenten vor, nämlich die Hottentotten, die, wie wir wissen, dieses Geschäft auf eigenes Risiko besorgten. Die Hottentotten raubten den Hereros Vieh und Land. Sie betrachteten sich als die Herrscher im Lande, wenn sie auch diese Herrschaft nur in fortwährenden Kämpfen gegen die Hereros behaupten konnten. Um an Stelle der Hottentotten zu treten, mußten die Deutschen erst diese besiegen. Das war die Ursache des Krieges gegen Hendrik Wittbooi.

In diesem Krieg entwickelten die Deutschen zuerst jene Charaktereigenschaften der Kolonialnation, wie sie England so hübsch kennzeichnen, nämlich: Heuchelei und Perfidie. Die Führer der deutschen Kolonialtruppe empfingen bei sich die Häuptlinge der Hottentotten, nahmen sie gastfreundschaftlich auf, ließen vor ihnen die Truppen exerzieren — kurz, benahmen sich so, als wenn sie nicht Feinde, sondern Freunde vor sich hätten. Indessen wurde in aller Stille der Ueberfall vorbereitet. Und dann, ohne Kriegserklärung, währenddem die Verhandlungen noch andauerten und die Hottentotten auf nichts Arges gefaßt waren, schlich man sich diebisch in der Nacht an ihr Hauptlager heran und verrichtete ein Blutbad, bei dem mehr Frauen und Kinder, als Krieger, zugrunde gingen. Damit war aber, selbstverständlich, die Sache nicht abgetan, sondern nun leisteten die Hottentotten unter Hendrik Wittboois Führung erst recht verzweifelten Widerstand. Sie begriffen sehr gut, um was es sich handelte, wie folgende charakteristische Stelle aus dem Briefe Hendrik Wittboois an Major Leutwein zeigt:

„Die weißen Menschen und alle roten Menschen wissen sehr gut, daß der Grund (Grund und Boden) in Wahrheit mein Eigentum ist, von den Tagen meines verstorbenen Großvaters her, denn die rote Nation hat meinen Großvater unschuldig bekriegt, dieser aber hat die Nation überwunden. So gehört der Grund wahrlich doppelt mir, denn ich habe den Grund nicht für

Geld bekommen oder durch ein Geschenk, sondern durch Blutvergießen, und das ist allein der alte Kriegsbrauch, und dadurch haben sie das wahre und feste Zeugnis, daß sie wissen, daß der Grund der meine. Ja gerade, weil der Grund der meine ist und sie ihn nicht auf andre Weise bekommen können, so sind sie nun entschlossen, ihn mit Gewalt an sich zu bringen, und wenn er nicht der meine gewesen wäre, hätten sie es nicht für notwendig gehalten, mich zu bekriegen."

Nach der Unterwerfung Hendrik Wittbooi's wurde denn auch das Land der Hottentotten für Kronland erklärt. Es folgte der partielle Aufstand der Hereros unter Nikodemus. Auch diesen wurde, nachdem sie besiegt wurden, ihr Land entzogen. Mit welchem Rechte? Nach dem Völkerrecht der kapitalistischen Welt wird das Privateigentum auch im Kriege respektiert. Aber wo ihm ein Profit winkt, stellt sich das Kapital gern auch auf den Standpunkt des Hottentottenrechts. Und da spricht man noch von höheren Rechtsbegriffen, die angeblich das Kapital zu den Wilden bringt!

Nachdem so mit dem Kriegsrechte der Hottentotten Ländereien erworben wurden, wurde Raum geschaffen für deutsche Ansiedler. Sie kamen denn auch. Groß war ihre Zahl nicht, aber ausreichend, um die Eingeborenen völlig zugrunde zu richten. Ist es nicht kennzeichnend, daß etliche hundert deutscher Ansiedler ein ganzes Volk um seine Existenzmöglichkeit gebracht haben? Welch glänzendes Ergebnis kapitalistischer Kulturarbeit!

Die Ansiedler fanden erst in den Eingeborenen unliebsame Konkurrenten, dann machten sie sie sich zu Ausbeutungsobjekten.

Als Viehzüchter konnten die Ansiedler mit den Hereros nicht gut konkurrieren, weil diese sich von den Händlern ausrauben ließen.

„Auch die Kaufleute selbst kauften lieber vom Eingeborenen, als von Weißen, denn den ersteren zahlten sie in Waren, den letzteren in Bargeld. Es wäre wohl damals, besonders bei dem beschränkten und einzigen Markt: der Truppe, eine Konkurrenz des weißen Züchters mit dem herdenreichen Herero aussichtslos gewesen. Das hat die Rinderpest gründlich zugunsten des Farmers und zum Nachteil des Händlers und des Herero geändert. Die Verluste dieser sind furchtbare gewesen, und sie haben sich noch nicht von dem Schlage erholt" (Schwabe).

Also, Kriege und Rinderpest, das waren die Vorbedingungen der Ausbreitung deutscher Ansiedelungen in der Kolonie.

Bald kamen jedoch die Ansiedler auf den sehr naheliegenden Gedanken, daß es vorteilhafter ist, die Hereros um ihr Vieh zu beschwindeln, statt selbst Vieh zu züchten. Nun ließen sie sich in Handelsgeschäfte mit den Eingeborenen ein und trieben dabei den schlimmsten Viehwucher. Es war eine gewissenlose Brandschatzung und Auspowerung der Hereros, bei der oft nicht einmal der Schein irgendeiner Rechtsform beobachtet wurde.

„Bei ihrem naturalwirtschaftlichen Zustande erscheinen den Hereros die Kaufleute als Betrüger. . . . Diese Geringschätzung des Handels verkehrte sich in Haß, als die Hereros. . . . Waren auf Schuld, oder, wie man bezeichnenderweise zu sagen beliebte, ‚auf Bankerott' bezogen und nun in Vermögensverfall gerieten. Man bedenke nur, daß von den 277 Händlern in

der Kolonie etwa $^2/_3$—$^3/_4$ allein auf Damaraland entfielen. Derartige Züge ins Handelsfeld, wie der technische Ausdruck lautet, wurden aber außerdem noch von Farmern als Nebenerwerb betrieben. . . . Man sagt, daß Gläubiger mit bewaffneten Boys nachts in die Krale der Eingeborenen drangen und das Vieh heraustrieben, oder daß sie sich mit der roten Schärpe der Beamten umgürteten, zu ungehörigen Pfändungen schritten, ja, sich dabei selbst brutale Mißhandlungen der Eingeborenen zuschulden kommen ließen. In willkürlicher Weise wurde das zwangsweise beigetriebene Vieh abgeschätzt und die Forderung so nicht einmal, sondern drei- und viermal eingezogen." (Dr. F. Meyer, Wirtschaft und Recht der Hereros).

Sie haben den Hereros nicht nur ihr Vieh abgeschwindelt und erpreßt, sondern auch ihr Land. Die Bodenfrage, von der die gesamte Existenzmöglichkeit der Hereros abhängt, wurde noch dadurch eminent verschärft, daß diese Wilden ein Privateigentum und dementsprechend ein Veräußerungsrecht auf Grund und Boden überhaupt nicht kennen.

„Gleich allen nomadisierenden Völkern fehlt den Hereros das Individualeigentum an Grund und Boden. Es wäre aber ein grober Irrtum, wenn man um deswillen das Land als herrenlos bezeichnen und es daher als Kronland in Anspruch nehmen wollte. Es besteht vielmehr ein Kollektiveigentum des gesamten Volkes an dem von ihm eingenommenen Territorium, dem es mit einer wahrhaft rührenden Liebe zugetan ist. . . . Somit ist im Damaraland (Hereroland) jeder Eigentumserwerb des einzelnen an dem Terrain ausgeschlossen." (F. Meyer.)

Hier war also ein Eigentumsrecht, das der Ausbreitung der deutschen Ansiedelungen im Wege stand. Sehen wir zu, wie der kapitalistische Rechtsstaat dieses Hindernis aus der Welt geräumt hat.

Zu diesem Zweck suchte man vor allem eine geeignete Person zum Oberhäuptling zu machen. Die Gelegenheit dazu fand sich, als der alte Maharero starb. Nun ließ Major von Francois zum Nachfolger des Oberhäuptlings dessen jüngeren Sohn Samuel ernennen. Dabei wurde das Sukzessionsrecht der Hereros auf das gröbste verletzt.

„Samuel Maharero war 1890—91 von der deutschen Regierung zum Oberhäuptling gemacht worden. Dabei wurde das Erbrecht der Hereros außer acht gelassen. Denn nach demselben hätte Nikodemus oder Tjetjoo eintreten müssen." (Missionar Irle in „Christliche Welt" 1904).

Weshalb nun das? Was lag am Samuel Maharero? Major Francois charakterisierte ihn selbst als „eitel, genußsüchtig und dem Trunke ergeben". Aber diese Eigenschaften waren es eben, die ihn für die Pläne der deutschen Kolonialverwaltung zu einer wertvollen Persönlichkeit machten. In richtiger Spekulation auf seine Verschwendungssucht billigte man ihm das Recht zu, das Land zu veräußern, obwohl man sehr gut wußte, daß es ihm gar nicht gehörte. Also, man machte, unter Verletzung des Erbfolgerechts, einen Trunkenbold zum Oberhäuptling, um von ihm das Land zu erschwindeln.

Wenn jemand einen Dieb hinschickt, um Pferde zu stehlen, die er ihm dann für eine Flasche Schnaps abkauft, — ist das ein rechtsgültiges Ge-

schäft? Nicht anders aber sind die Rechtsgrundlagen, auf denen sich der deutsche Landbesitz im Hererolande aufbaut.

Der Säufer Samuel Maharero verkaufte um so williger Land, das ihm nicht gehörte, als ihm, da er die Erbfolge nicht hatte, die Viehherden seines Vaters nicht zugesprochen wurden. Er bekam die Oberhäuptlingswürde von den Deutschen, den Viehbesitz entzogen ihm aber seine Stammgenossen.

Der deutsche Schützling folgerte daraus:

„Ich habe keine großen Herdeneinnahmen, wie mein Vater sie hatte, und verkaufe deshalb das Land, an wen ich will, denn Geld muß ich haben."

„Den Großleuten im Feld, die gegen die Landverkäufe protestierten, sagte Samuel Maharero: Ich verkaufe euch Taugenichtsen das letzte Stück Land, weidet euere Herden auf den Bergen." (Missionar Irle).

Er hatte dazu ebensowenig Recht, wie etwa der deutsche Kaiser das Recht hätte, die Kruppschen Werke an die Franzosen für einen Korb Champagner abzutreten.

Nun konnten die deutschen Ansiedler Land „erwerben", soviel sie wollten. Das taten sie auch unter Benutzung der schon oben gekennzeichneten Wucherpraktiken.

Die Ausplünderung des Landes nahm solche Dimensionen an, daß schließlich selbst die deutsche Kolonialverwaltung ihre Bedenken bekam. Die Gefahr bestand nämlich, daß den Eingeborenen überhaupt kein Land mehr übrig bleibt und ihnen damit alle Existenzmöglichkeit genommen wird. Das durfte aber nicht sein — nicht zwar aus Humanitätsgründen, jedoch zur Lösung der kolonialen „Arbeiterfrage"!

Wie wir wissen, ist der Schlußeffekt der kapitalistischen Kulturarbeit in den Kolonien die Verwandlung des Eingeborenen in einen Lohnarbeiter. Mit der Erschließung der Bergwerke, dem Bau von Eisenbahnen usw. trat Afrika in diese neue koloniale Entwicklungsstadie ein. Es wurde deshalb auf der Berliner Kongokonferenz im Jahre 1885 von den Kolonialmächten beschlossen, für die Erhaltung der einheimischen Bevölkerung der Kolonien Sorge zu tragen. Für Deutsch-Südwestafrika wurde die Frage der eingeborenen Arbeiter aktuell mit der Entdeckung der Kupferminen. Die South West Africa Co. traf bereits ihre Dispositionen und sortierte die Eingeborenen nach ihrer Verwendung für Grubenarbeit, wie man Arbeitstiere sortiert. Man höre:

„Die Herero und Ovambo, die den Distrikt bewohnen, sind gute Rassen. Sie besitzen eine genügende Intelligenz, um unter Tage arbeiten zu können, und auch genügende Kraft, um die Arbeit zu leisten. Für die Arbeiten über Tage können wir Buschmänner verwenden, die leichter gebaut und lebhafter sind, während Bergdamaras und Hottentotten als Kutscher, Viehhirten usw. zuverlässig sind." (Aus dem Bericht der S. Afr. Co.)

So verfügt der Geldsack über Menschen und Völker!

Man kam nun auf die Idee, um die Eingeborenen am Leben zu erhalten, ihnen bestimmte Gebiete zu „reserviren". Bekanntlich haben es schon die Amerikaner gegenüber den Rothäuten gemacht, wodurch aber der Ausrottungsprozeß der letzteren nicht verhindert wurde.

Da die Reservate in Afrika den Zweck haben, die Eingeborenen für Industriearbeit zu erhalten, so leiden sie erst recht an einem inneren Widerspruch: denn, wenn man den Eingeborenen genügend Land gibt zu ihrer Viehwirtschaft — was man, übrigens, gar nicht kann, da ja aus der extensiven Viehwirtschaft jener Gebiete der ganze Landkonflikt entspringt — dann bleiben sie sehr wenig geneigt, sich zu Berg- und sonstiger Lohnarbeit verwenden zu lassen.

Die Eingeborenen fassen denn auch die Reservatfrage sehr einfach auf: das ganze Land wird ihnen genommen und ein kleiner Rest — zuviel zum Sterben, zu wenig zum Leben — wird ihnen übrig gelassen.

Nicht anders wurde es in Deutsch-Südwestafrika.

„Nachdem so ein erheblicher Teil des Bodens bereits in die Hände der Weißen übergegangen, das in dem Vertrage zu Okahandja dem Jan Jonker geliehene Gebiet um Windhuk, wie das den Zwartbooihottentotten und Hereros unter Kambatta genommene Terrain von Ontjo im Norden für Kronland erklärt worden war, schritt die Regierung dazu, im Damaraland Reservate herzustellen. . . . Die Hereros empfanden in dieser Beschränkung auf gewisse Gebiete einen Eingriff in die ihnen durch den Schutzvertrag gewährleisteten Rechte. Es mag auch sein, daß die Bezirke . . . zu klein bemessen waren. Jedenfalls wurde hierdurch die Unzufriedenheit der Eingeborenen mächtig geschürt. Dieselben zogen aus den Reservatverhandlungen den Schluß, daß sie in die berüchtigte Durststrecke der Omaheke, zu deutsch Sandfeld, zurückgedrängt werden sollten. Besonders die Bevölkerung von Waterberg erklärte: ‚Nun machen wir keine Gärten mehr. Wir werden ja doch von den Deutschen verjagt.' Der christliche Herero Johannes in Otjonzuso äußerte: ‚Die Deutschen haben uns das Land genommen, ein Platz nach dem anderen ist in ihre Hand übergegangen, und kürzlich wurde uns gesagt, daß uns nur ein kleines Stück Land in der Omaheke belassen werden würde. Auf das übrige Land dürfen wir unseren Fuß nicht mehr setzen, und es ist doch unser Land.'" (F. Meyer.)

Um die gleiche Zeit schrieb die deutsche Kolonialverwaltung:

„Mit Ausnahme des Ovambolandes kann das deutsch-südwestafrikanische Schutzgebiet als durchaus pazifiziert bezeichnet werden!" (Denkschrift zum Etat 1903.)

Bald darauf brach der große Hererokrieg aus.

„Wie es von je ihre Gepflogenheit war, zogen auch jetzt die Hereroweiber hinter den kämpfenden Linien her, indem sie die Männer mit dem unaufhörlichen, monotonen Gesang fanatisierten: ‚Wem gehört Hereroland? Uns gehört Hereroland.'" (F. Meyer.)

So wurden die Hereros durch die Kulturarbeit der Buren, der Engländer, schließlich der Deutschen zum Kampf auf Leben und Tod getrieben. Der Zwang der Verhältnisse war so groß, daß der Oberhäuptling Samuel Maharero selbst, der doch am ehesten an der Aufrechterhaltung der deutschen Herrschaft interessiert war, da er dieser seine Macht und seinen Reichtum verdankte, den Deutschen den Krieg erklären mußte.

„Die Erbitterung gegen Samuel seitens der dortigen Großmänner war so groß, daß derselbe aus Furcht vor ihnen nicht auf der Straße nach Okahandja zurückzukehren wagte, sondern den sehr beschwerlichen Weg durch die Berge einschlug. ... Schließlich mußte Samuel Maharero etwas tun, um sich vor seinen eigenen Leuten zu retten, und gab den unheilvollen Aufruf zum Aufstand gegen die Deutschen, denen er selbst das Land verkauft hatte, und die sich nun, gestützt auf ihr Eigentumsrecht, als die alleinigen Herren der Hereroplätze gebärdeten." (Missionar Irle).

Selbstverständlich gab der Aufruf des Oberhäuptlings nur das Signal zum Aufstand, dieser selbst wurde langerhand vorbereitet. In zahlreichen Beratungen, die oft, um der Aufmerksamkeit der Weißen zu entgehen, nachts stattfanden, wurde die Sachlage in den einzelnen „Werften", den Ansiedelungen der Hereros, besprochen, bis das ganze Volk den Entschluß faßte, lieber mit den Waffen in der Hand zu sterben, als sich allmählich aufreiben zu lassen. Es ist ein blödes und gemeines Pharisäertum, über den Unabhängigkeitskampf der Hereros zu spotten, weil es „Wilde" und weil es Farbige sind. Uebrigens sind die Hereros in Wirklichkeit längst keine Wilden mehr, sondern stehen auf einem Kulturniveau, das noch viel höher ist, als jenes der alten Germanen, die von der deutschen Schulgeschichte so glorifiziert werden.

Die Hereros hatten in ihrem Kriege gegen die Deutschen noch viel mehr recht, als die Buren in ihrem Kampfe gegen die Engländer. Die Vergewaltigung der Buren durch die Engländer wurde durch die Ungerechtigkeiten, welche die Deutschen gegenüber den Hereros begangen hatten, hundertfach übertroffen.

Man glaube nicht, daß die Hereros sich irgendwelche Illusionen gemacht hätten über den Ausgang des Krieges. Diese „Wilden" wußten sehr gut, woran sie waren, — aber es blieb ihnen nichts übrig, als den Verzweiflungskampf zu wagen.

Missionar A. Kuhlmann, ein gut deutsch gesinnter Mann, der unter anderem seine höchst charakteristischen Bedenken hatte, ob er — durch Taufen, Trauungen usw. — für das Seelenheil seiner christlichen Gemeinde sorgen dürfe, da diese sich gegen die deutsche Obrigkeit aufgelehnt hatte, bezeugt das. Er schreibt in den Berichten der Rheinischen Missionsgesellschaft:

„Hier möchte ich noch eine eigentümliche Wahrnehmung mitteilen, die ich nicht nur hier, sondern auch später in anderen Kriegslagern gemacht habe, nämlich: daß die Leute in ihren Gesprächen die Ansicht äußerten, als sei dieser Krieg ein Krieg ohne Ende, als würden sie in absehbarer Zeit nicht wieder mit ihren Lehrern (den Missionaren) zusammenkommen; ja, hin und wieder äußerte dieser und jener, daß dieser Krieg mit dem Untergang der Hereros enden würde."

Er teilt dann noch folgende Außerungen christlicher Hereros mit:

„Lehrer, wir wissen, daß wir einen schweren Krieg angefangen haben. Der deutsche Kaiser wird demnächst Millionen von Soldaten senden, und viele von uns werden sterben. Wenn wir alle gestorben sind, so schreibe dem Kaiser, allen Deutschen und den großen Lehrern: an diesem Kriege ist nicht die Truppe schuld, gegen die haben wir nichts, die kann ruhig im Lande

bleiben. Die Schuld am Kriege tragen die Händler, die uns mit ihrem Handel drangsaliert haben: kauften wir nicht bei ihnen auf Schuld, so war's ein Unglück; kauften wir auf Schuld, so war's auch ein Unglück; sie quälten uns eben immer."

„Ein anderer zeigte mir seine Zähne und sagte: Lehrer, siehst du dort die Lücken? Die hat mir der Händler in Ohiombo geschlagen."

„Schwer erbittert waren sie freilich über die erniedrigende Behandlung, die auch von manchen anderen Weißen ihnen zuteil geworden sei. Besonders aber auf die Händler herrschte eine maßlose Erbitterung; diese wurden immer wieder angeklagt. Die Hereros sagten, die eigentlichen Herren im Lande seien die Händler gewesen, die ihnen Land und Ochsen abgenommen hätten. Auch die Reservatfrage wurde oft erwähnt. Die Hereros hatten sie absolut nicht begriffen; sie glaubten sich aber ihres Landes beraubt."

Man kennt das bittere Ende, welches die Hereros fanden! Hier nur eine kurze Zusammenfassung, die vom Missionar J. Irle herrührt, einem der besten Kenner des Landes, der 34 Jahre unter den Hereros verbracht hatte.

„Der Einschließungsversuch am Waterberg im August 1904 hatte nicht den erwünschten Erfolg. Die Masse des Hererovolkes war mit ihren Herden nach dem Osten durchgebrochen. Unsre Truppen verfolgten sie, soweit es das Durstgebiet zuließ, immer weiter nach dem Osten. Ein schauerliches Elend, wie es Hereroland noch nie gesehen hatte, war die Folge. Nur wenige, 1700 etwa, sollen die englische Grenze erreicht haben. An 14000 mögen mit ihren Herden in der wasserlosen Wüste den grausamen Tod gefunden haben. Durst und Hunger vernichteten die wie wahnsinnig gewordenen Menschen und das Vieh. Das Vermögen des Landes ging hier zum größten Teil zugrunde."

„Ende des Jahres 1904 und in den ersten Monaten 1905 tauchten zahlreiche Hereros mit einigem Vieh hinter dem Rücken der Truppe im Westen des Landes auf, teils Räuberbanden, die aus der Not eine Tugend machten, um ihren Hunger zu stillen, teils auch nur kleinere Werfte von wehrlosen Frauen und Kindern, die von Milch und Feldfrüchten lebten. Es waren kriegsmüde Haufen, die fast von allem entblößt waren. Aber allen war die zweite Proklamation des Generalleutnants von Trotha vom 2. Oktober 1904 zu Ohren gekommen. Das bestimmte ihr Verhalten; das hielt sie zurück, sich der Truppe zu ergeben. . . . . Nach dem Bekanntwerden obigen Elends stellte die Rheinische Mission dem Reichskanzler Fürst Bülow ihre Dienste zur Verfügung zu dem Zwecke, die Reste des Volkes zur Uebergabe zu veranlassen. . . . . Die Missionare erhielten die Erlaubnis, die Hereros zur Rückkehr einzuladen. Zwei derselben begaben sich selbst ins Feld hinaus und suchten die Hereros auf, andre sandten Boten mit Einladungsbriefen zur Rückkehr aus. Viele Hereros wollten auch gerne kommen, wenn man sie nur leben ließe, sie zunächst als Gefangene beschäftige und ihnen Nahrung gebe. Eine Anzahl entkräfteter und zum Entsetzen abgemagerter Leute folgten der Einladung auch. Es mögen der Zurückgekehrten bis jetzt 7000 sein, also nur ein Bruchteil der etwa 80 000, die das Volk vor dem Aufstand zählte. Den Gefangenen wurden ihre Waffen sowie auch das wenige Vieh, welches

sie noch hatten, abgenommen. Sie wurden, soweit sie noch dazu tauglich waren, als Arbeiter an die Otavibahn, nach Swakopmund, Windhuk, Lüderitzbucht usw. gebracht. Auf Okahandja befanden sich im August 1905 an 1500 Gefangene in vier Dorfkralen, in Swakopmund an 2000, meist Frauen und Kinder. Von den letzteren waren 45 Prozent doppelt und 40 Prozent einfach verwaist. Da die Hereros in Swakopmund an der feuchtkalten Küste, an deren Klima sie zudem nicht gewöhnt waren, anfänglich fast jeglicher Bekleidung und jeglichen Schutzes gegen die Kälte entbehrten, so starben trotz aller Verpflegung binnen sechs Monaten 792 von ihnen. Aehnlich ging es in Okahandja, Windhuk und Lüderitzbucht. Von meiner früheren Gemeinde Otjosalza, die 657 Getaufte vor dem Aufstand zählte, waren 173 lebend zurückgekommen. Von diesen starben in kurzer Zeit in Okahandja 35. . . . Hereroland ist nun zum größten Teil zu einer schauerlichen Wüste geworden. Alle Brunnen und Pfützen im Felde sind durch Menschenleichen und Viehkadaver verpestet. Es sind bis November 1905 mehr Soldaten (527) an Krankheiten gestorben, als in den Gefechten (520) gefallen sind. Der bisherige Reichtum des Landes, die Viehherden der Hereros und die der Ansiedler sind dahin". (J. Irle. Was soll aus den Hereros werden?)

Man sieht, wenn die Hereros den Krieg als Verzweiflungskampf angefangen, so haben ihn die Deutschen als Vernichtungskrieg geführt. Was sind diesen Massenmassakers gegenüber die einzelnen Scheußlichkeiten eines Wehlan oder Prinz Arenberg? Die Brutalitäten einzelner lassen sich wohl beseitigen, aber das System, das viel schlimmer ist, als jene, in dem das Grundübel liegt, das ist unzertrennbar verbunden mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Das ist es, was unsre revisionistischen Kolonialschwärmer übersehen, nicht sehen wollen.

Die Regierung selbst ist bereits längst zur Erkenntnis des wirklichen Sachverhalts gelangt.

So sagte z. B. — um nicht zu weit auszugreifen — Herr Dernburg in einer seiner Agitationsreden im Wahlkampf:

„Wenn man mit gewalttätiger Hand eingreift in uralte Lebensgewohnheiten, Familienrechte, wenn man . . . . zu Felde zieht gegen den Aberglauben, wenn man Rechtsbegriffe aufpfropft, wo das entsprechende Rechtsempfinden fehlt, wenn man deutsch verwaltet mit der Pünktlichkeit des hohen Rechnungshofes zu Potsdam, wenn man die Neger, deren Leistungsfähigkeit in den Tropen teils durch die Ungewohnheit zur Arbeit, teils durch das furchtbare Klima beschränkt ist, zu stark anspannt, und wenn man — ich sage das mit aller Ueberlegung — über manche übeln und grausamen Gewohnheiten nicht unter Umständen wegsehen kann, so kommt man natürlich in den Zustand des beständigen Konflikts, und wo man auf selbstbewußte, gut bewaffnete und ihrer numerischen Ueberzahl nach sichere Eingeborene trifft, kommt man selbstverständlich in den Aufstand."

Wir wissen übrigens, daß man in Deutsch-Südwestafrika nicht bloß fremde Rechtsbegriffe „aufgepfropft", sondern daß man das Eigentumsrecht der Eingeborenen auf das gröblichste verletzt und überhaupt jeden Eigentumsbegriff über den Haufen geworfen hat.

Dies die deutsche Kulturarbeit in Südafrika!

Ich denke, wir Sozialisten haben am allerwenigsten ein Interesse daran, uns selbst zu belügen. Wollen wir Kolonialfragen erörtern, so sprechen wir vom Geschäft, von kapitalistischer Profitbildung — mit zivilisatorischen Aufgaben hat das nichts zu tun, im Gegenteil, es ist ein Hohn auf Zivilisation und Humanität!

Die Kolonien und die Entwicklung des Kapitalismus in Europa.

Die Geschichte der Kolonien ist ebenso alt wie die Geschichte des Handels. Aber wie der Handel mit der Umgestaltung des wirtschaftlichen Aufbaues der Gesellschaft, die er zum Teil selbst bedingt hatte, verschiedene Formen annahm und eine verschiedene Bedeutung gewann, so änderte sich auch der Zusammenhang und die Wechselwirkung zwischen den Kolonien und ihrem Stammland. Für den kapitalistischen Staat selbst haben die Kolonien eine verschiedene Bedeutung je nach seinem eigenen Entwicklungsgrad. Andererseits war die Frage der Kolonien stets zugleich eine Frage der Erforschung der Welt, des Vorhandenseins von Landstrecken, deren Naturschätze noch nicht gehoben wurden, von Völkern, die in ihrer Produktionsweise sich auf einer mehr oder weniger primitiven Entwicklungsstufe befanden. Wie es heutzutage eine hirnverbrannte Idee wäre, in den Ozean hinauszusegeln, um einen neuen Weg nach Ostindien oder ein neues Amerika zu entdecken, so kann man auch aus der Bedeutung, welche Ostindien und Amerika für die Entwicklung der Industrie in Europa hatten, nicht auf die kolonialen Aussichten von Deutsch-Südwestafrika schließen. Will man sich über die moderne Kolonialpolitik ein Urteil bilden, so muß man nicht nur den kapitalistischen Charakter der Gesellschaft im Auge behalten, sondern den gegenwärtig erreichten Entwicklungsgrad der kapitalistischen Produktionsweise, die tatsächlichen Zusammenhänge des Weltmarkts und die tatsächlichen Zustände in den Kolonialgebieten in Betracht ziehen.

Als die Portugiesen und Spanier, wie auch die Holländer und Engländer, nach Ostindien gingen, wußten sie sehr gut, was sie wollten. Ostindien war das Märchenland voll Schätze, die man in Europa nur in geringem Maße oder überhaupt nicht vorfand. Da waren Gold und Silber, Diamanten und sonstige Edelsteine, Perlen, Gewürze, feine Baumwollgewebe, Seidenstoffe, Färbemittel (Indigo). Dieser Handel vollzog sich unter den schwierigsten Verhältnissen auf dem Landwege. Vor allem hatten die Araber den Europäern den Weg nach Ostindien versperrt. Der ganze Handel mit Ostindien (und durch dieses mit Ostasien) ging durch ihre Hände; von ihnen bekamen die Kaufleute der italienischen Hafenstädte ihre Waren und erst durch die Vermittlung Venedigs ging es dann weiter nach den Handels-

plätzen Europas. Als der Seeweg nach Ostindien — durch die Umschiffung Afrikas — entdeckt worden war, wurden die Araber mit Waffengewalt aus den ostindischen Hafenplätzen hinausgejagt. Es handelte sich also bei diesem epochemachenden Schritt der europäischen Kolonialpolitik um die Durchbrechung eines Handelsmonopols und eine revolutionierende Erleichterung des Handelsverkehrs.

Nicht das politische Ereignis, daß an Stelle der Araber die Portugiesen traten, sondern die wirtschaftliche Tatsache, daß an Stelle des durch die Araber vermittelten Landverkehrs ein direkter Seeverkehr mit den Ländern des ostindischen Ozeans trat, das war maßgebend für die großen Umwälzungen, die nachfolgten. Um die gleiche Zeit erfolgte die Entdeckung Amerikas (1492; die Portugiesen haben zum erstenmal auf dem Seewege Ostindien erreicht 1498). Das verstärkte noch die Wirkung der neu erschlossenen Ozeanstraße. Das Mittelländische Meer, in dem sich bis dahin sämtliche Handelsstraßen der Welt kreuzten, sank nun zur Bedeutung eines Binnenmeeres herab; die Länder der Levante, ihres großen Handelsverkehrs beraubt, gerieten immer mehr in Verfall; dagegen gewannen an Reichtum und Macht die Länder, die das Gestade des Atlantischen Ozeans berührten, der jetzt zum großen Vermittler des Weltverkehrs wurde. Portugal und Spanien folgten Holland, England, Frankreich.

Obwohl nun die große Bedeutung jener kolonialen Erfolge in der Erweiterung und Verallgemeinerung des Handelsverkehrs lag, arbeitete die Kolonialpolitik der einzelnen Staaten dieser wirtschaftlichen Tendenz zielbewußt und mit aller Macht entgegen, indem jeder von ihnen sich ein koloniales Handelsmonopol unter Verdrängung und Ausschließung aller anderen zu verschaffen suchte. Die blutigsten Kriege wurden geführt und die extremsten Maßregeln ergriffen, um dieses Ziel zu erreichen. So hat z. B. Spanien, um die Konkurrenz der französischen Ansiedler auf Haiti, der sogenannten Boucaniers, unmöglich zu machen, den Handelsverkehr mit der Insel überhaupt unterbrochen — „nur alle drei Jahre kam ein Regierungsschiff nach St. Domingo“ (Supan). Dieses kleine Beispiel zeigt uns übrigens, daß ein gewisses Monopol durch die Tatsache selbst der Schwierigkeit und Langwierigkeit des Ozeanverkehrs jener Zeit geschaffen wurde. Die Entwicklung lag in der Beseitigung dieser Schwierigkeiten, indessen suchte jeder Staat sie auszunützen, um sich Sondervorteile zu verschaffen. Man verbot den Eingeborenen, mit den Kaufleuten der Konkurrenzmächte Handel zu treiben, man scheute sich nicht, sie zu Mordüberfällen auf die Konkurrenten aufzureizen und mit Waffen auszurüsten.

Um die hohen Monopolpreise aufrecht zu erhalten, schränkte man den Schiffverkehr ein; man erschwerte die Handelsverbindung in Europa selbst; man verbrannte wiederholt große Vorräte von Gewürze, um die Preise hoch zu treiben.

Wäre es Portugal oder Spanien gelungen, ihr Ziel eines ewigen kolonialen Weltmonopols durchzusetzen, so wäre dadurch die wirtschaftliche Entwicklung Europas um ein Gewaltiges zurückgehalten worden; freilich, gerade deshalb war dieses Ziel unter keinen Umständen zu erreichen. Aber das koloniale System der anderen Staaten war auch nicht anders. Nur da-

durch, daß sie sich gegenseitig ihre kolonialpolitischen Absichten durchkreuzt hatten, brach sich die große Produktionsentwicklung Bahn, die sich an die Kolonien anschloß. Die große Wechselwirkung zwischen der Umgestaltung der Produktion in Europa und der Entwicklung seiner Kolonien vollzog sich in fortwährendem wirtschaftlichen und politischen Kampf gegen die Kolonialpolitik der europäischen Regierungen.*

Nachdem mit der Entdeckung der Seewege nach Ostindien und nach Amerika die geographische Möglichkeit der Ausnützung dieser Welten bereits gegeben worden war, mußte erst in Europa selbst eine soziale Umgestaltung stattfinden, bevor die großen Wirkungen des Verkehrs mit den Kolonien in der europäischen Produktion sich haben geltend machen können.

Solange der Hof, der Adel und die obere Geistlichkeit die fast ausschließlichen Abnehmer der Handelswaren bildeten, blieb der Warenmarkt quantitativ und qualitativ ziemlich beschränkt. Es war ein Luxusbedarf. Kostbarkeiten und Seltenheiten, auch auf dem Gebiete der Genußmittel, bildeten seinen Inhalt. Geringe Zahl und hohe Preise waren seine Geschäftsbedingungen. So kosteten zum Beispiel zu Ende des 15. Jahrhunderts in Lissabon (nach Dr. A. Zimmermann, Eur. Kolonien):

1 Pfund Pfeffer	1.50	Mk.
1 Pfund Zimt	3.20	„
1 Pfund Gewürznelken	3.50	„
1 Pfund Ingwer	2.—	„
1 Pfund Muskatnuß	5.25	„

Gelegentlich gingen die Preise besonders stark in die Höhe. So haben im Jahre 1591, also ein Jahrhundert später, die Engländer den Pfefferpreis von 3 auf 6—8 Schilling hinaufgetrieben (Supan).

Man begreift, wenn man diese Zahlen liest, warum die Gewürzfrage im mittelalterlichen Handelsverkehr eine so große Rolle spielte. Zugleich aber wird es klar, daß diese Preise, aus denen die hohen Gewinne der Handelsgesellschaften und der Regierungen entsprangen und die man deshalb durch rigorose Maßregeln aufrechtzuerhalten suchte, erst überwunden werden mußten, um der Handelsentwicklung Bahn zu schaffen. Das Geschäftsinteresse des einzelnen Kaufmanns wie das Finanzinteresse der Regierungen befanden sich im Widerspruch mit den Interessen der Handelsentwicklung.

Die Erweiterung des Marktes ging gleichen Schritt mit der Entwicklung der Städte. Dies um so mehr, als durch die Städte der Adel sowie

---

* Dies auch ad notam für die Adepten eines in der letzten Zeit üppig wuchernden Vulgär-Marxismus, die aus der materialistischen Geschichtsmethode einen geschichtlichen Fatalismus machen — wobei, unter anderem, übersehen wird, daß diese Marxsche Methode gerade in der revolutionären Ueberwindung des geschichtlichen Fatalismus, der sich auf die Hegelsche Dialektik aufbauen zu können glaubte, ihren Ursprung nahm — und die da glauben, daß, weil die kapitalistische Produktionsentwicklung im letzten Grunde die Politik der kapitalistischen Staaten bedingt, die Maßnahmen der kapitalistischen Regierungen unfehlbar sind und eine Art decoctum historiae, den Absud der Weltgeschichte darstellen, währenddem sie bloß zu ihren Ausscheidungsprodukten gehören.

auch das Bauerntum in einen immer größeren Waren- und Geldverkehr hineingezogen wurden. Auch hier beruhte, selbstverständlich, alles auf Wechselwirkung. Die Städte bereicherten sich durch den Verkauf kolonialer Produkte an den Adel und die Geistlichkeit; diese gerieten zum Teil in Schulden bei den Kaufleuten und Wucherern der Städte, sie drückten deshalb um so mehr auf die Bauern; die bedrängten Bauern flohen nach den Städten; in den letzteren wuchsen also zugleich der Reichtum und die Volkszahl, und es stieg ihre Warennachfrage. Die Städte aber erweiterten nicht bloß den Warenmarkt, sie änderten seine Zusammensetzung: neben dem Konsumtions- tritt nunmehr der Produktionsbedarf auf — die Nachfrage nach gewerblichen Roh- und Hilfsstoffen.

Erst im 18. Jahrhundert beginnen die kolonialen Waren zu Massengebrauchsartikeln zu werden. Die Gewürze werden im kolonialen Handelsverkehr durch Produkte verdrängt, die einen größeren Massenverbrauch ermöglichen: Tabak, Kaffee, Tee, Zucker. Doch bleibt der Markt für diese Waren noch immer auf die herrschenden Stände sowie das hohe Bürgertum der Städte beschränkt und greift nur noch, wenn auch in geringem Maße, auf die Armee hinüber — der Bauer bekommt nichts davon zu kosten. Immerhin ist der Bedarf bereits so groß, daß er es vorteilhaft macht, sich in den Kolonien niederzulassen, um dort für den europäischen Markt zu produzieren.

Damit tritt eine Wendung ein in dem Verhältnis Europas zu seinen Kolonien. Bis dahin war es fast nur ein Handelsverkehr, d. h. Raub und Diebstahl, Ausplünderung der Naturschätze der fremden Länder, — jetzt kommt die Plantagenwirtschaft an die Reihe. Damit findet das Kapital, wie schon im anderen Zusammenhang erwähnt wurde, zugleich Verwendung für die Menschenkräfte der Kolonien. Nun beginnen die großen Menschenjagden und die Verpflanzung der Neger nach den Inseln Indiens und nach Amerika.

Indessen vollzog sich in Europa eine weitere soziale Aenderung, die ihrerseits einen mächtigen Anstoß besonders der Entwicklung Nordamerikas gab. Zu gleicher Zeit, wie mit der Entwicklung der Städte die Bourgeoisie aufkommt, die den Warenmarkt ausweitet und durch ihren eigenen Bedarf steigert, erscheint auf der anderen Seite ein Proletariat, das Verwendung sucht für seine Arbeitskraft. Im Vordergrund dieser Entwicklung steht England.

„Das Vorspiel der Umwälzung, welche die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise schuf, ereignet sich im letzten Drittel des 15. und den ersten Dezennien des 16. Jahrhunderts. Eine Masse vogelfreier Proletarier ward auf den Arbeitsmarkt geschleudert durch die Auflösung der feudalen Gefolgschaften. . . . Den unmittelbaren Anstoß dazu gab in England namentlich das Aufblühen der flandrischen Wollmanufaktur und das entsprechende Steigen der Wollpreise. Den alten Feudaladel hatten die großen Feudalkriege verschlungen, der neue war ein Kind seiner Zeit, für welche Geld die Macht aller Mächte. Verwandlung von Ackerland in Schafweide war also sein Losungswort." (K. Marx, Kapital I.)

Ich verweise auf das entsprechende Kapitel von Marx' „Kapital", in dem nachgelesen werden kann, mit welchem Raffinement und welcher Rück-

sichtslosigkeit der Prozeß der Expropriation des Bauerntums und seiner Verwandlung in Proletarier ohne Land und Obdach durchgeführt wurde. Uns interessiert diesmal weniger der Prozeß selbst, als sein Ergebnis.

„Die durch Auflösung der feudalen Gefolgschaften und durch stoßweise, gewaltsame Expropriation von Grund und Boden Verjagten, dies vogelfreie Proletariat konnte unmöglich ebenso rasch von der aufkommenden Manufaktur absorbiert werden, als es auf die Welt gesetzt war. Andererseits konnten die plötzlich aus ihrer gewohnten Lebensbahn Herausgeschleuderten sich nicht ebenso plötzlich in die Disziplin des neuen Zustandes finden. Sie verwandelten sich massenhaft in Bettler, Räuber, Vagabunden, zum Teil aus Neigung, in den meisten Fällen durch den Zwang der Umstände. Ende des 15. und während des ganzen 16. Jahrhunderts daher in ganz Westeuropa eine Blutgesetzgebung wider Vagabondage". (K. Marx.)

Diese Elenden nun, denen das Kapital in ihrem eigenen Vaterlande den Boden unter den Füßen entzogen hatte, suchten sich zum Teil eine neue Heimat in Amerika. Diese neue soziale Schicht, die nach Amerika ging, hat den Anfang gelegt zu der größten kolonialen Entwicklung aller Zeiten.

Aus wem bestand sonst die europäische Auswanderung nach den Kolonien? Es waren Abenteuerer, die rasch reich werden wollten. Sie brachten nichts ins Land, außer ihrer unermeßlichen Habgier. Sie raubten, was sie nur rauben konnten, und auch dort, wo sie Plantagen errichteten, war das Zu-Tode-arbeiten der Neger, die in immer neuen Sklaventrupps ihnen aus Afrika zugeführt wurden, die Hauptgrundlage des Geschäfts. Sie gingen deshalb auch mit Vorliebe nach den Tropen und den subtropischen Gebieten, die zwar wenig verträglich für den Europäer waren, aber die größte Ausbeute zuließen. Ihre Zahl war gering, aber die Verwüstung, die sie im Lande anrichteten, enorm!

Die proletarisierten Bauern, die nach Amerika gingen, suchten nicht nach Gold und Sklavenarbeit, sondern nach einem Boden, auf dem sie ihre Arbeitskraft produktiv verwenden könnten. Sie wählten sich deshalb auch zur Ansiedelung jene Gebiete, die nach ihren klimatischen und Bodenverhältnissen den europäischen am meisten entsprachen. Aus diesem Unterschied im sozialen Charakter der Auswanderer, der mit dem Unterschied der Besiedelungsgebiete zusammenfällt, ergaben sich zwei verschiedene Arten der kolonialen Entwicklung. Das Ergebnis liegt klar vor unseren Augen; man vergleiche nur die wirtschaftlichen und Kulturzustände Nordamerikas mit jenen Südamerikas! Und doch hatte Südamerika einen unvergleichlich größeren Reichtum an Naturschätzen. Was bedeutet das? Die Entwicklung der Kolonien hängt weniger von ihrem natürlichen Reichtum ab, als von der Arbeitskraft, die man in ihnen anwendet. Und ferner: es waren nicht die Kaufleute, noch weniger die Kolonialbeamten, nicht die Bourgeoisie, nicht die kapitalistischen Profitmacher, es war das proletarisierte europäische Bauerntum, das die Entwicklung Nordamerikas geschaffen hat. Die Strolche und Bettler, für die man in Europa keinen anderen Platz, als das Armenhaus und Zuchthaus, keine andre Behandlung, als Peitschenhiebe hatte, sie waren es, auf denen sich der Reichtum und der Glanz der neuen Welt aufgebaut hat.

Mit der Bauernansiedelung in Nordamerika beginnt der amerikanische Getreidebau. Damit aber die amerikanische Getreideproduktion Europa zugute komme, war eine technische Aenderung Vorbedingung, nämlich die Erfindung der Dampfschiffahrt. Die technische Revolution, die im Ausgang des 18. Jahrhunderts stattfand, war überhaupt von grundlegender Bedeutung für das Verhältnis Europas zu seinen Kolonien.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der städtischen Gewerbetätigkeit einen Warenmarkt für den Produktionsbedarf schuf. Neben den textilen Farbstoffen (Indigo) beginnen nun Baumwollgarn und rohe Baumwolle eine steigende Bedeutung in der kolonialen Einfuhr zu gewinnen. Allein, die Verarbeitung von Baumwolle blieb in Europa in äußerst bescheidenen Grenzen, bis die Spinnmaschine erfunden wurde. Damit setzt die bekannte Umwälzung der Textilindustrie ein und mit ihr zugleich der Ersatz der Manufaktur durch die Fabrik. Im Verkehr mit den Kolonien hat dies vor allem zur Folge, daß beim Warenbezug aus Ostindien die Baumwolle immer mehr in den Vordergrund tritt. Aus dem Lieferanten von Luxusgegenständen und Genußmitteln wird Ostindien, indem es den — für die damalige Zeit — wichtigsten industriellen Rohstoff liefert, zur unentbehrlichen Stütze der industriellen Entwicklung Europas.

In Amerika führt die Entwicklung der englischen Baumwollindustrie zu einem raschen Emporblühen der Baumwollkultur. Zu gleicher Zeit wirft in England die Fabrik weitere Arbeitermassen aufs Pflaster, die den Auswandererstrom nach Amerika vermehren. Das Ganze wird eminent begünstigt durch die Entwicklung der Dampfschiffahrt.

Wie bekannt, haben die amerikanischen Ansiedler im Ausgange des 18. Jahrhunderts sich ihre Unabhängigkeit vom Mutterlande erkämpft. Diese Befreiung von den Einflüssen der englischen Kolonialpolitik war die unerläßliche politische Vorbedingung für die Entwicklung der Kolonie.

So standen die Dinge im Ausgange des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Es waren sämtliche Vorbedingungen gegeben für die Entwicklung Nordamerikas, aber die große Entwicklung selbst fand erst später statt. Amerika, wie wir es jetzt vor uns haben, ist das Kind des 19. Jahrhunderts.

Die Kolonien und der entwickelte kapitalistische Weltmarkt.

Im Jahre 1800 zählten die Vereinigten Staaten nur erst 5,3 Millionen Einwohner. Im Jahre 1900 betrug ihre Einwohnerzahl 76 Millionen. Von 1821—1900 betrug die registrierte Einwanderung nach den Vereinigten Staaten 19,5 Millionen — eine Zahl, die sicher noch hinter der Wirklichkeit zurückbleibt.

In Europa ergreift die kapitalistische Industrie ein Land nach dem anderen und proletarisiert immer größere Bauernmassen, — im Zusammenhang damit ergießt sich eine immer stärkere Auswandererflut von Europa nach Amerika. Es ist interessant, sich die Zahlenreihen der Völkerwanderung nach der neuen Welt etwas näher anzusehen.

Einwanderung in die Vereinigten Staaten.

1821—30 . . .	143 439
1831—40 . . .	599 125
1841—50 . . .	1 713 251
1851—60 . . .	2 598 214
1861—70 . . .	2 466 752
1871—80 . . .	2 944 695
1881—90 . . .	5 189 004
1891—1900 . . .	3 844 420
1821—1900 . . .	19 498 900

Nordamerika wird zum Sammelbecken für die proletarisierten Massen Europas. Derselbe irische Kleinpächter und derselbe deutsche Bauer, die in Europa verkümmerten und hier seit Jahrhunderten nur noch imstande waren, das Elend zu reproduzieren, das sie gebar, sie schufen in Amerika eine Landwirtschaft, eine Industrie, einen Staat, eine neue Kultur.

Bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts beherrscht die Baumwolle den gesamten Export Nordamerikas. Erst um diese Zeit wird sie von der Getreideausfuhr überflügelt. Denn eine große Getreideproduktion wurde ja erst möglich, nachdem sich bereits eine große Bevölkerung im Lande angesammelt hatte. Die großen amerikanischen Getreidefrachten, die in den 60er Jahren Europa überschwemmt hatten, waren das Werk der Irländer, die in den 40er Jahren ihre Heimat verließen, weil sie hier brotlos gemacht wurden.*

In den 80er Jahren kommen zu den Getreidelieferungen noch die großen Fleischlieferungen Amerikas.

Damit war das Höchste erreicht, was überhaupt eine Kolonie für ihr Stammland leisten kann. Durch die Lieferung von Baumwolle haben die Kolonien die europäische Textilindustrie aus den engen Schranken befreit, die ihr die europäische Landwirtschaft auferlegte. Durch die Lieferung von Nahrungsmitteln hat Amerika die europäische Industrie überhaupt von ihrer Gebundenheit an die Landwirtschaft befreit: sie bekam nun die Möglichkeit, eine Bevölkerung um sich zu sammeln, deren Nahrungsbedarf nur zum Teil durch die europäische Landwirtschaft gedeckt wurde. Dieser Handelsverkehr mußte zugleich revolutionierend auf die europäische Landwirtschaft selbst wirken, da

---

* Die Bevölkerung Irlands betrug:

1821	6.8	Millionen	**1851**	**6.2**	Millionen	1881	5.2	Millionen
1831	7.8	„	1861	5.8	„	1891	4.7	„
1846	**8.3**	„	1871	5.4	„	1901	4.6	„

er die Tendenz hatte, die in Westeuropa stark emporgewucherte Grundrente auf ein Niveau herunterzubringen, das den europäischen Ackerbau konkurrenzfähig machen würde mit dem amerikanischen. Aber gerade deshalb stieß er auf den politischen Widerstand der Klasse kapitalistischer Grundbesitzer auf dem europäischen Festlande, die durch Agrarzölle diese Wirkung zu hemmen gewußt hatten. Mit welchen Folgen, ist bereits im Kapitel über die amerikanische Konkurrenz gezeigt worden.

Wir haben hier ein krasses Beispiel vor uns, wie die Politik des kapitalistischen Staates sich in Widerspruch setzt zu den Interessen der kapitalistischen Entwicklung. Die Aufrechterhaltung der Höhe der Grundrente war im Interesse nur der derzeitigen kapitalistischen Besitzer des Landes, aber sie verstanden es, mit den Gewaltmitteln des Staats dieses Interesse durchzusetzen, trotzdem dadurch die landwirtschaftliche Entwicklung Europas um ein Vierteljahrhundert zurückgehalten und auch die Entwicklung seiner Industrie gehemmt wurde. Dieses Hemmnis kam aber nicht einmal zum Bewußtsein der Gesellschaft, da es nur eine relative, keine absolute Hinderung der Produktionsentwicklung war. Da für das politische Bewußtsein der Kapitalistenklasse stets nur das unmittelbare Geschäftsinteresse maßgebend ist, so hat sie diese Entwicklung sogar als durchaus rechtsgemäß wahrgenommen.

Der Schutzzollkampf gegen die amerikanische landwirtschaftliche Einfuhr zeigt uns die große Revolte Europas gegen seine Kolonien. In der Ausnutzung der Erzeugnisse und der Produktivkräfte der Kolonien bestanden der Sinn und der Zweck der Kolonialpolitik, — die Abschließung von dem einen wie von dem anderen ist das Ziel der Schutzzollpolitik. Der fruchtbare Boden Nordamerikas machte es wertvoll als Kolonie, — aber gerade das ist es, wogegen man nunmehr Schutz sucht.

Es liegt im Wesen der kapitalistischen Auffassung, daß sie die Widersprüche, die sich aus der kapitalistischen Entwicklung ergeben, als von außen gegebene Naturbedingungen hinstellt. So erscheint der Kapitalistenklasse die Reservearmee des Proletariats, die sie selbst erzeugt, als überschüssige Bevölkerung, die Gott gewollt hat, und der Gegensatz, in den sie zu der billigen Getreideproduktion geriet, als ein ihr von Amerika aufgedrängter Kampf, der ihre Produktion stört. Aber die billige amerikanische Lebensmittelzufuhr konnte für die Produktion nur die gleiche Wirkung haben, wie die Verbilligung der Rohstoffe: eine eminente Förderung ihrer Entwicklung; so wirkten auch die billigen Nahrungsmittel in Amerika selbst; wenn man in Europa sich gegen diesen Einfluß absperrte, wenn man, statt einer Förderung, eine Hemmung der Produktion vorzog, so ist das ein innerer Widerspruch, der sich aus der kapitalistischen Entwicklung Europas ergibt.

Der Kapitalismus hat in Europa eine Entwicklungsstadie erreicht, bei der seine eigene Produktionsentwicklung ihm im Wege steht. Der Kampf um die europäische Grundrente war der erste große Zusammenstoß zwischen der kapitalistischen Eigentumsordnung und der kapitalistischen Produktionsentwicklung. Hier war eine ganze Gesellschaftsklasse, die durch die kapitalistische Produktionsentwicklung reich geworden war, deren Privateigentums-

interesse aber sich auf einmal im schroffsten Gegensatz fand zu der gleichen kapitalistischen Produktionsentwicklung. Der Gegensatz zwischen der engen Eigentumsform und dem weltumfassenden Auftrieb der Produktionsentwicklung wird überhaupt zum hervorstechendsten Charakterzug der kapitalistischen Entwicklung Westeuropas. Die selbständigen Produzenten verschwinden; ihre wirtschaftliche Bedeutung geht noch viel tiefer herunter, als ihre Zahl. Die Kapitalistenklasse steht unmittelbar vor dem von ihr ausgebeuteten Proletariat. Die Eigentumsordnung, die in der Produktion einsetzt, indem sie den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln trennt, kommt nunmehr auf dem Warenmarkt in sehr drastischer Form zum Ausdruck, indem sie die Konsumenten von den Warenmassen trennt. Wie die Grundrente, die von der Industrie selbst hinaufgetrieben wurde, zu einem Hindernis der Entwicklung der europäischen Landwirtschaft geworden war, so wurden die niedrigen Arbeitslöhne, beruhend auf dem Gesetz der kapitalistischen Ausbeutung, in Europa zu einem fühlbaren Hindernis der Entwicklung des Warenmarkts.

Wir haben früher darauf verwiesen, daß im Mittelalter eine Erweiterung des Warenbedarfs notwendig war, um den Verkehr mit den Kolonien wie auch die Produktionsentwicklung Europas weiter zu bringen, und daß diese Erweiterung durch das soziale Vordringen der Bourgeoisie erfüllt wurde, das, freilich, auch seinerseits durch die Produktionsentwicklung vorbereitet worden war. Wir stehen jetzt vor einem ähnlichen Problem. Die Produktionsentwicklung hat eine Erweiterung des Warenbedarfs notwendig gemacht, die nur durch die Vermehrung der Warenkäufer um große Volksmassen und Steigerung ihres Bedarfs, also durch das soziale Vordringen der Arbeiterklasse zu verwirklichen ist. Aber bei weitem mehr noch, als seinerzeit die Bourgeoisie durch das feudale Eigentum am Grund und Boden und die politischen Vorrechte des Adels, wird gegenwärtig das Proletariat durch das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln an seinem sozialen Emporkommen gehindert. Solange nun diese Grundursache nicht beseitigt ist, nimmt der Widerspruch zwischen der Entwicklung der kapitalistischen Produktion und der Entwicklung des kapitalistischen Warenmarkts immer schärfere Formen an.

Deshalb die fieberhafte Sucht nach Absatzmärkten, die, wie die moderne kapitalistische Entwicklung überhaupt, so auch die moderne kapitalistische Kolonialpolitik am meisten charakterisiert. Es hat eine totale Umkehrung des Verhältnisses stattgefunden: wir haben gesehen, daß man in den Kolonien erst Kostbarkeiten und Genußmittel gesucht hatte, dann zu Massenkonsumartikeln und Rohstoffen der Industrie überging, um die einheimische Produktion zu fördern, — jetzt tritt das alles zurück gegenüber dem Wunsch, in den Kolonien Abnehmer für die europäischen Fabrikate zu finden.

Folgende kleine Tabelle über die Entwicklung des Handels Großbritaniens mit seinen Kolonien im letzten halben Jahrhundert veranschaulicht diese Aenderung des Verhältnisses (nach Mulhall „Dictionary of Statistics“, von mir ergänzt aus „Statesman's Yearbook“).

	Einfuhr	davon Ostindien	Ausfuhr	davon Ostindien
	(in Millionen Pfund Sterling)			
1861—70	**704**	345	**524**	197
1871—80	**824**	299	**712**	241
1881—87	**636**	241	**606**	223
1904—05*	**113**	34	**116**	54

Also, im Jahrzehnt 1861—70 überwiegt noch die Einfuhr aus den Kolonien die Ausfuhr aus den Kolonien um 180 Millionen Pfund Sterling oder 18 Millionen im Durchschnitt pro Jahr, im nächsten Jahrzehnt ist das Uebergewicht der Einfuhr nur noch $11^1/_5$ Millionen pro Jahr, in der folgenden Periode $4^2/_7$ Millionen, und im Jahre 1904—05 sehen wir bereits einen Ueberschuß der Ausfuhr nach den Kolonien um 3 Millionen Pfund Sterling. Besonders drastisch zeigt sich die Umkehrung des Verhältnisses im Handel mit Ostindien, dieser ältesten und wichtigsten englischen Kolonie: vor 45 Jahren noch ein Ueberschuß der Einfuhr aus Ostindien um fast 15 Millionen und zum Schluß ein Ueberschuß der Ausfuhr um 20 Millionen!

Diese Aenderung, die sich aus der allgemeinen kapitalistischen Entwicklung ergab, wurde noch begünstigt durch Aenderungen in der Zusammensetzung des Warenverkehrs mit den Kolonien.

Die Handelsbedeutung der Gewürze sinkt bis zu einer Nichtigkeit herab, in dem Maße, wie sie aufhören, eine Seltenheit zu sein. Das ist allerdings nicht absolut, sondern im Verhältnis zu der allgemeinen Entwicklung des Handels zu fassen, wie man überhaupt, wenn man sich über die Zusammenhänge des kapitalistischen Weltmarkts, dessen Grundgesetz fortwährendes Wachstum ist, orientieren will, mit relativen Größen rechnen muß**. Andererseits verstand es Europa, sich in mancherlei Beziehung von der Gebundenheit an die kolonialen Erzeugnisse zu befreien. Wie man erst gierig nach den exotischen Produkten griff, um den europäischen Warenmarkt und die europäische Produktion zu bereichern, so arbeitet man jetzt eifrig daran, europäischen Ersatz für die Kolonialprodukte zu schaffen. Der Rohrzucker wird durch Rübenzucker ersetzt. An Stelle des Indigo treten die Teerfarbestoffe. Die Kartoffel wird nach Europa selbst verpflanzt und gewinnt hier eine kolossale Verbreitung. In einem geringeren Maße gelingt die Verpflanzung auch bei der Tabakkultur. Zugleich kommen freilich auch neue Gebrauchsgegenstände auf, die über die See bezogen werden. Da ist in erster Linie das Petroleum zu nennen. Wie bekannt, fand dieses schnell eine allgemeine

---

* Für dieses Jahr einschließlich Edelmetalle.

** Die kapitalistische Produktion entwickelt sich immer; also, nicht darauf, sondern auf das Maß der Entwicklung kommt es an. Man vergleiche dem gegenüber die beliebte Manier kapitalistischer Handelsminister, aus der absoluten Tatsache, daß die Industrie sich entwickelt, auf die Zweckmäßigkeit der jeweiligen staatlichen Handelspolitik zu schließen. Sie merken gar nicht, daß, was sie auch anfangen mögen, ob Schutzzoll oder Freihandel, sie auf diese Weise immer eine Bestätigung ihrer Politik herauslesen. So bekam Caprivi auf seine Handelsverträge, beruhend auf Zollermäßigungen, die gleiche Antwort, wie Bülow auf seinen Hochzolltarif. Wenn das etwas beweist, so ist es nur, daß die Triebkräfte der Produktionsentwicklung noch immer über die Narrheit der Staatsmänner triumphiert haben.

Verbreitung in Europa, aber ebenso schnell eine wirksame Konkurrenz im Gas und in der Elektrizität. Als Konsumtionsartikel gewinnt zu Ende des 19. Jahrhunderts der Kakao eine bedeutende Verbreitung, als industrielle Rohstoffe die Jute und der Kautschuk. Jedoch der Kakao, wie auch der Kaffee, haben bereits eine Konkurrenz mit den Kaffeesurrogaten auszukämpfen, währenddem, je mehr die Verwendung des Kautschuk in der Industrie zunimmt, desto mehr auch die Bemühungen der Technik sich steigern, einen Ersatz für Kautschuk zu schaffen. Andererseits werden die überseeischen Länder zu Lieferanten von Erzeugnissen, die Europa selber seit alters her produziert hatte: Getreide und Wolle.

Zugleich streift der überseeische Verkehr alles Abenteuerliche und Zufällige von sich ab, das ihm durch die Jahrhunderte anhaftete. Der regelmäßige moderne Dampferverkehr macht die Verbindung zwischen Europa und Nordamerika weniger langwierig und riskant, als noch im Anfang des 19. Jahrhunderts eine Reise von Berlin nach Konstantinopel, oder selbst von Lissabon nach Amsterdam war. Mit der Erbauung des Suezkanals ist ein Seeweg geschaffen worden, dessen Verkehrsbedeutung an Tragweite die Umschiffung Afrikas weitaus übertrifft. Schließlich in unseren Tagen sehen wir mit der Erbauung der transsibirischen Eisenbahn eine festländische Verbindung Europas mit dem äußersten Osten Asiens entstehen. Die Verbindung Europas mit den Ländern des Atlantischen und des Stillen Ozeans verliert in verkehrstechnischer Beziehung ihre Exklusivität, ihre Absonderlichkeiten und wird immer mehr zn einem gleichartigen Teil des allgemeinen Weltverkehrs.

Indessen fanden auch große politische Veränderungen statt, die ihrerseits von Bedeutung sind für das Verhältnis Europas zu den Kolonien in unserer Zeit. Bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts waren für Europa überseeischer Handelsverkehr und kolonialer Handelsverkehr identisch. Was jenseits des Atlantischen Ozeans und was im Stillen Ozean war, gehörte schlechtweg zum Kolonialgebiet. Die Sachlage ändert sich mit der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, d. h. mit der Bildung eines selbständigen modernen Staats in der neuen Welt.

Wenn wir jetzt Umschau halten, so finden wir vor allem, daß das wichtigste koloniale Gebiet sich von Europa politisch losgelöst hat, nämlich Amerika. Kanada gilt allerdings noch als englische Kolonie, aber seine administrativen Zusammenhänge mit dem Mutterlande sind nur noch formell; Kanada ist längst ein selbständiger Staat, der seine eigene wirtschaftliche Entwicklung durchmacht und eigene politische Interessen verfolgt. Es ist nicht die koloniale Herrschaft Großbritanniens, die England in Kanada eine bevorzugte handelspolitische Stellung verschafft, sondern es sind die noch immer sehr großen wirtschaftlichen Zusammenhänge mit England, die jene bevorzugte Stellung ermöglichen.* Dasselbe gilt von Australien. Auch in der

* Durch eine Herabsetzung seiner landwirtschaftlichen Zölle würde Deutschland einen Handelsvertrag mit Kanada erwirken können, durch den jener handelspolitischen Sonderstellung Englands erheblicher Abbruch geleistet werden könnte. Statt dessen hat man es vorgezogen, im Interesse der Agrarier sich in einen Zollkrieg mit Kanada zu verwickeln.

Kapkolonie, zu der ja jetzt auch die besiegten Burenrepubliken gehören, muß sich England eine ziemlich weit gehende politische Selbständigkeit gefallen lassen. Der Handelsverkehr mit diesen Ländern kann nicht mehr als kolonialer Verkehr gelten, sondern es ist ein regelrechter internationaler Handelsverkehr.

Ueberseeischer Handel und Verkehr mit den Kolonien sind also heutzutage unbedingt auseinanderzuhalten. Aber in der gröbsten Weise wird ganz besonders von den deutschen Kolonialpolitikern eins dem anderen unterschoben. Man spricht von dem Nutzen der Kolonien so, als wenn es ohne Kolonien keinen überseeischen Handel gäbe. Und doch genügt schon ein flüchtiger Blick in die Statistik, um sich zu überzeugen, daß der überseeische Handelsverkehr Europas längst schon ein Verkehr mit selbständigen Staaten und nicht mit Kolonien ist. Nehmen wir England zum Beispiel, das Land des reichsten Kolonialbesitzes. Der Handelsverkehr Englands war im Jahre 1904 (in Millionen Sterling):

mit	Einfuhr		Ausfuhr	
Vereinigt. Staat. v. Nord-Amerika	119	206	20	75
Staaten Südamerikas	40		27	
Kanada	23		11	
Australien	24		17	
Uebrige engl. Kolonien	73		94	

Mit der Herausbildung selbständiger Staaten an Stelle der früheren großen Kolonien ist die Frage des überseeischen Warenbezugs aus einer Frage der Kolonialpolitik zu einer Frage der Handelspolitik geworden. Das ist das Ergebnis der Entwicklung der kapitalistischen Kolonien.

Wir haben an dem Beispiele der Vereinigten Staaten von Nordamerika das Schema dieser Entwicklung in ihrer klassisch reinen und vollendeten Form kennen gelernt. Wie sich das Schema der kapitalistischen Produktionsentwicklung auf andere Länder überträgt, mit nur geringen Variationen, die sich aus den besonderen territorialen Verhältnissen ergeben, so auch das Schema der Entwicklung der kapitalistischen Kolonien. Dem Beispiele der Vereinigten Staaten folgen Kanada und Australien, wie ihm schon früher, in ihrer Art, die Staaten Südamerikas gefolgt waren. Es handelt sich für uns dabei, selbstverständlich, nicht bloß um die politische Unabhängigkeit, sondern vor allem um die Selbständigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Diese Entwicklung überträgt sich nunmehr auch auf Asien. Die kapitalistische Erschließung Asiens wurde zurückgehalten zunächst dadurch, daß dieses Land, dicht bevölkert, keinen Raum hatte für eine große europäische Einwanderung. Wir wissen, daß auch die Entwicklung Amerikas durch drei Jahrhunderte sehr unscheinbar war, bis der große Einwandererstrom kam, der die Produktivkräfte des Landes geweckt hatte. Nicht Gold und Silber, sondern die menschliche Arbeitskraft hat Amerika reich gemacht. Aber Ostindien, das ebenso lange, wie Amerika, im Seeverkehr mit Europa steht, kannte nur die europäischen Beamten und Kaufleute, eine geringe Bevölkerung, die lange Zeit nicht über die Hafenstädte und Handelsplätze hinausging. Dieses kleine Häuflein Europäer hatte andererseits vor sich eine schon weit entwickelte und in sich gefestigte Wirtschaftsordnung mit ihrer sozialen Gliederung, ihrer Staatsform und ihrer Kultur, die erst überwunden werden mußten, um dem Kapitalismus Bahn zu schaffen.

Hier handelte es sich nicht darum, wie in Amerika, die Eingeborenen auszurotten, um selbst an ihre Stelle zu treten, sondern darum, die vorgefundene Gesellschaftsordnung zu zerstören, um die Volksmassen für die kapitalistische Ausbeutung frei zu machen. Wir wollen uns nicht dabei aufhalten, wie man da zu Werke ging, — daß die Arbeit schließlich Erfolg hatte, beweisen folgende Zahlen über die industrielle Entwicklung Ostindiens:

	1889	1904/5
Baumwollspindeln	2760000	5230068
Länge der Eisenbahnen in engl. Meilen	15887	27565
Kapital der Aktiengesellschaften in Rupien		544000000

Wie wir im Anfang des 19. Jahrhunderts die Vorbedingungen fanden für die Entwicklung eines modernen Amerikas, so finden wir im Anfang des 20. Jahrhunderts die Vorbedingungen zur Entwicklung eines modernen Asiens. Und wie die kapitalistische Entwicklung Amerikas im 19. Jahrhundert, geht die kapitalistische Entwicklung Asiens im 20. Jahrhundert ihre eigenen Wege. Wie dort, so auch hier haben wir einen Prozeß der Loslösung von Europa, der wirtschaftlichen und politischen Verselbständigung vor uns. Die Herausbildung und Behauptung Japans als moderner Industriestaat gewinnt für Asien — unter Berücksichtigung der eigenartigen Verhältnisse dieser Gebiete — eine analoge Bedeutung, wie die Umbildung Neu-Englands zu einem selbständigen Staat für die Entwicklung Amerikas gehabt hatte. Japan wird zum Knotenpunkt einer neuen selbständigen sozialen Entwicklung Ostasiens und muß auf die soziale Entwicklung der Länder des ostindischen Ozeans jedenfalls nicht minder wirken, als die Vereinigten Staaten die Entwicklung Zentral- und Südamerikas beeinflußt hatten. Damit geht Asien im großen und ganzen als Kolonialgebiet für Europa verloren.

Es gibt ja auch in Amerika noch immense Gebiete, die sich zu jeder Art Kolonisation eignen, — aber sie sind als koloniales Land für Europa nicht mehr zu haben. Nicht anders wird es in Asien.

Zwei belgische Schriftsteller, Ch. et R. Pety de Thozée, stellen in ihrem Werk über Kolonialpolitik folgende Uebersicht über die in der Welt verfügbaren freien Ländergebiete:

Erdteil	Oberfläche in Hektar	Normale Bevölkerung (gerechnet einen Einwohner auf 2 Hektar)	Wirkliche Bevölkerung	Fehlbetrag der Bevölkerung	Verfügbares Land in Hektar
Europa	900000000 (nach Abzug von 88000000 Polargebiet)	450000000	358000000	92000000	46000000
Afrika	2972000000	1486000000	150000000	1336000000	668000000
Asien	4004000000 (nach Abzug von 880000000 Polarzone	2002000000	787000000	1215000000	607500000
Australien	1100000000	550000000	30000000	520000000	260000000
Amerika	4218000000	2109000000	134000000	1975000000	987500000
Die ganze Welt	13194000000	6597000000	1459000000	5138000000	2589000000

Man sieht, den größten freien Raum besitzt noch immer Amerika, das nach den Berechnungen unserer Autoren noch fast eine Milliarde Menschen beherbergen könnte. Trotz der sehr dichten Bevölkerung einzelner Teile Asiens gibt es auch hier noch Raum genug für einen Bevölkerungszuwachs von 600 Millionen. In Australien ist eine weitere Viertelmilliarde unterzubringen. Das sind alles Gebiete, die nach ihrer Bodenbeschaffenheit, nach ihrem Naturreichtum und nach ihrem Klima jedenfalls nicht hinter Afrika zurückstehen. Weshalb aber jetzt der große Drang nach Afrika? Weil jene anderen Gebiete den kolonialpolitischen Experimenten der europäischen Industriestaaten nicht mehr zugänglich sind.

Amerika den Amerikanern — die Sache ist durch den spanisch-amerikanischen Krieg endgültig entschieden worden. Daraufhin ist durch den russisch-japanischen Krieg die ostasiatische Frage gelöst worden. Ostasien gehört den Mongolen. An Stelle der Aufteilung Chinas tritt dessen Umbildung zu einem modernen Staat.

Die kapitalistische Entwicklung in den außereuropäischen Gebieten vollzog sich bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts als Entwicklung von Kolonien, sie ging schon im 19. Jahrhundert zur Bildung von selbständigen Staaten über und setzt diesen Prozeß im 20. Jahrhundert auf der breitesten Stufe fort.

Bedeutet das eine Hinderung des Handelsverkehrs Europas mit den überseeischen Ländern? Nein, im Gegenteil, diese Entwicklung in Asien, Amerika und Australien muß die Entwicklung des Weltmarktes noch mehr fördern, als es die Entwicklung Nordamerikas im 19. Jahrhundert getan hatte. Die Vereinigten Staaten werden, zumal nach der Erbauung des Panamakanals, die Produktivkräfte Südamerikas ungemein entwickeln. Japan wird die politische Umgestaltung Chinas beschleunigen und dadurch den Prozeß seiner Industrialisierung. Aber Europa kann nicht mehr mit den Mitteln der Kolonialpolitik Nutzen für sich aus dieser Entwicklung ziehen, sondern nur noch mit den Mitteln der Handelspolitik. Die deutsche Reichspolitik hat bereits nach dieser Richtung hin eine sehr deutliche ureigene Erfahrung gemacht. Das Deutsche Reich hat in Kiautschou Boden gefaßt, um von dort aus China kolonialpolitisch zu beeinflussen. Wäre Japan von Rußland besiegt, käme es zu einer Aufteilung Chinas, so würde Deutschland von hier aus zweifellos einen breiten Keil in die Besitzungen Chinas hineingetrieben haben. Aber die Sache wurde anders, und so ist denn Kiautschou ein elendes Nest geblieben, aus dem Deutschland weder nach vorwärts noch nach rückwärts mehr kann. Man scheint nunmehr alle weit ausschauenden Pläne in Kiautschou so ziemlich aufgegeben zu haben. Man glaubte, Kiautschou wird zu einem neuen Hongkong, zu einem großen Stapelplatz für den Handelsverkehr mit Ostasien — Kiautschou ist es nicht geworden und kann es auch nicht werden, denn der Handelsverkehr mit Ostasien hört immer mehr auf ein kolonialer Verkehr zu sein. Das ist übrigens ein Teil der Narrheit der deutschen Kolonialpolitik, daß man hier England nachzuäffen sucht zu einer Zeit, da England selbst sich zum Teil genötigt sieht, andre

Bahnen einzuschlagen, zum anderen sich in der Zwangslage befindet, die Konsequenzen seines Kolonialbesitzes zu ziehen.

Auf dem asiatischen Festland ist es nur noch Zentralasien, das als koloniales Gebiet in Betracht kommen könnte. Dorthin dringen England von Ostindien, Rußland vom Kaukasus aus. Westeuropa ist von den Ländern Zentralasiens durch das osmanische und durch das persische Reich ebenso abgeschnitten, wie seinerzeit von Ostindien. Der Bau der Eisenbahn durch Kleinasien bis an den Persischen Golf bildet den Ansatz zu einer Handelsstraße nach den mittelasiatischen Gebieten. Die weitere Entwicklung dieses Weges hängt von der Entwicklung Persiens ab. Ich verweise zugleich auf die Erörterungen im Kapitel über die auswärtige Politik Deutschlands.

Außer Zentralasien bleibt nur noch — Afrika. Abgeschnitten von Amerika, Australien, Asien, wirft sich das kolonisierende europäische Kapital mit desto größerer Macht nach Afrika, wo es noch keinen wirksamen politischen Widerstand für seine Kolonialpolitik findet. Das ist der Grund, weshalb Afrika im Anfang des 20. Jahrhunderts zum Tummelplatz für die europäischen Kolonialmächte wird.

Die Beweggründe der modernen Kolonialpolitik.

Bevor wir zu einer Untersuchung des kolonialen Afrikas, das den letzten Zufluchtsort für die Kolonialpolitik des europäischen Kapitals darstellt, übergehen, wollen wir uns über die Beweggründe der modernen kapitalistischen Kolonialpolitik genauere Rechenschaft geben.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß ihre hauptsächlichste Triebkraft die Sucht nach Absatzmärkten ist. Die Regierungen sind sich dieser Triebkraft durchaus bewußt, aber sie verwechseln und vermengen sie mit Beweggründen, die aus früheren Entwicklungsstadien der kapitalistischen Kolonialentwicklung übernommen sind. Sehen wir uns nun die Hauptgründe an, die für die Notwendigkeit der Kolonien angeführt werden und prüfen wir sie auf Grund der kolonialen Entwicklung und des gegenwärtigen Standes der Dinge. Daß man den überseeischen Handel und die überseeischen Kolonien auseinanderhalten muß, ist von uns bereits hervorgehoben worden.

I. Ansiedelungsgebiete. Wir wissen aus der Geschichte Amerikas, daß es der Ackerbau war, der die breite Grundlage abgab für die europäische Einwanderung; andererseits hat erst die kapitalistische Revolutionierung Westeuropas die Proletarisierung des Bauerntums, den großen Auswandererstrom geschaffen. Aber Afrika besitzt nicht die Ackerfelder Nordamerikas und Westeuropa hat kein Bauerntum mehr abzugeben. Der große Auswandererstrom kommt jetzt aus dem Osten Europas, nämlich Russisch-Polen und Galizien, und aus Italien. Er geht nach Nordamerika und Argentinien, die für absehbare Zeit noch steigende Millionen Menschen verbrauchen können. Diese Auswandererbewegung nach Afrika ablenken zu wollen, ist ein Unding

und auch gar nicht durchzuführen. Die Arbeiter aber, die aus Mitteleuropa auswandern, werden erst durch die Entwicklung der amerikanischen Industrie herangezogen. Soweit für diese Auswanderer Afrika in Betracht kommt, sind es nicht die kolonialen Besitzungen Deutschlands und der anderen Staaten, sondern die Minendistrikte mit städtischer Bevölkeruug, also das Gebiet der Kapkolonie und der früheren Burenrepubliken, das sich bereits auf dem Uebergangsstadium von einer Kolonie zum selbständigen Staat befindet.

Für uns Sozialisten bleibt, selbstverständlich, die grundsätzliche Frage: die Bildung einer „überschüssigen" Bevölkerung zu verhindern, nicht erst sie über den Ozean abzuschieben — ein Problem, dessen Lösung die Aufhebung der kapitalistischen Eigentumsform zur Voraussetzung hat.

II. Bezugsländer. Sehen wir uns diesmal — zur Abwechslung — die Wareneinfuhr Deutschlands an, das ja auch ein Industriestaat ist, und zwar einer, dessen Regierung behauptet, die Gründung eines Kolonialreichs sei ihm zur Lebensnotwendigkeit geworden.

Die Wareneinfuhr des Deutschen Reiches zeigte 1905 nach ihren Hauptgruppen folgende Zahlen:

Nahrungs- und Genußmittel, Vieh .	2513	Mill. Mk.
Rohstoffe für Industriezwecke . . .	3516	„ „
Fabrikate	1440	„ „

Die Nahrungs- und Genußmittel, in erster Linie das Brotgetreide, spielen also eine gewaltige Rolle im Warenbezug Deutschlands, sie machen allein 30 Prozent seiner Wareneinfuhr aus. Aber gerade diese Warenzufuhr ist es, die man nicht zu erleichtern, sondern zu erschweren sucht! Die exotischen Produkte waren unter den vom Auslande bezogenen Waren mit folgenden Zahlen vertreten: Kaffee 170 Mill. Mk., Tabakblätter 122 Mill. Mk., Kakaobohnen 33 Mill. Mk. Der Wert der Einfuhr dieser alten Kolonialprodukte ist also ziemlich gering gegenüber der gesamten Einfuhr an Nahrungs- und Genußmitteln. Alle diese Produkte sind mit einem hohen Zoll belegt, der 1905 beim Kakao 31 Prozent, beim Kaffee 42 Prozent und beim Tabak zirka 50 Prozent des Wertes der Einfuhr betrug. Wenn nun diese überseeischen Erzeugnisse für Deutschland, nach der Ansicht der Regierung, wichtig genug sind, um die Kolonialpolitik mit ihren Kolonialkriegen und ihren Marineausgaben zu rechtfertigen, — weshalb hindert man ihre Zufuhr durch Zölle und weshalb verteuert man sie? Man braucht Schutzzölle, um die Marineausgaben zu bezahlen; die Marineansgaben, um die Kolonien zu stützen; die Kolonien um — wenn schon! — jenen Kakao zu liefern, den man billig und einfach haben könnte, wenn man die Schutzzölle nicht hätte!

Man nimmt dem deutschen Arbeiter das Brot und das Fleisch vom Munde, um ihm auf dem Präsentierteller etliche Kakaobohnen aus Ostafrika zu überreichen, die er mit Goldesgewicht bezahlen muß, wenn er sie genießen will.

Unter den Rohstoffen nehmen die Textilstoffe die erste Stellung ein, darunter rohe Baumwolle mit 398 Mill. Mk., Baumwollgarn 65 Mill. Mk., Jute 48 Mill. Mk., Schafwolle 327 Mill. Mk.

Die Baumwollkultur hat im 19. Jahrhundert erst eine gigantische Ausdehnung gefunden. Die Weltproduktion an Baumwolle betrug im Jahre 1801, nach Mulhall, 520 Millionen englische Pfund und im Jahre 1897 mehr als das Zehnfache, nämlich 5900 Millionen englische Pfund. Trotz der grandiosen Entwicklung der Textilindustrie steigt doch die Konkurrenz der baumwollproduzierenden Länder untereinander noch mehr und drückt die Preise. Von den 70er Jahren — nach Beilegung des amerikanischen Sezessionskrieges — und bis in die 90er Jahre des vorigen Jahrunderts fällt der Baumwollpreis fast um die Hälfte, wie aus folgender Tabelle zu ersehen ist, die zugleich die Wollepreise für den gleichen Zeitraum angibt (nach Mulhall, in Schilling per englische Ton):

	Baumwolle	Wolle
1861—70 (amerikan. Sezessionskrieg)	138,0	165
1871—80 „ „	66,5	132,5
1881—90 „ „	54,8	102,0
1891 „ „	52,0	87,4
1892 „ „	48,0	81,5
1893 „ „	49,0	81,4
1894 „ „	41,0	79,3
1895 „ „	39,0	75,6
1896 „ „	46,0	78,4
1897 „ „	41,8	74,4

Der Preisdruck der Baumwolle wird um diese Zeit sogar von den Baumwollspinnereien und Webereien, die doch an dem billigen Rohstoffpreis interessiert sind, als Störung der Produktion empfunden, da ihre Fabrikate durch jede neue Baumwollzufuhr entwertet werden. Die Baumwolle wird fast zu ihren Produktionskosten abgegeben, so daß die Länder der Baumwollproduktion gezwungenermaßen dazu übergehen, ihr Produkt selbst zu verarbeiten. So meint Jurasche (in seiner Bearbeitung der Neumann-Spallartschen Uebersichten der Weltwirtschaft), daß — „die Vereinigten Staaten ihre großen Ernten (an Baumwolle) und deren Verwertung nur dadurch aufrecht halten, daß sie eine eigene, große Industrie entwickeln, beim Einsammeln der Wolle mit besonderer Sorgfalt vorgehen und billige Frachtsätze behaupten." Erst in den letzten Jahren, nachdem die von uns wiederholt gekennzeichnete neue Sturm- und Drangperiode der Industrie einsetzt, beginnt eine Steigerung der Baumwollpreise.

Es ist nach dieser Entwicklung offenbar in keiner Weise damit zu rechnen, daß es gelingen könnte, von Afrika aus die Baumwolle billiger nach Europa zu liefern, als sie aus den bisherigen Produktionsländern zu beziehen war.

Ebensowenig ist daran zu denken, daß es je möglich sein sollte, von Afrika aus die Wollepreise zu drücken. Südafrika gehört ja zu den Wollelieferanten Europas, aber es ist längst von Australien überflügelt worden. Die Wolleproduktion Australiens, die für 1860 noch erst mit 70 Millionen englische Pfund angegeben wird, betrug 1880 bereits 390

Millionen und 1897 gar 670 Millionen englische Pfund. Die Weltproduktion an Wolle stieg von 560 Millionen englische Pfund im Jahre 1820 auf 2390 Millionen im Jahre 1897. Wir sehen aus unserer oben angeführten Tabelle, daß die Preise für Schafwolle nicht minder gesunken sind, als die Baumwollpreise.

Die billige Produktion von Rohstoffen kann ebensowenig Ziel der modernen Kolonialpolitik der europäischen Staaten sein, wie die billige Produktion von Nahrungsmitteln, denn es fehlen dazu die tatsächlichen Voraussetzungen. Aber darauf hat man es auch gar nicht abgesehen. Und wenn es Deutschland wirklich gelingen sollte, eine erhebliche Baumwollkultur in Afrika zu entwickeln, so wird die erste Folge davon sein — vorausgesetzt, daß nicht eine grundsätzliche Aenderung der Handelspolitik des Reichs eintritt — die Belegung der außerkolonialen Baumwolle mit einem Einfuhrzoll. Wie man die Lebensmittel durch den Zoll verteuert und wie man das Baumwollgarn, trotzdem es dem Produktionsbedarf der Webereien dient, mit einem Zoll belegt hat, so wird man auch — sehr zum Schaden der deutschen Textilindustrie — einen Zoll für rohe Baumwolle einführen, um die koloniale Baumwollkultur zu fördern. Schutzzölle und Kolonialpolitik gehen jetzt Hand in Hand, so daß man die Kolonialpolitik Europas nur noch voll begreift, wenn man sie in Verbindung setzt mit seiner Schutzzollpolitik, — worauf wir noch in folgendem zurückkommen.

III. Absatzmärkte. Der auswärtige Handel Deutschlands verteilte sich — 1905 — nach den einzelnen Erdteilen wie folgt:

	Einfuhr nach Deutschland (in Millionen Mark)	Ausfuhr aus Deutschland
Europa	4633	4380
Nordamerika	1014	565
Südamerika (auch Zentralamerika)	883	392
Asien	508	317
Australien	164	53
Afrika	228	123
Zusammen	7430	5830

Man sieht, die deutsche Industrie findet ihre Absatzmärkte vorzüglich — in Europa selbst. Demnächst folgt Nordamerika, also die Vereinigten Staaten, dann Südamerika und Asien. Diese Länder zusammen umfassen **97** Proz. der deutschen Warenausfuhr. Sieht man sich noch im besonderen die Ausfuhr nach Asien an, so findet man, daß sie in der Hauptsache nach Ostindien, China und Japan geht. Was bedeutet das?

Je weiter fortgeschritten die wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung eines Landes, ein desto größeres Absatzgebiet für die Industrie stellt es dar. Der Gegensatz zwischen dem Industrieland und dem industriellen Absatzgebiet existiert nicht mehr. Das wichtigste Absatzgebiet für die Industrie sind die Industrieländer. So gehen 18 Proz. der deutschen Warenausfuhr

nach England, 9 Proz. nach den Vereinigten Staaten; nach Frankreich, Belgien, Holland, der Schweiz zusammen weitere 23 Proz.

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Sie konnten aber erst zum Bewußtsein kommen, nachdem neben England sich noch andre Industriestaaten entwickelt hatten. Denn bis dahin war das tatsächliche Verhältnis auf dem Weltmarkt ein anderes. England bezog seine Rohstoffe aus den Kolonien, die Nahrungsmittel vom europäischen Festland und benutzte dieses als Absatzgebiet für seine Fabrikate. Diese Sonderstellung Englands wurde aber nur bedingt durch die geringe Entwicklung der Industrie und des Weltmarkts und die Rückständigkeit der sozialen Entwicklung Europas. Das 19. Jahrhundert hat mit diesen Bedingungen der industriellen Vorherrschaft Englands gründlich aufgeräumt. Es hat die maschinelle Technik auf wissenschaftliche Grundlagen gestellt und sie dadurch zum Gemeingut aller Nationen gemacht; es hat in Europa und Amerika die kapitalistische Gesellschaftsordnung etabliert und vor allem das Proletariat frei gemacht, welches die kapitalistische Industrie zu ihrer Entwicklung bedarf; es hat die Grundlagen dieser Entwicklung auch bereits in Asien gebildet; es hat durch den Eisenbahn- und Dampferverkehr die Nationen untereinander vermengt; Großstädte geschaffen, die zu Knotenpunkten einer internationalen Kultur geworden sind; das Geldkapital zentralisiert, über die ganze Welt verpflanzt, organisiert und ihm einen Weltnachrichtendienst zur Verfügung gestellt. Von London oder Berlin aus, mit einem Druck auf den elektrischen Knopf kommandiert jetzt das Kapital Arbeiterarmeen in allen Weltteilen. Zugleich hat die technische Entwicklung den Unterschied zwischen Rohstoffen und Fabrikaten ziemlich verwischt, während das Kapital diesen Unterschied überhaupt nicht mehr als einen Unterschied der Gegenstände, sondern nur noch als einen Unterschied der Stellung, den diese Gegenstände innerhalb seiner Zirkulation annehmen, kennt. Baumwollgarn ist ein Fabrikat, aber zugleich Rohstoff der Weberei. Die Einfuhr billiger Eisenbahnschienen macht Konkurrenz der Eisenindustrie; aber diese Einfuhr begünstigt die Entwicklung der Eisenbahnen, die den Eisenbedarf steigern und dadurch erst die Entwicklung einer modernen Eisenindustrie möglich machen. Die Einfuhr von billigem Kattun verdrängt die bäuerliche Leinenweberei und macht den Platz frei für die Entwicklung einer Baumwollindustrie. Wir haben den Abschluß einer Weltmarktsentwicklung vor uns, der einen Gegensatz bildet zu ihrem Ausgangspunkt: den Konkurrenzvorzug haben jetzt nicht die alten, sondern die neuen Industrien, weil sie sich nach dem neuesten Stand der Technik einrichten können. Jenes neue Industrieland — mag es auch in Asien oder in Amerika sein — welches, unter Ausnutzung günstiger Wasserkräfte, zuerst seinen Verkehr und seine Industrie auf der Elektrizität aufbauen wird, wird alle anderen auf dem Weltmarkte schlagen.

Die Weltmarktsentwicklung hat nicht nur die technischen und sozialen Bedingungen der Produktion in Europa, Amerika und zum Teil in Asien ausgeglichen, sondern sie hat, wie die Zahlen der Handelsstatistik zeigen, die Industrien aller Länder in die tiefsten und umfassendsten Zusammenhänge und Wechselwirkungen untereinander gebracht. Es kann als Grundsatz hin-

gestellt werden: die Entwicklung eines Industrielands hängt vor allem von der Entwicklung seines Handelsverkehrs mit den anderen Industriestaaten ab.

Die Weltmarktsentwicklung drängt zu einem immer größeren Zusammenschluß der Industrieländer; die Weltmarktsentwicklung schafft eine Weltproduktion, die nach der ihr entsprechenden politischen Form ringt. Die Handelspolitik der kapitalistischen Regierungen ist aus dieser Produktionsentwicklung nicht zu erklären, sondern nur als Gegensatz zu ihr zu begreifen.

Wir stoßen hier auf den Kampf der kapitalistischen Produktionsentwicklung gegen die geschichtlich übernommene Staatengliederung. Dieser Kampf hat seine große Geschichte hinter sich. Er war es, der die feudalen Schranken aufgehoben und den zentralisierten Staat gebildet hatte. Er schuf später den nationalen Staat. Die Kapitalistenklasse war der revolutionäre Träger dieser Entwicklung. Nunmehr stößt die Produktionsentwicklung mit dem erreichten Grad der Entwicklung des Weltmarkts wieder auf politische Schranken. Aber die Kapitalistenklasse fördert nicht mehr diese Entwicklung, sondern sie wirft sich ihr entgegen. Denn um diese Zeit hat die kapitalistische Entwicklung bereits eine Stadie erreicht, auf der die kapitalistische Eigentumsform sich in einem permanenten Gegensatz zur Produktionsentwicklung befindet. Der Träger der neuen Entwicklung kann nur noch das Proletariat sein.

Die kapitalistische Ueberproduktion, also der Gegensatz zwischen der kapitalistischen Produktion und der kapitalistischen Güterverteilung, der sich aus der kapitalistischen Eigentumsform ergibt, treibt das Kapital in den einzelnen Ländern dazu an, durch die Gewaltmittel des Staats sich eine Sonderstellung auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Das ist der Sinn der Schutzzollsysteme, wie wir sie zu Ende des 19. Jahrhunders sich herausbilden sehen. Der inländische Markt für das „nationale" Kapital — und der auswärtige ebenfalls! Indem man sich aber gegenseitig durch Schutzzölle verbarrikadiert, schneidet man sich gegenseitig den Markt ab. Nun versucht man es, sich gegenseitig durch Ausfuhrprämien die Schutzzölle zu unterminieren — eine aberwitzige Handelspolitik, die, wie das sich an dem Beispiele der Zuckerprämien gezeigt hat, mit einem kläglichen Bankerott endet. Zugleich und um so mehr steigt das Bestreben, sich in den Kolonien den Markt zu sichern, den sich die Industriestaaten im Verkehr zueinander gegenseitig hindern. Der Drang nach den Kolonien ist die Flucht des Kapitals vor seinem eigenen Schutzzollsystem, das es aber zugleich selbst auf die Kolonien überträgt. Das ist der Imperialismus. Ein Industriestaat und ein Kolonialreich dazu, zusammen durch eine Zollmauer von der übrigen Welt getrennt! Wenn es je gelingen könnte, dieses Ideal zu verwirklichen, so würden sich in diesem kapitalistischen Imperium die Gegensätze der kapitalistischen Entwicklung, die dazu führen, es zu erstreben, erst recht geltend machen. Aber es kann nicht erreicht werden, denn die Zusammenhänge der Weltmarktsentwicklung lassen sich nicht auseinanderreißen. Wiederum haben wir eine Umkehrung des Verhältnisses vor uns, die ungemein kennzeichnend ist für den erreichten Entwicklungsgrad der kapitalistischen Wirtschaft: währenddem die Politik des Proletariats immer mehr an realem Boden gewinnt,

begibt sich die Politik der Kapitalistenklasse auf das Gebiet ebenso phantastischer wie bodenloser Pläne. Da aber die Kapitalistenklasse die Staatsgewalt in ihrem Besitze hat, wird diese utopistische Politik des Kapitals zu einer Gefahr für die Völker, indem sie, da sie die Weltmarktsentwicklung mit Gewalt zu hintertreiben sucht, zu Katastrophen auf dem Weltmarkt und zu politischen Gewaltausbrüchen führen muß und auch bereits geführt hat.

Der englische Imperialismus.

Um die kolonialpolitischen resp. imperialistischen Kämpfe, mit denen das 20. Jahrhundert eröffnet wird, in ihrer konkreten Gestaltung zu erfassen, muß man das Verhältnis Englands zu den schutzzöllnerischen Ländern in Erwägung ziehen.

Wir geben zunächst eine Uebersicht über die Entwicklung des Handelsverkehrs Großbritanniens mit Europa. In Prozenten der gesamten Wareneinfuhr bezw. Warenausfuhr Englands betrug seine Einfuhr von und seine Ausfuhr nach Europa (nach Mulhall):

	Wareneinfuhr	Warenausfuhr
1854—1860	37,1 Proz.	41,3 Proz.
1861—1880	40,8 „	48,2 „
1881—1887	42,0 „	43,0 „

England hatte also aus der industriellen Entwicklung Europas lange Zeit mannigfachen Nutzen gezogen: es stieg seine Ausfuhr nach Europa, wie auch seine Einfuhr aus diesem, wie das ja auch, nach den von uns klargelegten Zusammenhängen, sich regelrecht aus der Weltmarktsentwicklung ergeben mußte. Aber mit dem Jahre 1880, also mit dem Beginn der neuen schutzzöllnerischen Aera auf dem europäischen Festlande, tritt in diesem Verhältnis eine schroffe Wendung ein: die englische Einfuhr aus Europa steigt noch immer, aber die Verhältniszahl seiner Warenausfuhr nach diesem sinkt ganz enorm. Dieses Mißverhältnis dauert fort und verschärft sich. So betrug die Wareneinfuhr Englands aus Deutschland im Jahresdurchschnitt 1881/87 24,6 Millionen Pfund Sterling, im Jahre 1904 dagegen 33,9 Millionen, also Vermehrung um fast die Hälfte, indessen fiel aber die englische Warenausfuhr nach Deutschland von 29 Millionen Pfund Sterling im Jahresdurchschnitt 1881/87 auf 25,1 Millionen im Jahre 1904. In gleicher Weise ändern sich die Handelsbeziehungen Englands zu den Vereinigten Staaten. Wie der Dingley- und der Mac Kinley-Tarif auf den Handelsverkehr Englands mit den Vereinigten Staaten gewirkt haben, zeigen folgende Zahlen: im Jahresdurchschnitt 1881/87 betrug die Wareneinfuhr Englands aus den Vereinigten Staaten 89,5 Millionen Pfund Sterling, im Jahre 1904 bereits 119,2 Millionen Pfund Sterling, dagegen sank seine Warenausfuhr nach den Vereinigten Staaten von 36,3 auf 20,2 Millionen Pfund Sterling. (Sämtliche Zahlenangaben nach Mulhall Dictionary und nach The Statesmanns Year-Book).

Aus den sehr lehrreichen Uebersichten, die W. A. S. Hewons (im Sammelwerk „Die Weltwirtschaft", herausgegeben von E. v. Halle 1906, Band III) gibt, stellen wir noch folgende Tabelle zusammen, die diese Entwicklung in manchen Details veranschaulicht.

Wiederausfuhr aller Waren, Einfuhr von Fabrikaten und der Ausfuhrüberschuß von Fabrikaten in England (in Millionen Pfund Sterling).

Im Jahresdurchschnitt	Wiederausfuhr	Einfuhr von Fabrikaten	Ausfuhrüberschuß von Fabrikaten
1871—1875	58	58	156
1881—1885	63	77	122
1891—1895	61	92	100
1901—1905	70	135	99

Hewons meint: „Sollte diese Tendenz anhalten, so würde Großbritannien in absehbarer Zeit mehr Fabrikate einführen als ausführen". Noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hieß es aber, England sei „die Werkstätte der Welt"! Diese Verdrängung Englands aus seiner industriellen Sonderstellung ist ja ein regelrechtes Ergebnis der Weltmarktsentwicklung, aber dieses Ergebnis wurde verschoben und verzerrt zuungunsten Englands durch die Schutzzölle der übrigen Staaten.

Indessen sie den englischen Warenzuzug durch Schutzzölle zurückhielten, benutzten die europäischen Industriestaaten den Freihandel Englands, um nach den englischen Kolonien zu dringen. Darauf deuten hin die steigenden Zahlen der englischen Wiederausfuhr. Besonders war es Deutschland, das sich den englischen Zwischenhandel zugute kommen ließ; es versäumte aber auch nicht, in einen direkten Handelsverkehr zu den englischen Kolonien zu treten, der sich um so rascher entwickelte, je weiter sich diese Kolonien auf dem Wege zu ihrer wirtschaftlichen und politischen Verselbständigung befanden.

Es ist eine offene politische Tatsache, daß der englische Imperialismus als Gegensatz zu den Schutzzollsystemen der übrigen Industrieländer auftritt. Insofern ist er als politischer Rückschlag der Weltmarktsentwicklung auf die ihr zuwiderlaufende Handelspolitik der Staaten aufzufassen. Eine Inkongruenz erzeugt die andre — so korrigiert sich die kapitalistische Entwicklung. Aber die Erscheinung hat noch ihre andre Seite. Der englische Imperialismus ist nicht nur der Reflex der europäischen und amerikanischen Schutzzollpolitik, er ist zugleich die politische Reaktion der englischen Kapitalistenklasse auf die soziale Entwicklung seiner Kolonien.

Wir wissen, daß die Entwicklung der kapitalistischen Kolonien sie zur Loslösung von ihrem Mutterlande führt. Dieser Prozeß wird begleitet von einer immer stärkeren Erweiterung der Handelsbeziehungen der Kolonien zu anderen Ländern unter Zurücksetzung des Stammlandes. Die Handelsstatistik der großen englischen Kolonien gibt uns dafür sehr klare Belege.

Die englische Wareneinfuhr betrug Prozente der gesamten Einfuhr der Kolonie (nach W. A. S. Hewons):

	Kanada	Australien	Neuseeland	Kapland	Natal	Ostindien
1885—1889	40,1	—	66,4	84,8	81,6	78,5 Proz.
1890—1894	36,1	70,5	65,2	80,9	75,8	72,4 „
1895—1899	26,7	66,5	64,2	72,9	69,3	68,6 „
1900—1904	24,5	58,6	59,7	63,4	57,9	65,0 „

Der Rückgang des Prozentanteils der englischen Wareneinfuhr zeigt sich in allen angeführten Gebieten mit einer frappierenden Regelmäßigkeit.

Das englische Kapital, das im Kampf gegen die schutzzöllnerischen Industriestaaten sich eine Monopolstellung in seinen Kolonien zu sichern sucht, muß dabei in einen immer schärferen Konflikt geraten mit der Produktionsentwicklung dieser Kolonien selbst, die, im Gegenteil, eine immer größere Entwicklung ihrer internationalen Handelsbeziehungen bedingt.

Die kapitalistische Produktionsentwicklung, die zu einem Ausgleich der technischen und sozialen Bedingungen der Produktion in der ganzen Welt führt, bringt damit zugleich wieder die geographischen und sonstigen natürlichen Zusammenhänge der Produktion, die sie erst selbst außer Wirksamkeit gesetzt hat, aufs neue mehr zur Geltung. So sehen wir einen wirtschaftlichen Konsolidierungsprozeß in Amerika, einen zweiten in Ostasien. Dieser soziale Zusammenschluß, getragen von der Weltmarktsentwicklung, muß an Macht gewinnen. Dagegen ist der englische Imperialismus, der es versuchen will, Länder, die in allen Welten zerstreut sind und durch ihre wirtschaftliche Entwicklung in immer tiefere Zusammenhänge mit ihrer Umgebung und mit der außerenglischen Welt gelangen, aus diesem Wachstumsprozeß herauszulösen und mit Hilfe der Staatsgewalt zu einer Welteinheit zusammenzufassen, trotz der Welten, die sie voneinander trennen, durchaus irrationell.

Der englische Imperialismus bedeutet nicht die Kräftigung, sondern die Todeszuckungen des englischen Kolonialreiches. Er ist nicht der Anfang, sondern der Abschluß einer Entwicklung. Der imperialistische Gedanke war im Anfang der englischen Kolonialpolitik*. England, wie auch die anderen Kolonialmächte Europas, dachte ja auch nicht im entferntesten daran, seinen Kolonien Selbständigkeit zu gewähren, und widersetzte sich dieser Entwicklung mit allen seinen militärischen Mitteln. Aber der englische Imperialismus erlitt schon im Ausgang des 18. Jahrhunderts seinen Todesstoß durch den

---

* England erließ im 17. und 18. Jahrhundert wiederholt für seine Kolonien Verbote, Waren anders als auf englischen Schiffen mit englischem Kapitän und englischer Bemannung einzuführen; es erließ Ausfuhrverbote für den Verkehr der Kolonien mit dem Auslande; es wurde eine spezielle Liste solcher Artikel aufgestellt, deren Ausfuhr nur nach England oder im Verkehr der Kolonien untereinander gestattet war — es befanden sich darunter von vornherein Zucker, Baumwolle, Tabak, auch wurde die Liste fortlaufend ergänzt, sodaß sie schließlich alle halbwegs bedeutenden kolonialen Ausfuhrartikel umfaßte; Prohibitivzölle für die ausländische Einfuhr nach den Kolonien wurden wiederholt angesetzt; damit nicht genug, war England bestrebt, jede Regung einer selbständigen gewerblichen Tätigkeit in seinen Kolonien durch Zölle und direkte Verbote im Keime zu ersticken; es belegte die Kolonien mit Steuern nach eigenem Ermessen. Es war ein Imperialismus, wie man ihn heutzutage gar nicht zu träumen wagt, und er führte zum Zusammenbruch des Systems — damals schon!

Abfall der amerikanischen Staaten. Seitdem verstand es Großbritannien, durch eine Politik der Anpassung und der Zugeständnisse einen mehr oder weniger losen politischen Zusammenhang mit seinen Ansiedelungskolonien aufrecht zu erhalten. Nunmehr ist die Entwicklung so weit gediehen, daß dem britischen Kolonialreich von allen Seiten der Zerfall droht. So sehen wir denn jetzt das englische Kapital, zumal da es zugleich einen schweren Kampf um seine Stellung auf dem Weltmarkt zu bestehen hat, im letzten Augenblick mit höchst ungeeigneten Mitteln den Verzweiflungsversuch machen, sein Kolonialreich zusammenzuhalten. Das ist der moderne englische Imperialismus.

Je schwieriger es aber wird, in den fortgeschrittenen Kolonien eine handelspolitische Monopolstellung aufrecht zu erhalten, je mehr man mit der Konkurrenz von Industrien rechnen muß, die in diesen Kolonien selbst oder an geographisch bevorzugten Stellen entstehen, desto mehr sieht sich auch das englische Kapital nach Kolonialgebieten um mit einer möglichst rückständigen kolonialen Entwicklung. So erscheint denn auch ihm Afrika als das Ziel seiner Sehnsucht.

Die Banken, die Kartelle und die Kolonialpolitik in Afrika.

In seinen Reden zur Verherrlichung der Kolonialpolitik spielte es der deutsche Kolonialdirektor Dernburg als einen gewichtigen Grund aus, daß in den letzten 22 Jahren das deutsche „Nationalvermögen" um „mindestens 30000 Millionen" gewachsen sei und daß die Einlagen in den Sparkassen 700 Millionen Mark jährlich betragen. Damit sollte in erster Linie bewiesen werden, daß, weil der Reichtum der Bourgeoisie steigt, es eine Undankbarkeit und eine Vermessenheit seitens des Arbeiters ist, wenn er sich über die Staatssteuern beklagt, durch die sein karger Lohn gekürzt wird. Aber im Geiste dieses Mannes, der berufen worden ist, die Geschäftspraxis der Banken auf die Politik des Deutschen Reiches zu übertragen, haben diese Zahlen noch eine andre sehr wesentliche Bedeutung: sie sind in seinen Augen ein Kapital, das nach einer Anlage sucht, die ihm, wenn nicht anders, durch Gewalt geschaffen werden muß. Er stellt es als einen großen Fehler hin, daß Deutschland nicht früher schon eine weit ausgreifende Kolonialpolitik getrieben habe, und erklärt: „Wir sind heute durch das Expansionsbedürfnis unsrer Industrie noch viel mehr dazu gezwungen, als früher." Schließlich beruft er sich noch auf das Urteil eines französischen Schriftstellers: „Das Deutschland von heute muß entweder über See verkaufen oder untergehen."

Nicht Deutschland, sondern die Herrschaft des Kapitals steht vor dem Untergang, und das nicht bloß in Dentschland allein!

Daß der Leiter der deutschen Kolonialpolitik den überseeischen Handel mit dem kolonialen Handel einfach zusammenwirft, so daß der Handelsverkehr

mit Amerika, den man durch Schutzzölle unterbindet, dazu herhalten muß, die Dampfersubventionen für den Verkehr mit Afrika zu rechtfertigen, genügt, an dieser Stelle konstatiert zu haben.

Für uns ist wichtig, daß wir in der angeführten offiziellen Begründung der deutschen Kolonialpolitik jene eigentliche Triebkraft der modernen kapitalistischen Kolonialpolitik zu erkennen vermögen, die wir vorher festgestellt haben. Allerdings tritt sie uns jetzt in einer verballhornten Form entgegen, die durch die Verwechslung der kapitalistischen Entwicklung als Klassenerscheinung mit der sozialen Entwicklung der Nationen erzeugt wird. Unter dem steigenden „Nationalvermögen" ist die steigende Kapitalanhäufung zu verstehen. Diese erzeugt das „Expansionsbedürfnis der Industrie". Warum aber das Ausdehnungsbedürfnis der Industrie nicht eine entsprechende Ausdehnung des inneren Marktes schafft, ist ein Problem, das außerhalb der Schranken des kapitalistischen Intellekts fällt. Wir wissen, daß dieser Widerspruch sich aus der kapitalistischen Ueberproduktion ergibt, daß die kapitalistische Eigentumsform der Erweiterung des Konsumtionsbedarfs auf dem kapitalistischen Warenmarkt im Wege steht. Deshalb das Bestreben des Kapitals, über den inneren Markt hinaus auswärtige Märkte zu gewinnen, ein Bestreben, das außerdem noch durch die steigenden Wechselbeziehungen der Weltproduktion ungemein gefördert wird. Die kapitalistischen Staatsmänner vermögen die Erscheinung nicht zu erklären, aber die Tatsache drängt sich ihnen gebieterisch auf — sie nehmen sie deshalb als Naturnotwendigkeit hin.

Herr Dernburg spricht im Börsenjargon. So viel aber ergibt sich aus seiner Darstellung ohne weiteres, daß es sich in der modernen Kolonialpolitik weniger um den wirtschaftlichen Nutzen der Kolonien, als um eine innere Triebkraft des Kapitals handelt, die es zwingt, die Kolonialgebiete aufzusuchen — wo und wie sie auch sein mögen. Diese Triebkraft kommt in der steigenden Anhäufung von Geldkapital zum Ausdruck, obwohl damit noch keineswegs das Maß ihrer Größe gegeben ist.

Das 19. Jahrhundert hat zu einer kolossalen Anhäufung und Konzentration des Geldkapitals geführt. Nach Mulhall zeigt der Bankreichtum (Kapital, Reservefonds und Depositen der Banken) in Großbritannien folgende Entwicklung:

Im Jahre	Mill. Pfund Sterling	per 1 Einwohner
1825	89	4.1
1835	101	4.0
1840	132	5.0
1850	260	9.3
1874	782	24.4
1890	910	24.0

Diese Zahlen zeigen nur das Maß der Kapitalanhäufung, nicht ihren absoluten Betrag, und zwar deshalb nicht, weil ja die Einlagen nicht in den Bankkassen stecken bleiben, sondern weitergegeben werden. Zugleich ersehen wir aus diesen Zahlenreihen die fortschreitende Konzentration des Geld-

kapitals durch die Banken. Das Geld wird aus allen Privatkassen geholt und in den Banken zusammengetan. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts fanden noch die Sparkassen eine starke Verbreitung, die das Portemonnaie des kleinen Mannes erleichtern. Mulhall gibt folgende Zahlen über die Entwicklung der Sparkassen in Europa:

	Einlagen in Millionen Pfund Sterling	Einlagebesitzer	Auf 1000 Einwohner Sparkassenbücher
1840	38.7		
1850	52.7	2 748 000	12
1860	127.1		
1870	246.3	10 482 000	40
1889	648.3	*19 875 000	*67
1896	955.3	42 010 000	130

Das sichtbare Quantum des zirkulierenden Geldkapitals steigt also im 19. Jahrhundert, außer infolge der steigenden Kapitalanhäufung, noch deshalb, weil sämtliche Stauungsplätze der Geldzirkulation aufgehoben werden, da der Fabrikant und Kaufmann das sämtliche einlaufende Geld in die Bank tragen oder in Wertpapieren anlegen, also den Barbestand ihrer Kassen auf ein geringes Minimum zurückbringen. Die Entwicklung des Abrechnungsverkehrs der Banken reduziert die Barzahlungen selbst und ersetzt sie durch eine Kontoumschreibung. Zu gleicher Zeit wird von den Banken und Sparkassen auch das Geld des Bauern und des Handwerkers, das Einkommen der sozialen Schichten, die außerhalb der Produktionsprozesses stehen: der liberalen Berufsarten — Aerzte, Advokaten usw. und der Beamten, und selbst der Lohn des Arbeiters und das Geld des Dienstmädchens kapitalisiert, noch bevor es von diesen als Zahlungsmittel, also zum Wareneinkauf benutzt wurde. Die Mehrung des Geldkapitals, die sich bei der Kapitalistenklasse von selbst aus dem Ueberschuß des Mehrwerts über den zum Unterhalt der Klasse nötigen Bedarf ergibt, das erzeugen diese anderen Klassen der Bevölkerung künstlich durch Einschränkung ihres Bedarfs, durch „Sparsamkeit". Die Wirkung der so viel gepriesenen Sparkassen ist demnach in gleichem Maße Einschränkung des Konsumtionsbedarfs auf dem Markte und Steigerung der „Expansionskraft der Industrie" — so wird die kapitalistische Ueberproduktion, der Widerspruch zwischen der Produktionsentwicklung und der Eigentumsform, erst recht verschärft und gesteigert.

Kommt noch eine Tatsache hinzu, die auf einem von Marx festgestellten Gesetz der kapitalistischen Produktionsentwicklung beruht, aber der Kapitalistenklasse nicht in ihren ursächlichen Zusammenhängen, sondern nur in ihrer Wirkung, als steigender Antrieb zur Ausdehnung der Produktion, zum Bewußtsein kommt. Das ist das Gesetz der sinkenden Profitrate. Um dieses Gesetz zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, daß mit der Entwicklung der Technik der Arbeiter in den Stand gesetzt wird, immer größere Mengen Rohstoff zu verarbeiten, kompliziertere Maschinen zu bedienen, und daß infolgedessen die Kapitalanlage per Arbeiter, soweit es sich

* Diese Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1882.

um die Ausgaben für Rohstoffe, Maschinen und die sonstige Fabrikeinrichtung handelt, sich sehr stark vermehrt. So hat z. B. im deutschen Flußeisenbetrieb — nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich — im Jahre 1885 ein Arbeiter durchschnittlich im Jahr 51,3 Tonnen Roheisen verarbeitet, im Jahre 1904 aber 80 Tonnen; während der gleichen Zeit stieg die Wertsumme der vom Arbeiter durchschnittlich produzierten Waren von 5200 Mk. auf 7000 Mk. Der Mehrwert, den der Arbeiter dem Kapitalisten liefert, steigt aber nicht in dem gleichen Maße, er kann sogar stabil bleiben oder sinken. Der steigende Mehrwert der gesamten Jahresproduktion der Gesellschaft verteilt sich darum auf ein in größerer Progression gestiegenes Kapital und gibt einen geringeren Gewinnsatz. Das Gesetz der sinkenden Profitrate überträgt sich auf den Kreditverkehr und kommt in dem sinkenden Zinsfuß zum Ausdruck. So war z. B. der durchschnittliche Zinsfuß der Bank von England:

1801—50	1851—60	1861—70	1871 -80	1881—88
4,5 %	4,1 %	4,2 %	3,3 %	3,3 %

Wo aber auch der steigende Geldzufluß der Banken herrühren mag, von der steigenden Kapitalanhäufung, oder von der Verallgemeinerung und Erleichterung, von der Ueberwindung der toten Punkte seiner Zirkulation, oder von der Einschränkung des Bedarfs der Konsumenten, und was auch das Sinken des Zinsfußes bedingen mag, das aus der Produktion sich ergebende Gesetz der sinkenden Profitrate oder die übermäßige Anhäufung von Geldkapital — beides wird von den Banken resp. von der Kapitalistenklasse als „Mangel an Kapitalanlage" aufgefaßt, dem man durch Ausdehnung der Industrie abzuhelfen sucht.

Indem die Kapitalistenklasse dem Gesetz der sinkenden Profitrate durch weitere Ausdehnung der Industrie, verbunden mit technischen Umwälzungen, zu entgehen sucht, bedingt sie im letzten Grunde erst recht das Sinken der Profitrate. Da es ihr aber durch eine treibhausmäßige Entwicklung der Industrie tatsächlich gelingt, für einen kurzen Zwischenraum den Zinsfuß in die Höhe zu bringen, so vermag sie sich die Schlußwirkung, das noch stärkere Sinken des Zinsfußes, nicht zu erklären und wiederholt das gleiche Spiel von neuem.

Durch die allgemeinen Gesetze und durch die inneren Zusammenhänge und Wechselwirkungen der widerspruchsvollen kapitalistischen Entwicklung zu einer unaufhaltsamen Ausdehnung angetrieben, sucht die kapitalistische Industrie den Schranken, die ihr die durch die Ausbeutung der Arbeiter bedingte Einschränkung des Warenbedarfs der Konsumenten auferlegt, dadurch zu entgehen, daß sie sich auf die Produktion von Produktionsmitteln wirft. Jedes neue Produktionsmittel wird ihr zum willkommenen Mittel, die alten zu zerstören, die Fabriken zum Bankerott zu treiben, um an ihre Stelle eine neue Industrie zu setzen. Jede technische Aenderung wird auch sofort nach allen Ländern verpflanzt. Und wo auch nur sich eine industrielle Tätigkeit zu regen beginnt, wird sie sofort aus den Industriestaaten mit Maschinen und Halbfabrikaten unterstützt. Es hat sich deshalb zu Ende des

19. Jahrhunderts eine Aenderung in der technischen Zusammensetzung der europäischen Industrie herausgebildet, die von großem Einfluß ist auf ihre Marktentwicklung im 20. Jahrhundert. An Stelle der Textilindustrie ist nämlich die Eisen- und Maschinenindustrie in den Vordergrund der industriellen Produktion getreten. Hat man früher billige Kattune nach den fremden Ländern gebracht, so sucht man jetzt nach Gebieten, wo man ganze Industrien entstehen lassen könnte. Wie man heutzutage auf den Weihnachtstisch des Kindes Eisenbahnen und Wassermotore als Spielzeug bringt, so verpflanzt man in Wirklichkeit nach Asien Eisenbahnen und Baumwollspinnereien.

Und so sehen wir denn, daß auch in Afrika der Eisenbahnbau in den Vordergrund der Kolonialpolitik tritt. Will man eine Erklärung dafür haben, so wird man sie viel weniger in der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas, als in der Entwicklung der Eisenindustrie in Europa und Amerika finden. Die Eisen- und Maschinenindustrie war es, die, nach dem Ausbau der Eisenbahnen in den Industriestaaten, sehr wesentlich zum forcierten Bau von Panzerschiffen angetrieben hat und jetzt mit Macht dazu treibt, Eisenbahnen in Afrika zu bauen.

Diese Entwicklung wurde noch begünstigt durch die Kartelle, Syndikate und die Konzentration der Banken.

Wir berühren hiermit eine Erscheinung, die für die kapitalistische Entwicklung unsrer Zeit bereits eine grundlegende Bedeutung gewonnen hat. An dieser Stelle können wir sie, selbstverständlich, nur im Zusammenhang mit unserem eigentlichen Thema flüchtig skizzieren.

Die Konzentration des Geldkapitals in den Banken führte zur Konzentration der Banken. Die industrielle Konzentration ergab sich aus der technischen Entwicklung und der kapitalistischen Konkurrenz, sie wurde aber durch die Konzentration des Geldkapitals — in den Banken und in dem Besitz einzelner — eminent gefördert. In den Kartellen und Syndikaten haben wir eine Konzentration des industriellen Kapitals vor uns, die zum Teil über die technische Betriebskonzentration hinausgeht, zum anderen diese erst bedingt. Andererseits fällt die Schranke zwischen dem reinen Geldkapital und dem industriellen Kapital: die Banken sind im Besitze der Aktien und der Kreditverpflichtungen der industriellen Unternehmungen, diese besitzen ihrerseits die Aktien der Banken und sind in ihren Aufsichtsräten vertreten. Das Ganze wird von den Industriekartellen und den Bankkonsortien beherrscht. Als dritter im Bunde erscheint der kapitalistische Staat, dessen Budget die größte Konzentration des industriellen wie des Geldkapitals darstellt. Durch die technischen Umwälzungen des modernen Kriegswesens und durch die Staatsschulden — zwischen beiden bestehen weitgehende Wechselwirkungen — ist der Staat mit dem Privatkapital auf das innigste verbunden.

Den Gesetzen der kapitalistischen Weltmarktsentwicklung folgend, die zur Weltproduktion treibt, hat das konzentrierte Kapital längst den Boden des „nationalen" Staats verlassen und Stützpunkte in den entferntesten Teilen der Welt gefunden.

A. Ferler gibt in dem von uns wiederholt zitierten Halleschen Sammelwerk „Die Weltwirtschaft" eine Uebersicht der Entwicklung der internationalen Beziehungen der Banken im Jahre 1905, aus der man sich einen Begriff machen kann über die Tragweite dieses Prozesses.

„In Aegypten vollzieht sich in der Hauptsache die weitere Erschließung durch englisches und namentlich französisches Kapital; erwähnt sei die Kapitalerhöhung der Agricultural Bank of Egypt um 1240000 Pfund Sterling, die Errichtung einer Banque France-Égyptien mit $12^1/_2$ Millionen Franken Kapital durch den Crédit Mobilier Français unter Beteiligung des Credito Italiano, die Gründung einer Land-Bank of Egypt mit 500000 Pfund Sterling Aktien, die in Paris eingeführt wurden, sowie endlich die Riesentransaktion des Crédit Foncier Égyptien, der den Hypothekenbestand der Cairo Sanich Company übernimmt, unter Erhöhung seines Aktienkapitals von 100 Millionen Franken auf 200 Millionen Franken und Emission von 130 Millionen Franken Obligationen. Daneben macht sich in Aegypten italienisches Einflußstreben geltend in der Errichtung neuer Filialen der Banco du Roma, österreichisches in der Niederlassung der österreichischen Länderbank in Kairo und Alexandrien, gemeinsam mit der Banque de Salonique, die ihr Kapital um 1 Million Franken auf 6 Millionen Franken und im neuen Jahre wieder auf 8 Millionen Franken erhöht, sowie in der Beteiligung der Unionbank-Wien an der Cassa du Sconto e di Risparmio in Alexandria und Kairo, von deren um 5 Millionen Franken auf 10 Millionen Franken erhöhtem Aktienkapital sie 2 Millionen Franken übernimmt. Aber auch Deutschland erscheint auf dem Plan. Die Nationalbank für Deutschland errichtete bereits zu Anfang des Jahres gemeinsam mit griechischen Banken die Orientbank in Athen, deren Organisation gegen Ende des Jahres, unter Mitwirkung der Gruppe Dresdener Bank-Schaffhausen, eine bedeutende Erweiterung erfährt: während das Athener Institut mehr auf Griechenland beschränkt wird, erhält eine zweite, gemeinsam mit ihr operierende und mit 16 Millionen Mk. Kapital ausgestattete Deutsche Orientbank das weitere Arbeitsfeld; sie setzt sich in Konstantinopel fest, Niederlassungen in Alexandrien, Kairo, Smyrna, Saloniki sind bereits ausgeführt oder geplant. Eine andre deutsche Gruppe geht in Bulgarien vor: die Diskontogesellschaft und das Haus Bleichröder errichten die Bulgarische Kreditbank in Sofia mit 3 Millionen Franken Kapital. Das aber gibt den Anstoß zu einer lebhaften Expansionstätigkeit französischer und namentlich österreichischer Institute, welche letzteren sich in ihrer eigensten Domäne bedroht fühlen und auf Veranlassung und unter Patronanz ihrer Regierung zu Gegenzügen schreiten So wird jetzt die vor sieben Jahren von der Pester Ungarischen Commercialbank ins Leben gerufene Banque de Commerce in Sofia beträchtlich erweitert, mit einer neuen Filiale in Philipopel zu den schon bestehenden in Rustschuk und Warna, und unter vorwiegend französischen Einfluß gebracht, indem die Banque de Paris et des Pays-Bas von dem um 3 Millionen Franken auf 4 Millionen Franken erhöhten Kapital zwei Drittel übernimmt. Der Wiener Bankverein errichtet gleichfalls eine neue Bank in Bulgarien; er und außerdem die Union-

bank in Wien betreiben die Errichtung von Niederlassungen in Konstantinopel. Englisches, französisches und italienisches Kapital endlich setzen sich in Abessinien fest, während die nach gleicher Richtung geführten deutschen Bestrebungen bisher ohne Ergebnis sind: mit Domizil in Kairo und Hauptsitz in Addis Abeba wird unter Führung der National Bank of Egypt, neben der insbesondere die Société Générale de Crédit Industriel et Commercial in Paris und die Banca d'Italia in Rom im Verwaltungsrate vertreten sind, die Bank von Abessinien mit 500000 Pfund Sterling Aktienkapital gegründet, das zu 140 Proz. zur Zeichnung aufgelegt wird; ihr werden neben ihrer Hauptaufgabe, dem Betrieb von Bank-, Handels-, Finanz- und Industriegeschäften, von dem Khedive auch die Regelung des abessinischen Geld- und Münzwesens und die Ausgabe von Noten, sowie auch der Geldverkehr der Regierung unter Gewährung eines Vorzugsrechts auf alle Anleihe-Emissionen übertragen. Zur Vertretung der Interessen des deutschen Handels in Amerika (außerhalb der Union) werden zwei neue Institute ins Leben gerufen, die Bank für Zentralamerika in Guatemala mit 10 Millionen Mk. Aktienkapital von der Gruppe der Deutschen Bank, sowie ferner von der Interessengemeinschaft Dresdener Bank-Schaffhausen in der Gemeinschaft mit der Nationalbank für Deutschland eine Deutsch-Südamerikanische Bank mit nominell 20 Millionen Mk. Kapital, die ihre Tätigkeit in Buenos-Aires aufnimmt. Daneben eröffnet die Bank für Chile und Deutschland neue Niederlassungen in La Paz und Druru in Bolivia, die Deutsch-Ueberseeische Bank eine solche in Lima in Peru. Aber auch der französische Einfluß gewinnt hier neue starke Vertretungen: die Union Parisienne gründet in Gemeinschaft mit der Société Générale der Belgique eine Banque Hypothécaire France-Argentine, sowie ferner eine Société Financière France-Américaine mit einem Kapital von 50 Millionen Franken, unter Beteiligung von Speyer & Co. und A. Iselin & Co. in New York. Auch an der in Aussicht stehenden Rekonstituierung der Brasilianischen National-Bank mit wahrscheinlich 130 Millionen Franken Kapital wird französisches Bankkapital in hervorragendem Maße beteiligt sein. Im fernen Osten endlich konkurrieren England und Deutschland. Während die Deutsch-Asiatische Bank eine Agentur in Peking eröffnet und als erste deutsche Bankvertretung in Japan eine Niederlassung in Yokohama errichtet, gründen englische Finanziers mit 50000 Pfund Sterling Aktien- und 1 Million Pfund Sterling Obligationskapital die Japanese and Eastern Corporation Ltd., die in der Hauptsache die Finanzierung japanischer Industrie-Unternehmungen, daneben auch die Pflege des Warengeschäfts zum Zweck hat.

..... Daneben zeigt aber auch das abgelaufene Jahr wieder neue Schritte weiterer internationaler Verschlingung auf finanziellem Gebiete, die die territorialen Grenzen immer mehr verschwinden, die Entfernungen immer mehr an Bedeutung verlieren, den Geldmarkt der Welt, oder wenigstens der alten, immer mehr als einheitliches großes Gebiet hervortreten läßt. Auch hier ist es wieder Deutschland und, von ihm angefeuert, Oesterreich, die besonders lebhaft den Ausbau ihrer internationalen Verbindungen betreiben. So, wenn die Darmstädter Bank an dem Crédit

Anverçois näheren Anteil nimmt, wenn ähnlich wie die Diskonto-Gesellschaft mit Kuhn, Loeb & Co., die Deutsche Bank mit Speyer & Co. und die Handelsgesellschaft mit Hollgarten & Co. in New York, so jetzt auch die Dresdner Bank mit dem Hause J. P. Morgan & Co. in New York zu einem Bündnisse kommt, das hauptsächlich ein Abkommen über wechselseitige Offenhaltung zur Beteiligung an Emissionsgeschäften einschließt, wenn weiter dasselbe Institut sich in Madrid eine Kommandite schafft, wenn die der Nationalbank nahestehende Firma E. Friedländer & Co. Ltd. in Johannesburg (Transvaal) ihr Kapital von 127500 Pfund Sterling auf 227500 Pfund Sterling erhöht, wenn die Berliner Handelsgesellschaft sich enger mit der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft liiert, dadurch zugleich ein Bindeglied zwischen der deutschen und der österreichischen Montanindustrie schaffend, wenn der A. Schaffhausensche Bankverein eine engere Verbindung mit der Wiener Unionbank eingeht, auch wenn überhaupt deutsche und französische Kapitalien sich in weitgehendem Maße an den Kapitalserhöhungen der österreichischen und italienischen Banken beteiligen, die ohnehin vielfach schon mehr oder minder unter ihrem Einflusse stehen. Oder aber wenn auf der anderen Seite die Wiener Unionbank die Londoner Broker-Firma Rosenberg & Kantor in London kommanditiert mit dem Vorbehalt ihrer künftigen Ausgestaltung zur Filiale, wenn die Länderbank ebenfalls ihre Londoner Filiale erweitert und zahlreiche österreichische Institute gemeinsam nähere Verbindung mit Amerika in einer allerdings noch nicht feststehenden Form sich zu schaffen suchen, wenn die österreichische Regierung selbst die Gründung einer Oesterreichischen Ueberseebank unter Beteiligung aller Banken anregt, u. a. m. Hierzu paßt dann, wenn Deutschland, nach dem ihm von England und Frankreich längst gegebenen Beispiel, jetzt auch mit dem bankmäßigen Ausbau seiner afrikanischen Kolonien beginnt, indem in Togo eine deutsche Bankstelle ins Leben tritt, die Hamburger Firma Woermann in Gemeinschaft mit der Diskonto-Gesellschaft und der Norddeutschen Bank eine Bankagentur in Swakopmund gründet, und indem vor allem unter Beteiligung verschiedener deutscher Bankgruppen nunmehr die Deutsch-Ostafrikanische Bank mit einem bis 10 Millionen vermehrbaren Grundkapital von zunächst 2 Millionen Mark errichtet wird, die, unter Vorbehalt einer Gewinnbeteiligung für den Landesfiskus des deutsch-ostafrikanischen Schutzgebietes, das Recht der Notenausgabe erhält."

Das nationale Kapital verläßt sein Vaterland, um die industrielle Entwicklung fremder Länder zu fördern, vereinigt sich, verschmilzt mit dem fremdländischen Kapital, so daß deutsch, amerikanisch, türkisch, griechisch gar nicht mehr auseinanderzuhalten ist. Ubi bene, ibi patria! Wo der Profit winkt, da ist das Vaterland!

Die Internationalität der Entwicklung des Geldmarkts* steht im

---

* Die Internationalität des Marktes für das Geldkapital wie die Internationalität des Warenmarkts führte im 19. Jahrhundert den allgemeinen Uebergang zur Goldwährung herbei. Die Entwicklung geht aber schon weiter. Die Geldzahlung gehört überhaupt in die Periode der entwickelten Warenproduktion,

schroffsten Gegensatz zu der nationalen Schutzzollpolitik der Industriestaaten und ist insofern wiederum ein Beweis dafür, daß diese letztere sich im Widerspruch befindet zu der Weltmarktsentwicklung. Das hindert jedoch das nationale Kapital nicht, bei seinen internationalen Wanderungen und Wandlungen sich der Mittel des nationalen Staats zu bedienen, um sich Sondervorteile zu verschaffen.

„Immer häufiger wird in den mit allem Hochdruck diplomatischer Unterstützung geführten Anleiheverhandlungen mit fremden Staaten die Zuweisung oder Zusicherung industrieller Aufträge zur Vorbedingung gemacht, wobei übrigens schon in manchen Fällen diese Staaten eine solche Ausnutzung ihres Kreditbedürfnisses teils als beleidigende Zumutung empfinden, teils aber sie auch in geschickter Weise als Zankapfel zwischen den Bewerbern zur Erreichung besserer Anleihebedingungen zu benutzen verstehen. Monatelang dauert z. B. der heftige Konkurrenzkampf zwischen der deutschen und der französischen Türkengruppe, der endlich durch Teilung von Anleihe und Aufträgen zwischen beiden gelöst wird. Von den durch die deutsche Gruppe übernommenen 2,64 Millionen Pfund Sterling dient der Hauptteil für Kanonenlieferungen von Krupp; die französische Gruppe erreicht nach weiteren vierwöchigen Verhandlungen neben industriellen Bestellungen auch noch die Bewilligung ihrer Forderungen für die syrische Eisenbahn und in der Kai-Frage, sowie (nach dem Ausscheiden der deutschen Konkurrenz) die Herabdrückung des Uebernahmekurses um $^1/_2$ Proz. Noch merkwürdiger sind die Verhandlungen mit Serbien, wo eine nach unendlichen Mühen abgemachte französisch-deutsch-österreichische Anleihe von 110 Millionen Franken schließlich doch nicht perfekt wird, weil das serbische Ministerium über die damit verbundenen Geschützlieferungs-Verträge zu Falle kommt, und wo eine zweite, gegen Ende des Jahres noch vereinbarte 70 Millionen-Anleihe bei österreichischen Banken infolge des ausgebrochenen Zollkriegs wiederum scheitert. Aehnliches, wenn auch mit anderem Ausgange, wiederholt sich bei der 5prozentigen Anleihe des brasilianischen Staats Sao Paolo von 3,89 Millionen Pfund Sterling, welche die Dresdener Bank in Gemeinschaft mit der Banque de Paris et des Pays Bas abschließt, und die bezeichnenderweise durch die Vertreterin des deutschen Stahlwerksverbandes und der Firma Krupp in Rio de Janeiro vermittelt ist: Als bekannt wird, daß die der Anleihe verpfändete Sorocabana-Eisenbahn durch den Anleihevertrag verpflichtet wird, ihren Materialbedarf ausschließlich bei Krupp zu decken, erhebt sich solcher Widerspruch, daß die Dresdener Bank diese Bestimmung aus dem Vertrag ausscheiden muß, aller-

---

die kapitalistische Weltmarktsentwicklung sucht sie zu überwinden. Das Geld verwandelt sich in eine Rechnungsgröße, verliert sein gegenständliches Dasein, es wird zu einem abstrakten Begriff. Damit hört aber nur noch der Fetischkultus des Geldes auf und es bleibt sein Kultus als einzige und abstrakte Gottheit.

Mit dem Uebergang zur Goldwährung hören die Schwankungen der Staatsbanknoten bezw. Kreditbillette auf. Zugleich findet ein Ausgleich des Diskontosatzes statt — eine Erscheinung, die jedoch auf viel tiefere Ursachen zurückzuführen ist, nämlich auf den Ausgleich der Profitrate.

dings wohl ohne dadurch die Bestellungen selbst zu streichen. Erwähnt seien in diesem Zusammenhange auch die Bemühungen der Deutschen Bank um Pachtung und Ausbeutung der staatlichen rumänischen Petroleumfelder, die einstweilen erfolglos geblieben sind.

Nicht minder zahlreich sind die Fälle ausländischer Anleihebewilligungen zur Unterstützung der Politik des eigenen Landes. Besonders charakteristisch ist in dieser Hinsicht der 10 Millionen-Vorschuß eines deutschen Konsortiums (Bleichröder, Mendelssohn, Diskonto-Gesellschaft, Handels-Gesellschaft) an den Sultan von Marokko, sowie die im Laufe der diplomatischen Verhandlungen erfolgte Abtretung der Hälfte dieses Vorschusses an eine französische Gruppe. Charakteristisch ist ferner die Bewilligung der 500 Millionen-Anleihe an Rußland durch das deutsche Konsortium in Verbindung mit dem deutsch-russischen Handelsvertrag, sowie die offizielle Approbation der deutsch-japanischen Anleiheverhandlungen durch den deutschen Reichskanzler. In allen diesen Fällen tritt die Verbindung von allgemeiner Politik und Bankenpolitik ganz unverhohlen zutage, doch darf eine gewisse Wechselwirkung zwischen Anleihegewährung und Förderung politischer wie wirtschaftlicher Beziehungen andererseits in der Regel auch dort vermutet werden, wo die Absicht danach weniger deutlich erkennbar ist oder vielleicht auch wirklich bei dem Abschluß selbst nur als nebensächliches Moment bestanden hat. (A. Feiler.)

So sehen wir denn in holder Eintracht zusammenwirken: die Industriekartelle, ganz besonders in der Eisenindustrie, die Banken und den Staat. Diese Dreieinigkeit beherrscht die kapitalistische Politik. Wenn man sich das vor den Augen hält, ist man nicht mehr überrascht über das Zusammenwirken der Banken und der Regierung bei den letzten Reichstagswahlen. Indessen man sich im deutschen Reichstag um die Anwendung und die Schranken der politischen Gewalt mit der Regierung herumstreitet, unterwerfen sich die Kartelle und die Banken, außerhalb des Reichstags, die Regierung und machen sie zum Geschäftsträger ihrer Politik. Die Reichstagswahlen 1907 haben dies eklatant zum Ausdruck gebracht. Nicht um die Kolonialpolitik allein handelt es sich dabei, sondern um die gesamte Politik des Staats, auf allen Gebieten, wenn auch die Kolonialpolitik und ganz besonders der Eisenbahnbau in den Kolonien das nächste Ziel ist, welches die Kartelle und die Banken erstreben.

Die Frage des Eisenbahnbaues in den Kolonien ist weniger eine Frage der Rentabilität, als eine Frage der Staatsgarantie, respektive der Inanspruchnahme der Finanzmittel des Staats. Darin sind die Befürworter der Kolonialpolitik durchaus einig.

Ende der 90er Jahre veranstaltete das Institut Kolonial International eine Enquete über den Eisenbahnbau in den Kolonien, deren Ergebnis 1900 publiziert wurde. Die Zusammenfassung des Ganzen führt zu folgenden Ergebnissen: „Die Unmöglichkeit, den Wert der Arbeiten vom Gesichtspunkte einer bestimmten Verhältnismäßigkeit und als Geldanlage im voraus zu bestimmen, ist ein Charakterzug aller auswärtigen Unternehmungen .... Also, abgesehen von ganz exzeptionellen Verhältnissen, kann dem Privatkapital ein

klares Bild über die Zukunft der Unternehmung nicht gegeben werden. Es ist notwendig, daß der Staat, dieser vorausschauende Vormund der Interessen der Nation (will sagen: der Banken und Kartelle!) eingreife." Und an anderer Stelle: „Bei einigen Eisenbahnen, z. B. jenen in Usambara und im unabhängigen Kongostaat, hat der Staat nicht eingegriffen, um dem in der Unternehmung engagierten Privatkapital Garantie zu leisten .... In solchen Fällen, wo der Staat nicht mit Geldmitteln eingreifen kann, muß er zur Kompensation alle Vorteile gewähren, über die er verfügt: hohe Tarifsätze, Steuerbefreiung während einer bestimmten Zeit, Erleichterungen bei der Beschaffung der Arbeitskräfte (Arbeitszwang der Eingeborenen!), Ausnutzung der Waldbestände, der Steinbrüche, der Wasserfälle usw. und dann: Konzessionen zum vollen Eigentum von Ländereien, Gruben, Steinbrüchen usw., im Verhältnis zu dem Risiko, welches die Gesellschaften zu ertragen haben. Das haben bei den Eisenbahnen, von denen wir soeben sprachen, die deutsche Regierung und die Regierung des Kongostaats vorzüglich begriffen. Andre Eisenbahnen haben offizielle Garantien ihres Kapitals mit $3^1/_2$ bis 4 Proz. erhalten. So war es bekanntlich bei der Mehrzahl der Eisenbahnen in Ostindien, in Algier usw. .... Schließlich, gewisse Eisenbahngesellschaften haben sehr hohe Zinsgarantien erhalten. Wir erwähnen, unter anderem, die Eisenbahnen von Süd-West-Brasilien, denen ein Minimum der Verzinsung mit 6 Proz. zugesichert wurde, desgleichen jene der portugiesischen Provinz Angola." (Les chemins de fer aux colonies et dans les pays neufs P. I. VI Conclusions des rapporteurs.)

Darum werden denn auch bei den kolonialen Eisenbahnbauten alle möglichen anderen Gesichtspunkte — strategische, allgemein wirtschaftliche, zivilisatorische — vorgeschoben, um nur die Frage der Rentabilität zu umgehen.

Wo der Staat selbst die Eisenbahnen baut, machen die Banken das sicherste Geschäft: denn sie liefern dem Staat das Kapital dazu und erhalten es von ihm verzinst, ohne sich weiter darum zu kümmern, ob der Staat die Verzinsung herauswirtschaftet oder nicht. Desgleichen machen die Industriekartelle durch Schienenlieferungen usw. mit dem Staat das beste Geschäft.

Unter diesen Umständen braucht es kein Wunder zu nehmen, daß das Eisenbahnnetz Afrikas in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte macht. Es betrug die Gesamtlänge der Eisenbahnlinien in Afrika:

im Jahre 1890 . . . . . 9386 Kilometer
„ „ 1904 . . . . . 26074 „

Das ist aber nur der Anfang der Entwicklung, denn Afrika ist ja ein gewaltiges Gebiet. Gigantische Pläne tauchen auf, wie z. B. der Bau einer Eisenbahn durch Sahara oder einer Küstenbahn, die Alexandrien mit Kapstadt, den äußersten Norden mit dem äußersten Süden Afrikas vereinigen soll. Warum nicht auch? Der Staat zahlt es. Für die Völker Europas bedeutet das aber steigende Steuerlasten.

Afrika ist in kolonialer Beziehung alles weniger denn ein einheitliches Gebiet. Seine Nordküste, am Mittelländischen Meere, ist von den Negern der Tropen nicht nur durch die große Wüste, sondern durch ihre ganze Ge-

schichte getrennt. Hier müht sich Frankreich seit drei Vierteljahrhunderten kolonisatorisch ab. Algerien hat ihm bereits mehr gekostet, als seine Kriegsentschädigung an Deutschland betragen hatte; das Defizit vermindert sich aber nicht, sondern schwillt ganz enorm an, da zu den stets wachsenden Militärausgaben nunmehr auch noch die Ausgaben für den Eisenbahnbau hinzukommen. Während der 75 Jahre seit der Besitzergreifung Algiers hat Frankreich etwa 6265 Millionen Mk. für diese Kolonie mehr verausgabt, als es aus ihr bezogen hatte. In den letzten 6 Jahren, 1901—1906, sind 1480 Millionen drauf gezahlt worden. Die Summe der Zinsgarantien, die der französische Staat für die algerischen Eisenbahnen bereits gezahlt hat, beträgt über 700 Millionen Mk.

Andre soziale Verhältisse wiederum zeigt Aegypten. In diesem Staat disponiert England, das seit 1882 hier eine Okkupationsarmee unterhält. Aegypten ist ein Teil der europäischen Orientfrage, deren Lösung immer dringender wird, aber mit den größten Gefahren für den Frieden Europas verbunden ist.

Das eigentliche Kolonisationsgebiet ist Zentralafrika. Seine westliche Küste wird seit Jahrhunderten von Europäern aufgesucht. Erst holte man sich hier Gold, dann — Menschen. Das ist das eigentliche Gebiet der Sklavenjagden. Aber erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, mit der Entdeckung des Kongolaufes durch Stanley (1878), dringt man in das Innere des Landes.

Wenn man sich die Handelsstatistik Zentralafrikas ansieht, so findet man überall in ewiger Wiederholung die gleichen Ausfuhrartikel: Kautschuk, Elfenbein, Palmkerne, Palmöl. Das zeigt, daß die ganze kolonisatorische Tätigkeit hier nur erst in der Ausraubung der Naturschätze besteht. In welchem Maße es gelingen wird, darüber hinaus eine Produktionsentwicklung zu schaffen, ist eine Frage, die in erster Linie von der Unterwerfung der Eingeborenen und ihrer Verwandlung in Lohnarbeiter abhängt.

Indessen hat das Kapital bereits ein fertiges Arbeitsprogramm für die Negermassen, die es proletarisieren will. Dieses Programm lautet: Baumwollkultur. Wie man früher die Negersklaven nach Amerika brachte, um dort die Baumwollplantagen erstehen zu lassen, so will man jetzt, umgekehrt, die Baumwollkultur zu den Negern nach Afrika importieren. Aber wenn schon die nach dem ihnen wildfremden Amerika eingeführten Neger zuletzt ihren Herren erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten wußten, so ist ihr Widerstand in ihrem eigenen Lande, wo sie überdies in ganz anderen Massen auftreten, unvergleichlich größer.

Um ihre politische Herrschaft in den Ländern Zentralafrikas zu etablieren, haben die europäischen Kolonialmächte bereits blutige und langwierige Kolonialkriege zu führen gehabt. Das Ergebnis dieser Kämpfe ist aber nur erst, daß man die primitiven Staaten, die man vorgefunden hatte, zerstörte und die Regierungen verjagte. Man besiegte die Regierungen, nicht die Völker. Dabei zählt allein das tropische Afrika eine Bevölkerung von $105^1/_2$ Millionen.

Wir haben im Kapitel über die kapitalistische Kulturarbeit in Südafrika gezeigt, daß der Kapitalismus die vorgefundene soziale Ordnung über

den Haufen wirft, die Eingeborenen auswuchert und ausplündert, sie um ihren Viehreichtum und ihren Landbesitz bringt, ihnen schließlich alle Lebensquellen abschneidet, um mit Hilfe der Hungerpeitsche sie in den Schacht, oder in die Plantagen, oder zu den Herden des Farmers zu treiben; wir haben es aus dem Munde des deutschen Kolonialdirektors Dernburg, daß eine solche Entwicklung naturnotwendig zu Krieg und Aufstand führen muß; und wir wissen es aus den Erklärungen der Hereros, daß dieser Zwang der Not so groß sei, daß die Eingeborenen den Krieg wagen, selbst wenn sie sicher sind, daß sie dabei zugrunde gehen werden. Andererseits haben die Kämpfe der Franzosen gegen die Dahomés, der Engländer gegen die Aschantis, die schmähliche englische Niederlage 1879 im Kampf gegen die Zulus, die Errichtung und der zähe Widerstand des Reichs des Mahdi, der Rückzug der Italiener aus Abessinien nach blutigen Niederlagen, schließlich auch der deutsche Hererokrieg bewiesen, daß man den militärischen Widerstand der Völker der dunklen Rasse keineswegs mehr als unbedeutende Größe zu betrachten hat.

Darum tragen die europäischen Kolonien in Afrika einen ausgesprochenen militärischen Charakter, der sich in absehbarer Zeit nur noch steigern muß. Es gehört die ganze Mummelgreisweisheit des Kleinbürgertums, das in allem und jedem, im Krieg, in der Revolution, in der Produktion, grundsätzlich eine Politik der ungenügenden Mittel betreibt, dazu, um sich einzubilden, man könnte in Afrika die kapitalistische Kolonialpolitik vom kapitalistischen Militarismus trennen. Nein, immer größere Besatzungen, immer mehr Panzerschiffe werden nötig sein, um diese Kolonialpolitik zu betreiben. Das sind Zusammenhänge von Eisen und Blut. Wer Kolonialpolitik sagt, muß auch Kriegsmarine und Kriegsrüstungen sagen. Die Notwendigkeit der Militärbesatzungen in den Kolonien ergibt sich, außer aus der Unvermeidlichkeit der Aufstände, noch aus den Kämpfen der eingeborenen Völker untereinander, die das Produkt einer geschichtlichen Entwicklung sind und in sozialen Gegensätzen gründen, und aus den Kämpfen der Kolonialmächte selbst untereinander.

Keine Friedensära in Afrika! Im Gegenteil, wir treten in eine Zeit der Kolonialkriege ein, die nur immer mehr an Ausdehnung und Hartnäckigkeit gewinnen werden.

Deshalb stellen denn auch die Regierungen den strategischen Wert des Baues von Eisenbahnen in den Kolonien so sehr in den Vordergrund. Damit verschwindet die letzte Spur von Rentabilitätsrücksichten. Es handelt sich bei dem Bau der afrikanischen Eisenbahnen um eine ähnliche Erscheinung, wie beim Bau von Panzerschiffsflotten!

Aber die Eisenbahnen selbst sind zunächst nur ein weiteres machtvolles Mittel, die eingeborene Bevölkerung zum Aufstande zu treiben, denn sie beschleunigen den Prozeß der kapitalistischen Ausplünderung des Landes und des Ruins der einheimischen Völker. Die Ausführungen der offiziellen und offiziösen Kolonialpolitiker — andre gibt es überhaupt nicht — über den wirtschaftlichen Nutzen der afrikanischen Eisenbahnen sind, soweit sie nicht aus Phrasen über Zivilisation und ähnlichen Gemeinplätzen bestehen, eine kritiklose Uebertragung dessen, was man jetzt in Europa vor den

Augen hat, auf die Verhältnisse Afrikas. Und doch braucht man gar nicht weit zu suchen, man braucht nur nach Rußland zu sehen, um sich zu überzeugen, wie sehr bei einer Aufpfropfung des Kapitalismus auf primitive soziale Zustände der Eisenbahnbau zu einer gegensätzlichen Entwicklung führt. Die Eisenbahnen haben in Rußland wohl eine Entwicklung der Industrie mit sich gebracht, aber zugleich den Millionen russischer Bauern das Brot vom Munde entzogen. Der gleiche Prozeß wiederholt sich in Ostindien. Dazu kommt, daß die Eisenbahnen die in jenen primitiven Ländern ungemein zahllose Beschäftigung der Träger, Fuhrleute, Viehtreiber und anderer mehr überflüssig machen, eine ganze soziale Schicht außer dem Erwerb setzen und dem Bauern seine wichtigste Nebenbeschäftigung rauben. Darum auch der große Widerstand, den der Eisenbahnbau seitens der Bevölkerung in China findet, der Widerstand, auf den die Holländer beim Bau der Eisenbahnen auf Java gestoßen waren. Nicht anders entwickeln sich die Dinge in Zentralafrika. So führt schon jetzt die Kongo-Eisenbahn mit ihrer gewaltigen Steigerung der Kautschukfrachten zum Ruin der Waldbestände.

Zugleich wächst in dem Maße, wie die Kolonialausgaben steigen, das Bestreben, die Eingeborenen mit Steuern zu belegen. Das wird zu einer neuen steigenden Quelle der Erbitterung des Volkes. Daran ist eine zweite Albernheit des kolonialpolitisierenden Kleinbürgertums zu erkennen, nämlich der Grundsatz: „Treibt Kolonialpolitik, aber laßt sie uns nichts kosten!" Auf welche andre Weise kann das geschehen, als indem man die Kolonialausgaben in den Kolonien selbst auftreibt? Allein die Regierungen tun auch ohnedies ihr Aeußerstes, um in den Kolonien ein Steuersystem aufzurichten. Entsprechend den primitiven wirtschaftlichen Verhältnissen führen sie Naturalsteuern, die Kopfsteuer ein usw. Auspowerung und Schikanierung des Volkes, steigende Erbitterung und Aufstände, das sind die Folgen davon. Die Unterdrückung der Aufstände kostet dann das Zehnfache und Hundertfache dessen, was man an Steuern von den Eingeborenen einbringt.

Wenden wir uns jetzt Südafrika zu. Wir haben hier, im Unterschied zu dem gesamten übrigen Afrika, eine koloniale Entwicklung vor uns, die an eine europäische Ansiedlerschaft anknüpft, also in nordamerikanischer Art. Allein diese Entwicklung geht hier durch einen viel härteren Zusammenstoß der Gegensätze. Die Buren waren daran, einen demokratischen Staat zu bilden. Sie stießen aber sehr früh auf den militärischen Widerstand Englands. Diesem suchten sie sich zu entziehen, indem sie ihre gewohnten „Trekks" nunmehr in eine politische Flucht verwandelten. Wie bekannt, machten sie schließlich im Oranjestaat und in Transvaal Halt, wo sie nach blutigen Kriegen mit dem englischen Staat sich die Unabhängigkeit erkämpften. Indessen begann mit der Entdeckung der Diamantminen in Kimberley eine neue Einwanderung und ein kapitalistischer Umbildungsprozeß, der die Burenbevölkerung selbst zersetzte. Als in den achtziger Jahren dann noch die großen Goldfunde in den Burenrepubliken selbst stattfanden, nahm der kapitalistische Umbildungs- und Zersetzungsprozeß Riesendimensionen an. Der Gegensatz zwischen den alten und den neuen Einwanderern, zwischen den Minendistrikten und dem Land nahm in den

Buren-Republiken die Form erbitterter politischer Kämpfe an, während er zugleich die Kapkolonie von den Freistaaten trennte. Der moderne Verkehr sorgte dafür, daß die neuen Einwanderer bald in der Ueberzahl waren. Zum Teil, um ihre hergebrachte soziale Ordnung vor den neuen Einflüssen zu schützen, zum anderen aber auch, um mit Hilfe der politischen Gewalt sich selbst den meisten Profit aus der neuen Entwicklung zu sichern, hielten die Buren die neuen Einwanderer von der Staatsgewalt zurück. Als nun der große letzte Krieg ausbrach, hatte infolgedessen England nicht — wie beim nordamerikanischen Krieg — die gesamte Ansiedlerschaft und nicht einmal die gesamte Burenbevölkerung, sondern nur jenen ihren geringen Teil, der in den zwei Freistaaten saß, gegen sich. Man weiß, daß es dennoch nahe daran war, den Krieg zu verlieren, bis es schließlich, nach zwei Jahren, die Buren überwand. Damit hat es aber nur um so rascher und gründlicher den politischen Konflikt aus der Welt geräumt, der der Einigung Südafrikas im Wege stand. Und so sehen wir denn, daß das siegreiche England sich genötigt sieht, dem besiegten Burenland eine freie Verfassung zu gewähren, daß der führende Burengeneral Louis Botha von einem Parlament, das von den Buren wie von den Uitländern gewählt wurde, zum Premierminister der neuen englischen Kolonie ernannt wird und daß dieser Premierminister erklärt, „das Ministerinm würde sein Bestes tun, um eine große geeinigte Nation zu schaffen" und daß: „wenn dann auch in der Oranje-Kolonie eine direkt verantwortliche Regierung errichtet sei, werde das Ministerium bestrebt sein, auf ein geeinigtes Südafrika hinzuarbeiten." Der englische Imperialismus fördert diese Entwicklung, weil sie ihm vorläufig zugute kommt, — und doch unterliegt es keinem Zweifel, daß die Einigung Südafrikas es unabhängig machen wird von England.

Je mehr man von der Südspitze Afrikas dem Norden, also den Tropen zu, und von der Küste in das Innenland vordringt, eine desto zahlreichere einheimische Bevölkerung trifft man. Diese Eingeborenen leiden unter einem doppelten Druck: vom Süden — seitens der europäischen Ansiedler, vom Norden und von der Küste aus seitens der Kolonialmächte, die bereits ganz Afrika unter sich verteilt haben. Wir wissen (vgl. das Kapitel über die kapitalistische Kulturarbeit in Südafrika), daß in Deutsch-Südwestafrika diese Gegensätze am schärfsten zum Ausdruck kommen. Die deutsche Kolonie ist überhaupt zum Brennpunkt sämtlicher Widersprüche der kolonialen Entwicklung Afrikas geworden.

Die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Kolonie ist in hohem Maße von der Entwicklung des englischen Südafrika abhängig. Die Zukunft der deutschen Farmen insbesondere ist eine Frage des steigenden Fleischbedarfs der Kapkolonie und der früheren Burenstaaten. Aber das politische Selbständigwerden Südafrikas, das als unvermeidliche Folge seines sozialen Emporstrebens erscheint, geht der deutschen Kolonialpolitik noch mehr wider den Strich, als dem englischen Imperialismus, der wenigstens, solange das englische Protektorat über Südafrika besteht, den Nutzen hat von dieser Entwicklung. Deshalb die widerspruchsvolle Haltung Deutschlands bei den

großen Kämpfen in Südafrika. Die deutsche Freude über das Mißlingen des Jameson-Zugs ergab sich aus seiner kolonialpolitischen Konkurrenz zu England. Die Schlappe der Engländer kam denn auch für einen Augenblick den Deutschen zugute. Aber der Sieg der Buren in dem nachfolgenden großen Kriege würde nicht zur Aufrechterhaltung des alten patriarchalischen Regimes der Buren-Republiken, sondern zur beschleunigten Konsolidierung der Afrikanerbevölkerung, zum Abfall der Kapkolonie von England, zur Bildung einer starken Republik in Südafrika, die auch der deutschen kolonialen Herrlichkeit bald ein Ende gelegt haben würde, geführt haben. Darum der Umschlag in der Haltung Deutschlands. Wir wissen aber, daß durch die Vernichtung der Buren-Republiken die Frage der Einigung Südafrikas nicht aus der Welt geschaffen, sondern nur in neue Bahnen gelenkt worden ist, der Gedanke ist vielmehr nahe vor seiner Verwirklichung. So sieht sich denn Deutschland in seiner Kolonie zwiefach bedroht: der englische Imperialismus ist ihm eine Gefahr und die Unabhängigkeit Südafrikas erst recht! Die Schlußfolgerungen der Reichsregierung aus dieser Situation sind: forcierte Panzerschiffsbauten in Europa und Verstärkung der Kriegsmacht in Afrika.

Es ist am anderen Orte gezeigt worden, daß den Eingeborenen gegenüber der deutsche Kapitalismus, neben seinen eigenen Sünden, noch die Folgen der Raub- und Mordwirtschaft seiner kolonial-politischen Vorläufer und der Strangulierungspolitik, die die Buren den Einheimischen gegenüber betrieben, mit zu verantworten hat. Nachdem man nunmehr die Hereros so ziemlich aufgerieben hat, kommen die Ovambos an die Reihe. Diese sind zahlreicher, als die Hereros, zeigen eine weiter fortgeschrittene Kultur — sie sind Ackerbauer, jene Viehzüchter — und sind noch reichlicher, auch mit besseren Waffen versorgt. Die Reichsregierung ist sich voll bewußt, daß die Kolonie noch nicht erobert ist und daß man erst vor den schwierigsten Kämpfen steht. Der Herero-Krieg hat sie von den Illusionen geheilt, daß man durch diplomatische Noten und durch Assessoren mit aufgezwirbeltem Schnurrbart Länder und Völker in Afrika in Besitz nehmen kann. Sie hätte allerdings diese Erkenntnis schon viel früher und billiger haben können: sie hätte es aus den Kämpfen der Franzosen in Zentralafrika lernen können, wenn sie nicht von den Kämpfen der Engländer in Südafrika lernen wollte. Aber nun weiß sie es und rüstet zum Kampf. Der Bau von Eisenbahnen, an den man jetzt herangeht, hat seinen strategischen Wert nicht bloß, um neuen Aufständen der Hereros entgegenzutreten, sondern auch noch darin, daß damit der Weg gelegt wird zu den Ovambos. Die Defensive schiebt man vor, um vom Reichstag die Bewilligung der Bahn zu erhalten, zur Offensive wird sie dienen. Bis die Bahnen fertig sind, wird man die Dinge gewähren lassen, — dann aber steuert man mit unabwendbarer Konsequenz auf den neuen großen Kolonialkrieg los.

Wir besitzen dafür ein authentisches Zeugnis. Der bekannte Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Generalmajor von Leutwein schreibt in seinem Buch „Elf Jahre Gouverneur" über die Ovambos: „Sie fühlen sich durchaus unabhängig und denken nicht daran, weder die eine noch die

andre Oberherrschaft anzuerkennen. Von portugiesischer Seite bereits unternommene Versuche, diese Anerkennung mit Waffengewalt zu erzwingen, sind bis jetzt stets mißlungen, während von deutscher Seite solche noch gar nicht begonnen haben. Ursprünglich war bei Beginn des Hereroaufstandes fast allgemein die Rede davon, seiner Beendigung unmittelbar einen Ovambokrieg folgen zu lassen [er setzt in einer Fußnote hinzu: **„Erhielt ich doch sogar von autoritativer Seite in einem Privatbriefe die Anregung dazu"**]; doch ist jetzt die gegenteilige Parole ausgegeben. Abgesehen von allem anderen, halte ich es für dringend nötig, daß mit Rücksicht auf die Nachschubverhältnisse einer etwaigen Ovamboexpedition die völlige Fertigstellung der im Bau begriffenen Otavibahn vorangehe."

Die Reichstagsabgeordneten, die jetzt unter der kolonialen Flagge in das deutsche Parlament eingezogen sind, werden vielleicht bei den nächsten Wahlen schon im Lärm eines blutigen Kolonialkrieges um ihre Mandate kämpfen müssen!

Einer dritten Schwierigkeit der deutschen Kolonialpolitik in Südafrika ist noch zu gedenken. Das ist die portugiesische Kolonie Angola, mit der Deutsch-Südwestafrika im Norden grenzt. Portugal ist nicht imstande, seinem Regime in den Kolonien jenen militärischen Nachdruck zu verschaffen, wie die großen Kolonialmächte. So ist es denn gekommen, daß Angola das Gebiet ist, aus dem die Eingeborenen Südafrikas sich ungehindert mit Waffen versehen können. Das ist das eine. Andererseits reizt die Schwäche Portugals dazu, ihm dieses Gebiet abzujagen. Unter diesen Umständen kann Angola leicht zu einem Zankapfel zwischen England und Deutschland werden.

Kolonialkriege und Kolonialausgaben — das ist das Ergebnis, zu dem man unfehlbar gelangt, an welcher Stelle auch man die koloniale Entwicklung Afrikas anfaßt.

Nebenbei sei bemerkt, daß der Wunsch, die kolonialen Ausgaben von denjenigen bezahlen zu lassen, denen der Profit aus den Kolonien zufließt, nichts ist, als eine Utopie, die jeder praktischen wie theoretischen Grundlage entbehrt. Es ist das überhaupt nicht mehr eine Frage der Kolonien, sondern der Steuerverteilung im Lande selbst. Solange das Steuersystem eines Landes auf den Verbrauchsabgaben aufgebaut ist, läßt es sich nicht verhindern, daß das arbeitende Volk die Lasten trägt. Man kann nicht einer bestimmten Staatsausgabe eine bestimmte Staatseinnahme entgegenstellen, sondern man muß das Budget des Staats als Ganzes nehmen. Wenn man jetzt in Deutschland eine Kolonialsteuer einführen würde — etwa in der Gestalt einer Extrasteuer auf Börsengeschäfte in Kolonialwerten — würde das nicht verhindern, daß man zugleich, unter einem anderen Vorwand, die Tabak- oder Zuckersteuer steigern könnte. Wir wissen ja auch aus Erfahrung, daß die Börsensteuern die Steigerung der Verbrauchsabgaben nicht verhindert haben. Läßt sich eine Besteuerung der Kapitalistenklasse unter Herabsetzung der Verbrauchssteuern durchführen, so ist das, auch ohne Kolonialpolitik, zu erstreben — die Kolonialpolitik steht dem vielmehr im Wege, da sie der Einnahme bereits die Ausgabe gegenüberstellt und also für die Herabsetzung der Steuerlast keinen Raum mehr freiläßt. Aber noch mehr!

Wir glauben, im Laufe unserer Darstellung Tatsachen genug aufgeführt zu haben, die beweisen, daß die Kolonien eine wirtschaftliche und politische Entwicklung durchmachen, die sich gesetzmäßig aus der allgemeinen kapitalistischen Entwicklung ergibt. Selbst wenn etwa die Großbanken die Verwaltungskosten der Kolonien bezahlen würden, so käme man doch durch ihre kapitalistische Entwicklung zu Aufständen und Kriegen, die niemand sonst als das Volk bezahlen kann. Gerade die afrikanischen Kolonien Deutschlands sind ein drastisches warnendes Beispiel: ihr Erwerb hat dem Reiche nichts, ihr Besitz aber bereits über eine Milliarde — ungerechnet die Marineausgaben — gekostet.

Es ist ein Grundsatz, der bereits von allen kolonisierenden Staaten erkannt ist und zu dem sich auch die deutsche Reichsregierung bekennt, daß man in den Kolonien höchstens erreichen kann, daß sie ihre Verwaltungskosten selbst decken, nicht aber — die Ausgaben für Militär und Marine, die Kriegskosten und die Eisenbahnbauten! Diese letzteren Ausgaben bilden aber nicht nur den weitaus überwiegenden Teil der Gesamtausgaben für die Kolonien, sondern sie steigen in der neueren Zeit ganz enorm. Unter dem Einfluß dieser Entwicklung ist selbst in Holland, das sonst budgetären Nutzen aus seinen Kolonien in Ostindien gezogen haben soll,* eine Umkehrung des Verhältnisses eingetreten.

„Die Errichtung von Eisenbahnen und Häfen, die großen Bewässerungsarbeiten, die Vermehrung eines besser bezahlten Personals, um die Dienstleistungen, die auf einer höheren Stufenleiter aufgebaut worden sind, zu sichern, das sind Verbesserungen, die starke Ausgaben erheischen, wozu man noch die Kosten des langwierigen Krieges gegen die Atjeh hinzufügen muß. So scheint es denn, daß diese Lasten nicht mehr von den gewöhnlichen Einnahmequellen der Kolonien getragen werden können. Indien ist nicht mehr das Schatzkästlein der Niederlande, aus dem jedes Jahr im Durchschnitt 30 Millionen Gulden in seine Kassen fließen. Als Ergebnis der Reformen ist der Aera der Ueberschüsse die Aera der Defizite nachgefolgt." (Ch. u. R. Pety de Thorée). Die Autoren geben folgende Daten für das ostindische Budget Hollands, die wir abgerundet anführen und für die Jahre seit 1901 aus The Statesmans Jear-Book ergänzen:

	In Millionen Gulden	
Im Jahre	Einnahmen	Ausgaben
1898	139,4	154,5
1899	133,3	145,1
1900	142,0	147,8
1901	149,4	149,9
1902	146,4	160,8
1903	150,4	167,0
1904	155,0	167,3
1905	146,8	166,1
1906	149,1	159,7

* Nach den Aufstellungen der kolonialpolitischen Schriftsteller, die jedoch die Marinerüstungen nicht in Betracht ziehen.

Im letzten Jahr war also das koloniale Defizit Hollands 10,6 Millionen Gulden. Aber um seine Kolonien zu wahren, muß Holland auch noch eine Kriegsflotte unterhalten, deren Kosten jährlich 17,3 Millionen Gulden betragen (Budget 1906).

Die Zeiten, da man aus den Kolonien Geld für den Staatsschatz gezogen hatte, sind längst vorbei. Aber das ist auch gar nicht einmal das Ziel der modernen kapitalistischen Kolonialpolitik. Ihr Zweck ist vielmehr, wie wir wiederholt festgestellt haben: Staatsausgaben, Staatssubventionen, Staatsgarantien, Staatseisenbahnbauten, Staatsschulden. Sie dient dazu, den Banken und Industriekartellen die Kassen der Staatssteuern zu erschließen. Sie erfüllt insofern die gleiche Aufgabe wie die Kriegsrüstungen.

Um über die Tragweite des Prozesses der fiskalischen Ausbeutung des Volkes einerseits, der steigenden Schuldenabhängigkeit des Staats von den Banken andererseits, sich eine Vorstellung zu bilden, sehe man sich folgende Zahlen der Entwicklung der Staatseinnahmen und Staatsschulden Europas an, die wir — unter Umrechnung in Mark — Mulhalls Dictionary entnehmen:

	In Millionen Mark			
	1816	1830	1869	1898
Staatseinnahmen	3 402	3 800	8 200	17 360
Staatsschulden	31 900	32 360	60 580	103 760

Das war die Steigerung im Laufe des 19. Jahrhunderts — ihr Schlußergebnis bildet die Grundlage zu der Entwicklung, welche die Budgets der kapitalistischen Staaten im 20. Jahrhundert nehmen werden, wenn nicht der kapitalistischen Wirtschaft eine Ende gelegt wird. Im letzten Jahrzehnt, von 1897 bis 1906, stiegen allein die Marineausgaben in den drei wichtigsten Kolonialstaaten Europas, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, von 804 Millionen Mark auf 1188 Millionen Mark jährlich. Die Ausgaben dieser drei Staaten für Marine und Kolonien betrugen, soweit sich das aus den allgemeinen Budgets feststellen läßt, im gleichen Jahr 1460 Millionen Mark.

Kolonien, technische Entwicklung und Arbeitslöhne.

Kolonialpolitik bedeutet Kolonialausgaben. Um diese unangenehme Tatsache zu verdecken, sucht man die Aufmerksamkeit des Arbeiters davon abzulenken, daß er es ist, der diese Ausgaben zu bezahlen hat, und hält ihm vor, daß doch diese Ausgaben Arbeitsgelegenheit schaffen. Das ist der alte Trick, der schon bei der Eröffnung der Aera der Panzerflottenbauten angewandt wurde. Ich erlaube mir deshalb, an dieser Stelle einen Passus aus meiner 1898 gegen die Tirpitzsche Marinevorlage erschienenen Broschüre

hier anzuführen, der ebensogut gegen die Dernburgsche Verteidigung der kolonialen Rüstungen gilt.

„Das gibt, erklären diese Arbeiterfreunde, Beschäftigung für viele Arbeiter. Allerdings, jedoch Beschäftigung für Arbeiter geben ja auch die Ausgaben fürs Heer, überhaupt alle Ausgaben, die vom Staat gemacht werden. Denn das Geld selbst vermag doch nichts hervorzuzaubern. Das Geld ist nur eine Anweisung auf Arbeit. Wenn man dem Staat so und so viel Steuern oder Anleihen bewilligt, so bedeutet das nichts anderes, als daß man ihn in den Stand setzt, für seine Zwecke so und so viel Waren zu kaufen, oder Arbeiter zu beschäftigen. In solchem Sinne dienen auch die Kriegsausgaben dazu, um Arbeiter zu beschäftigen: indem für dieses Geld das Getreide den Bauern abgekauft wird, alle anderen Lebensmittel den resp. Lieferanten, ferner Kleidung, Munition usw. Das Pulver, das man verschießt, sei es im Kriege oder bei Paraden oder in Feuerwerken — es gibt Arbeit, gibt Beschäftigung. So ist es aber nicht nur mit dem Staat, sondern mit jeder Geldausgabe, und wäre es die tollste Verschwendung. Darin liegt ja die Macht und der Fluch des Geldes, daß, wer es hat, damit nach seiner Laune Arbeiter „„beschäftigt"", indem er jene oder diese Warenbestellungen macht. Der reiche Protz vermag nicht nur seine eigene Zeit totzuschlagen, sondern auch die Arbeitszeit vieler rechtschaffener Leute zu vergeuden. Wer Champagner säuft, bezahlt den Gastwirt, den Kellner, den Weinhändler, den Weinbauer, den Flaschenfabrikanten usw. Stets behaupteten deshalb die Reichen, es sei zum Wohle des Volkes, wenn sie sich den Bauch mit Leckereien vollstopfen — wovon würden sonst die Kuchenbäcker leben? Aehnlich der Staat bei jeder Verschwendung von Geld und Arbeit des Volkes. Was man dabei nicht sehen will, ist, daß das Geld auch in den Händen des armen Mannes, des Steuerzahlers nicht verrostet. Der Arbeiter, der Bauer wüßten schon, was sie mit ihrem Geld anfangen sollten, wenn der Staat es ihnen nicht als Verbrauchssteuern und sonstigen Abgaben abgenommen hätte. Den Massen des deutschen Volkes fehlt schon mancherlei, es ist mancherlei, was die deutsche Arbeiter-, Handwerker- oder Bauernfamilie braucht und nicht hat! Hätte man nicht soviel Steuern an den Staat abzuliefern gehabt, so würde man sich öfter ein Kleidungsstück angeschafft haben, für das sich, wie man weiß, nur allzuleicht in jeder Familie ein Bedarf herausstellt, oder der Arbeiter und Handwerker sähen um ein paarmal im Monat öfter Fleisch auf dem Tisch, und auch der Bauer wäre eher imstande, ein Schwein aufzufüttern, und brauchte nicht die Ferkel im Sacke nach dem Markt zu tragen, um ein paar Mark herauszuschlagen, die er zur Steuer- oder Zinszahlung braucht. Erhält die Regierung die vielen Millionen für Marinezwecke, so wandern diese Geldsummen in die Kruppschen Hütten, in die großen Schiffswerften usw., werden für dicke Stahlplatten, Kanonen, Dynamit, Kohle, Marinezwieback, Werg, Talg, Teer, zur Bezahlung der Rechnungen der deutschen Marineoffiziere in den chinesischen Teehäusern und der deutschen Marinesoldaten in den chinesischen Bordellen verwendet, — bleiben aber die Millionen in den Händen des deutschen Volkes, so bekommen die Konfektionsarbeiter, die Textilarbeiter was zu tun, der Schneider,

der Schuhmacher, der Bäcker, der Krämer, der Metzger! Ist es wichtiger, daß jeder im Volke einen Rock auf dem Leibe hat — oder daß die Schiffe dicke Panzerplatten erhalten?

So steht es mit der „„Beschäftigung““, welche die Marinebauten gewähren, und mit ihrem Nutzen für die Arbeiter. Auch die Pyramidenbauten der ägyptischen Pharaone waren eine „„Beschäftigung““. Rechnet man zusammen, was die europäischen Staaten jahraus, jahrein für kolossale Kriegsschiffe, Kanonen und ähnliche Dinge ausgeben, wie viele Hunderttausende Arbeiter sie damit beschäftigen, so erhält man Summen, die weitaus das übersteigen, was dem ägyptischen Volke die Monumentalbauten seiner despotischen Herrscher gekostet haben! Der ägyptische Fellah blieb bei dieser „„Beschäftigung““, die ihm in so überreichem Maße zuteil wurde, verhungert und zerlumpt.“

Mit dem Gelde, welches das Deutsche Reich für seine Kriegsflotte bereits verausgabt hatte, könnte man in das deutsche Eisenbahnnetz ein zweites, ebenso großes hineinbauen, also das ganze System doppelgleisig machen und dabei noch sehr bedeutende Summen ersparen! Würde sich das rentieren? Soviel als die Panzerschiffe, die nichts einbringen, als Kriegsgefahr, auf jeden Fall schon! Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß dadurch Produktion und Verkehr eminent gefördert und zugleich die Betriebssicherheit auf den Eisenbahnen gesteigert worden wäre. Statt dessen gibt man Milliarden für Panzerplatten aus und vernachlässigt die Eisenbahnen.*

Dem Kapital ist es gleichgültig, was es produziert, Panzerplatten oder Eisenbahnschienen oder Nachtjacken. Die Produktion selbst ist ihm ja nur ein Uebergangsstadium im Kreislauf seines Wertzuwachses, ihm kommt es nur auf das Schlußergebnis an — den Profit. Dennoch ist die Zusammensetzung der Produktion, wie unsre Gegenüberstellung der Eisenbahnen den Panzerschiffen zeigt, von großer Bedeutung für die Entwicklung der Produktion auch in der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Zusammensetzung, die soziale Arbeitsteilung, entzieht sich aber der Aufmerksamkeit der Kapitalistenklasse und tritt ihr nur entgegen als unerwarteter Umsturz dessen, was jene aufzurichten bemüht war, als Krisis, Stagnation, Rückgang. Der ganze Flottenrummel nebst dem Eisenbahnbau in Afrika müssen, da sie die Eisen- und Stahlindustrie unverhältnismäßig zu den anderen Produktionszweigen entwickeln, sogar in recht absehbarer Zeit zu einer Handelskrisis führen, die, selbstverständlich, mit ihrer größten Wucht sich auf die Arbeiter legen wird.

Aber ein noch anderer Zusammenhang zwischen Kolonialpolitik und Produktionsentwicklung zeigt sich, der diese nicht bloß in sporadischen Ausbrüchen, sondern anhaltend ungünstig beeinflussen muß. Um die ganze Tragweite dieser Erscheinung zu fassen, muß man jedoch noch die Wirkung der Schutzzölle berücksichtigen. Schutzzollpolitik und Kolonialpolitik gehen ja

---

* Man bekommt in Deutschland seit Jahren immer mehr die Schattenseiten der Verstaatlichung der Eisenbahnen zu spüren. Erst hatte man die Vorteile der größeren Konzentration, jetzt aber leidet der Verkehr unter der Steifheit des bureaukratischen Regimes und unter dem fiskalischen Interesse des Staates.

in den modernen Industriestaaten Hand in Hand — wie sich das wiederholt im Laufe unserer Darstellung ergeben hat.

Soweit es sich um den inländischen Markt handelt, wirken die Schutzzölle wie eine Prämie auf den Rückstand. Ihre Wirkung auf die Exportindustrie hat selbst eine Entwicklung durchgemacht.

Wir wissen, daß der Weltmarkt die einzelnen Industriestaaten immer mehr aufeinander anweist. Sie sind bestrebt, sich gegenseitig den Warenbedarf zu decken. Dieser Warenbedarf ist ein komplizierter und verfeinerter. Selbst das Ergebnis der großen industriellen Entwicklung unserer Zeit, bedingt er auch seinerseits eine Verfeinerung der Industrie, — wenn auch, eingeengt durch die kapitalistische Eigentumsform, die die Produktion und den Verbrauch als feindliche soziale Reiche einander gegenüberstellt, diese Wechselwirkung sich nicht voll entwickeln kann und in neuen Widersprüchen zum Ausdruck kommt. So sehen wir denn, neben der Produktion von Massenartikeln, im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts die Produktion von Spezialitäten, von Qualitätsartikeln sich entwickeln. Besonders der Handelsverkehr zwischen England und Deutschland trägt um diese Zeit den Charakter eines Wettbewerbs um die Qualität. Die Schutzzölle des fremden Landes, welche die Exportindustrie zu durchbrechen hat, treiben sie zunächst auch ihrerseits dazu an, teuerere Qualitätsware, welche den Zoll leichter tragen oder gar abwälzen kann, zu produzieren — daneben freilich auch Massengut. Diese Tendenz konnte man an dem Handelsverkehr Deutschlands mit Amerika wahrnehmen. Bald werden aber die Schutzzollsysteme selbst dieser Entwicklung angepaßt. Das ist der Sinn der neuen „spezifizierten" Zolltarife, wie wir sie in den letzten Jahren aus der parlamentarischen Hexenküche haben herauskommen sehen. Auch der gegenwärtige deutsche Zolltarif ist ja ein solches Monstrum. Indem die fremde Warenzufuhr das feinmaschige Netz der neuen Zolltarife zu passieren hat, wird jeder Einfuhrartikel am empfindlichsten getroffen. Unter diesen Umständen bleibt der Exportindustrie nur noch übrig: 1. billiges Massengut, 2. Halbfabrikate, weil sie mit den geringsten Zöllen belegt sind. Die Exportindustie, die sich zu einer Qualitätsindustrie entwickelte, wird dadurch auf ein tieferes technisches Niveau heruntergedrückt.

Die gleiche Wirkung hat aber auch die Produktion für den primitiven Bedarf der Eingeborenen in den Kolonien.

In England, das den meisten kolonialen Export hat und als Freihandelsstaat die fremden Schutzzölle besonders scharf zu spüren bekommt, läßt sich die Wirkung der soeben erörterten Momente bereits an den Tatsachen wahrnehmen. So W. A. Hewons in Halles „Weltwirtschaft" schreibt: „Der natürliche Entwicklungsgang war, daß die englischen Industrien immer höheren Stufen zustrebten, höher geschulte Arbeiter beschäftigten und höhere technische Tüchtigkeit entfalteten. Tatsächlich aber dürfte der Entwicklungsgang sich erheblich abweichend gestalten. Die zivilisierten und fortschrittlichen Märkte schließen sich und, gezwungen, mit den rückständigen Teilen der Welt zu handeln, muß das britische Gewerbe deren Bedürfnissen entsprechende Ware erzeugen." Derselbe Autor gibt folgende Schilderung der englischen

Wollindustrie. „Ferner ist ein großer Unterschied zwischen der Baumwollindustrie und den übrigen Textilgewerben hinsichtlich wichtiger Produktionsweisen vorhanden. In der Baumwollindustrie war die bedeutsamste Entwicklungstatsache bis vor zwei Jahren die große Zunahme des Feinspinnens, welches Baumwolle besserer Qualität, vervollkommnete Maschinen und höher qualifizierte Arbeit als die gröberen Zweige erfordert. In der Wollindustrie hingegen scheint die Tendenz, wenigstens in den verschiedenen wichtigen Zweigen, in der Richtung eines Rückgangs in den hergestellten Fabrikaten von Fertigfabrikaten zu Halbfabrikaten zu sein.

Die Wichtigkeit dieser Tendenz ergibt sich daraus, daß auf 100 Pfund Sterling Fertigfabrikate 40 Pfund Sterling Arbeiterlöhne in der Herstellung entfallen, während auf 100 Pfund Sterling Kämmlinge und Kammzug nur 6.17 Pfund Sterling Löhne entfallen. Es ist klar, daß in diesen Tendenzen, ebenso wie in der Eisen- und Stahlindustrie, die üblichen aus den orthodoxen Lehrbüchern entnommenen Theorien hinsichtlich der Entwicklungsrichtung der britischen Industrie mit Vorsicht und vielen Einschränkungen aufzunehmen sind. Es scheint nicht das allgemeine Prinzip in der Textilindustrie zu sein, eine progressiv fortschreitende Leistungsfähigkeit ihrer Arbeiter zu verlangen. In vielen Richtungen sind wichtige Zweige der Fertigfabrikation verloren gegangen oder gehen zurück und dementsprechend besteht Nachfrage nach Arbeitern von einer niedrigeren Leistungsfähigkeit als früher".

Die Produktion für die Kolonien disqualifiziert die Industrie, setzt ihre Forderungen an die Technik und auch den Arbeiter herunter, führt zu einer rückläufigen Entwicklung der Produktion — das ist also das Ergebnis, zu dem man in dem kolonialen Musterland England gekommen ist. Und das ist der Weg, auf den die Staatsmänner des grünen Tisches, wie die Handelspolitiker der Börse die deutsche Industrie lenken wollen!

Man hat sich in den letzten Jahren gewöhnt, auf die technische Ueberlegenheit Deutschlands zu pochen. Früher war England das industrielle Ideal, das kaum zu erreichen schien. Jetzt sieht man England über die Achsel an. Man renommiert damit, daß das „Made in Germany" nicht mehr auszurotten sei auch in der englischen Welt. Bekanntlich kommt Hochmut vor dem Falle. Man beachtet den Weg nicht mehr, den Deutschlands Industrie zurückgelegt hat. Und doch war es nicht zum geringsten die Produktion für den hoch entwickelten englischen und amerikanischen Markt, wodurch die technische Höhe der deutschen Industrie bedingt wurde. Statt diese Verbindungen weiter zu pflegen, hindert man sie durch Schutzzölle und wirft sich mit aller Macht auf die Kolonien. Daß damit auch in Deutschland, wie in England, eine rückläufige technische Entwicklung einsetzen muß, läßt sich bereits aus den Zahlen der deutschen Handelsstatistik nachweisen.

Wir nehmen zum Exempel die am meisten bezeichnende Warengruppe „Baumwollwaren", Position 38—53 des Zolltarifs. Wenn wir den Durchschnittswert per Meterzentner der aus Deutschland ausgeführten Baumwollwaren berechnen, so erhalten wir für verschiedene Länder nach der amtlichen Handelsstatistik für 1905 folgende Zahlen:

Bei der Ausfuhr aus Deutschland nach	Wert von 100 kg Baumwollwaren
Vereinigte Staaten von Nordamerika	1143 Mk.
Großbritannien	995 „
Serbien	445 „
Deutsch-Ostafrika	484 „
Deutsch-Südwestafrika	442 „
Britisch-Westafrika	437 „
Portugiesisch-Ostafrika	432 „

Ich habe Serbien mit in die Aufstellung aufgenommen, um zu zeigen, daß es sich nicht um einen Unterschied der klimatischen Verhältnisse, der überdies bei den Baumwollwaren kaum in Betracht kommt, sondern um einen Unterschied des Kulturbedarfs handelt. Im übrigen sprechen die Zahlen deutlich genug für sich.

Daß die Zusammensetzung der Industrie und ihre technische Höhe von großem Einfluß sind auf die Höhe der Arbeitslöhne, wird schon durch die Tatsache des Unterschieds der Arbeitslöhne in den verschiedenen Produktionszweigen klar genug vor die Augen geführt. Währenddem man nun in Deutschland den Arbeiter mit der kolonialen Industrie lockt, sehen wir, daß in England gerade diese Kolonialindustrie selbst bürgerliche Gelehrte veranlaßt, ihre optimistische Auffassung der Lohnentwicklung stark einzuschränken, fast in ihr Gegenteil umzuwenden.

Die „orthodoxen Lehrbücher", auf die sich W. A. S. Hewons in dem von uns angeführten Zitat beruft, sind offenbar nichts anderes, als die breite sozialreformerische Bettlersuppe, die seit Jahren in den Universitäten, an Stelle der Wissenschaft der politischen Oekonomie, eimerweise verabfolgt wird. Die klassische politische Oekonomie, wie sie in den Werken von A. Smith und D. Ricardo niedergelegt ist, war weit davon entfernt, die Frage des Arbeitslohnes in solch oberflächlichem und einseitigem Zusammenhang zu fassen. Vollends bei K. Marx findet man das Problem in seiner ganzen Kompliziertheit dargestellt.

Wir leben in einer Zeit der Entwicklungsideen. Die Revolution in der Erkenntnis der Natur hat zu einer Revolution in der Erkenntnis der Gesellschaft geführt. Es gibt keinen Gott mehr, der sagt: „ich bin, ich war, ich werde sein!" und auch keine Gesellschaft, die sich ewige Dauer zuschreibt. Die Wissenschaftler der Bourgeoisie haben im Laufe der Zeit Wirtschaftsgeschichte gelernt. Das hindert sie aber nicht, jede partielle und temporäre Erscheinung der kapitalistischen Produktion sofort zum Grundgesetz zu erheben. Darum sehen sie sich denn auch fortgesetzt genötigt, Grundgesetze der politischen Oekonomie aufzuheben und Grundgesetze zu krëieren. Als die Periode der sinkenden Getreidepreise kam, glaubten sie, das Gesetz der Grundrente sei aufgehoben, obwohl die Erscheinung nur aus diesem Gesetz überhaupt zu erklären war, und als in der Entwicklung der Industrie eine Steigerung der Arbeitslöhne zu konstatieren war, hoben sie das Ricardosche Lohngesetz auf — das, wie die gesamte Ricardosche Darstellung, nur die äußersten Spitzen der Zusammenhänge faßt und deshalb ein falsches Bild

gibt, wie eine primitive Zeichnung, die nur die Linie kennt, nicht die Fläche — und erklärten die Lohnsteigerung zum Grundgesetz der kapitalistischen Entwicklung. Jetzt müssen sie zurückrevidieren.*

Die Lohnbewegung ist in der kapitalistischen Gesellschaft eine ungemein komplizierte und widerspruchsvolle Erscheinung. Für uns hier kommen jene Momente in Betracht, die zu Lohnsteigerungen, soweit solche stattfanden, in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts geführt haben.

Neben dem Uebergang zu einer verfeinerten und komplizierten Technik, die einen intelligenten Arbeiter erforderte (auf der anderen Seite entwickelte sich der automatische Betrieb und die maschinelle Arbeitsteilung, die es ermöglichten, Massen ungelernter Arbeiter, sowie Frauen und Kinder zu verbrauchen); neben dem Wachstum des konstanten Teils des Kapitals, also des in den Maschinen, in der Fabrikeinrichtung, den Rohstoffen angelegten Kapitals, das die Intensivizierung der Arbeit in den Vordergrund rückte, die Sucht des Unternehmers steigerte, möglichst viel Arbeit in eine Stunde hineinzupressen, wozu man wiederum einen geschickteren und kräftigeren Arbeiter brauchte (auf der anderen Seite entwickelte sich unter dem Einfluß der gleichen Momente die Nachtarbeit, der ununterbrochene Betrieb); neben der Entwicklung und dem Ausbau der Großstädte, durch die ein noch viel stärkerer Bedarf an Arbeitern geschaffen wurde, als durch den Ausbau der Eisenbahnen (auf der anderen Seite stiegen die Massen des proletarisierten

---

* Um die kapitalistische Gesellschaft zu begreifen, genügt es nicht, sie als geschichtliches Produkt aufzufassen, man muß vielmehr ihr eigenes geschichtliches Grundgesetz kennen. Die bürgerliche Wissenschaft, selbst wo sie geschichtlich verfährt, geht doch an das Problem mit allgemeinen a priori konstruierten Begriffen heran, in denen die kapitalistische Eigenart verschwindet. Sie suchen nach einer „Volkswirtschaft", wo es nur einen immerwährenden Kampf zwischen der Produktionsentwicklung und der sich auf ihr aufbauenden sozialen Ordnung gibt. Das Grundgesetz der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft ergibt sich aus ihrer Eigentumsordnung: es ist die Kapitalakkumulation, die fortgesetzte Mehrung des Kapitals. Indem Marx dieses Grundgesetz zum Ausgangspunkt seiner Untersuchung der kapitalistischen Produktion gemacht hatte, gewann er darin den Schlüssel zu den Zusammenhängen, wie ihn das Gesetz der Erhaltung der Energie für die Bewegung der Weltkörper gibt. Die technische Entwicklung ist kein leitendes, sondern ein abgeleitetes Gesetz der kapitalistischen Produktion: es gilt nur, so lange durch diese Entwicklung die Kapitalanhäufung gefördert wird; findet aber das Kapital andre Wege zu seiner Vermehrung, so ignoriert es die technische Entwicklung, wie der gelegentliche Uebergang von der Fabrik zum hausindustriellen Verlagssystem beweist. So gilt denn auch die Lohnsteigerung dem Kapital nur als Mittel seiner eigenen gesteigerten Anhäufung; es bezahlt den Arbeiter höher, um mehr an ihm zu verdienen, und ersetzt ihn durch Frauen- oder Kinderarbeit, wenn von dieser Seite der höhere Profit winkt. Diesen Zusammenhang ließen die Sozialreformer außer acht, als sie ihre Aufstellungen über die steigende Tendenz der Löhne machten. Es ist wahr, daß der geringe Lohn nicht immer der profitabelste für das Kapital ist, aber auch nicht der hohe Lohn. Die großen sozialen Zusammenhänge aber, die sich aus der Lohnbewegung ergeben und schließlich die Produktionsentwicklung selbst beeinflussen, gehen das Kapital ebensowenig an, wie die Produktionsentwicklung selbst, die ihm auch nur ein Mittel seiner Akkumulation ist, — so geht auch den Bandwurm die Störung des Ernährungsprozesses nichts an, die er verursacht und der er schließlich selbst zum Opfer fallen muß.

Bauerntums) — neben alledem ist die Entwicklung Nordamerikas als ein Faktor zu nennen, der die Lohnbewegung in Europa sehr günstig beeinflußt hatte. Wir wissen, daß Amerika zum Sammelbecken für die überzählige Bevölkerung Europas, für die vom Kapital außer Erwerb gesetzten Volksmassen geworden war. Europa und ganz besonders England wurde dadurch zu einem sehr erheblichen Teil von dem Druck befreit, den diese Massen auf den Arbeitsmarkt ausübten. Die proletarisierten europäischen Bauern, die sich in amerikanische Farmer verwandelten, verminderten das Angebot von Arbeitshänden in Europa und vermehrten zugleich die Nachfrage nach Industriewaren. Dasselbe Verhältnis aber, das in Westeuropa die Lohnsteigerungen begünstigte, bedingte in Amerika selbst von vornherein ein höheres Lohnniveau. Der Mangel an Arbeitern und der Reichtum an Land setzte den Arbeiter in Amerika in den Stand, sich eine höhere Lebenshaltung, als in Europa, zu sichern. Damit war eine der Grundbedingungen der kapitalistischen Produktionsentwicklung zunächst gebunden. Die amerikanische Industrie mußte von vornherein mit einer bedeutenden Lohnhöhe rechnen. So machte sie denn diese Lohnhöhe zum Ausgang einer technischen Entwicklung, die auf der Intensivizierung der Arbeit und der Verfeinerung und Verallgemeinerung der Maschinerie beruhte. Soweit die Ergebnisse der amerikanischen Technik nach Europa übertragen werden, lassen sie den amerikanischen Arbeiter vermissen, der die Voraussetzung dieser Technik war; zum Teil wirkt auch das als Ansporn zur Heranbildung einer besser bezahlten intelligenten Arbeiterschicht, zum anderen aber findet das Kapital Mittel und Wege, die amerikanische Technik den europäischen Lohnverhältnissen anzupassen.

Da von den europäischen Ländern England die meisten Lohnsteigerungen hatte und da England zugleich die meisten Kolonien besitzt, so hat man sich gewöhnt, beides kritiklos zu verbinden, und führt die Steigerung der Arbeitslöhne in England auf den englischen Kolonialexport zurück. Ein einfacher Vergleich der Tatsachen widerlegt diese Aufstellung. Bekanntlich geht die Steigerung der Arbeitslöhne in England durch drei Jahrzehnte, die 50 er 60 er, 70 er Jahre des vorigen Jahrhunderts — schon in den 80 er Jahren tritt eine Verlangsamung der Entwicklung ein. Demgegenüber zeigen die Verhältniszahlen des englischen Exports nach den Kolonien folgende Bewegung (nach Mulhall):

Englische Ausfuhr nach den Kolonien in den Jahren	In Prozenten die Gesamtausfuhr Englands	
1854—60	29,6	
1861—70	24,6	25,1
1871—80	25,6	
1881—87	29,9	

Die Zeit der Lohnsteigerung war also in England zugleich die Zeit der relativen Verminderung des kolonialen Exports (weil der Anteil Europas und Amerikas an dem Export stieg). Nunmehr, nach den Handelszahlen für 1904/5, beträgt der Export Englands nach seinen Kolonien gar über

30 Prozent seines gesamten Exports, — wie das auf die Industrie und die Arbeitslöhne wirkt, darüber hat uns ja W. A. S. Hewons in seinem englischen Wirtschaftsbericht recht interessante Dinge mitzuteilen gewußt.

Es waren nicht der Inder, der Malaie und der Neger, es waren der Europäer und der Amerikaner, denen die englische Industrie, wie auch die deutsche, ihre Entwicklung zu verdanken hatte.

Nun sehe man sich aber die Zahlen der englischen Auswanderung an, und man wird es begreiflich finden, warum die englischen Arbeiter um die Mitte des vorigen Jahrhunderts mehr Spielraum für ihre Lohnkämpfe gewonnen haben. Es betrug (mitgeteilt bei Thozée):

Die englische Auswanderung in den Jahren		Ueberhaupt	Im Jahresdurchschnitt
1815—1853		3463592	91147
1853—1883		6981400	698140
1883—1890		2352696	336099
1890—1898		2122575	265322
1815—1898	zusammen	14920263	Auswanderer.

Diese Zahlen enthalten die gesamte Auswanderung Englands, nicht bloß nach den Vereinigten Staaten. Aber die Wirkung Australiens und Kanadas war nicht anders, als die der Nordamerikanischen Union, nur nicht so scharf ausgeprägt und nicht so umfassend.

Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert der Besiedelung und wirtschaftlichen Erschließung neuer Welten, — das 20. Jahrhundert beginnt mit der Industrialisierung der alten Welt. Dieser Unterschied muß in mannigfacher Beziehung in der Weltmarktsentwicklung zum Ausdruck kommen und nicht zum geringsten auch die Arbeiterverhältnisse in Europa beeinflussen.

Wie die Industrialisierung Amerikas, so muß auch die Industrialisierung Asiens und Afrikas zu einer großen Erweiterung des Weltmarktes führen und große Produktivkräfte wecken, aber währenddem jene den europäischen Arbeitsmarkt entlastete, setzt diese gewaltige Volksmassen in Bewegung.

Die Fabrikarbeit ist wohl eine Kulturerrungenschaft, aber keine Natureigenschaft der weißen Rasse. Der Mongole hat sie schon gelernt, wie das Beispiel Japans zeigt; der Neger in Amerika hat sie ebenfalls schon gelernt, schließlich lernt sie auch der Neger in Afrika.

Wir haben schon an andrer Stelle (Kapitalistische Kulturarbeit in Afrika) das Urteil der Direktion der South West Africa Co. über die Verwendbarkeit der Neger zur Arbeit in den Bergwerken kennen gelernt. Aehnliche Zeugnisse liegen auch von andrer Seite vor.

So gibt die Verwaltung der Kongo-Eisenbahn folgenden Bericht über die Ausführung ihrer Eisenbahnarbeiten (in der Eisenbahnenquete des Institut Kolonial International):

„Mit Ausnahme der Handwerker: Maurer, Zimmerer, Schmiede, die eine gewisse Kenntnis ihres Handwerks hatten, mußte eine vollständige An-

lernung sämtlicher Arbeiter stattfinden. Nach etlichen Jahren gelang es, eine Armee von vorzüglichen und disziplinierten Arbeitern zu bilden, die man in dem Maße, wie nach und nach ihre Verträge abliefen, durch Eingeborene ersetzte, die jetzt bereits zahlreich genug sind, um den Bedarf des Betriebs zu decken, nachdem die Abschlußarbeiten zu Ende geführt sein werden. Es ist nunmehr die Sicherheit vorhanden, daß man für das untergeordnete Personal nicht mehr das Ausland wird in Anspruch nehmen müssen, mit Ausnahme der Werkführer und solcher Spezialisten unter den Arbeitern, die nur in langer Zeit herangebildet werden können. Wie dem auch sei, nachdem die Arbeiter, die sich jetzt im Kongo befinden, nach ihrem Vaterlande zurückkehren werden, wird es an der Westseite Afrikas, zwischen Senegal und Kongo, mehr als 10000 Arbeiter geben, die bereit sein werden, in den Dienst zu treten bei neuen Unternehmungen, die man in diesem Küstenstrich errichten möchte. Im Anfang bestand das gesamte Direktions- und Ueberwachungspersonal aus Europäern; später aber wurden die Schwarzen zur Aufsicht, sowie als Angestellte jeder Art verwandt."

Ueber den Eisenbahnbau im Sudan wird berichtet: „Es ist gegenwärtig die einheimische schwarze Rasse, welche die Handarbeit liefert, die zur Fortführung der Bauten nötig ist. Diese Rasse liefert leicht die Handarbeiter und Erdarbeiter, desgleichen die Maurer, obwohl Anlernung nötig ist. Aber sie liefert besonders einen großen Teil der Schmiede, die sehr gut eingeübt sind und genug fachmännische Geschicklichkeit besitzen, um die Vernietung der verschiedenen Brückenteile auszuführen."

Dr. Axel Preyer, der ein sehr unterrichtendes Werk über die Aktiengesellschaften und Großbetriebe in den Kolonien geschrieben hat, gibt folgendes Urteil ab über die Arbeit der Farbigen: „Die technischen Leistungen der farbigen Arbeiter sind sowohl qualitativ als quantitativ meistens geringer als diejenigen von Europäern in ihrer Heimat. Eine Ausnahme machen allerdings die Chinesen, welche selbst in ungesunden Tropengebieten erstaunlich lange schwere Arbeit verrichten können. Andre Farbige leisten zwar erheblich weniger, aber immerhin an körperlicher Arbeit mehr als ein Weißer in den Tropen regelmäßig bewältigen könnte. Qualitativ arbeitet der Farbige, ganz besonders der Chinese bei eingehender Belehrung und scharfer Aufsicht recht befriedigend, ja häufig erreicht er einen Grad der Genauigkeit und Gleichmäßigkeit, welcher in Europa kaum zu finden wäre. Der Farbige ist infolge dieser Eigenschaften bei richtiger Behandlung sehr brauchbar, in Fabriken ebensowohl als in Bergwerks- und Plantagenbetrieben."

Man weiß, daß schon seit geraumer Zeit eine mongolische Auswanderung stattfindet. Es wurden in den Vereinigten Staaten Mongolen gezählt:

	Chinesen	Japaner
1860	34933	
1870	63199	55
1880	105465	148
1890	107488	2039
1900	90167	24610

Die Verminderung der Zahl der Chinesen bei der Zählung von 1900 ist eine Folge der gegen die Kulieinfuhr ergriffenen Maßregeln. Man wird jedoch zugeben, daß diese Zahlen, trotz ihrer steigenden Tendenz, noch recht gering sind und an und für sich keine Besorgnis erregen dürften, — um so schärfer muß der Druck der mongolischen Konkurrenz sein, wenn man in Amerika, wo man sonst mit ganz anderen Einwandererzahlen zu rechnen hat und auch an die Farbigen gewöhnt ist (man denke an die Neger), speziell gegen die Mongolen drakonische Maßregeln ergreift. Eintrittsverbote wurden überall erlassen, wo nur die Chinesen erschienen waren. So auch in Australien und in Südafrika.

Die bisherige Kulikonkurrenz war aber nur ein kurzes und unbedeutendes Vorspiel zu dem, was kommen wird, kommen muß. Die Industrialisierung Chinas wird einen ganz anderen Auswanderungsdrang schaffen, ganz andre Potenzen in Bewegung setzen. Wir sehen schon an der rasch aufsteigenden Zahl der japanischen Einwanderung nach Amerika, wie das wirkt. Aber wir brauchen uns doch nur der Wirtschaftsgeschichte Europas zu erinnern, der proletarisierten Bauernmassen, die verkümmerten und verdarben, bis sie nach Amerika abgewälzt wurden! In China mit seinen ungeheueren Dimensionen, das überdies schon jetzt eine überzählige Bevölkerung aufzuweisen hat, wird der Proletarisierungsprozeß einen kolossalen Umfang annehmen und Folgen zeitigen, die man sich kaum ausdenken kann.

Man sehe doch, wie es schon jetzt drüben kocht und brodelt! Die Boxeraufstände waren ein warnendes Zeichen, aber man hat es bereits vergessen. Seitdem hören aber die Volksunruhen in China nicht auf. Die Eisenbahnen müssen sich durch einen förmlichen Wall von Menschen einen Weg legen. Die zahllose Bevölkerung der chinesischen Landstraßen wird auseinander gesprengt, die noch zahlreicheren Kleinhändler und Handwerker werden ruiniert; hinter diesen wird auch der chinesische Bauer dran glauben müssen. Unzähligen Millionen Menschen entzieht das Kapital in China den wirtschaftlichen Boden unter den Füßen. Wo sollen sie hin? Wenn sie nicht nach Europa und Amerika abfließen, dann kommen sie nach Afrika. Man rechnet bereits mit einer mongolischen Auswanderung von 2—3 Millionen jährlich. (C. Thozée.) Auf alle Fälle aber entsteht in Ostasien eine neue industrielle Entwicklung, die sich auf billige Arbeitshände gründet, wie sich die industrielle Entwicklung Amerikas auf teuere Arbeitshände gegründet hat. Wenn auch der europäische Arbeiter dem Mongolen nicht in der europäischen Fabrik begegnen sollte, so wird er dennoch an seinem Arbeitslohn die Wirkung der billigen Ware zu spüren bekommen, die der Chinese in der chinesischen Fabrik erzeugen wird.

Dieser Druck der Konkurrenz wird um so schärfer sein, je mehr man die europäische Industrie dem Bedarf der Mongolen und Neger anpassen wird, also je mehr man darauf hinausgeht, für den Kolonialbedarf zu produzieren. Denn es ist doch naturgemäß, daß die Mongolen ihren eigenen Bedarf, sowie den Bedarf der ihnen kulturell näher, als den Europäern, stehenden Nationen am ehesten werden befriedigen können; außerdem erfordert

dieser Bedarf eine geringere technische Verfeinerung; schließlich kommen auch die günstigeren geographischen Marktverhältnisse in Betracht.

„Gegenwärtig sind die Träger der modernen Kultur die Weißen, aber in Zukunft kann eine andre hellfarbige Menschenrasse diesen gleichkommen, wenn nicht gar sie übertreffen, nämlich die Mongolen. Es würde zu weit führen, im einzelnen die in Vermehrungsfähigkeit, Körperkonstitution und Charakter begründeten Beweise für diese Möglichkeit anzuführen. Es genüge nur ein Hinweis auf die technische, wirtschaftliche und politische Entwicklung des japanischen Reichs. Dazu kommt, daß nach dem Urteil aller guten Kenner Ostasiens die Chinesen nach Leistungsfähigkeit sowohl als nach Charaktereigenschaften den Japanern noch vorzuziehen sind, und daß in ihnen Fähigkeiten schlummern, welche, einmal erweckt, das Bild der Kulturwelt sehr verändern würden. In erster Linie gilt dies vom modernen wirtschaftlichen Leben und einem seiner wichtigsten Zweige, der Industrie. Wie es den europäischen Industrieländern ergehen wird, wenn einmal die jetzigen Anfänge der industriellen Betätigung in China sich allmählich zu einer gewaltigen Jahresproduktion an Fabrikaten aller Art entwickelt haben, diese Frage zu beantworten, bleibt der Zukunft vorbehalten. Noch mehr von Bedeutung für das Schicksal der warmen Zone ist aber die Tatsache, daß die Chinesen schwere körperliche Arbeit sowohl als jede sonstige Erwerbstätigkeit auch in den engeren Tropen ohne Schädigung ihrer Gesundheit dauernd ausüben können, daß sie sich ferner dort ebensogut wie in ihrer Heimat niederlassen und fortpflanzen; auch an Konstitution und Charaktereigenschaften büßen sie, wie die Abkömmlinge Jahrhunderte alter chinesischer Familien in Java beweisen, nichts ein. Und was ihre wirtschaftlichen Fähigkeiten anbetrifft, so gibt es heute schon in Canton, Singapore und Java chinesische Kaufherrn, die mit einem Federstrich über Millionen gebieten und nicht selten europäischen Firmen scharfe Konkurrenz bereiten. Wie schon in der Gegenwart, so wird jedenfalls noch mehr in der Zukunft die Einwanderung und Niederlassung von Chinesen in den warmen Ländern ein schwieriges Problem für die Kolonialmächte weißer Rasse, zunächst in wirtschaftlicher, später vielleicht in politischer Hinsicht." (Dr. A. Preyer.)

So gelangen wir denn auch hier zum Ergebnis: die Zukunft der europäischen Industrie liegt nicht in den Kolonien, sondern in dem wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas.

Die Kolonien aber bedeuten: technischen Niedergang und steigenden Druck auf die Arbeitslöhne.

Vierter Teil.

Die Schwindelära der Reichspolitik.

Der neue Reichstag.

„Die Regierung ist ebensowenig Schöpferin ihrer Politik, wie die bürgerlichen Parteien. Sie bedingen sich gegenseitig und werden selbst von der kapitalistischen Entwicklung bedingt. Fortgetragen vom Wirbelsturm dieser Entwicklung, verwickeln sie das Land in die schlimmsten wirtschaftlichen und politischen Widersprüche, können ihr aber nicht entrinnen — sie sind im letzten Grunde nur die Handlanger des Kapitals, seine blinden Werkzeuge." Von der Untersuchung der parlamentarischen Zusammenhänge, die zur Auflösung des Reichstags geführt hatten, mit der diese Schrift eingeleitet wurde, kamen wir dazu, die inneren Triebkräfte der kapitalistischen Entwicklung zu untersuchen; jetzt wollen wir das umgekehrte Verfahren einschlagen und, nachdem wir kennen gelernt haben, in welchen Widersprüchen und Extremen sich gegenwärtig die kapitalistische Entwicklung bewegt, welche das Kapital in Deutschland, wie in den anderen Industriestaaten, nach den Kolonien treibt, im Anschluß daran die Gestaltung der Politik der Reichsregierung und des Reichstags untersuchen.

Das Wahlergebnis war eine Ueberraschung für die Regierung selbst. Sie ergab sich deshalb in den ersten Tagen nach den Wahlen einem Freudentaumel, der, soweit es sich darum handelte, die Hurrastimmung der Bourgeoisie zur politischen Reklame auszunützen, ja durchaus zweckmäßig war, immerhin aber die Regierung viel zu sehr exponierte, da er das beklemmende Gefühl verriet, das sie vor den Wahlen beherrschte. Die Regierung war berauscht. Diese taumelnde Stimmung hielt auch noch bei den ersten Verhandlungen im neuen Reichstage an. Doch nunmehr macht sich bereits eine ziemliche Ernüchterung kund.

Die Wahlen zeigten wohl eine Tendenz in der Richtung des Liberalismus, da aber diese Tendenz mit dem reaktionären Kampf gegen die Sozialdemokratie gepaart war, so führte sie im Schlußergebnis nicht zu einer Stärkung, sondern zu einer Schwächung der parlamentarischen Stellung des Liberalismus. Stets, wenn die bürgerlichen Parteien liberale Forderungen zu vertreten hatten, fanden sie in der Sozialdemokratie ihre sicherste Stütze. Stellt man nun aber zusammen die liberalen Parteien und die Sozialdemokratie, so findet man, daß sie bei den Wahlen von 1903 über 54,1 Proz. der abgegebenen Stimmen verfügten und daß sie genau den gleichen Prozentsatz 54,1 auch bei den Wahlen von 1907 herausgebracht haben, daß aber

ihre Abgeordnetenzahl 170 bei den Wahlen von 1903 betrug und nur noch 154 gegenwärtig beträgt. Also hat der Liberalismus durch die Niederstimmung der Sozialdemokratie sich selbst die parlamentarische Stütze gebrochen. Er hat sich die Gunst der Regierung eingetauscht auf Kosten seiner Macht.

Der Liberalismus hat nur erreicht, daß er durch die geringe Vermehrung seiner Mandate und die noch stärkere der konservativen Parteien mit diesen zusammen eine Mehrheit bilden kann. Er kann sich der Regierungsmehrheit anschließen. Das ist das einzige, was ihm übrig bleibt.

Die Regierung besitzt eine doppelte Majorität: Konservative und Liberale und Konservative und Zentrum. Sie kann also ohne die Liberalen, aber nicht ohne die Konservativen auskommen.

Die Konservativen beherrschen deshalb mehr denn je die parlamentarische Situation. Sie haben nichts dagegen, daß der Reichskanzler mit den Liberalen kokettiert, zumal wenn das in der Form der Brüskierung des Zentrums geschieht. Sie wachen aber eifersüchtig darüber, daß ihre Machtstellung durch ein engeres Bündnis der Regierung mit den Liberalen keinen Abbruch erleide.

Darum hat denn auch Herr von Bülow seinen Kanossagang vor dem Landwirtschaftsrate antreten und das Lob des Schweines singen müssen, um den Eindruck seiner viel zu schwungvollen liberalen Redensarten zu verwischen.

Man hat in der Auflösung des Reichstags und dem schroffen Auftreten der Regierung gegen das Zentrum eine entschiedene Wendung in der Reichspolitik, eine neue liberale Aera sehen wollen. Allein, wenn die Regierung eine entschiedene liberale Politik betreiben wollte, so müßte sie jetzt auf eine zweite Auflösung des Reichstags hinsteuern, um im neuen Wahlgang mit einem ausgesprochen liberalen Programm sich erst eine liberale Mehrheit zu schaffen. Dazu eignet sie sich nicht, das will sie auch gar nicht und das erwartet man von ihr nicht. Sie hat den Reichstag aufgelöst, weil sie nicht mehr weiter fortwursteln konnte, sie ist froh, daß sie jetzt ihre Mehrheit beisammen hat, und denkt am allerwenigsten daran, die Geschäfte des Liberalismus zu besorgen. Ich wiederhole, was ich vor den Wahlen geschrieben habe: „Die deutsche Regierung ist bereits durch ihre Vergangenheit genügend charakterisiert, um ihr weitausschauende Pläne nicht zuzutrauen.“ Nachdem der Reichskanzler unsicher und kraftlos im liberalen Felde herumgeflattert war, setzte er sich wohlgemut auf den agrarischen Misthaufen nieder. Er zieht den philosophischen Schluß: es geht am besten, wie es geht!

Ueber die Schranken, die ihm die Konservativen setzen, wird der Reichskanzler seinen Liberalismus nicht entwickeln. Der Liberalismus als Regierungspartei ißt das Gnadenbrot der Konservativen.

Die Liberalen, denen jeder parlamentarische Tag die Erkenntnis einpaukt, daß sie bei den Wahlen nur die Geschäfte der Konservativen besorgt haben, befinden sich in einer desto schlimmeren katzenjämmerlichen Stimmung, je weiter links sie stehen. Sie haben sich die Möglichkeit erworben, die

Regierungsvorlagen mit zu bewilligen — nicht aber, sie zu verwerfen — aber auch zu diesem Zweck müssen sie alles aufgeben, was sie von den reaktionären Parteien trennt. Denn, im Unterschied zu den Kartellwahlen von 1887, aus denen eine Mehrheit der Konservativen (nebst Reichspartei) und Nationalliberalen herauskam, handelt es sich diesmal nicht um eine „Paarung", wie das neue Schlagwort lautet, sondern um einen vollkommenen Kuddelmuddel. Um eine konservativ-liberale Mehrheit zu bilden, müssen mindestens zusammengehen: Konservative, Reichspartei, Bund der Landwirte, Antisemiten, Nationalliberale, Freisinnige Vereinigung und Freisinnige Volkspartei!

Um diese Mehrheit, die selbstverständlich nur von Fall zu Fall gebildet werden kann, zu gebrauchen, wird es stets recht starker politischer Pressionsmittel bedürfen. Darum wird die Regierung immer von neuem bestrebt sein, den Druck, den sie bei den Wahlen auf die öffentliche Meinung ausgeübt hatte, zu wiederholen. So wird denn die parlamentarische Konstellation auch ihrerseits zu einer Antriebskraft für koloniale Abenteuer, die sich ja auch sonst zahlreich und verworren genug aus der inneren Entwicklung der kapitalistischen Kolonialpolitik ergeben.

Demgemäß lassen sich folgende Grundlinien für die nächste Gestaltung der deutschen Reichspolitik ziehen:

1. Festhalten an den Schutzzöllen und ganz besonders den Agrarzöllen.
2. Schrankenlose Bewilligungen für Militär, Marine und Kolonien.
3. Gewaltsames Vorwärtstreiben der Kolonialpolitik.

Indessen aber arbeitet die kapitalistische Entwicklung emsig daran, die sozialen Widersprüche zu verschärfen und auf die Spitze zu treiben.

Agrarische Widersprüche.

Wir haben in dem Kapitel über die Teuerung darauf hingewiesen, daß sie, durch Steigerung der Bodenpreise, des Pachtzinses und der Verschuldung, zu einer Kalamität für die Landwirtschaft selbst werden und vor allem zum Ruin des Bauerntums führen muß. Vorläufig schwelgt ja noch das Agrariertum in lauter Wonne. Die Kleinbauern haben sich allerdings bereits in eine Schweinekrisis hineinspekuliert; den Gutsherrn berührt das sehr wenig, im Gegenteil, die Krisis kommt ihm in mancherlei Beziehung zugute, indem sie nämlich durch Einschränkung der Konkurrenz der Kleinbauern erst recht die Wege ebnet für die Schweinezucht der gutsherrlichen Brennereien, Brauereien, Zuckerfabriken und Molkereien und zugleich den Tagelöhner gefügiger macht dem Gutsherrn. Aber noch viel bedenklichere Symptome zeigen sich, und diese sind bereits sogar vom grünen Tisch des preußischen Staatsministeriums wahrgenommen worden.

Der preußische Landwirtschaftsminister hielt in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. Februar 1907 eine Rede, die es sich verlohnt, in

das richtige Licht zu stellen. Denn allerdings, um die Dinge klar zu sehen, muß man erst den beschränkten und schiefen Gesichtspunkt korrigieren, zu dem der agrarische Minister von Amts wegen verpflichtet ist.

Herr v. Arnim, preußischer Minister für Landwirtschaft, sprach:

„Es ist jetzt ein Jahr her seit dem Inaugurieren unserer Zollpolitik. Der Herr Finanzminister hat in seiner Etatrede schon auf die günstige Wirkung dieser Zollpolitik aufmerksam gemacht. Auch auf die Landwirtschaft hat sie zweifellos belebend gewirkt. Ich kann mich aber dem Eindruck nicht verschließen, daß die Chancen, die die Zollgesetzgebung bietet, doch etwas überschätzt werden. Meiner Ueberzeugung nach bilden die Erhöhung der Arbeitslöhne und die durch das Steigen sämtlicher Preise bedingte Erhöhung der Produktionskosten ein schwerwiegendes Gegengewicht gegen die Vorteile, welche die etwas höheren Preise der Landwirtschaft bieten, ganz besonders, wenn man berücksichtigt, daß die hohen Viehpreise nur vorübergehend sein können."

Machen wir einen Augenblick Halt. Daß die Steigerung der Warenpreise durch die Steigerung der Arbeitslöhne bedingt sein soll, ist offenbar eine kapitalistische Verdrehung der Tatsache, daß mit der Steigerung der Warenpreise eine Steigerung der Arbeitslöhne schon deshalb notwendig wird, weil sonst eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter eintreten würde. Für uns ist aber vor allem wichtig das ministerielle Zugeständnis, daß die Steigerung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte die Produktionsentwicklung hindert, worauf ja wiederholt in dieser Schrift verwiesen wurde.

Folgen wir dem preußischen Landwirtschaftsminister weiter.

„Zieht man dies alles in Rücksicht, so kann man sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die hohen Güterpreise, die wir gegenwärtig haben, in der gesteigerten Rentabilität eine genügende Stütze nicht finden. Ich halte sie vielmehr für ein höchst bedenkliches Moment, dessen Ursache weniger in der gesteigerten Rentabilität, wie in der erhöhten Nachfrage nach Grund und Boden liegt, hervorgerufen durch die vermehrten Ankäufe der verschiedenen staatlichen und privaten Ansiedelungsbanken, die Domänenkäufe und Käufe von vielen in der Industrie reich gewordenen Leuten. Das sind Momente, die leider auch den Berufslandwirt oft verführen, ja geradezu zwingen, Preise anzulegen, die sich nicht verzinsen können."

Sehr kennzeichnend ist die agrarische Klage über die Ansiedelungsbanken, zu deren Wortführer sich der Landwirtschaftsminister macht, ohne sich recht bewußt zu sein, was sie bedeutet. Zur Zeit der schleichenden Agrarkrisis waren den Gutsherren „die staatlichen und privaten Ansiedelungsbanken" recht willkommen, da sie ihnen die Möglichkeit gaben, ihr Land vorteilhaft zu zerstückeln. Jetzt aber, da die Grundrente steigt, wollen sie zusammenlegen, sie wollen aber das Land recht billig kaufen und sehen in den Ansiedelungsinstituten eine unangenehme Konkurrenz. War früher das Bestreben, Parzellenbauern zu bilden, so will man jetzt vielmehr den Bauern auskaufen — eine Tendenz, auf die im Kapitel über die Teuerung verwiesen worden ist.

Herr von Arnim fährt fort:

„Eine allgemeine Preissteigerung ist aber auch deshalb so bedenklich, weil sie nicht nur beim Verkaufe, sondern — und das ist das Allerbedenklichste — auch bei der Vererbung in die Erscheinung tritt und bei jedem Erbgang Anlaß gibt zu einer vermehrten und beschleunigten Verschuldung. Die zunehmende Verschuldung ist meiner Ansicht nach einer der Hauptkrebsschäden, unter denen die Landwirtschaft heute leidet. Sie ist die einzige Ursache dafür, daß die Landwirtschaft sich besonders so wenig widerstandsfähig gegen die ungünstigen Konjunkturen gezeigt hat. Zweifellos bringt die Zollgesetzgebung den jetzt lebenden Landwirten nicht unerhebliche Vorteile. Sicher ist, daß diese Vorteile in gewisser Zeit, meist schon in einer Generation, in Gestalt von höheren Schulden eskomptiert sein werden, so daß dann die Landwirtschaft sich wieder auf demselben Standpunkt befinden wird, auf dem sie heute steht.

Die Zollgesetzgebung hätte dann also gar nichts genützt; sie hätte vielmehr geschadet; denn fände je eine Verminderung oder Aufhebung der Zölle statt — und wer wollte die Möglichkeit dafür leugnen? —, dann, meine Herren, werden Katastrophen der allerschlimmsten Art eintreten. Unsre Zollgesetzgebung ist nur dann zu rechtfertigen, wenn wir auch Maßregeln ergreifen, um die nichtgewollten ungünstigen Begleiterscheinungen zu bekämpfen. Ich sehe es aber gerade als eine Hauptaufgabe unserer Zollgesetzgebung an, die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes zu ermöglichen."

Also, um es kurz zu fassen: die Grundrente steigt; mit der Grundrente steigen die Bodenpreise und der Pachtzins; mit diesen steigt die Verschuldung; durch die Verschuldung und den Pachtzins wird ein Rückgang des Getreidepreises unmöglich gemacht; tritt dieser dennoch ein, so führt er zu einer Agrarkrisis. Diesen verhängnisvollen Zusammenhang, der uns sattsam bekannt ist, hat der preußische Landwirtschaftsminister zwar noch nicht klar gefaßt, aber die Tatsachen anerkennt er. Und der preußische Landwirtschaftsminister sagt uns, unter solchen Umständen nütze nichts, die Schutzzölle werden zum Schaden für die Landwirtschaft und das Ganze müsse mit einer „Katastrophe der allerschlimmsten Art" abschließen. Welche Mittel aber sieht er, um diese Katastrophe zu vermeiden? „Die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes!" Es gehört die von einem tieferen Erfassen der kapitalistischen Entwicklung ungetrübte Naivität eines kapitalistischen Regierungsmenschen dazu, um die bodenlose Utopisterei nicht zu merken, die in diesem „praktischen" Vorschlag steckt.

Wenn sich je überhaupt eine Entschuldung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes durchführen läßt, dann nur zur Zeit der sinkenden, nicht aber zur Zeit der steigenden Bodenpreise.

Wenn die Bodenpreise steigen, können keine noch so wohl gemeinten Ratschläge vom grünen Tisch aus den Gutsherrn verhindern, neue Hypotheken aufzunehmen. Er wäre auch ein Narr, wenn er es nicht getan hätte, — denn dann wäre er von seinem Nachbar, der es tut, sehr schnell überflügelt. Er befindet sich in der Lage eines Geschäftsmannes, dem reichlicher und

billiger Kredit zur Verfügung gestellt wird. Selbstverständlich greift er zu. Soweit er das Kapital nicht zur Erweiterung seiner Wirtschaft, zur Errichtung von landwirtschaftlichen Nebenbetrieben usw. verwendet, kann er es ja in industriellen Unternehmungen anlegen, was denn auch seit jeher in sehr hohem Maße geschieht. Die ostelbischen Gutsherren sind die besten Kunden der Börse. Die Rechnung ist sehr einfach: währenddem die Pfandbriefe der preußischen Hypothekenbanken mit 3 bis $4^1/_2$ Proz. verzinst werden, zahlten 1905 in Preußen die Aktiengesellschaften, sofern sie einen Reingewinn abwarfen, eine Durchschnittsdividende von 11,6 Proz. und in den wichtigsten Branchen noch mehr, so im Bergbau 12,7, in der Maschinenindustrie 12, in den Ziegeleien 12,5, in den Zuckerfabriken 17, in der chemischen Industrie 24,3 Proz.! Unter solchen Verhältnissen ist die Aufnahme neuer Hypotheken für den Gutsherrn offenbar eine sehr vorteilhafte Spekulation.

Aber in welcher Weise auch der Gutsherr seine kapitalisierte Grundrente verwendet haben mag, so bleibt sie als Hypothek auf seinem Boden haften. Als Grundschuld erscheinen deshalb Geldbeträge, deren Gegenwerte in Gestalt von dividendentragenden Aktienpapieren im Portefeuille des Gutsherrn wohl verwahrt sind, oder Summen, die er an seine Töchter und Söhne ausgezahlt oder im Spiel, für Weiber und Pferde vergeudet hat. Kommt nun die Zeit der sinkenden Getreidepreise, so klagt der Gutsherr über die hohe Verschuldung, ruft den Staat an, und das Volk muß herhalten, um die Renten der kapitalistischen Grundbesitzer aufzubessern.

Die Befürchtung eines späteren Rückgangs der Getreidepreise hält den Gutsherrn nicht von der Aufnahme der Hypothek zurück, im Gegenteil, das treibt ihn erst recht an, es zu tun, solange die Konjunktur für ihn günstig ist.

Die Hypothekenbewegung auf dem Gebiete des preußischen Staats zeigt folgende Zahlen:

	Löschungen	Eintragungen	Steigerung der Verschuldung
1895	506	783	278
1896	492	813	321
1897	490	848	358
1898	472	860	388
1899	504	778	274
1900	482	877	396
1901	558	959	401
1902	627	1020	394
1903	645	1090	445
1904	631	1038	407

Bis 1901 schwanken die Zahlen der Hypothekenlöschungen nur unbedeutend, mehr schon schwanken die Eintragungen neuer Hypotheken; seit 1901 steigen die Löschungen in sehr respektablem Maße, ein Zeichen landwirtschaftlicher Prosperität, aber zugleich wachsen jetzt erst recht die Eintragungen, so daß die Verschuldung stärker zunimmt, als vorher. So wird es auch weitergehen, solange die Bodenpreise steigen. Da hilft kein Landwirtschaftsminister.

Anders, als der Gutsherr, stellt sich der Bauer zu den Bodenpreisen und zu der Verschuldung. Sein Einkommen beruht nicht auf der Grundrente und nicht auf dem Kapital, sondern auf seiner Arbeit. Seine Hypotheken reichen nicht aus, um Brennereien zu errichten oder um aus dem Aktienbesitz sich zu ernähren. Ihm zeigt deshalb die Erscheinung nur ihre Kehrseite: Hoher Pachtzins, Erschwerung des Landerwerbs und vor allem Steigerung der Abstandssummen bei Erbteilungen.

Wie es um das deutsche Bauerntum bestellt ist, darüber gibt speziell für Preußen die kombinierte Statistik des Grundsteuerreinertrags, des Grundbesitzes und des Einkommens sehr interessante Aufschlüsse. Die letzte diesbezügliche amtliche Zusammenstellung, für das Jahr 1902, zeigt folgendes Bild:

Grundsteuer-Reinertragsklasse	Durchschnittlicher Grundbesitz	Zahl der Grundeigentümer	Vom Hundert jeder Grundsteuer-Reinertragsklasse besaßen ein Reineinkommen von	
			unter 900 Mk.	unter 1500 Mk.
60—90 Mk.	8,0 ha	110 019	71,9	98,5
90—300 „	14,7 „	310 118	38,8	91,2
300—1500 „	37,1 „	180 806	5,3	42,5
1500 u. mehr „	298,8 „	27 933	1,0	6,6
60 u. mehr	32,6	628 876	33,3	74,6

Wir ersehen aus dieser Zusammenstellung, daß selbst Mittelbauern mit 8 ha Durchschnittsbesitz es in Preußen auf keine 1500 Mk. Einkommen im Jahre bringen (nur 1,5 Proz. erhebt sich darüber), daß über sieben Zehntel von ihnen weniger als 900 Mk. Einkommen im Jahre beziehen: die Lage dieser Bauernschicht steht also noch hinter der der gewerblichen Arbeiter zurück. Sogar die Bauern mit ca. 15 ha Grundbesitz vermögen sich in Preußen nicht über die Einkommensklasse von 1500 Mk. zu erheben, neun Zehntel von ihnen beziehen ein geringeres Einkommen, etwa zwei Fünftel — weniger als 900 Mk. jährlich. Dabei fehlt noch in unserer Uebersicht das Parzellenbauerntum vollständig: der Grundsteuer-Reinertrag unter 60 Mk., entsprechend, wie obige Tabelle zeigt, einem Durchschnittsbesitz von weniger als 8 ha, wird nicht registriert. Unsre Tabelle gibt 628 876 landwirtschaftliche Grundeigentümer an, währenddem es nach der Zählung von 1895 in Preußen 1,2 Millionen landwirtschaftliche Hauptbetriebe bezw. 3,3 Millionen landwirtschaftliche Betriebe überhaupt gab. Zieht man das in Betracht und bezeichnet man als reich die ländlichen Einkommen über 6000 Mk. jährlich, als wohlhabend jene von 1500—6000 Mk., so erhält man folgendes Bild der sozialen Gliederung der landwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens:

Reiche Gutsherren	etwa Zehntausend,
Wohlhabende Landwirte und Großbauern:	Zweimal Hunderttausend,
Verelendetes Bauerntum:	Eine Million in den Hauptbetrieben, Zwei Millionen in den Nebenbetrieben.

Die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz der Millionen Kleinbauern bildet nicht der Getreidebau, sondern die Viehzucht, besonders die Schweinezucht. Als die Fleischpreise stiegen, vermehrten sie rasch ihren Schweinebestand — um so rascher stießen sie auf die engen Schranken, welche die niedrigen Löhne der Fabrikarbeiter dem Fleischkonsum ziehen. Nun war die Ueberproduktion da. Von dem Moment an, wo sie ihr Vieh nicht mehr verkaufen konnten, bekamen die Bauern die Kehrseite der landwirtschaftlichen Teuerung zu spüren: die hohen Futterpreise. Damit zugleich offenbarte sich die mangelnde Grundlage der bäuerlichen Wirtschaftsweise überhaupt: das geringe Betriebskapital und der geringe Landbesitz. Eine drastische Schilderung der auf diese Weise geschaffenen Sachlage gibt die ja durch und durch agrarische und konservative Kreuz-Zeitung in einer Korrespondenz aus Mecklenburg:

„Es herrscht hier in Mecklenburg eine Kalamität, die sich gar nicht beschreiben läßt. Es ist schlechterdings kein Vieh zu einem Preise los zu werden, der einem einigermaßen die Aufzuchtkosten einbringt. Wenn nun auch die größeren Güter trotz der enormen Futternot versuchen, das Vieh zu halten, hoffend eben, daß in nicht zu ferner Zeit bessere Preise kommen, so kann der kleine Mann, der Tagelöhner, Deputatist, Büdner, Handwerker usw. es nicht machen, weil er nicht weiß, woher er Futter oder Platz nehmen soll. . . . Tatsächlich schlachten die Leute jetzt die Sechswochenferkel, um wenigstens etwas davon zu haben."

Es ist klar, daß der vom Großzüchter ersehnte Augenblick der „besseren Preise" desto schneller kommen wird, je rascher die „Tagelöhner, Deputatisten" usw. ihre Ferkel abschlachten werden. Der Bauer muß dem Gutsherrn den Platz räumen. Dann können die Fleischpreise wieder steigen. Mag auch infolgedessen der Fleischverbrauch sinken, so wird er doch für den Großzüchter noch immer reichen, wenn nur die Millionen Kleinbauern vom Markte fern bleiben.

Die Verdrängung der Bauern wird noch dadurch beschleunigt werden, daß ihnen die Gutsherren durch Entziehung der Pacht den Mangel an „Futter" und an „Platz" steigern werden.

Solange der sinkende Getreidepreis in einem Mißverhältnis stand zu dem hoch emporgeschraubten Bodenpreis, waren die Bauern als Tagelöhner und kleine Pächter ein willkommenes Ausbeutungsobjekt für den Gutsherrn. Eine Tendenz, die Naturalleistungen abzuschaffen und auf dem Gutshof ein reines Geldlohnverhältnis durchzuführen, machte sich freilich seit jeher geltend im Zusammenhang mit der Ausbreitung der Geldwirtschaft überhaupt und der technischen Entwicklung, die die landwirtschaftlichen Erträge steigerte. Nun aber bekommt auch noch der Boden in den Augen des Gutsherrn einen ganz anderen Wert, er braucht ihn selbst. Der Kartoffelacker und das sonstige Deputat werden deshalb dem Tagelöhner und Instmann entzogen, sie werden in Geld umgesetzt werden, — aber das nützt ihnen ebensowenig, wie es dem Bauern nützt, daß er den Pachtzins in der Tasche behält, wenn er die gepachtete Wiese, ohne die er sein Vieh nicht mehr unterhalten kann, aufgeben muß.

Nach der Aufnahme von 1895 hatten im Deutschen Reich von den landwirtschaftlichen Betrieben unter 5 ha über die Hälfte gepachtetes Land,

von den Betrieben mit 5—20 ha immer noch 36 Proz. Wenn auch die gepachtete Fläche im Verhältnis zu der gesamten bewirtschafteten Fläche nicht groß war, so spielt doch gerade in diesen kleinen Wirtschaften oft schon ein sehr geringer Fetzen Land eine wesentliche Rolle für die Aufrechterhaltung des gesamten Betriebes.

Der Interessenstreit, der durch die steigenden Bodenpreise auf dem Lande hervorgerufen wird, er wird viel wirksamer, als eine sozialdemokratische Agitation es an und für sich je erreichen könnte, die Millionen Bauern in eine politische Opposition hineintreiben.

Die Zeiten, da die ostelbischen Junker unter den Trauerweiden saßen und zum Steinerweichen flöteten, sind vorbei. Wir haben jetzt die triumphierenden Agrarier vor uns. In einem Riesentaumel jagen sie vorwärts, heimsen Reichtümer ein und achten des sozialen Zersetzungsprozesses nicht, den sie auf ihrem Wege zurücklassen. Um so stärker wird die politische Rückwirkung dieser wirtschaftlichen Revolution sein.

Agrariertum und Industrie.

Nicht minder scharf treten die Gegensätze der industriellen Entwicklung hervor, wie wir sie in den Kapiteln über die amerikanische Konkurrenz und über die Teuerung kennen gelernt haben. Die Preissteigerung ist allgemein, bezieht sich auf alle Artikel, alle Dienstleistungen, alle Waren, bis auf Zeitungen, Witzblätter, Theaterbillette. Wenn auch gelegentlich die Preise nachlassen, so ist das doch der allgemeinen Wellenbewegung des Preises oder, wie bei den Fleischpreisen, partiellen Krisen zuzuschreiben und ändert nichts daran, daß die gesamte Preisbildung auf ein höheres Niveau gehoben wurde.

Der Widerstreit der Interessen des agrarischen Kapitals und der Industrie, verschärft durch den Druck des kartellierten Kapitals, kam im preußischen Landtag anläßlich der Interpellation über die Kohlenteuerung bereits recht drastisch zum Ausdruck.

Das Kohlensyndikat wurde für die hohen Kohlenpreise verantwortlich gemacht. Graf Kanitz rechnete die hohen Dividenden der Kohlenzechen vor, er verwies auf die vielen Millionen, welche Industrie und Landwirtschaft infolge der Kohlenteuerung draufzahlen müssen, und meinte:

„Was bedeutet solchen Zahlen gegenüber die angeblich so beträchtliche Verteuerung der Lebensmittel? Gehört die Kohle nicht auch zum notwendigen Lebensbedarf (Sehr richtig! rechts) ebenso wie das Brot? Haben sich etwa die Getreidepreise und die Viehpreise in den letzten 20 Jahren auch verdoppelt wie die Kohlenpreise?"

Demgegenüber legten Handelsminister Delbrück vom Standpunkt des Staats und Abgeordneter Hirsch vom Standpunkte des Kohlensyndikats aus klar, daß es vor der Bildung des Kohlensyndikats keine geringeren Schwankungen der Kohlenpreise gab und daß es solche Schwankungen auch im Auslande gibt. Damit ist aber offenbar die Frage nur von der Preispolitik des

Kohlensyndikats auf die allgemeinen Zusammenhänge der kapitalistischen Produktionsentwicklung hinübergeleitet worden. Gesetz von Angebot und Nachfrage — erklärte Herr Delbrück.

Wir wollen uns mit dem Vertreter der preußischen Regierung nicht darüber auseinandersetzen, woher es komme, daß Angebot und Nachfrage niemals in ein konstantes Verhältnis zueinander gelangen können, ob nicht diese Schwankungen, die, zugestandenermaßen, auch die Kartelle nicht zu beseitigen vermögen, auf eine Störung gewisser sozialer Zusammenhänge hindeuten, ob nicht hinter den regelmäßigen Unregelmäßigkeiten des kapitalistischen Warenmarktes ein Gesetz stecke. Das gehört nicht zum Ressort des Handelsministers, es ist eine Frage der Wissenschaft. Soviel aber wollen wir feststellen, daß durch die Erklärungen der Regierung wie des Syndikatsvertreters die Tatsache selbst der Kohlenteuerung unberührt geblieben ist und auch die andre Tatsache, daß die Entwicklung der Industrie wie der Landwirtschaft dadurch ungemein gehindert wird. Wo erst das eigentliche Problem begann, da hörte ihr Witz auf. Der Aufschwung brachte die Kohlenteuerung mit sich, die Kohlenteuerung hindert den Aufschwung, wie das kam, wie das zusammenhängt, wie aus dem fatalen Dilemma herauszukommen, — sie wissen es nicht, sie wissen nur, daß sie auf diese Weise früher oder später in eine Krisis hineinsteuern!

„Im ganzen verflossenen Jahre sind alle Gewerbezweige auf das angestrengteste beschäftigt gewesen, für das laufende Jahr liegen Aufträge in Hülle und Fülle vor, große und umfassende Arbeiten, die vielen Hunderttausenden von Händen Beschäftigung geben werden, stehen in Aussicht, die Gewerbetätigkeit hat sich in gesunden Bahnen bewegt, Ueberspekulation hat nicht stattgefunden, — trotzdem kommt über Nacht ein gewaltiger Kurssturz aller industriellen Papiere, als wenn wir uns am Ende aller Dinge befänden. Meine Herren, ist das nun das Ende der guten Konjunktur, oder handelt es sich nur um eine Pause, der bald der Wiederaufschwung folgen wird? Niemand kann das vorhersagen, und er kann das um so weniger, als trotz des Kurssturzes heute noch eine stürmische Nachfrage nach Kohle besteht, deren Befriedigung der Kohlenindustrie die größten Schwierigkeiten macht." (Abgeordneter Hirsch.)

Die gesellschaftliche Produktion wird durch den Privatbesitz an den Produktionsmitteln in konkurrierende Teile zerlegt. An Stelle des sozialen Zusammenhangs tritt der Widerstreit der Interessen. Es gibt keine Volkswirtschaft, sondern nur kapitalistische Privatbetriebe. Obwohl jeder einzelne Produktionszweig mit allen anderen zusammenhängt, kennt doch jede kapitalistische Unternehmung nur ihr eigenes Profitinteresse. Alles, was die Produktion gesellschaftlich zusammenhält, wird auf diese Weise zu Triebkräften ihres Zusammensturzes. Durch die Kartellierungen tritt nur, an Stelle der unzähligen zersplitterten kleinen Kämpfe, der Kampf ganzer Industriebranchen gegeneinander und gegen die Gesamtheit.

Die Kohlenteuerung hindert die Produktionsentwicklung; das muß schließlich auf den Kohlenmarkt selbst zurückwirken, — indessen aber sacken die Kohlenzechen enorme Dividenden ein. Da das Kohlensyndikat die Kon-

junktur nicht beherrschen kann, so bleibt ihm auch gar nichts anderes übrig, als diese nach seinen nicht gerade geringen Kräften auszunützen.

Dazu kommt, daß das deutsche Kohlensyndikat längst zu einem Eisenkartell sich entwickelt hat. Die kombinierten Hüttenzechen beherrschen es. Diese haben aber ein dreifaches Interesse an der Kohlenteuerung: 1. um den Kohlengewinn einzustecken, 2. um die Eisenpreise hochzuhalten, 3. um die Konkurrenz der reinen Eisenhütten niederzukämpfen.

Wir haben hier eine kapitalistische Marktentwicklung vor uns, die durch die Konzentrierung und Kartellierung des Kapitals so sehr auf die Spitze getrieben wird, daß sie die Form des Kampfes persönlich gekennzeichneter Kapitalisten gegen die Nation annimmt.

So erklärte denn der agrarische Dr. Hahn:

„Wir haben es eigentlich, im Grunde genommen, hier nur noch mit einigen wenigen Großbanken zu tun, der Deutschen Bank, der Diskontogesellschaft, dem Schaaffhausenschen Bankverein, der Dresdner und der Darmstädter Bank, und dann andererseits am Rhein und in Westfalen mit den großen Firmen Stinnes, Hanniel, Kannegießer, Krupp — vor allen Dingen aber Herrn Thyssen nicht zu vergessen, meine Herren, der mir augenblicklich mehr und mehr im Begriffe scheint, alle anderen zu überflügeln und in wenigen Jahren die allergrößte Firma der Montanbranche am Niederrhein und in Westfalen zu werden. (Hört, hört! rechts.) Meine Herren, wenn die Regierung nicht eingreift, wenn sie nicht selber einen genügend großen Besitz an Kohlenfeldern an sich bringt und damit entscheidend in die große Montanindustrie eingreifen kann, so werden wir es erleben, daß die jetzige Entwicklung so weiter geht, daß zuletzt Herr Thyssen, die Herren Hanniel, Stinnes und wie die wenigen Familien heißen — ich nenne ungern die verehrten Namen — alles in die Hand bekommen."

Aber die Regierung ihrerseits erklärte durch den Mund des Handelsministers Delbrück: „Ich glaube also, im großen und ganzen bezüglich der fiskalischen Werke den Preisen der Syndikate und der Konvention folgen zu müssen." Jedoch der Vertreter des Syndikats, Abg. Hirsch, wies nach, ohne Widerspruch zu finden, daß die Regierung noch viel schlimmer wirtschaftet, als das Syndikat:

„Der Preis der fiskalischen Saarkohle hat im Durchschnitt der Jahre 1893 bis 1898 mit 9.07 Mk. um 1 Mk. pro Tonne höher gestanden, als der Preis der privaten Ruhrkohle, und für die Jahre 1899 bis 1905 mit 11.56 Mk. sogar um 1.48 Mk. höher ..... Wenn auch der Lohnaufwand pro Tonne Kohlen in früherer Zeit an der Saar wohl höher gewesen ist, so trifft dies für das letzte Jahrzehnt nicht mehr zu. Da betrug der Lohnaufwand im Saarrevier pro Tonne nur 4.56 Mk. gegen 4.73 Mk. im Ruhrrevier..... Der preußische Eisenbahnfiskus bezahlte seinem Bruder, dem preußischen Bergfiskus, für Lokomotiv-Saarkohle im Durchschnitt der Jahre 1895 bis 1907 — 12.44 Mk. pro Tonne, das ist gegen den Preis von 9.95 Mk., den der private Ruhrbergbau für seine Lokomotivkohlen vom Fiskus erhielt, ein Mehr von 2.49 Mk., und in den letzten 7 Jahren hat sich der Unterschied auf 3.08 Mk. pro Tonne gesteigert..... Nicht genug,

daß er (der Fiskus) für billiges Geld gute Kohlen ins Ausland schickt — gerade die besseren Sorten nach Frankreich, Italien, der Schweiz —, er bedient auch das Ausland besser, als das Inland."

Der Fiskus wird von dem Militarismus, dem Marinismus und der Kolonialpolitik noch stärker angepeitscht, als das Kohlensyndikat von den Hüttenzechen angetrieben wird. Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik sind aber ihrerseits das naturnotwendige Ergebnis jenes Chaos von Widersprüchen und Gegensätzen, das man kapitalistische Produktionsweise nennt. So ist der Zauberkreis geschlossen — die bürgerlichen Parlamentarier und Regierungsmenschen stehen vor ihm ratlos da und wissen nur noch, sich gegenseitig ihre Sünden vorzuwerfen.

Zwischen den Agrariern und der Industrie besteht eine Konkurrenz in der Ausbeutung der Arbeiter. Die Industrie zahlt — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb — höhere Löhne. Darin sehen die Agrarier einen unlauteren Wettbewerb, beinahe ein sittliches Vergehen: denn die kapitalistische Ausbeutungsmoral erfordert es, daß man die Arbeitslöhne möglichst auf ihr tiefstes Niveau herunterdrückt. Daß die Knechte und Tagelöhner die Möglichkeit erhalten, durch Abzug nach den Industriegegenden den elenden Löhnen und der entwürdigenden Behandlung auf dem Gutshofe zn entgehen, das haben die Agrarier nie verschmerzen können. Mit dem industriellen Aufschwung, der den Arbeiterbedarf der Industrie steigert, und der auf der Teuerung sich aufbauenden stärkeren Intensifizierung des landwirtschaftlichen Großbetriebes verschärfen sich aber diese Gegensätze erst recht. So sehen wir denn im preußischen Landtage den Grafen Kanitz sich in beweglichen Klagen über die Verlockung der Landarbeiter durch die Kohlenzechen verbreiten. Er kam zu folgendem Schluß, der ungemein kennzeichnend ist für die Stellung des Agrariertums zum Volke:

„Jeder erwachsene Arbeiter repräsentiert ein ansehnliches Kapital, das wir ausgelegt haben, und wenn die Leute herangewachsen sind, stellen sie ihre Arbeitskraft in den Dienst der Großindustrie, die da erntet, wo sie nicht gesät hat. (Sehr richtig! rechts.)"

Daraus könnt ihr es erkennen, ihr Bauern und Bauernsöhne, wie euch die Agrarier achten! Ihr seid, nach ihrer Auffassung, nicht um euerer selbst willen da, ihr seid keine freien Bürger, die nach eigenem Ermessen über ihr Schicksal verfügen, sondern ihr seid „ausgelegtes Kapital"! Der Gutsherr, dessen Acker ihr bestellt und dessen Vieh ihr wartet, betrachtet euch selbst als eine Art Arbeitsvieh, das er züchtet. Ihr macht ihn reich und bleibt doch, nach seiner Auffassung, noch immer seine Schuldner. Ihr gehört ihm — selbst und mit euerer ganzen Nachkommenschaft!

Mit welcher Arroganz die deutschen Agrarier ihre Ausbeutungsziele verfolgen, zeigt der Umstand, daß allen Ernstes der Vorschlag gemacht wurde, einen Ausfuhrzoll auf Kohle zu beschließen, unter anderem um die Kohlenproduktion einzuschränken und Arbeiter überzählig zu machen. Wir zitieren nach dem stenographischen Bericht folgenden Passus aus der Rede des Abg. Hirsch:

„Nehmen wir z. B. die Einschränkung der Ausfuhr generell um ein Drittel an, so würde das in flauen Zeiten die Entlassung von rund 25000 Bergleuten mit einem jährlichen Lohnbetrag von 25—30 Millionen zur Folge haben. (Abg. Dr. Hahn: Die der Landwirtschaft zugute kämen!) — Ich wollte eigentlich sagen: das liegt natürlich nicht im Sinne des Herrn Interpellanten. Nach den Ausführungen aber des Herrn Interpellanten und nach den Zurufen, die ich hier höre, muß ich sagen: das liegt durchaus im Sinne des Herrn Interpellanten."

Also Zehntausende von Arbeitern sollen aufs Pflaster geworfen werden, um den Agrariern billige Arbeitskräfte zu verschaffen —, und dazu soll der Staat herhalten. Einen drastischeren Beweis dafür, daß die Staatspolitik der Agrarier samt ihrem Patriotismus nichts ist als Volksausbeutungspolitik, kann man sich wohl kaum denken.

Selbstverständlich blieb die Industrie auch auf den Vorwurf, daß sie die Arbeitslöhne hinaufschraube, nicht die Antwort schuldig. Die Arbeitslöhne zu steigern, das liege wahrlich nicht in ihren Intentionen. Aber —

„Meine Herren, woher kommt es denn, daß die Löhne so erheblich gestiegen sind? (Oho! rechts.) Das ist in erster Linie eine Folge der teuren Lebenshaltung der Arbeiter. (Lebhafter Widerspruch rechts. Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Diese teurere Lebenshaltung der Arbeiter ist wiederum in erster Linie zurückzuführen auf die Steigerung speziell der Lebensmittelpreise, wie man sie auf das deutlichste im Jahre 1906 konstatieren kann."

Die Arbeiter werden gut tun, bei ihren Lohnkämpfen sich diese autoritative Aeußerung aus Unternehmerkreisen zu merken.

Wie die Dinge sich zugespitzt haben, konnte man nicht umhin, sich gegenseitig auch über die Zollpolitik des Reichs den Standpunkt klar zu machen.

Abgeordneter Hirsch: „darum hat man 20, 25 Jahre gearbeitet, um das Syndikat zustande zu bringen, doch nicht um einer Theorie willen, sondern zur Erzielung eines ganz praktischen realen Zweckes, ebenso wie man auch seitens unserer Landwirtschaft nicht um der Theorie willen nach Zöllen gerufen und die Zölle bei der letzten Zollkampagne im Reichstag erhöht hat, sondern um einen ganz praktischen Zweck zu erreichen, nämlich die Preise der landwirtschaftlichen Produkte auf einen auskömmlichen Stand zu bringen (Zuruf von den Nationalliberalen: Spiritus und Zucker!) — und Getreide und Vieh!"

Das war deutlich: wir wie ihr, wir gehen doch nur unserem Profit nach!

An anderer Stelle hielt der Syndikatsvertreter den Agrariern vor, daß die Kartelle „sich seinerzeit damit einverstanden erklärt und nicht dagegen gewehrt haben, daß **die Riemen, mit denen die Zollobstruktion im Reichstage gebunden wurde, aus der Haut der Industrie geschnitten wurden.**"

Er meinte schließlich: „Meine Herren, die landwirtschaftlichen Zölle würden weggefegt werden, wenn die Industrie nicht mehr in der Lage wäre,

die Löhne zu zahlen, die nötig sind, um die gesteigerte Lebenshaltung zu bestreiten!"

Darauf in seiner Replik der agrarische Dr. Hahn: „Nun will ich nicht verkennen: die Industrie ist in der angenehmen Lage, durch hohe Zölle den Inlandsmarkt zu beherrschen. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) — Ja, Herr Kollege Dr. Beumer, wir haben beide in der Zolltarifkommission gesessen, und Sie erinnern sich gewiß noch an die wunderschönen hohen Zölle, die wir Ihnen damals bewilligt haben, Sie beherrschen damit den Inlandsmarkt; Sie erhöhen Ihre Preise im allgemeinen um den Betrag der Zölle. Das Ausland kann auf dem Inlandsmarkte nicht konkurrieren, wenigstens mit einer großen Menge ihrer Artikel nicht, — Schienen z. B. brauche ich wohl nicht erst zu nennen! —"

So lagen sich denn die Schutzzöllner, kaum ein Jahr nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs, bereits gründlich in den Haaren — für diesmal, freilich, nur, um mit liebenswürdigem Lächeln auseinanderzugehen. Sie ermahnten sich gegenseitig zur Solidarität. „Etwas mehr Solidaritätsgefühl! Das wird für uns alle gut sein!" (Abgeordneter Hirsch). Die kartellierten Industrien wie die Agrarier wissen es sehr gut, daß, wenn es zwischen ihnen zu einem Bruch kommt, das ganze Schutzzollsystem in die Brüche geht. Mit diesem aber ist die Regierungspolitik des Reichs auf das innigste verbunden.

Allein die wirtschaftlichen Gegensätze sind mächtiger, als die Wünsche und Absichten der Politiker. Als die Industrie dem neuen Zolltarif zustimmte, dachte sie keineswegs daran, daß sie die agrarischen Zölle in Gestalt von Lohnerhöhungen würde bezahlen müssen. Ihre Bedenken gegen die Zölle lagen nur in der Rücksicht auf den Abschluß von Handelsverträgen. Was die Lebensmittelpreise anbetrifft, so fand ja, solange die sinkende Tendenz des Getreidepreises auf dem Weltmarkt anhielt, nur eine relative Teuerung, im Verhältnis zu den Freihandelsländern, statt, diese kümmerte das industrielle Kapital nicht, das überdies mit einem eventuellen Widerstand der Arbeiter schon fertig werden zu können glaubte. Nunmehr, da die Teuerung eine absolute ist, die Lebensmittelpreise unabsehbar in die Höhe gehen und die Unternehmer, dank dem festen Zusammenhalten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sich doch zu teilweisen Lohnerhöhungen bequemen müssen, gewinnt erst die Frage der Brotzölle für sie ein unmittelbares und sehr ernstes Interesse. Andererseits, je mehr die Gutsherren ihren landwirtschaftlichen Betrieb intensifizieren und je rascher sie den gestiegenen Getreidepreis in Hypotheken kapitalisieren, desto drückender werden sie die durch die Industriezölle bewirkte Verteuerung der Maschinen und sonstigen Industriewaren empfinden müssen.

Die Kolonialpolitik ist jener Dritte, der die Gegensätze zwischen Agrariertum und Industrie überbrückt. So muß denn auch die sich verschärfende Spannung zwischen beiden zunächst als weitere Triebkraft zu kolonialpolitischen Extravaganzen wirken, zu einer Abenteuerpolitik ohne jeden realen Boden, ohne klares Ziel, von der Verzweiflung diktiert, um nur den inneren Zerwürfnissen zu entgehen.

Stellt sich dann die Handelskrisis ein, so stürzt das ganze System zusammen.

„Will man Kolonialpolitik an Stelle Handelspolitik setzen, so ist das der Weg zum politischen Zusammenbruch" (S. 24 dieser Schrift).

Militarismus und Bureaukratie.

Daß Deutschland ein kapitalistischer Staat ist, genügt zur Bestimmung der großen weltgeschichtlichen Zusammenhänge, reicht aber nicht aus, um die nächste politische Entwicklung des Reichs zu beurteilen. Denn jeder Staat ist zugleich ein militaristisches und bureaukratisches Gebilde.

Werfen wir nun einen Blick darauf, wie sich der deutsche Militarismus seit 1871 entwickelt hat.*

Der Krieg von 1871 machte Deutschland zum militärisch stärksten Staate Europas und damit der ganzen Welt. Zwar war ihm Rußland immer noch an Volkszahl weit überlegen, aber die 100 Millionen Muschiks, zerstreut über zwei Erdteile, auf einer Landfläche, die 40 mal so groß war wie jene des Deutschen Reichs, ohne Kommunikationsmittel, ohne Volksschulen, mit einer unentwickelten Produktion, ohne Industrie und ohne Städte, unter einem verrotteten politischen System, wogen militärisch nicht viel gegenüber der vereinigten Nation von 41 Millionen Reichsdeutschen im Herzen Europas. Im Jahre 1868 erklärte Moltke im preußischen Landtag, der beste Weg zur Abrüstung Europas sei die Einigung Deutschlands. Drei Jahre später war dieses Ideal erreicht. Deutschland war geeinigt und stand in einer Machtfülle da, welche die höchsten Erwartungen übertraf. Eine siegreiche Armee, erprobt in zahlreichen Kämpfen, auf das beste ausgerüstet, geschult und wohldiszipliniert, unter bewährter und beliebter Leitung, hochgetragen von der nationalen Begeisterung des Volkes: die Nachbarstaaten niedergeworfen und gedemütigt, die Landesgrenze bis über den Rhein ausgedehnt und Frankreich zwei blühende Provinzen entrissen; der Heldenruhm der französischen Nation, der seit den Revolutions- und napoleonischen Kriegen ganz Europa im Zauberbanne hielt, gebrochen und an die deutschen Fahnen geheftet, — die Zeit war gekommen, wo, nach Moltke von 1868, Deutschland den Anfang machen sollte mit der Verminderung der Militärlasten.

Allein es wurde ganz anders. Schon das Jahr 1874 brachte die erste Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der Armee; 1881 wurde die Präsenzstärke abermals erhöht; seitdem verging keine Legislaturperiode ohne

* Die nachfolgende Darstellung ist die Wiedergabe eines Artikels, den ich vor 5 Jahren für eine italienische Zeitschrift geschrieben habe. Es sind von mir diesmal nur die Zahlenangaben nach dem Budget für 1906 erneuert worden. Seitdem ist bekanntlich eine ganze Sensationsliteratur über die Zersetzung der deutschen Armee entstanden.

Erhöhung der Präsenzstärke und die Bewilligung neuer Summen für Kriegsrüstungen. Die gesamte budgetäre Militärlast Deutschlands für Armee und Marine, mit Ausnahme der reinen Kriegsausgaben, ist von 230 Millionen Mk. im Jahre 1871 auf 1030 Millionen Mk. 1906 gestiegen. Allein die fortlaufenden Ausgaben des ordentlichen Etats für die Armee betragen jetzt 617 Millionen Mk.; noch 1874 standen sie hinter den französischen um 93 Millionen zurück, übertreffen diese aber bereits 1898 um 27 Millionen Mk. — trotz der französischen Milliarden, die man sich zahlen ließ! Der Sieger hatte seinen Sieg teuerer zu bezahlen, als der Besiegte seine Niederlage.

Um die nach 1871 in verstärktem Maße erneuten Rüstungen zu begründen, erklärte man erst, Deutschland habe durch den Krieg „an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen“ (Moltke), es müsse darum sich mehr denn je vorsehen. Als aber Jahre vergingen und der Krieg ausblieb, mußte man zu schärferen Mitteln greifen. 1887 wurde der große Kriegswauwau in Szene gesetzt. Der „Eiserne“ tat furchtbar bärbeißig, rempelte die Schweiz und Frankreich an und winkte der Börse zu, dem Zaren nichts zu borgen. Moltke erklärte damals: „Meine Herren, ganz Europa starrt in Waffen. Wir mögen uns nach links oder rechts wenden, so finden wir unsre Nachbarn in voller Rüstung, die selbst ein reiches Land auf die Dauer schwer nur ertragen kann. Das drängt in Naturnotwendigkeit auf baldige Entscheidungen hin.“ Hier haben wir den militaristischen Zirkelschluß in seiner klassischen Form: die Kriegsgefahr erzeugt Militärrüstungen und die Militärrüstungen erzeugen Kriegsgefahr. Das eröffnete für die Steuerzahler unheimliche Perspektiven, und so bedurfte es denn erst der Hurramehrheit des Kartellreichstags, um die Militärvorlage von 1887 Gesetz werden zu lassen. Um die Militärvorlage von 1892 durchzudrücken, wurde die zweijährige Dienstzeit als Köder vorgeschoben, dennoch führte sie zu einer Auflösung des Reichstags. Der in Mißkredit geratene Militarismus mußte sich nach neuen Gründen umsehen. Er fand sie, oder vielmehr er schuf sie selbst — in der Kolonialpolitik. Diese forciert zwar in erster Linie die Flottenbauten, allein ihr Einfluß macht sich bereits auch in der allgemeinen Stellungnahme zu dem Militarismus sehr bemerkbar. Der Situationsplan der deutschen auswärtigen Politik hat sich verändert: die Gefahren eines französischen oder russischen Angriffs haben sich vermindert, das Verhältnis zu den Mächten des Dreibunds hat sich gelockert, neue Bündnisse werden eingegangen, nicht mehr aus Rücksicht auf das politische Gleichgewicht Europas, sondern aus Rücksicht auf die Verteilung der kolonialen Interessensphären. Zugleich haben die Verwickelungen in Ostasien und in Südafrika gezeigt, wie leicht die kolonialen Leitungsdrähte, die den Massenmord nach dem fremden Land hinbringen, in umgekehrter Richtung den Weltkrieg nach Europa hinüberleiten könnten. So wird denn nunmehr die Stärkung des Militarismus nicht mehr vom Gesichtspunkte der Landesverteidigung, sondern von jenem der Erweiterung der deutschen Weltmacht ins Auge gefaßt.

Der deutsche Militarismus vor 1871 knüpfte an die nationalen Einheitsbestrebungen an, wobei er der Idee einer deutschen Republik, die mit

den die Nation vereinigenden dynastischen Interessen aufräumen würde, den Bastardgedanken — „Spottgeburt aus Dreck und Feuer" — eines Kaiserreichs, das alle Gegner im Kriege niederkämpft, unterschob; folgerichtig suchte der Militarismus nach 1871 zunächst seine Existenzberechtigung in der Verteidigung des mit Blut und Eisen zusammengeschmiedeten Reiches; das war aber bloß ein Uebergangsstadium, aus dem der deutsche Militarismus nunmehr herausgetreten ist, um sich auf die Basis einer kapitalistischen Weltpolitik zu begeben.

Zugleich damit vollzog sich eine Wandlung in dem Geist der Armee. Von Paris kehrte die Armee mit einem ungeheueren Siegesbewußtsein zurück. Darin lag bereits der Keim der moralischen Zersetzung. Das Gefühl der Ueberlegenheit wurde zum nationalen Eigendünkel. Was erreicht wurde, erschien als das Höchste der militärischen Kunst. Aber wenn auch die alten Feldherren keine Stürmer mehr waren, so behielten sie doch ihre geistige Kapazität, ihr eminentes Wissen, ihre große Erfahrung. Bald jedoch wurden sie unter großem Pomp einer nach dem anderen zu Grabe getragen. An ihre Stelle rückte eine zweite Garnitur „Helden" heran, die die Großen Kriege in subalternen Stellungen mitgemacht hatten. Diese betrachteten sich als Erben der alten Armeetradition, die sie um so pedantischer wahrten, als ihnen der umfassende Blick der wirklichen Leiter jener Bewegung fehlte. Dann sind auch sie verschwunden, zum großen Teil, weil sie dem Drängen jüngerer Elemente weichen mußten. Kaiser Wilhelm II. betreibt die „Verjüngung der Armee" planmäßig und energisch. Nunmehr, 35 Jahre nach 1871, ist das Offizierkorps ziemlich ausgewechselt.

Die Offiziere der neueren Zeit betrachten die Armee entweder als Sportplatz oder als Versorgungsanstalt. Die Söhne des hohen Adels und der reichen Bourgeoisie spielen etliche Jahre Offizier, um in der Gesellschaft zu glänzen. Mangelnden Witz und Kenntnis ersetzen sie durch „Schneid", d. h. blasierte Selbstherrlichkeit und freche Mißachtung des „Zivils". Die Aussichten des Berufsoffiziers sind keine glänzenden: in 21 Jahren Major, wenn nicht schon vorher an der meist gefürchteten Hauptmannscharge die militärische Laufbahn zum Scheitern kommt; um aber über den Major hinauszukommen, dazu gehört schon, wenn man nicht gerade vom hohen Adel ist und große Konnexionen besitzt, ein ganz besonderes Glück. Darum trachtet der Durchschnittsoffizier weniger danach, sich militärisch auszubilden, als die mit dem Rang verbundene soziale Stellung auszunützen, was zumeist durch eine reiche Heirat geschieht. Das Offizierkorps ist zum staatlichen Gestüt geworden, um das Blut der reichen, besonders jüdischen Bourgeoisie zu veredeln.

Die Chronique scandaleuse des Offizierkorps nimmt nie ein Ende: Spielerprozesse, bei denen Offiziere von hohem Adel auf der gleichen Bank mit entlassenen Zuchthäuslern sitzen, Raufmordprozesse, Duelle, deren Ursprung oft in einer viehischen Besoffenheit zu suchen ist. Aus den Reihen des Offizierkorps selbst erhoben sich wiederholt öffentlich Klagen über die nachlassende Manneszucht: die reichen Bourgeoissöhnchen geben den Ton an, alberner Modetand, Spielsucht, Renommisterei greifen um sich, eine rücksichtslose Jagd nach Gold, die vor nichts zurückschrickt, schließlich seien es

überhaupt die weniger tüchtigen Elemente, die sich dem Offiziersberuf zuwenden, da die anderen als Techniker und Kaufleute ein besseres Fortkommen finden.

Die größte Veränderung vollzog sich in der Massenzusammensetzung der Armee. Die fortschreitende Klassenscheidung verlegte in ihr das Schwergewicht vom Bauerntum auf das städtische Proletariat. In Bayern wurde 1897 eine Enquete über die soziale Gliederung der Armee vorgenommen. Es ergab sich, daß drei Fünftel der Rekruten aus Industrie und Handel stammten und daß auch vom Landvolk die erdrückende Mehrheit aus Lohnarbeitern, also Proletariern bestand. Das gibt eine ganz andre politische Stimmung und ein anderes geistiges Niveau. Die Militärinstrukteure konstatieren, daß die städtischen Arbeiter viel schneller den Dienst erlernen und auch tüchtigere Soldaten liefern. Andererseits freilich sind sie viel empfindsamer für den militärischen Drill. Dank ihrer geistigen Regsamkeit kritisieren sie, wo der Bauer nur jammerte oder höchstens in Wut geriet. So bringt die Aenderung ihrer Klassenzusammensetzung die Armee in Konflikt mit der Organisation und der Disziplin, die auf stumpfe Bauernmassen berechnet sind. Es ist eine anerkannte Tatsache, daß bei der Einführung der zweijährigen Dienstzeit die Erwägung keine geringe Rolle spielte, daß die dritten Jahrgänge, die bereits den Dienst kannten und noch besser ihre Vorgesetzten, die schlimmsten Kritiker waren, die ihren moralischen Einfluß auf die ganze Kompagnie übten.

Macht schon die Veränderung im Menschenmaterial eine Aenderung des Armeesystems notwendig, so die Entwicklung der Waffentechnik erst recht. Kam es früher darauf an, die Armee als Massenorganismus zu gebrauchen, der ohne eigenen Willen dem Kommando des Befehlshabers folgt, so gilt es jetzt, bei der zerstreuten Gefechtsweise, vielmehr, daß die auf einem gewaltigen Gebiet aufgelösten Massen so handeln, als wenn jeder einzelne vom gleichen Willen beseelt wäre. Die Autoritäten der deutschen Militärwissenschaft fordern deshalb die „Heranbildung der einzelnen zu selbständigen und selbsttätigen Gliedern ihres Truppenverbandes“ (General v. Blume). Dazu ist aber das Offizier- und Unteroffizierkorps nach seiner ganzen Organisation und Zusammensetzung außerstande. Die Aufgabe erfordert Solidarität aller Glieder der Armee, und doch war die Klassenscheidung zwischen dem Offizierkorps und den „Gemeinen“ niemals so scharf, wie jetzt. Der Zwang allein tut es nicht mehr, man braucht Begeisterung. Der Krieg der Engländer gegen die Buren zeigt uns den militärischen Unterschied, der zwischen beiden besteht. Wo soll aber die Begeisterung der Armee herkommen, wenn zwischen dem Militarismus und dem Volk sich eine immer tiefere Kluft bildet? Das Volk klagt über die ewigen Kriegsrüstungen. Die Unzufriedenheit wächst, und mit ihr die Sozialdemokratie. Selbstverständlich konnte das nicht ohne Einfluß bleiben auf die Armee.

Die Regierung, besorgt um die sozialistische Infizierung der Armee, eröffnete eine Jagd auf die sozialdemokratische Gesinnung. Dadurch lenkte sie erst recht die Aufmerksamkeit der Soldaten auf den Sozialismus.

Unter diesen Umständen findet die sozialdemokratische Kritik des Militarismus und der Armeezustände einen gewaltigen Resonanzboden. In ohn-

mächtiger Wut verlangte die Regierung nach Gesetzen, um die Armee vor der sozialistischen „Vergiftung" zu schützen. Sie bekam sie nicht, und die Debatten um die sogenannten Umsturzvorlagen offenbarten nur die Schwäche der Armeeleitung und machten Propaganda für die Sozialdemokratie.

Aber über alle inneren und äußeren Mängel der Armee setzt sich die Regierung schließlich mit der Maxime hinweg: mehr Streitkräfte! Mehr Soldaten, mehr Kanonen, bessere Kanonen! Indessen gerät die verknöcherte Armeeorganisation in immer größeren Widerspruch zu der neuen Zusammensetzung der Armee und den aus der Entwicklung der Waffentechnik sich ergebenden Anforderungen der Strategie und Taktik; indessen verschwindet jeder Schimmer eines nationalen Interesses in und an der Armee, verschärft sich die Klassenscheidung in der Armee und der Gegensatz zwischen dem Militarismus und dem Volke; indessen wird das Offizierkorps demoralisiert und geht die Leitung der Armee in die Hände von Marionetten-Generälen wie Waldersee über.

Ich will damit keineswegs sagen, daß die deutsche Armee hinter anderen auf dem Kontinente zurücksteht; denn sie entwickeln sich ja alle unter ähnlichen Verhältnissen der kapitalistischen Zersetzung, und die deutsche Armee hat wenigstens den Vorzug, das Original zu sein, von dem die anderen mehr oder weniger schlechte Kopien darstellen. Die Schwäche der deutschen Armee wird sich erst zeigen, wenn ihr ein Heer entgegentritt, in dem die Klassengegensätze aufgehoben sind und das sich im Einklang fühlt mit der Nation. Die Situation erinnert in auffallender Weise an jene im Ausgang des 18. Jahrhunderts. Auch damals war das preußische Heer das Muster der ganzen Welt. Ein sehr angesehener österreichischer Militärschriftsteller charakterisiert das damalige Verhältnis wie folgt: „Mächtiger, weit einschneidender als der Einfluß des modernen Deutschland auf die Entwicklung des Kriegswesens beherrschte das Tun und Lassen Friedrichs des Großen seit Hubertusburg alle Soldaten Europas. Mit bewundernder Verehrung blickte der Freund, mit fast abergläubischer Scheu der mögliche Gegner nach Potsdam und Berlin. Aus aller Herren Ländern eilten die Wißbegierigen nach Preußen, um sich zum Kriege zu bilden. Offiziere aus Friedrichs des Großen Schule zogen in aller Herren Länder hinaus als Lehrer des Kriegs. . . . In diesen Zustand fällt das Auftreten von Kriegsformen und Kampfverfahren, welche in vielen Stücken das gerade Gegenteil sind von dem, was als unübertrefflich unbestritten herrschte." Es war das französische Revolutionsheer, das jene neuen Kriegsformen schuf und Macht und Ansehen der preußischen Armee wie sämtlicher Armeen des alten Europa vernichtete. Und wenn die offenkundigen Mängel des deutschen Militarismus etwas beweisen, so ist es, daß die deutsche Armee reif ist — für die soziale Revolution!

Nicht minder machte während dieser Zeit das deutsche Beamtentum einen Zersetzungsprozeß durch. Dieses Beamtentum war in seinem vollendeten Typus, der ein starkes nationales Bewußtsein, Pflichtgefühl und Unbestechlichkeit in sich faßt, ebenfalls das Produkt des großen Ringens um die Einigung der Nation. Wir sehen aber schon bei der Reichsgründung zwei Strömungen, die sich widerstreitend begegnen. Mit dem preußischen Staat

kommt der preußische Beamte zur Geltung. Er bringt ein adeliges Standesgefühl und einen bureaukratischen Eigendünkel mit sich — ihm ist die Regierung der Inbegriff des Staats und der Staat der Inbegriff der Nation. Der süddeutsche Beamte, der erst der preußischen zentralistischen Maxime, dann dem preußischen Typus weichen muß, zieht sich grollend zurück und macht Opposition, die aber nicht über das Wirtshaus hinausgeht, wo die schnurrigen politischen Arlekinaden des Siglschen „Vaterlandes" seiner Stimmung den richtigen Ausdruck verleihen. Indessen macht sich infolge der geringeren zentralistischen Straffheit in den von Preußen unterworfenen Staaten auch späterhin bis zu einem gewissen Grade eine demokratische Zivilisierung des Beamtentums geltend, was jedoch seine kapitalistische Umbildung zu gleicher Zeit durchaus nicht hindert; in Preußen aber wird das Beamtentum direkt kapitalistisch umgeformt. Die Tatsachen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung bringen auch dem deutschen Beamtentum immer mehr zum Bewußtsein, daß das Kapital die Welt beherrsche und der Staat nur dazu da sei, diese Herrschaft zu befestigen und zu entwickeln. Die Macht des Geldes macht sich ihm immer aufdringlicher fühlbar. Der Justizrat, der als Juristkonsult verschiedener Aktiengesellschaften sich eine Villa bauen und ein eigenes Rappengespann halten kann, überstrahlt in seinen Augen die Herrlichkeit des Staatsanwalts oder Landrates. Der Beamte in der kleinen Stadt fühlt sich erst recht als gottverlassener Provinzler. Es lockt sie alle nach der Großstadt mit ihren Dividenden, ihren Sensationsprozessen, ihrem Börsenspiel und ihren Nachtcafés. Solche Fälle, wie der, da die preußische Regierung vor den Gewaltigen des Kohlensyndikats hat weichen müssen, fördern ihrerseits die steigende Ehrfurcht des Beamtentums vor dem Großkapital. Schließlich hat man es an den Kolonialskandalen kennen gelernt, daß das deutsche Beamtentum nicht minder, wie das deutsche Offizierkorps, auf dem Wege ist, vom Geldeinfluß des Kapitals durchseucht zu werden.

Politisches Hasardspiel.

Deutschland ist in eine Schwindelperiode eingetreten, ähnlich der, welche Frankreich unter Napoleon III. durchgemacht hatte, doch von einer unvergleichlich größeren Tragweite, da diesmal ganz andre wirtschaftliche und politische Potenzen in Bewegung gesetzt werden. Der Vergleich mag auf den ersten Blick befremden, die Analogie läßt sich aber in sehr wesentlichen Punkten durchführen.

Louis Philipp war der König des Spießbürgertums, das des Friedens, der Ruhe und des Schutzes vor den Arbeitermassen bedurfte, um sein Geschäft der auf direkter Arbeiterauspressung beruhenden Kapitalanhäufung zu verrichten, eine Angst hatte vor dem Krieg wie vor der Revolution und Mäßigung in der auswärtigen Politik, Sparsamkeit im Staatshaushalt zum Prinzip erhob. Die 48er Revolution in Frankreich zeigte zweierlei: erstens,

daß die Volksmassen von der Teilnahme an den politischen Geschäften sich nicht zurückhalten lassen; zweitens, daß an die Stelle des Spießertums eine hohe Bourgeoisie getreten ist, welche die Staatsgewalt nicht mattlegen, sondern vielmehr intensiv für ihre kapitalistischen Zwecke ausnützen will. Daraus ergaben sich die zwei Stützpunkte der Schwindelpolitik des Napoleoniden: das Plebiszit und die verschwenderische Abenteuererpolitik. Beides wurde zusammengehalten von den Traditionen der großen Revolutionskriege, die erst der Aufrechterhaltung der politischen Integrität Frankreichs, dann der Ausbreitung seiner Herrschaft dienten und sich an den Namen des ersten Napoleon knüpften.

Wir sehen, daß auch in Deutschland auf die Periode der bürgerlichen Staatsbildung die Periode der Ausnützung der gebildeten Staatsgewalt folgt. Der nationale Staat ist konsolidiert, die Bourgeoisie hat sich in ihm häuslich eingerichtet, sie hat aber auch bereits seit der Gründung des Reiches einen inneren Zersetzungsprozeß durchgemacht — der traditionelle Mittelstand ist verschwunden, das Großkapital und die Großstadt sind an seine Stelle getreten. Das Großkapital kennt keine Mäßigung, es wird durch seinen eigenen Anhäufungsprozeß zu immer weiter ausgreifenden Unternehmungen getrieben. Es will keine nationale Einschränkung, sondern eine großzügige Weltpolitik; kein Knausersystem im Staatshaushalt, vielmehr Verschwendung; nicht Frieden, sondern den Krieg! Dieses Großkapital assoziierte sich mit dem Agrariertum, bestach durch Lebensmittelzölle die ländliche Bevölkerung und lockte mit einer kolonialpolitischen Fata morgana das Großstädtertum an sich. So kamen die Reichstagswahlen von 1907 zustande. Gestützt auf dieses Plebiszit, wird nun die Verschwendungs- und Abenteuererpolitik mit Macht weiter getrieben; sie wird ihrerseits immer wieder dazu herhalten müssen, ein neues Plebiszit zugunsten der Regierung zu erschwindeln, — genau so, wie es unter Napoleon III. war. Auf dem Wege dieser Schwindelpolitik kommt dem Großkapital in Deutschland, im Vergleich zu dem modernen Frankreich, die stärkere Regierungsgewalt zugute, die sich ihrerseits auf die Traditionen des Kriegsruhmes stützt — wie in Frankreich unter Napoleon III.

Die Bonapartes waren Emporkömmlinge, die immer aufs neue zu kämpfen hatten, um ihr Ansehen zu befestigen. Das deutsche Herrscherhaus dagegen hat einen durch Jahrhunderte erbeingesessenen Sitz auf dem Throne. Allein die Traditionen des Hauses Hohenzollern liegen in Preußen, sie zählen in der Erinnerung des Volkes nicht mehr mit, das sich nur an die große geschichtliche Tat der Reichsgründung hält. Nicht umsonst hatte Wilhelm I. eine instinktive Abneigung gegen die Uebernahme der Kaiserwürde. Mit der preußischen Königskrone verschwand unter der Kaiserkrone auch die preußische Ueberlieferung. Die Nation kennt nicht das preußische Königstum von Gottes Gnaden, sondern nur das deutsche Kaisertum, das es sich durch ruhmreiche Kriege geschaffen hat. Deshalb der Gegensatz zwischen dem Volksempfinden und der Auffassung der Hofkreise, wie er im Fall Bismarck so drastisch zum Ausdruck kam. Soweit im Volke eine Anhänglichkeit an das Herrscherhaus besteht, gründet sie in der Verknüpfung der Idee des Kaisertums mit den Erinnerungen an die großen Kriege und die Gründung des Reiches, es

ist, wie bei Bonaparte, ein Kriegsruhmansehen. Und auch die Dynastie Hohenzollern muß, wie Bonaparte, sich immer aufs neue betätigen, um sich in der Erinnerung der Nation wach zu halten. Je mehr aber Könige sich betätigen, desto mehr werden sie kritisiert. Neben der Strömung, die deshalb den jeweiligen deutschen Kaiser von jeder Berührung mit der Oeffentlichkeit absperren, ihn in einer Ehrenhaft im Palais halten und als eine Art politisches Prunkgefäß behandeln möchte, gibt es, besonders in den Hofkreisen, eine andre, die, im Gegenteil, von der Emanation des monarchischen Gottesgnadentums die größte Förderung der Kultur auf allen Gebieten — der Kunst, der Literatur, der Wissenschaft, der Religion, des Sports, selbst der Mode und der Friseurkunst — und nicht minder Ruhmestaten im Kriege erwartet.

Ein wahrer Taumel der Geldsucht und der Genußsucht erfaßt alle Schichten der deutschen Bourgeoisie. Die hausbackene Moral mit ihren Maximen der Bescheidenheit, der Einschränkung, der Genügsamkeit, der Enthaltsamkeit, der Mittelmäßigkeit, des allmählichen Nacheinanders, der Häuslichkeit und des Familienglückes, der Vorsicht und Rücksicht und Umsicht, der unauffälligen Uebergänge, des Grau-in-Grau im Leben, wie in der Kleidung, wie in der Kunst, die starke koloristische Effekte scheute, sie wird abgeschüttelt und zum alten Plunder geworfen. Kühnes Angreifen, rasches Erfassen, riskantes Spiel, ein Hetzen, Jagen, Drängen, um einen großen Coup zu machen, rücksichtslos, skrupellos, im Auge einzig den Erfolg, der alles deckt, Mißachtung von allem Streben, das nicht zum Gelde führt, ein durch nichts verhüllter Mammonkultus und mit ihm gepaart ein sozialer Skeptizismus, der alle übernommenen moralischen Werte der Familie, der Religion und der Gesellschaft in nichts auflöst und eine unersättliche Lebensgier weckt, die im Trubel der Großstadt von einem Genuß zum anderen jagt und keinen Halt findet, weil das Individuum sich von dem ideellen Zusammenhang mit dem sozialen Milieu losgelöst hat; man lebt dem Augenblick, ohne Vergangenheit und ohne Zukunft; ganz Deutschland wird in ein gigantisches Börsenspiel verwickelt und die Lebensgewohnheiten wie die Moral des Börsenmenschen werden zum Lebensideal der gesamten Bourgeoisie.

Zu gleicher Zeit konzentriert sich das gesamte kulturelle Leben der „Nation" in der Weltstadt Berlin. Selbst die angeborene germanische Schwerfälligkeit der Deutschen läßt nach. Erst wanderten sie in Scharen nach Paris, um dort die leichte Lebensart kennen zu lernen, — jetzt übertragen sie die Pariser Sitten auf Berlin. Und als sprechendes Zeichen der Großstadtkultur und der Dekadenz hat auch bereits das Skandal- und Schmutzblättchen der Pariser Boulevards sich die Straßen Berlins erobert.

Und die Zersetzung des Staates schreitet fort. Bald wird die Korruption ihre üppigsten Blüten treiben.

Unten aber sammeln sich grollende proletarische Massen, denen der kapitalistische Hexensabbat den Weg zum Glück und zur Kultur verlegt.

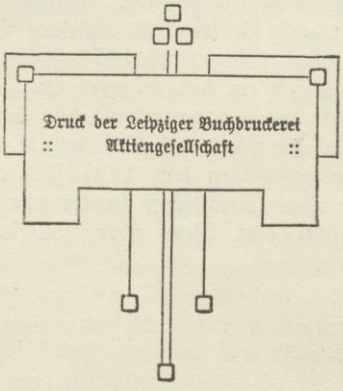
Man sieht es, doch will man sich selbst den Ernst des Gegensatzes nicht eingestehen. Man hofft, daß es gelingen wird, durch den kolonialpatriotischen Rummel die Arbeiter über ihre Klassenlage zu täuschen.

Man möge aber gefälligst folgendes sich überlegen. 1871 hatte die deutsche Bourgeoisie eine wirkliche patriotische Begeisterung für sich, die das Volk in seinen Tiefen ergriffen hatte, denn es handelte sich um einen siegreichen Krieg, der zur nationalen Einigung führte. Gelang es nun, durch diesen Patriotismus die Sozialdemokratie zu besiegen? Nein, die Sozialdemokratie wuchs und der Patriotismus des Volkes zermürbte immer mehr. Wie, also, kann man nun glauben, nach dreiundeinhalb Jahrzehnten der Entwicklung des Kapitalismus und der Sozialdemokratie durch den Kolonialpatriotismus, der nichts ist als Schwindel und Humbug, durch eine Kolonialpolitik, die mit jedem Schritt vorwärts blutige Striemen auf dem Leibe des Volkes hinterläßt, das Proletariat betören zu können!!

Die Entwicklung Frankreichs unter Napoleon III. hatte bekanntlich zum Abschluß — Sedan und die Kommune. Auch die Entwicklung Deutschlands treibt einem deutschen Sedan und einer deutschen Kommune entgegen. Allein der Kapitalismus, die Klassenscheidung und die Weltmarktsentwicklung haben im Anfang des 20. Jahrhunderts eminent größere Dimensionen gewonnen und fördern viel schärfere Gegensätze in der Produktion wie in der Politik zutage, als 1871 in Frankreich der Fall war. Darum muß auch der Effekt ein viel größerer sein.

Sedan — das ist der Zusammenbruch des Staates. Die Kommune — das ist die politische Herrschaft des Proletariats.

Durch die Reichstagswahlen von 1907 sind alle politischen Dämme niedergerissen worden. Das Reichsschiff steuert mit Volldampf durch eine kapitalistische Hochflut auf dem Wege über Kolonialpolitik der sozialen Revolution entgegen.


Druck der Leipziger Buchdruckerei
:: Aktiengesellschaft ::